

VIERTELJAHRSSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

HERAUSGEGEBEN VON HANS ROTHFELS
UND THEODOR ESCHENBURG

AUS DEM INHALT

LOUIS DE JONG

Die Niederlande und Auschwitz

VOLKER R. BERGHAHN

Der Streit um die weltanschauliche Führung
in der Wehrmacht 1939–1943

WERNER RÖDER

Deutschlandpläne der sozialdemokratischen
Emigration in Großbritannien

FRANTIŠEK GRAUS

Geschichtsschreibung und Nationalsozialismus

DOKUMENTATION

Koch-Weser zur politischen Situation
im Februar 1919

NOTIZEN / BIBLIOGRAPHIE

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München herausgegeben

von HANS ROTHFELS und THEODOR ESCHENBURG

in Verbindung mit Theodor Schieder, Werner Conze, Karl Dietrich Erdmann,
Paul Kluge, Walter Bußmann, Rudolf v. Albertini, Karl Dietrich Bracher,
Dietrich Geyer und Hans Mommsen

Schriftleitung: Prof. Dr. Helmut Krausnick, Dr. Martin Broszat, Dr. Thilo Vogelsang

Redaktion: Hellmuth Auerbach

Anschrift: Institut für Zeitgeschichte, 8 München 80, Möhlstraße 26

INHALTSVERZEICHNIS

AUFSÄTZE

| | | |
|------------------------------------|--|----|
| <i>Louis de Jong</i> | Die Niederlande in Auschwitz | 1 |
| <i>Volker R. Bergahn</i> | NSDAP und „Geistige Führung“ der Wehrmacht 1939–1943 | 17 |
| <i>Werner Röder</i> | Deutschlandpläne der sozialdemokratischen Emigration in Großbritannien 1942–1945 | 72 |

MISZELLE

| | | |
|----------------------------------|--|----|
| <i>František Graus</i> | Geschichtsschreibung und Nationalsozialismus | 87 |
|----------------------------------|--|----|

DOKUMENTATION

| | | |
|--|--|----|
| Erich Koch-Wesers Aufzeichnungen vom 13. Februar 1919 (<i>Günter Arns</i>) | | 96 |
|--|--|----|

| | | |
|-------------------|--|-----|
| NOTIZEN | | 116 |
|-------------------|--|-----|

| | | |
|-------------------------|--|---|
| BIBLIOGRAPHIE | | 1 |
|-------------------------|--|---|

| | | |
|--|---------|--|
| Bibliographie zur Zeitgeschichte, Jahrgang 15–16 (1967–1968) | Beilage | |
| Verfasser- und Sachtitelregister, Jahrgang 15–16 (1967–1968) | Beilage | |
| Inhaltsverzeichnis 16. Jahrgang 1968 | Beilage | |

Verlag: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH., Stuttgart O, Neckarstr. 121, Tel. 43 36 51. Preis des Einzelheftes DM 9.– = sfr. 10.80; die Bezugsgebühren für das Jahresabonnement (4 Hefte) DM 30.– = sfr. 34.65 zuzüglich Zustellgebühr. Für Studenten im Abonnement jährlich DM 24.–. Erscheinungsweise: Vierteljährlich. Für Abonnenten, die auch die „Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte“ im Abonnement beziehen (2 Bände im Jahr), beträgt der Abonnementspreis im Jahr DM 44.–; für Studenten DM 38.– (zuzüglich Versandkosten). Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und der Verlag entgegen. Geschäftliche Mitteilungen sind nur an den Verlag zu richten. Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages gestattet.

Das Fotokopieren aus VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE ist nur mit Genehmigung des Verlages gestattet. Sie gilt als erteilt, wenn jedes Fotokopierblatt mit einer 10-Pf-Wertmarke versehen wird, die von der Inkassostelle für Fotokopiergebühren, Frankfurt/M., Großer Hirschgraben 17/19, zu beziehen ist. Sonstige Möglichkeiten ergeben sich aus dem Rahmenabkommen zwischen dem Börsenverein des Deutschen Buchhandels und dem Bundesverband der Deutschen Industrie vom 14. 6. 1958. – Mit der Einsendung von Beiträgen überträgt der Verfasser dem Verlag auch das Recht, die Genehmigung zum Fotokopieren gemäß diesem Rahmenabkommen zu erteilen.

Druck: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH., Stuttgart

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

17. Jahrgang 1969

1. Heft/Januar

LOUIS DE JONG

DIE NIEDERLANDE UND AUSCHWITZ¹

Vorbemerkung des Herausgebers

Wenn die Feststellungen des hier abgedruckten Aufsatzes hinsichtlich der Kenntnis der Vorgänge in Auschwitz und der Bereitschaft, diesbezüglichen Angaben Glauben zu schenken, aus deutscher Feder stammten, so würden sie nur allzu leicht dem Verdacht der Apologie ausgesetzt sein. Die Sachlage ist eine sehr andere, wenn der Direktor des niederländischen „Rijksinstituut voor Oorlogsdocumentatie“ zu diesem Fragenkomplex sich äußert. Louis de Jong hat als Institutsdirektor und durch seine eigenen Forschungen weithin anerkannte Beiträge zur Zeitgeschichte und insbesondere zur Geschichte des Nationalsozialismus geleistet. Wir veröffentlichen gern seine aus der niederländischen Erfahrung gespeiste, aber im Prinzip nicht auf sie beschränkte Erörterung dessen, was man wußte, wissen konnte oder wissen wollte.

H. R.

Die Sitzung, die Professor D. Cohen, einer der beiden Präsidenten des „Judenrats“, für den 18. September 1942 in Amsterdam einberufen hatte – die zweifundsechzigste der sogenannten Zentralkommission – war in zweierlei Hinsicht von größter Bedeutung. Zunächst einmal geschah etwas Seltenes: man diskutierte die Politik des Judenrats. Gründe dafür gab es freilich genug. Mehr als zwei Monate waren vergangen, seitdem die ersten Juden von Amsterdam nach dem Lager Westerbork gebracht worden waren, um dann von dort – wie die Vorsitzenden und Spitzenfunktionäre des Judenrats sehr wohl wußten – alle drei bis vier Tage in Schüben von Hunderten, ja von mehr als ein Tausend deportiert zu werden. Wie es im amtlichen Sprachgebrauch hieß: zum Arbeitseinsatz nach Deutschland. Trotz zweier Terror-Razzien in Amsterdam am 14. Juli und 6. August war es den Deutschen jedoch nicht gelungen, durch per Einschreiben verschickte Gestellungsbeehle die vorgesehene Zahl von Juden zusammenzubekommen. Sie entschieden sich daher für eine wirksamere Methode. Nacht für Nacht wurden deutsche und holländische Polizisten mit dem Befehl ausgesandt, die Opfer in ihren Wohnungen

¹ Diese Studie stellt den Hauptteil der Antrittsvorlesung dar, die der Verfasser am 21. September 1967 anlässlich der Übernahme des Lehrstuhls für Zeitgeschichte an der Niederländischen Wirtschaftshochschule in Rotterdam hielt. Die Übersetzung aus dem Englischen wurde von Herrn Hermann Weiß, Institut für Zeitgeschichte München, angefertigt.

aufzugreifen, sie zum jüdischen Theater, der „Joodse Schouwburg“, zu bringen und von dort nach Westerbork zu verfrachten. Die Drohung der Deportation lastete damit schwer über jeder einzelnen jüdischen Familie.

Der Judenrat hatte die ganze Zeit hindurch seine Politik einer praktischen Hilfeleistung für die zur Deportation Bestimmten verfolgt. Die Deutschen ihrerseits hatten alle Angestellten des Rats vorläufig von der Deportation ausgenommen. Wie die meisten Holländer klammerten sich auch diese Angestellten an die Hoffnung, daß angesichts des deutschen Vorstoßes zur Wolga und zum Kaukasus die westlichen Alliierten ihre Landung in Westeuropa nicht länger aufschieben könnten – eine Hoffnung, die Ende Juni durch eine BBC-Meldung genährt wurde, wonach die Regierungen des Vereinigten Königreichs, der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion völlige Übereinstimmung über die dringende Notwendigkeit erzielt hätten, noch in diesem Jahre eine zweite Front zu eröffnen. Nachdem die Deutschen aber jetzt begonnen hatten, die Deportationsbefehle in so ausgedehntem Maße durchzuführen, hatte der Judenrat feststellen müssen, daß die Fortsetzung seiner Tätigkeit auf weitverbreitetes Ressentiment traf. Bereits am 2. August, also sechs Wochen vor der Sitzung vom 18. September, hatte der Generalkommissar Fritz Schmidt, politischer Berater des Reichskommissars Dr. Arthur Seyß-Inquart, in einer Rede im Süden des Landes, die einen Tag später in allen holländischen Zeitungen zu lesen war, erklärt, den deportierten Juden würde die Aufgabe zufallen, „in den leeren Städten des verwüsteten Ostens mit den Aufräumarbeiten zu beginnen“. Und recht offenherzig hatte er hinzugefügt: „Ihr Schicksal wird hart sein.“

Am 13. August, elf Tage nach Schmidts Äußerung, erreichten den Judenrat die ersten 52 Briefe von Leuten, die aus dem Lande deportiert worden waren. Sie kamen alle von einem Ort namens Birkenau. Fünf Tage suchte man im Rat nach brauchbaren Landkarten, bis man herausfand, daß Birkenau in Oberschlesien lag². Alle Briefe sagten mehr oder weniger das gleiche: daß die Arbeit „hart“ aber „erträglich“, das Essen „angemessen“, die Unterbringung „gut“, die hygienischen Verhältnisse „zufriedenstellend“ die allgemeine Behandlung „korrekt“ sei³. All dies bestärkte die Ratsmitglieder in ihrer zuerst durch Schmidts Äußerung gewonnenen Meinung, daß die oberschlesischen „Arbeitslager“ mit dem berühmten Vernichtungslager Mauthausen – das seit 1941 viel Aufregung verursacht hatte – nicht zu vergleichen seien. Ein Monat aber verging, ohne daß man weitere Einzelheiten aus dem weitentfernten Birkenau oder, was das betraf, von irgend einem anderen Lager erfuhr. Und schließlich waren bloße 52 Briefe bei nahezu 16000 Deportierten nicht gerade eindrucksvoll. Die Beunruhigung unter den Angehörigen in Amsterdam wuchs in alarmierendem Maße und wie man der Zentralkommission am 18. September mitteilte, hatten unzählige Leute beim Rat angefragt, warum er immer noch in einer Tätigkeit fortfahre, die praktisch darauf hinauskam,

² Judenrat, „Vertrauliches Nachrichtenblatt“ v. 18. August 1942.

³ Brief der Leiter der Abteilung Postwesen vom 13. August 1942 an die Vorsitzenden des Judenrats.

verwaltungsmäßig und anderweitig den Deutschen bei der Durchführung der Deportationen Hilfe zu leisten. Im Protokoll heißt es:

„In ihrer Antwort betonten verschiedene Sprecher die Notwendigkeit, die Zusammenarbeit fortzusetzen. Die Praxis habe gezeigt, daß die Leute weiterhin moralische und materielle Hilfe erbäten und daß sie die Tatsache zu schätzen wüßten, vom Judenrat bis zuletzt unterstützt zu werden.

Der Vorsitzende fuhr fort, daß es seiner Meinung nach eine bindende Verpflichtung für die Führer der Gemeinde sei, auf ihrem Posten zu bleiben, ja daß es verbrecherisch wäre, die Gemeinde in der Stunde der größten Not im Stich zu lassen. Darüber hinaus sei es erforderlich, wenigstens die wichtigsten Leute so lange als möglich hier (in Amsterdam) zu halten.“

Das ist alles, was das Protokoll zu diesem Punkt enthielt. Erst der nächste Abschnitt gab der Zusammenkunft ihre besondere, ja historische Bedeutung. Der Abschnitt ist kurz und sein Ton sachlich: „Zum Schluß nimmt die Versammlung den ersten Bericht von einem Todesfall in Auswitz zur Kenntnis.“ Schon die Schreibweise verrät, wie fremd dieser Ort noch anmutete.

„Der Bericht von einem Todesfall in Auswitz“ – nur einem Todesfall.

Was war nun wirklich den Juden geschehen, die bis dahin aus den Niederlanden deportiert worden waren?

In der Antwort hierauf müssen zwei Perioden deutlich unterschieden werden.

Vom 15. Juli bis einschließlich 24. August waren in 15 Transporten von Westerbork und einem vom Konzentrationslager Amersfoort nicht weniger als 11172 Juden nach dem Osten gebracht worden, von denen 11116 schließlich nach Auschwitz kamen⁴. Für einen dieser Transporte – den vom 17. August – sind die Zahlen unvollständig⁵, aber die Art, wie die „Selektion“ der übrigen Transporte nach dem Verlassen der Waggonen vor sich ging, ist in allen nur allzu schmerzlichen Einzelheiten bekannt. Von den 10610 Ankömmlingen wurden 5349 unmittelbar in die Gaskammern geschickt, während 4857 Männer und 2404 Frauen in das riesige neue Lager Birkenau, offiziell als Auschwitz II bekannt, gebracht wurden.

In der zweiten Periode, vom 28. August bis 14. September, verließen sechs weitere Züge mit 4588 Deportierten Westerbork. Von dieser Serie von Transporten wurden tatsächlich, bevor sie Auschwitz-Birkenau erreichten, schätzungsweise 940 Männer und Jugendliche herausgezogen und in wirkliche Arbeitslager nach

⁴ Die Zahl der von Westerbork aus Deportierten ist entnommen: Auschwitz, Teil II–V (Den Haag, 1948–55) und Sobibor (Den Haag, 1947), hrsg. vom Informationsamt des Niederländischen Roten Kreuzes. Die Zahl der in Auschwitz-Birkenau Eingelieferten beruht auf: Danuta Czech, Kalendarium der Ereignisse im Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau, Hefte von Auschwitz II–IV, VI–VIII (Krakau, 1959–64). Für die in Frage kommende Zeit besteht eine Differenz von 56, von der 42 dem Transport vom 24. August zuzurechnen sind. Weder diese noch die andere kleinere Differenz kann erklärt werden.

⁵ Von den 510 Personen, die Westerbork verließen, kamen nur 506 in Auschwitz-Birkenau an. Darunter 319 Männer, die im Lager aufgenommen wurden. Für die Frauen sind keine Zahlen bekannt.

Schlesien geschickt. Weitere 79 Männer und 132 Frauen kamen nach Birkenau. Von den verbleibenden 3437 Männern, Frauen und Kindern müssen wir annehmen, daß sie direkt in die Gaskammern gesandt wurden.

So grausam und makaber ihr Schicksal auch war, es sind ihnen ohne Zweifel doch Tage, Wochen, ja Monate von unsäglichem Leid erspart geblieben. Die 52 Briefe nach Amsterdam, die von der Lagerverwaltung diktiert und daher nahezu alle gleichlautend waren, vermittelten einen Eindruck vom Lagerleben, der der wahren Lage Hohn sprach. Es läßt sich in Worten kaum beschreiben, was es bedeutete, in Birkenau im Sommer 1942 Häftling zu sein, während dieses riesige Lager aufgebaut wurde. Die Nahrung bestand aus einem Liter dünner Suppe pro Tag; Trinkwasser gab es nicht; Zählappelle zogen sich oft bis tief in die Nacht hinein hin; die Leute schliefen zusammengepfercht in stinkenden Baracken, die von Läusen wimmelten; den ganzen Tag über mußten sie unter einer mörderischen Sonne und in einem mörderischen Tempo mörderische Arbeit leisten – und dies alles unter Aufsicht arroganter SS-Leute und unter unmittelbarer Kontrolle von gehässigen Mithäftlingen, von denen die meisten Berufsverbrecher waren. „Wenn ein Stubendienst⁶ für zehn Brotrationen Wodka kaufen konnte“, schrieb einer der wenigen holländischen Überlebenden, „dachte er sich nichts dabei, zehn Häftlinge dafür umzubringen. Jeden Abend sah ich etwa zehn Holländer tot vor dem Block liegen. Es war uns klar, daß wir alle nach und nach ausgerottet werden sollten. Die Leute tranken laufend schmutziges Wasser.“⁷ Und ein anderer schreibt: „Normalerweise rückten 80 von uns zur Arbeit aus, aber nur 50 kamen zurück. Der Rest war bei der Arbeit erschlagen worden. Eines Tages hielt man uns am Lagertor an und zählte uns – wir waren 55. Fünf zu viel. Sie wurden sofort zu Tode geprügelt.“⁸ Und ein dritter: „Es gab nur 23 oder 24 schmutzige alte Blechdosen, aus denen wir Tausend essen mußten . . . Wenn die Kommandos ausrückten, konnten wir die Wachen am Tor sagen hören: ‚Heute abend 60‘ oder: ‚Morgen 70 Tote mit zurückbringen . . .‘ Ein Leben bedeutete im Lager nichts. Man war eine bloße Nummer. Man hatte nichts und man war nichts. Jeder von uns stand mit einem Fuß schon im Grab.“⁹

Wieviele der ungefähr 7800 Leute aus Westerbork, die vom 17. Juli bis 15. August 1942 in Birkenau registriert wurden und ihre Häftlingsnummer eintätowiert bekamen, schon tot waren, als die Zentralkommission des Judenrates am 18. September ihre Sitzung abhielt, weiß man nicht – zweifellos ging ihre Zahl in die Tausende. Auf jeden Fall spricht vieles dafür, daß mindestens 10000 der insgesamt 15760 Deportierten in den Gaskammern oder an Erschöpfung und Mißhandlung bereits zugrunde gegangen waren, als man im weit davon entfernten Amsterdam, das genauso gut auf einem anderen Planeten hätte liegen können, im Proto-

⁶ Zum Innendienst in den Lagerbaracken eingeteilte Häftlinge mit bestimmten Funktionen.

⁷ Bericht v. Samson Boeken, 1. September 1947 (im Rijksinstituut voor Oorlogsdocumentatie), S. 5.

⁸ Bericht v. Emmannel Halverstadt, 25. Februar 1947, ebenda, S. 4.

⁹ Bericht v. Benjamin Cohen u. a., ebd., S. 14 und 18.

koll eintrug: „Zum Schluß nimmt die Versammlung den ersten Bericht von einem Todesfall in Auschwitz zur Kenntnis.“

Daß die Deportationen nach dem 18. September 1942 noch ein ganzes Jahr fortgesetzt wurden und daß unter deutschem Druck die holländischen Behörden und der Judenrat – wie widerwillig auch immer – verwaltungsmäßig und anderweitig Hilfe leisteten, daß ferner die Deportationen keinen massiven und organisierten Widerstand hervorriefen (ungeachtet tausender von ehrenden individuellen Ausnahmen): dies alles kann als bekannt vorausgesetzt werden. Aber es gibt in dem ganzen Komplex der Judenverfolgung und der Reaktion der Allgemeinheit darauf einen Faktor, der ein Problem von ganz spezieller Bedeutung darstellt und dem hier besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden soll; gemeint ist die Unkenntnis über die wahre Natur der Vernichtungslager. Natürlich mochte jeder Niederländer, gleich ob Jude oder Nichtjude, der die Tageszeitungen las und Generalkommissar Schmidts Äußerung vom 2. August kannte, zu dem Schluß kommen, daß durch die Deportationen eine gewisse Anzahl Juden ihr Leben verlieren würden. Aber Schmidts Worte ließen es auch möglich erscheinen, daß viele Juden, und vielleicht die Mehrheit, nach der Niederlage Deutschlands (an der niemand auch nur den geringsten Zweifel hatte) in die Niederlande zurückkehren würden.

Sicher, Hitler hatte schon im Januar 1939 von der „Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa“ gesprochen¹⁰, und es gab kaum einen Nazi-Führer, der diese Meinung nicht bei passender Gelegenheit wiederholt hätte. So erhielt Schmidt am 15. Juni, also gute sechs Wochen vor seiner Rede am 2. August, „starken Beifall“, als er auf einer Kreisversammlung der NSDAP und der NSB (der holländischen Nazi-Partei) erklärte, daß die völlige Vernichtung des Judentums „so lange dauern werde, bis der letzte Jude verschwunden ist“. Aber diese und ähnliche Ergüsse faßte man im allgemeinen als bloße Redensarten auf, als grundsätzliche Zeichen der Feindschaft, die Erniedrigung, Verfolgung und Mißhandlung im Gefolge haben mochten, aber nicht unbedingt bedeuten mußten, daß jeder einzelne Jude in Person ausgerottet würde.

Hiermit hing zusammen, daß Juden wie Nichtjuden in den Niederlanden es abgelehnt hatten, den ersten Berichten der BBC und von Radio Oranje (dem offiziellen holländischen Rundfunk aus London) über die Massenmorde an den osteuropäischen Juden Glauben zu schenken. Anhand polnischer Quellen, meldete die BBC am 26. Juni 1942 und einen Tag später Radio Oranje, daß mehr als 700 000 getötet worden seien. Einen Monat später, am 29. Juli, schnitt Radio Oranje zum erstenmal das Thema Gaskammern an. Natürlich hörten viele Holländer die Nachrichtensendungen aus London nicht regelmäßig ab. Auch hatten ihre jüdischen Mitbürger die Rundfunkempfänger Anfang 1941 abgeben müssen. Darüber hinaus fanden die illegalen Zeitungen, die sämtlich die Meldungen aus London an bevorzugter Stelle wiedergaben, damals eine viel geringere Verbreitung als während der letzten Phase des Krieges. Übrigens hatte die kommunistische Untergrundzeitung

¹⁰ In seiner Reichstagsrede am 30. Januar 1933; vgl. H. Krausnick, Judenverfolgung, in: Anatomie des SS-Staates, Olten u. Freiburg/Br. 1965, Bd. II, S. 340.

„De Waarheid“, die von Tausenden gelesen wurde, die BBC-Meldung vorweggenommen, als sie Anfang Juni – vermutlich aufgrund von Radiomeldungen aus Moskau – die Nachricht verbreitete, daß in Gebieten wie der Ukraine, wo noch vor ein paar Jahren Millionen von Juden gelebt hatten, „nicht ein einziger überlebt habe. Männer, Frauen, Kinder und alte Leute sind allesamt ausgerottet worden.“¹¹

Wenn auch einiges davon, vielleicht gar nicht so wenig, zu den führenden Männern des Judenrates durchsickerte, so wiesen sie all das nur als bloße Übertreibung, als antideutsche Kriegspropaganda von sich. Ihre Reaktion änderte sich nicht einmal sechs Monate später, als am 17. Dezember 1942 die Regierungen des Vereinigten Königreichs, der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion mit sieben ihrer Alliierten, darunter die Niederlande und das Französische National-Komitee, folgende Radiomeldung über die Vorgänge im Osten verbreiteten:

„In Polen, das die Deutschen zu ihrem Haupt-Schlachthaus gemacht haben, holte man alle Juden, mit Ausnahmen einiger Handwerker, die für kriegswichtige Arbeiten gebraucht wurden, systematisch aus den von den Invasoren errichteten Gettos. Von diesen Leuten hat man nie wieder etwas gehört. Die kräftigeren hat man in Arbeitslagern zu Tode geschunden. Die schwächeren ließ man an Kälte und Hunger sterben oder sie fielen dem Massenmord zum Opfer. Die Zahl der Opfer schätzt man auf viele Hunderttausende.“¹²

Nur sechs Tage früher hatten die BBC und Radio Oranje eine Zahl von einer Million Opfer genannt, eine Zahl, die wiederum auf Angaben polnischer Regierungskreise beruhte¹³.

Bemerkenswerterweise wurden in der Meldung der Alliierten Vernichtungslager wie Auschwitz-Birkenau, Belzec, Treblinka und Majdanek nicht erwähnt, obwohl sie seit vielen Monaten existierten. Nicht weniger bemerkenswert war die Reaktion der beiden Vorsitzenden des Judenrats. Als der eine von ihnen, A. Asscher, von der Rundfunksendung erfuhr, berichtete er Professor Cohen (seinem Mit-Vorsitzenden) und anderen, daß er derartiges nicht einmal den Deutschen unterstellen möchte, obwohl er ihnen jede Art von Terror zutraue. „Nach meiner Meinung sind die Berichte nichts als englische Propaganda mit der einzigen Absicht, die Welt gegen Deutschland aufzubringen.“¹⁴ Professor Cohen beschrieb seine eigene Reaktion mit folgenden Worten:

„Aus der Tatsache, daß die Deutschen Greuelthaten gegenüber den polnischen Juden begangen hatten, war nicht zu schließen, daß sie sich in gleicher Weise gegenüber den holländischen Juden benehmen würden; erstens, weil die polnischen Juden bei den Deutschen immer in einem schlechten Ruf standen und zweitens, weil die Deutschen in den Niederlanden, anders als in Polen, mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung sich korrekt verhalten mußten.“¹⁵

¹¹ De Waarheid, Juni 1942, S. 1–2.

¹² Radio Oranje, 17. Dezember 1942.

¹³ Radio Oranje, 11. Dezember 1942.

¹⁴ Vernehmung von A. Asscher vom 9. Dezember 1947, S. 30–31.

¹⁵ Vernehmung von D. Cohen, 12. November 1947, S. 4.

Es kann nicht genug betont werden, daß diese eine völlige und fatale Fehlinterpretation der wahren Lage zeigenden Reaktionen keineswegs vereinzelt dastanden. Vielleicht kann man diesen Punkt am besten dadurch illustrieren, daß man aufzeigt, was mit einer Reihe von Berichten und Zeugenaussagen über die Ereignisse in Osteuropa geschah – Berichten, die früh genug in den Niederlanden eintrafen und sich in wesentlichen Dingen von allen anderen Meldungen einschließlich der der Alliierten vom 17. Dezember 1942 unterschieden, nämlich dadurch, daß sie auf einer detaillierten persönlichen Kenntnis der Massentötungen beruhten, wie sie in Lagern von der Art von Auschwitz-Birkenau praktiziert wurden.

Beginnen wir mit dem Bericht Kurt Gersteins, der vielen als einer der Hauptfiguren in Hochhuths „Der Stellvertreter“ bekannt ist.

Gerstein, geboren 1909, war von jung auf ein aktives Mitglied der organisierten evangelischen Jugend in Deutschland (CVJM). Im Mai 1933 trat er in die NSDAP ein. Bald danach begann er, gegen Rosenbergs Lehre eines neuen Heidentums Einwände zu erheben und offen gegen sie zu protestieren. Er wurde daraufhin erstmals im September 1936 und erneut im Juli 1938 von der Gestapo verhaftet, aus der Partei ausgeschlossen und für acht Wochen in ein Konzentrationslager in der Nähe Stuttgarts gebracht. Als seine Schwägerin wegen einer Geisteskrankheit vergast worden war, entschloß er sich 1940, der SS beizutreten, um so am ehesten ausfindig machen zu können, welche andere Greuelthaten sie vollbrachten. Seine Bewerbung wurde angenommen. Im März 1941 wurde er Mitglied der Waffen-SS; nachher hatte er vieles zu schaffen mit militärischen Desinfektions-Anstalten. In diesen Anstalten wurde Zyklon-B als Desinfektionsmittel verwendet, ein Gas (Blau-säure), das die Deutschen auch in ihren Gaskammern verwendeten. Im August 1942 bekam er den Befehl, 100 kg davon nach Polen zu bringen, wo er in drei Vernichtungslagern Zeuge der Vergasung von Tausenden von Juden wurde, und zwar in Belzec, Treblinka und Sobibor. Bis zum äußersten erschüttert, brannte er darauf, seine schreckliche Entdeckung möglichst vielen Leuten mitzuteilen; in seiner Niederschrift vom Mai 1945 erwähnt er, daß es Hunderte von Leuten gewesen seien¹⁶. Als SS-Offizier kam er bei Kriegsende ins Internierungslager und beging am 25. Juli 1945 in einem Militärgefängnis außerhalb von Paris Selbstmord; wahrscheinlich vollzog er diesen Schritt zermürbt von der Erfahrung, daß weitaus die meisten der Hunderte von Leuten, mit denen er gesprochen hatte, sich geweigert hatten, seine Geschichte zu glauben. Es war ihm nicht möglich gewesen, die Vernichtungsmaschine auch nur einen einzigen Tag zu stoppen; alle Risiken, die er auf sich genommen hatte, waren umsonst gewesen.

Schon seit den Zwanzigerjahren war Kurt Gerstein mit einem gewissen J. H. Ubbink befreundet, einem jungen Mann aus Doesburg, einer kleinen holländischen Stadt nahe der deutschen Grenze. Zusammen waren sie Mitglieder des Deutschen Christlichen Studentenvereins gewesen. Sie wurden später enge Freunde, und als Gerstein im Frühjahr 1941 seine SS-Ausbildung in der Nähe von Arnheim erhielt,

¹⁶ Kurt Gerstein, Augenzeugenbericht zu den Massenvergasungen, in dieser Zeitschrift 1 (1953), S. 193.

suchte er umgehend Ubbink auf und teilte ihm die wahren Gründe seines Beitritts mit. Wie Ubbink nach dem Kriege erklärte, hatte sich sein Freund entschlossen, „aus der Nähe einen Blick in Hitlers Küche zu werfen, um klar zu sehen, was er und seine Bande zusammenbrauten“¹⁷. Und im August 1942 war er in der Lage, eben das zu tun; er nahm gleich nach seiner Rückkehr Fühlung auf mit Ubbink, und diesem war es im Februar 1943 möglich, ihn in Berlin zu besuchen. Ubbink blieb keine Einzelheit erspart. Und was war seine Reaktion? „Damals“, erklärte er einige 20 Jahre später, „hielt ich Gersteins Schilderung für völlig unglaubwürdig. Was er mir erzählte, war so fürchterlich, daß ich fand, ich könnte es unmöglich jemand anderem gegenüber wiederholen.“ Ubbink wiederholte es dann doch. Er hatte damals gerade jüdische Flüchtlinge in Sicherheit gebracht und stand in regelmäßiger Verbindung mit Cornelis van der Hooft, einem ehemaligen Beamten aus Overschie in der Nähe von Rotterdam, der inzwischen aktives Mitglied in einer der führenden Widerstandsorganisationen geworden war – der LO (Nationale Organisation zur Unterstützung Untergetauchter). Van der Hooft hatte auch Verbindungen zur jüngst gegründeten kalvinistischen Widerstandszeitung „Trouw“. Als van der Hooft ein paar Wochen später Ubbink besuchte, wiederholte dieser Gersteins Schilderung von Anfang bis Ende. „Ich hatte die größte Schwierigkeit, den Widerstandsführer von der Wahrheit meines Berichts zu überzeugen“, erzählte Ubbink später¹⁸. Gegen Ende März besuchte van der Hooft einen illegalen Kontaktmann nicht weit von Doesburg entfernt, in dessen Gegenwart er einen dreiseitigen Bericht mit dem Titel „Todesfabriken in Polen“ verfaßte. Der Anfang des Berichts lautete:

„Verbunden mit der dringenden Bitte um Bekanntgabe an alle Welt erreichte uns aus Polen folgende völlig abscheuliche, unsäglich grausame und unmenschliche Geschichte. Ihr Wahrheitsgehalt wird durch einen hohen deutschen SS-Offizier verbürgt, der die folgende Erklärung unter Eid abgab und um ihre Veröffentlichung bat . . .“

Es folgte Gersteins Bericht über seine Erfahrungen in den drei Vernichtungslagern. Der Bericht war kurz, sachlich und, wie wir heute wissen, völlig wahrheitsgetreu. „Wie wir heute wissen“, muß man hinzufügen; denn obwohl van der Hooft den Bericht geschrieben, obwohl sein Kontaktmann und dessen Vater die ganze Geschichte lasen, war keiner von ihnen durch sie völlig überzeugt. Sie erwogen sogar, für Gerstein und seine Familie „einen Unterschlupf in den Niederlanden unter all den Risiken, die das bedeutete, für den Fall, daß er sich später als Nazi erweisen sollte“, ausfindig zu machen¹⁹.

Van der Hooft gab seinen Bericht nicht an „Trouw“ weiter. Das einzige Exemplar – es war eigenhändig von ihm geschrieben – wurde in einem Hühnerstall bei seinem Kontaktmann versteckt. Im April 1944 wurde van der Hooft verhaftet; ein

¹⁷ Brief von J. H. Ubbink an das Staatsministerium der Justiz, München, vom 14. September 1949.

¹⁸ Brief von L. H. Ubbink an L. de Jong, 7. November 1963.

¹⁹ Brief von J. S. an L. de Jong, 13. Dezember 1966.

Jahr später wurde er bei der Evakuierung des Konzentrationslagers Sachsenhausen auf einem der langen Märsche erschossen. Zur Zeit seiner Verhaftung machten die Deutschen auch bei seinem Kontaktmann Razzia. Als sie den Platz verlassen fanden, steckten sie das Haus in Brand. Der Hühnerstall blieb verschont und mit ihm der einzige Bericht in holländischer Sprache, der genaue Einzelheiten über die Vorgänge in den polnischen Vernichtungslagern enthielt. Drei Holländer, drei tapfere Angehörige des Widerstands, hatten den Vorzug ihn zu sehen und alle drei – darüber gibt es keinen Zweifel – weigerten sich, ihn in allen Teilen für wahr zu halten²⁰.

Hier ein zweites Beispiel:

Im Januar 1943, als das Konzentrationslager Vught im Südteil der Niederlande im Entstehen war, schaffte man eine Anzahl von SS-Leuten und politischen Häftlingen aus Auschwitz-Birkenau heran, die bei der Einrichtung des Lagers mithelfen sollten. Es bleibt unerklärlich, warum das Reichssicherheitshauptamt in Berlin ein solch großes Risiko einging, die streng geheimen Vorgänge in Polen an die Öffentlichkeit dringen zu lassen – weiter unten wird zu zeigen sein, daß sie noch viel merkwürdigere Dinge taten. Joachim Perthes, einer der SS-Leute aus Birkenau, und Ernst Bandholz, einer der politischen Häftlinge, erzählten tatsächlich einigen der holländischen Lagerinsassen, noch dazu in aller Ausführlichkeit, was sie im Osten gesehen hatten.

Dabei beschrieben sie die Vergasungen²¹, worüber auch der polnische Häftling Leo Laptos berichtete, der in Birkenau als Apotheker gearbeitet hatte. Dieser erzählte Dr. I. van der Hal, einem Häftling des Judenlagers in Vught,

„daß wenn Transporte mit Juden in Auschwitz eintrafen, die meisten der Ankömmlinge sofort vergast und dann verbrannt wurden. Er berichtete, daß die Gaskammern wie Badehäuser ausgestattet waren und daß die Leute angeblich dort duschen sollten, daß statt Wasser Gas aus den Leitungen kam und daß später die Fußböden gekippt wurden, wodurch die Leichen auf ein Förderband fielen, das sie in das Krematorium transportierte.“

Im März 1944 wurde van der Hal in das Judendeportationslager Westerbork verlegt, wo er verschiedenen jüdischen Ärzten – von denen er nach dem Krieg drei namentlich benannte – erzählte, was er in Vught erfahren hatte. Er erhielt den Eindruck, „daß sie sich einfach weigerten, mir zu glauben, obwohl“ – und das ist eine bemerkenswerte Einschränkung – „sie sichtlich von meinen Neuigkeiten erschüttert waren“. Nicht weniger bemerkenswert ist die Tatsache, daß sich zwei der drei Ärzte bei ihrer Befragung nach dem Krieg nicht erinnern konnten, diese Dinge mit van der Hal je besprochen zu haben²².

²⁰ Der Anfang eines Briefes an Ubbink wurde nach Gersteins Selbstmord in seiner Zelle gefunden. Darin schrieb Gerstein: „Demande à ceux de chez toi si maintenant, au moins, ils croient à ce que s'est passé à Belsec, etc. . . .“ („Fragen Sie Ihre Leute, ob sie jetzt endlich [meinen Bericht über das] was in Belzec geschah, glauben, etc. . . .“) Vgl. S. Friedländer, Kurt Gerstein ou l'ambiguïté du bien, Paris 1967, S. 187.

²¹ „Etwa im September oder Oktober 1943“, zu Gerda Süßkind und Henny Glazer; Verhör von G. Süßkind, 7. November 1949, S. 2.

²² Verhör in Sachen A. K. Gemmecker (abgeschlossen am 4. Juni 1948), S. 55–57.

Auf Informationen, vermittelt durch einen anderen polnischen politischen Häftling in Vught, der jedoch nicht persönlich in Auschwitz-Birkenau gewesen war, beruhte ein von Frans Goedhart verfaßter Artikel. Goedhart war ein führendes Mitglied der holländischen Widerstandsbewegung, dem gerade eben die Flucht aus dem Lager Vught gelungen war. Dieser Artikel wurde in der illegalen (sozialistischen) „Parool“ vom 27. September 1943 veröffentlicht, der ersten holländischen Untergrund-Zeitung, die Einzelheiten über die in den Gaskammern angewandten Methoden herausbrachte. Das geschah aber erst zwei Tage vor der Liquidation dessen, was vom Judenrat übriggeblieben war.

Natürlich darf man im Rückblick auf all diese Vorgänge den Zeitfaktor nie außer acht lassen. Nach Ende September 1943 konnten Augenzeugenberichte über Vernichtungslager keine große Wirkung mehr hervorrufen: die Deportationen waren praktisch abgeschlossen, und die wenigen Juden, die verschont geblieben oder sich versteckt hatten, saßen hinter Stacheldraht in Westerbork oder Vught, oder sie lebten isoliert. Als aber Cor van der Hoofst seinen – nicht veröffentlichten – Artikel verfaßte, stand die Deportation von etwa 40000 Juden noch aus. Es muß jedoch hinzugefügt werden, daß selbst nach Dr. van der Hals Enthüllung noch weitere 2311 Juden aus Westerbork nach Auschwitz-Birkenau deportiert wurden.

Betrachten wir noch ein drittes Beispiel.

Im August 1941 wurde eine Gruppe von jungen Männern im Süden des Landes verhaftet, weil sie Kopien des Protestschreibens der Bischöfe gegen die Nazifizierung der römisch-katholischen Gewerkschaften verbreitet hatten. Die Gruppe ging durch einige deutsche Konzentrationslager und Gefängnisse. Zwei aus dieser Gruppe, der eine 27, der andere 21 Jahr alt, kamen schließlich in das ursprüngliche Lager von Auschwitz, das heißt nach Auschwitz I. Sie waren die ersten und blieben für einige Zeit die einzigen Holländer in diesem Lager – eine Kuriosität sozusagen. Es war zweifellos ihr Seltenheitswert, der ihnen half, lebend herauszukommen aus einem Lager, in dem das Leben außergewöhnlich hart und kurz war. Sie waren noch während des fürchterlichen Winters von 1941 dort, als in Auschwitz I mit den Vergasungen begonnen wurde – von Juden und russischen Kriegsgefangenen. Die beiden jungen Männer beobachteten, daß Totenköpfe an eine Reihe von Bunkern und Baracken gemalt worden waren, aber sie wußten nicht genau, warum. Am 4. Mai fingen die Vergasungen auch im nahegelegenen Birkenau an.²³ Acht Tage später wurden die beiden Holländer entlassen und durften heimkehren. Sie hatten die Bedeutung von Auschwitz aus nächster Nähe kennengelernt. Die sechs Monate dort hatten sie fast betäubt. Was sie nach ihrer Rückkehr jedoch am meisten deprimierte, war die Tatsache, daß die Kirchenbehörden kein Interesse an ihren Erfahrungen zeigten und daß ihre eigenen Freunde nicht glauben wollten, was sie ihnen unter Bruch der bei ihrer Entlassung in Auschwitz von ihnen erpreßten Versprechungen erzählten. „Am schlimmsten war“, sagte erst kürzlich einer von ihnen, „daß man bei denen, die einem am nächsten standen, einfach nicht durchkommen konnte. Das gab einem ein scheußliches Gefühl der Isolierung, als ob

²³ Czech: Kalendarium (1942), Hefte von Auschwitz, III, S. 58.

eine Dampfwalze im Begriffe war, einen zu überfahren. Man hatte das Gefühl, man schreie alles von den Dächern herunter, aber wußte, daß es nur Atemvergeudung war: keiner würde ein Wort von dem glauben, was man sagte.“

Zu der Zeit, als die beiden jungen Männer entlassen wurden, lief der Betrieb in Auschwitz-Birkenau noch nicht auf vollen Touren. Das spiegelt sich in der Tatsache wider, daß 1942 von Januar bis Juni 952 Häftlinge entlassen wurden, in den folgenden sechs Monaten dagegen nur noch 26. Im Rückblick erscheint es unglaublich, daß noch 1943 das Reichssicherheitshauptamt es für angebracht hielt, Häftlinge zu entlassen, die mit eigenen Augen die Gaskammern und Krematorien gesehen hatten, und daß der Kommandant von Auschwitz-Birkenau sie gehen ließ. Wie dem auch sei – in unserer Geschichte ist von Belang, daß zur kleinen Zahl der Entlassenen auch sechs holländische Frauen gehörten, die alle für das Verbrechen eingesperrt worden waren, Zeugen Jehovas zu sein. Sie waren über das Konzentrationslager Ravensbrück nach Birkenau gekommen. „Hier saßen wir“, erzählte eine von ihnen, „den ganzen Tag lang im Rauch der Krematorien dicht bei den Gaskammern. Die ganze Sache schien unglaublich – den einen Tag mußten wir unseren eigenen Augen trauen, den anderen Tag weigerten wir uns einfach, es zu tun“.

Die sechs Frauen kehrten in die Niederlande zurück – vier, vielleicht auch fünf von ihnen zwischen Ende Februar und Anfang April 1943, eine gegen Ende September. Ihre Berichte erfuhren die gleiche Aufnahme wie die der zwei jungen Männer: „Die meisten Leute weigerten sich, uns zu glauben.“ Die eine, die zuletzt nach Hause kam – heute eine tüchtige Geschäftsfrau – alarmierte sofort eine Freundin, die sich um jüdische Flüchtlinge gekümmert hatte. Heute erscheint es uns seltsam, daß diese Frauen, die alle so furchtbar für ihre Überzeugung gelitten hatten, oder auch die beiden jungen Männer nie auf den Gedanken gekommen waren, von ihren Erfahrungen irgendeiner holländischen Amtsstelle, sei sie jüdisch oder nichtjüdisch, zu berichten. Aber damals lebten die Zeugen Jehovas in geschlossenen Zirkeln, und keiner der Entlassenen kannte viele Juden oder hatte vom Judenrat gehört.

Begnügen wir uns mit diesen drei Beispielen. Sie werfen die Frage auf, warum Augenzeugenberichte über die Vernichtungslager so wenig, wenn überhaupt, in das Bewußtsein eindringen – nicht nur bei den meisten Niederländern, sondern überall bei Leuten im besetzten Europa, Polen eingeschlossen, und selbst in der ganzen freien Welt.

Der erste und nächstliegende Grund war natürlich die strenge Geheimhaltung, mit der die Deutschen ihre tödliche Arbeit umgaben. Die Vernichtungslager befanden sich weit entfernt von den Niederlanden und waren von der übrigen Welt abgeschnitten – wenn auch nicht vollständig: nicht weniger als 667 Häftlingen von Auschwitz-Birkenau gelang die Flucht, davon 209 in den beiden für die holländischen Juden kritischen Jahren 1942 und 1943. Jedoch fast die Hälfte von ihnen waren Polen – keiner der holländischen Ausbrecher kam durch²⁴. Außerdem

²⁴ Tadeusz Iwaska: Häftlingsfluchten aus dem Konzentrationslager Auschwitz, in: Hefte von Auschwitz VII (1964), S. 3–57.

gelangte das, was die Entkommenen zu berichten hatten – ganz gleich ob man ihnen glaubte oder nicht –, nie über einen sehr kleinen Kreis von Freunden hinaus. Auch wenn wir – was sich allerdings nicht beweisen läßt – annehmen, daß einzelne Angehörige der deutschen Polizei, die zwischen Westerbork und Auschwitz hin- und herfuhr, den einen oder anderen Wink in den Niederlanden haben fallenlassen, so blieben auch ihre Angaben notwendigerweise innerhalb eines kleinen Kreises.

Ebenso war es ein ausgesucht kleiner Kreis von Leuten, der von den mit deutschen Truppen an der Front stehenden oder in Osteuropa für die Deutschen arbeitenden Holländern etwas über die Einsatzgruppen der SS vor allem in Westrußland erfahren hatte, sei es schriftlich oder mündlich während eines Heimaturlaubs. Es muß Tausende von Holländern gegeben haben, die im Osten dienten und etwas über diese Mordkommandos wußten, wenn auch nur einige wenige so unverschämt darüber geschrieben haben dürften wie ein 32jähriger holländischer Angehöriger der Waffen-SS, ein ehemaliger Chauffeur aus Arnheim, der fünf Monate vor Beginn der Deportationen folgenden Brief aus Rußland an „alle Kameraden im Arnheimer Sturmtrupp“ richtete:

„Wie steht es mit Euren Juden? Dieser Ort wimmelt von ihnen, obwohl ich nicht glaube, daß viele davon übrig geblieben sein werden, wenn der Krieg zu Ende ist, denn hier wird groß aufgeräumt, und ich selbst habe einen ganzen Schwarm von ihnen erschossen, denn was dieses Zeug hier alles angestellt hat, spottet jeder Beschreibung . . . Ich hoffe nur, daß ich die Chance erhalte, eine Schar von Kameraden zu führen, wenn wir damit beginnen, das jüdische Ungeziefer zu Hause auszurotten; sie werden gar nicht wissen, wie ihnen geschieht . . .“

Dieser einzelne Brief, der zufällig den Justizbehörden in die Hände fiel, deutet nachdrücklich an, daß diejenigen Holländer, die sich – sei es materieller Gründe wegen oder aus Überzeugung – für Hitler entschieden, viel mehr unmittelbare Kenntnis von den Vernichtungslagern selbst oder wenigstens von den Judenmassakern in Osteuropa gehabt haben müssen, als sie nach dem Krieg zuzugeben bereit waren.

Wenigstens ein Mitglied der holländischen Nazipartei gab es, das nicht nur versuchte, den Parteiführer Mussert über die Vorgänge zu informieren, sondern um sein Einschreiten bat. Es handelte sich um einen Kunstgärtner aus Westholland, der im Mai 1942 für eine österreichische Firma in die Ukraine gegangen war. Als er sich zu Hause auf Weihnachtsurlaub befand, berichtete er anderen Parteimitgliedern, was er von den antisemitischen Greuelthaten gesehen und gehört hatte. Einige glaubten ihm, andere nicht. Wieder in der Ukraine, stieß er auf einen Parteigenossen aus Leyden, der wie er selbst aus religiösen Gründen gegen den Massensmord an den Juden war. Sie vereinbarten, daß der Gärtner einen Appell an Mussert richten sollte, den der Mann aus Leyden überbringen würde. In diesem Brief wurde Mussert berichtet, daß in der Ukraine „die systematische und totale Ausrottung der Juden bis herunter zum kleinsten Kind“ durchgeführt werde. Der Brief schloß:

„Wir können die völlige Ausrottung dieser Leute, noch dazu in dieser Weise, nicht zulassen. Ich für meinen Teil bin überzeugt, daß diese Verbrechen nicht ungestraft bleiben werden. Kann dies wirklich der Wunsch des Führers sein? Nun, ich weiß sehr wohl, daß wir holländische Nationalsozialisten sind, und da ich weiterhin Vertrauen in Sie als Führer unserer Bewegung setze, muß ich eine Frage an Sie richten, bevor ich meinen Austritt erkläre. Ich werde meine Frage ganz einfach formulieren, ohne um den heißen Brei herumzugehen. Stimmen Sie damit überein, daß diese Leute in dieser barbarischen Weise ausgerottet werden oder nicht? Wenn Ihre Antwort ja ist, kann ich keinen Tag länger in der Bewegung bleiben.“

Dazu bedarf es dreier Kommentare. Erstens, daß der Schreiber keine Antwort erhielt; zweitens, daß er trotzdem Mitglied der Nazipartei blieb; drittens, daß die Sekretärin Musserts, der ich den Brief vor einigen Jahren zeigte, sich erinnerte, ihn gelesen zu haben, aber nicht, ob sie ihn Mussert gezeigt hatte. Alles in allem hatte ich nicht den Eindruck, daß sie selbst von seinem Inhalt besonders aufgeschreckt worden war.

Man darf jedoch nicht vergessen, daß während der Besetzung die holländische Nazipartei und der Rest des holländischen Volkes um Welten voneinander getrennt waren und kaum wünschten, miteinander ins Gespräch zu kommen. So mochte wohl eine recht beträchtliche Zahl des Parteifußvolkes von der Ausrottung der osteuropäischen Juden etwas erfahren haben. Aber, wenn auch andere von ihnen sich durch Emotionen nicht daran hindern ließen, im allgemeinen die Wahrheit der Berichte über die Massenmorde anzuerkennen, so beeinträchtigte ihr Wissen in keiner Weise den Erfolg des ganzen Deportationsplans, der daran hing, daß Juden und alle übrigen patriotischen Niederländer in vollständiger Unwissenheit gehalten werden sollten.

Begünstigt wurde dies in weitem Umfang durch die Kontrolle, die die Deutschen über alle öffentlichen Kommunikationsmittel in den Niederlanden ausübten – über die Presse ebenso wie über den Rundfunk. Aber es muß in diesem Zusammenhang auch daran erinnert werden, daß die Menschen im allgemeinen nur dann durch wirklich aufrüttelnde Nachrichten zum Glauben und Handeln gebracht werden, wenn ihnen die Tatsachen wieder und wieder und mit überzeugenden Details zum Bewußtsein gebracht werden. Es kann ferner nicht genug betont werden, daß Berichte über die Judenvernichtung, wie sie von London aus gesendet wurden, selten genug und auch arm an überzeugenden Einzelheiten waren.

Ein zweiter Grund, warum Nachrichten über Vernichtungslager wenig Glauben fanden, waren die wohlüberlegten Täuschungsmanöver der Deutschen.

Sie praktizierten zahlreiche Arten der Täuschung, und hier ist vor allem die Frage zu prüfen, inwieweit die deutschen Führer in den Niederlanden selbst über das, was den holländischen Deportierten in Auschwitz-Birkenau und Sobibor geschah, im unklaren gelassen wurden. Nun, Harster, der Befehlshaber der deutschen Sicherheitspolizei und des SD, erkannte sehr wohl (wie sein Prozeß in München Anfang 1967 deutlich ergab), daß „die Juden in den Tod gingen“, obwohl auch er die genauen Einzelheiten nicht vor September 1943 erfuhr. Zoepf hingegen, der Leiter des Judenreferats des Sicherheitsdienstes (SD), wußte über alles seit An-

fang 1943 Bescheid. Was ihre Vorgesetzten einschließlich des Reichskommissars Seyß-Inquart und der Generalkommissare Rauter und Schmidt betrifft, ist es indessen unmöglich, sich eine endgültige Meinung zu bilden, – abgesehen davon, daß sie ihr Äußerstes taten, jeden verfügbaren Deportationszug bis zum letzten Platz vollzustopfen. Eines ist jedenfalls sicher: das weitere Schicksal der Deportierten kümmerte sie überhaupt nicht.

Die Täuschungsmanöver erlaubten es, die Deportationen so glatt wie möglich und unter Mitwirkung der holländischen Behörden – jüdischer wie nichtjüdischer – durchzuführen. Deshalb Schmidts Äußerung vom 2. August 1942 über „die Aufräumungsarbeiten in den leeren Städten“; deshalb die Aufträge an den Judenrat, berufliche Übungskurse einzurichten; deshalb die Erlaubnis, den Deportierten Briefe zu schreiben. Außerdem gab es noch eine besondere Art der Täuschung, die sich meines Erachtens als äußerst brauchbar erwies, etwaigen Argwohn des Judenrats einzulullen, und ich möchte dabei einen Augenblick verweilen.

Zu Anfang der Untersuchung wurde erwähnt, daß der Judenrat am 13. August 1942 aus Birkenau 52 Briefe erhielt. Nun machten es die Deutschen zur Praxis, Juden in den Vernichtungs- oder Arbeitslagern zu zwingen, bei ihrer Ankunft im Lager oder danach Briefe oder Postkarten mit der kurzen Nachricht an ihre Familien zu schicken, daß es ihnen ganz ordentlich gehe oder wenigstens erträglich. Die Sicherheitspolizei gab nur einen Teil dieser Korrespondenz an den Judenrat weiter, der seinerseits äußerst bemüht war, allgemeine Schlüsse aus den recht spärlich eingehenden Berichten zu ziehen. Den zur Verfügung stehenden Akten des Judenrats ist zu entnehmen, daß während der Dauer der Deportationen, also von Juli 1942 bis Oktober 1943 über 1700 Briefe und Postkarten eingingen. Nur eine oder zwei dieser Mitteilungen enthielten versteckte Warnungen, die jedoch unbeachtet blieben. Trotzdem konnte im Januar 1943 der Judenrat sich nicht verhehlen, daß die Deutschen ihr Versprechen gebrochen hatten, die Familien beieinander zu lassen. Am 22. Januar erhielten beide Präsidenten einen Bericht (mit Kopien an neun führende Mitglieder des Rates), wonach „weder Mitteilungen noch sonstige Nachrichten von Frauen mit Kindern oder von alten Leuten eingegangen seien“²⁵. Und doch, wenn man in den Archivbeständen des Judenrats forscht, so wird einem klar, wie recht Presser hatte, als er in „Ondergang“, seinem tief bewegenden Buch über die Vernichtung der holländischen Juden, schrieb: „Für diejenigen, die das Beste zu glauben wünschten und es um jeden Preis glaubten, bedeuteten die Briefe, mehr als irgend etwas sonst, einen unschätzbaren Hoffnungsanker. Ein Brief aus Polen, hieß es, wog in der Abwägung weit schwerer als noch so viele Gerüchte über deutsche ‚Ausrottungs‘-Drohungen.“²⁶ Wog schwerer – aber nicht bei allen. Im Frühjahr 1943 hatte man etwa 1000 Briefe aus den Lagern erhalten. „Aber was sind 1000 Briefe bei 60000 Deportierten?“, fragte der Verfasser eines anonymen Geheimberichts, der London im Herbst 1943 er-

²⁵ Brief der Leiter der Abteilung für Auslandsverbindungen an die Präsidenten des Judenrats vom 22. Januar 1943.

²⁶ J. Presser, *Ondergang*, Den Haag, 1956, Teil II, S. 121.

reichte und der mir als einer der intelligentesten und gründlichsten Berichte über die Verfolgung der holländischen Juden auffiel, die mir während meines ganzen Engländeraufenthaltes bekannt wurden. Damals wußte ich nicht, daß der Bericht von meinem Zwillingbruder in Brüssel verfaßt worden war, bevor er im Mai versuchte nach Spanien zu entkommen. „Wo sind die Briefe der übrigen?“, fuhr er fort zu fragen. „Und warum gibt es vor allem kein Zeichen von all den Kindern, Alten und Kranken?“ Aber selbst er erfaßte nicht das ganze Grauen, denn zum Schluß meinte er: „Allem Anschein nach hat man die Juden in Auschwitz in Gruppen aufgeteilt und brachte sie in verschiedene Lager, wo sie so gut wie keine Chance haben, miteinander Verbindung aufzunehmen.“²⁷ Als man ihn ein paar Monate später selbst nach Auschwitz verschleppte, wurde er eines Besseren belehrt. Der Abschnitt in seinem Bericht, der das Schicksal der aus Westerbork Weggeholten behandelt, trug den Titel „Jenseits . . .“, und in der Tat kehrten von denen, die diesen Weg gingen, nur wenige je zurück.

Damit kommen wir zum dritten und wichtigsten Grund, vor allem zu dem gemeinsamen Faden, der sich durch meinen ganzen Beitrag zieht.

Während all der Jahre, in welchen die europäischen Juden in die Gaskammern getrieben wurden – nicht die einzige aber sicher die größte Gruppe, die auf diese Art sterben mußte –, erschien die bloße Vorstellung mechanisierten Massenmords den meisten Menschen im In- und Ausland als völlig unvollziehbar, handelte es sich doch um einen absolut neuen Faktor in der Weltgeschichte. Und zwar vor allem deshalb, weil seine monströsen und mechanischen Seiten so radikal verschieden waren von früheren Formen dessen, was als Genocide bekannt wurde; verschieden auch von dem, was interessierte Kreise über Quälereien und Tötungen in deutschen Konzentrationslagern vor dem Mai 1940 hatten zusammentragen können. Die ganze Sache überstieg so sehr die menschliche Vorstellungskraft, daß, wie ich es selbst einmal formulierte, „unser Verstand die Tatsachen, wenn er sie einmal erfaßt hat, gleich wieder ausspuckt als etwas äußerst Fremdes und wider-natürlich Ekelhaftes“²⁸. Man denke an die Zeugin Jehovas, die in Birkenau neben der Gaskammer und dem Krematorium gelebt hatte: „Den einen Tag trauten wir unseren Augen, den nächsten Tag weigerten wir uns einfach, es zu tun.“ Das stimmt mit vielen Berichten überein, die wir nach dem Krieg erhielten, unter anderem einem von einem Mann, der in Birkenau mit einer ganzen Gruppe von Leuten tagaus, tagein den Rauch aus den Schornsteinen steigen sah. Er schrieb: „Die Leute machten sich selbst vor, daß hier eine Ziegelbrennerei oder eine Seifenfabrik sei. Diese Massen-Selbsttäuschung dauerte vier Wochen.“ Die ganze Zeit über wagte dieser Mann als einziger der tatsächlich unerträglichen Wahrheit ins Auge zu blicken²⁹.

Vielleicht ist all dies schwierig einer jüngeren Generation beizubringen, die not-

²⁷ S. de Jong, *De ondergang van het Nederlandse Jodendom (Die Vernichtung der holländischen Juden)* in Bericht des niederländischen Geheimdienstes GB 4695/43, S. 22.

²⁸ L. de Jong, *De bezetting (Die Besetzung)*, Amsterdam 1964, Teil IV, S. 172.

²⁹ Bericht von Emile Franken, 2. Dezember 1947, S. 11.

wendigerweise Geschichte in einer abgekürzten Form lernt, wobei die Realität von tausend schrecklichen Tagen und Nächten aus unserer jüngsten Vergangenheit nicht anders als konzentriert und deshalb verzerrt wiedergegeben werden kann. Hitler hatte es deutlich gesagt: Laßt den Krieg kommen, und das ganze europäische Judentum wird ausgerottet werden. Und der Krieg kam. Warum zog denn niemand die richtige Folgerung daraus? Wenn wir heute, frei von der ungeheuren seelischen Belastung des Krieges und vor allem frei von Furcht, von Todesfurcht in ihrer nacktesten Form, auf die deutschen Vernichtungslager und Gaskammern zurückblicken, ist es einfach, diese Frage zu stellen. *Le soleil ni la mort ne se peuvent regarder fixement* – der Mensch kann nicht in die Sonne und auf den Tod starren, schrieb La Rochefoucauld, aber dabei dachte er lediglich an den Menschen als einzelnen. Die Gaskammern bedeuteten jedoch den Tod – und was für einen Tod! – nicht nur für den einzelnen, sondern für alle ihm Nahestehenden: seine Eltern und Großeltern, seine Kinder und Enkel, seine Verwandten und Freunde. In der Tat muß die Zahl derjenigen unter den Millionen in den Tod Getriebenen klein gewesen sein, die dieser schrecklichen Wahrheit ins Gesicht zu sehen vermochten. Und wir würden einen ungeheuren historischen Fehler begehen, wenn wir die vielen Abwehrmechanismen, die die Opfer gewiß nicht ständig, aber in der Art von auf- und ableuchtenden Notsignalen in Gang setzten, als bloße Symptome der Blindheit und Beschränktheit beurteilten; vielmehr entsprangen diese Abwehrmechanismen tiefen und angeborenen, der ganzen Menschheit teilhaftigen Werten: der Liebe zum Leben, der Liebe zur Familie, der Todesfurcht und einer verständlichen Unfähigkeit, die Realität des größten Verbrechens in der Geschichte der Menschheit zu erfassen, eines Verbrechens, das in seiner Durchführung mehr noch als in seinem gigantischen Umfang so ungeheuerlich war, daß selbst die Täter (Sadisten und andere Perverse unter ihnen ausgenommen) ihr Handwerk nicht allzu lange ausüben konnten.

Es mag paradox klingen, aber es ist eine historische und auch psychologisch wohl erklärbare Tatsache: Die Nazi-Vernichtungslager wurden für die meisten Leute erst dann zur psychischen Realität – und selbst dann nur bedingt – als sie und eben weil sie aufgehört hatten zu existieren.

VOLKER R. BERGHAHN

NSDAP UND „GEISTIGE FÜHRUNG“ DER WEHRMACHT 1939–1943

1. Einführung

Die folgende Untersuchung gilt Tendenzen und Entwicklungen im Bereich der sogenannten geistigen Führung der Wehrmacht in der Zeit vom Ausbruch des Zweiten Weltkrieges bis zur Schaffung des Nationalsozialistischen Führungsoffiziers im Winter 1943/44. Die Lösung dieser recht umfassenden Aufgabe wäre sicherlich leichter, wenn bereits Studien zu diesem Problem vorlägen, die auch auf die Zeit vor 1939 eingehen würden. Das ist aber bislang nicht der Fall¹. So wird manches noch einer ausholenden Analyse bedürfen. Die folgenden Ausführungen sollen deshalb auf Grund neuen Quellenmaterials in erster Linie bisher unbekannte einschlägige Entwicklungen der Kriegszeit schildern².

Aber auch innerhalb dieses begrenzten Zeitraumes wäre das Thema noch zu umfangreich. Seine Behandlung wird hier daher nach zwei Seiten hin eingeschränkt. Zum einen soll diese Studie vornehmlich der Entwicklungsgeschichte der geistigen Führung innerhalb des Heeres nachgehen; Marine und Luftwaffe bleiben ausgeklammert. Zum anderen sollen vor allem die Vorgänge und Planungen auf höchster Ebene, d. h. im Führerhauptquartier, im Oberkommando des Heeres (OKH) und bei bestimmten höheren Stäben geschildert werden. Auf die Einstellung und Haltung des einfachen Soldaten wird nur so weit eingegangen, als dies zur Erklärung der Aktionen und Reaktionen der verantwortlichen Führer beitragen kann.

Mit dieser Begrenzung ist die folgende Studie nur eines der Schlußkapitel einer größeren Untersuchung zum Führungsproblem in der deutschen Armee während der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts. Dies muß deshalb betont werden, weil das Verhalten der Wehrmacht gerade auf diesem Gebiet stark von Traditionen bestimmt war, die auf die vor-nationalsozialistische Zeit zurückgehen und an die man sich bis zuletzt zu klammern suchte. Das galt besonders für das Prinzip der Alleinverantwortung des *Truppenführers* für seine Truppe. Denn einer alten und ein-

¹ Zur Führungsfrage gibt es bisher nur zwei Dokumentationen, nämlich von Waldemar Besson, *Zur Geschichte des Nationalsozialistischen Führungsoffiziers (NSFO)*, in dieser Zeitschrift 9 (1961), S. 76–116, und Gerhard L. Weinberg, *Adolf Hitler und der NS-Führungsoffizier (NSFO)* ebd., 12 (1964), S. 443–456. Beide Autoren beschäftigen sich jedoch nicht mit der Vorgeschichte des gesamten Sachkomplexes, und auch die Neuauflage des 1930 erschienenen Buches von Karl Demeter, *Das deutsche Offizierkorps in Gesellschaft und Staat, 1650–1945*, 4. Aufl., Frankfurt 1965, geht in seinen zusätzlichen Abschnitten nur kurz auf die Entwicklungen nach 1933 ein.

² Das Material war zum Zeitpunkt der Einsichtnahme in den Archiven noch nicht endgültig erfaßt. Daraus erklärt sich das in Klammern gesetzte „vorläufig“ bei einzelnen Koblenzer Beständen sowie die Beibehaltung der amerikanischen OKW-Nummern bei den Freiburger Materialien. Sämtliche militärischen Akten befinden sich seit 1968 im Militärarchiv in Freiburg.

gewurzelten Überlieferung zufolge hatte nur er zu bestimmen, wie weit und mit welchen Mitteln Geist und Haltung seiner Soldaten günstig zu beeinflussen waren. Mochte die Notwendigkeit einer geistigen Ausrichtung seit den Erfahrungen des Ersten Weltkriegs auch allgemein bejaht werden, es kam auf die Art und Weise und die Intensität der Beeinflussung an, und die Entscheidung hierüber lag allein auf militärischer Seite.

Diese souveräne Stellung des Militärs in Führungsfragen war so stark, daß sie vielleicht auch vom Nationalsozialismus nie angetastet worden wäre, hätte es nicht gerade über Umfang und Methoden der Führung immer wieder Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Offizierkorps und den Machthabern des „Dritten Reiches“ gegeben, und wäre in der zweiten Hälfte des Krieges die Wehrmacht der Partei nicht gerade in der Methodenfrage entscheidend entgegengekommen. Denn auf dem Wege über die politische Frage wurde nun unvermeidlich auch die organisatorische aufgerollt.

Daß sich diese Reihenfolge ergab, lag daran, daß sich der militärische Führungsbegriff von altersher mehr an paternalistischen Betreuungs- und Gehorsamselementen orientiert hatte als an ausgesprochenen ideologischen Faktoren. Nach 1918 wurden die letzteren allenfalls insoweit berücksichtigt, als dies einer *Immunisierung* der Truppe gegenüber feindlicher Propaganda dienen konnte. Das war für unseren Zusammenhang eine der wichtigsten Folgen des Ersten Weltkriegs, dessen Verlust besonders in militärischen Kreisen vor allem einer mangelhaften Vorsorge und Abschirmung gegenüber zersetzenden Einflüssen zugeschrieben wurde.

Aus der Verschiedenheit der Auffassungen von der geistigen Führung des Soldaten bei Heer und Partei³ entstand vor 1939 und – wie zu zeigen sein wird – bis in den Krieg hinein ein eigenartiges Spannungsverhältnis, das eine genauere Untersuchung verdienen würde. Vielleicht könnte man dieses Verhältnis am besten als eine besondere Form gegenseitiger Abhängigkeit begreifen, die sich an der verschiedenartigen Einstellung von Wehrmacht und Partei zum Kommissar-System der Roten Armee zeigen läßt.

Die Nachahmung dieses Systems⁴ wurde in der Wehrmacht stets grundsätzlich abgelehnt. Dies jedoch nicht so sehr wegen der Ideen, die ein Beauftragter für Weltanschauungsfragen in die Truppe hätte hineinbringen können, als vielmehr

³ Es kann hier nicht auf die vor 1933 gerade auch von der sogenannten Wehrpsychologie entwickelten Führungsvorstellungen der Wehrmacht eingegangen werden. Sicher jedoch ist, daß der letztlich defensive Charakter der aus den Erfahrungen des Ersten Weltkrieges entstandenen Immunsierungs-Idee schlecht zu der aggressiven Dynamik des Nationalsozialismus paßte. Im Grunde wollte Hitler aus jedem deutschen Soldaten einen Weltanschauungskämpfer machen, wie er ihn ab 1936 in der späteren Waffen-SS heranziehen ließ. Er vertrat einen durch und durch politischen Soldatentums-Begriff und wollte nicht immunisieren, sondern mobilisieren und in aggressiven Taumel versetzen.

⁴ Grundsätzlich gab es in der Roten Armee zwei Arten von Polit-Arbeitern, den direkt bei der Truppe wirkenden „politruk“ (Abkürzung für polititscheskij rukowaditelj = Politischer Leiter) und den für die höheren und höchsten Stäbe zuständigen „komissar“. Im folgenden werden beide Bezeichnungen ohne diese Unterscheidung gebraucht.

wegen des heeresfremden Apparates, der dadurch in die Wehrmacht eingedrungen wäre. Im ganzen gesehen war es also nicht das Ideenkonglomerat des „Dritten Reiches“, dessen Verbreitung sich der Truppenführer widersetzte. Hier waren auch die Grenzen zwischen deutschnationalem und nationalsozialistischem Gedankengut oft zu fließend, um eine klare Trennung von Wehrmacht- und NS-Ideologie zu ermöglichen. Der Truppenführer wehrte sich aber regelmäßig gegen den Aufbau einer Organisation von Politruks, die seine souveräne Stellung in Führungsfragen untergraben hätte.

Dies bedeutete umgekehrt für die Partei, daß sie ihre Propaganda zwar von außen ungehindert auf die Truppe einwirken lassen konnte. Auf einen eigenen Kontroll- und Indoktrinationsapparat mußte sie jedoch angesichts der Stellung der Wehrmacht im „Dritten Reich“ bis in den Krieg hinein verzichten. Dies fiel dem NS-Funktionärskorps zunächst deswegen nicht übermäßig schwer, weil es infolge seiner scharfen antibolschewistischen Einstellung das Kommissar-System gleichfalls ablehnte und weil seine Propaganda auch ohne Politruks weitgehend Anklang zu finden schien. Das Dilemma begann eigentlich erst, als die politische Führung immer mehr zu der Ansicht gelangte, das Heer gleite ihr aus der Hand. Seitdem verstärkte sich im Führerhauptquartier die Versuchung, auch organisatorisch in die alte Führungsprärogative der Wehrmacht einzugreifen und die einst beachteten Spielregeln beiseite zu schieben.

Gleichwohl ergab sich der erste Anstoß hierzu weniger aus einer Initiative Hitlers und seiner Vertrauten selbst als vielmehr aus dem plötzlichen Entgegenkommen der Armee in der entscheidenden Frage der Organisation. Zumindest in der hier behandelten Frage also ist die Armee nicht – wie bisher häufig behauptet – von der mächtigen Partei einfach überwältigt worden. Die ersten entsprechenden Maßnahmen hat sie vielmehr selbst ergriffen. Analysiert man nämlich die Politik der Partei einerseits und die der Wehrmacht andererseits, so scheinen sich beide Teile bis etwa 1941/42 an den stillschweigenden Vorrang der Militärs in der Führungsfrage gehalten zu haben. Danach jedoch ergriff das Heer die Flucht nach vorn und machte damit den Weg für einen Einbruch der Partei in die Truppe frei. Doch bevor wir uns diesen Entwicklungen der Kriegszeit zuwenden, soll das genannte Spannungsverhältnis noch einmal an einem Beispiel verdeutlicht werden, und zwar an den einschlägigen Tendenzen Rosenbergs.

2. Weltanschauliche Schulung und Blitzkrieg

Alfred Rosenberg hatte schon vor 1939 die Bedeutung der Führungsfrage für die Wehrmacht und die relativ großzügige Haltung der Partei in dieser Frage kennengelernt, nachdem er im Januar 1934 zum „Beauftragten des Führers für die Überwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Schulung und Erziehung der NSDAP“ ernannt worden war. Denn dieser großartige Titel stand wie überhaupt, so auch hinsichtlich der Armee in umgekehrtem Verhältnis zu seiner realen Bedeutung. Zwar hatte Kriegsminister von Blomberg am 14. April 1934 Rosenberg gebeten, die

weltanschauliche Erziehung der Wehrmacht mit zu beaufsichtigen⁵, in der Praxis aber hatte dies nur zur Folge, daß man ihn als Korreferenten zu verschiedenen „nationalpolitischen“ Vorträgen einlud und seiner Dienststelle ein Mitspracherecht bei der Überprüfung von Büchern und Schriften für die Wehrmacht einräumte⁶. Seine übrigen Versuche, einen Einfluß auf die Armee zu gewinnen, scheiterten an der erwähnten eigentümlichen Stellung des Heeres in der Führungsfrage. Gleichwohl sah Rosenberg bereits hoffnungsvoll der Zeit entgegen, wo die Offiziere „unsere Schulungsburgen“ besuchen müßten und „auch die Wehrmacht . . . ein Instrument der n[ational]s[ozialistischen] W[elt-]A[nschauung]“ würde⁷. Der Ausbruch des Krieges veranlaßte Rosenberg zu einem erneuten Vorstoß, der jedoch gleichfalls scheitern sollte.

Am 15. September 1939 legte seine Dienststelle nämlich eine Denkschrift vor, in der auf die Bedeutung der „seelenkämpferischen“ Seite eines kommenden (!) Krieges hingewiesen wurde⁸. Sie folgerte daraus, daß dem deutschen Volk und vor allem der Wehrmacht „die Notwendigkeit der nationalsozialistischen Revolution als Durchsetzung einer neuen deutschen Lebensordnung und europäischen Sendung klargemacht und stetig begründet“ werden müsse. Zur Erfüllung dieser Aufgabe stehe bereits ein geeigneter Apparat zur Verfügung. Ihn, Rosenberg, solle man daher nun ausschließlich mit der Seelenstärkung der Wehrmacht und des Volkes betrauen und zum „Beauftragten des Führers zur Sicherung der nationalsozialistischen Weltanschauung“ ernennen⁹. Demgemäß legte Rosenberg einige Wochen später einen Entwurf zu einem Führer-Befehl vor, der seinen Plänen die Zustimmung Hitlers verschaffen sollte¹⁰. Ausführlich begründete er nochmals das ganze Projekt in einer weiteren Denkschrift vom 18. November 1939 und skizzierte darin zugleich die Methoden, mit denen die weltanschauliche Sicherung durchzuführen wäre¹¹.

Rosenberg schlug dabei vor, eine größere Zahl von Schulungsrednern auszubilden, die im Rundfunk, in Kasernen, Fliegerhorsten und Ausbildungslagern eingesetzt werden konnten. Als Auftakt zu den Vorträgen dieser Propagandisten

⁵ Herbert P. Rothfeder, *A Study of Alfred Rosenberg's Organisation for National Socialist Ideology*, unveröff. Ph.D. thesis, Ann Arbor (Mich.) 1963, S. 80.

⁶ Zwei interessante Fälle, die das Verhältnis von Partei und Wehrmacht in der Führungsfrage illustrieren, befinden sich auch in den Akten des NSDAP-Hauptarchivs, Hoover Institution Microfilm (HIM) Stanford, roll 36 A. Andere Beispiele hat Robert J. O'Neill, *The Relationship between the German Army and the Nazi Party*, Phil. Diss. Oxford 1965, S. 421 ff., zusammengestellt. Die Arbeit wurde inzwischen mit gekürztem Dokumentenanhang veröffentlicht unter dem Titel: *The German Army and the Nazi Party*, London 1966.

⁷ Das politische Tagebuch Alfred Rosenbergs 1934/35 und 1939/40 hrsg. v. H. G. Seraphim, Göttingen 1956, Taschenbuchausgabe 1964, S. 80 (zit.: Seraphim).

⁸ Bundesarchiv (BA) Koblenz, Kanzlei Rosenberg, NS 8/108 (vorläufig).

⁹ Ebenda.

¹⁰ Ebd., NS 8/109 (vorläufig), Entwurf, o. D. (wahrscheinlich Nov. 1939).

¹¹ Ebd., „Denkschrift über den unmittelbaren Einsatz eines Beauftragten für die Sicherung der nationalsozialistischen Weltanschauung“, 18. 11. 1939, mit Korrekturen von Rosenbergs Hand.

sollten HJ-Kapellen „oder wenn möglich“ städtische Orchester herangezogen werden, „um auch die deutsche Musik in ausgewählten Werken zur Seelenstärkung einzusetzen“¹². Schließlich müsse dem Oberkommando der Wehrmacht (OKW) noch eine sachkundige Persönlichkeit als eine Art Zensor in weltanschaulichen Fragen zur Seite gestellt werden. Sonthofen wurde als der geeignetste Ort für die Kurse bezeichnet, für die sogar schon ein „vorläufiger Lehrplan“ aufgestellt wurde¹³. Kurz, auf dem Papier war bereits alles festgelegt. Um so weniger jedoch war die Wehrmacht, besonders das Heer, von Rosenbergs Denkschriften begeistert. Ließ sich doch der Verdacht nicht ganz von der Hand weisen, daß hier ein Kommissar-System eingeführt werden sollte. So setzte eine vielleicht typisch soldatische Reaktion ein: gegen einen *offenen* Einbruchversuch in ihre Sphäre machten die Wehrmachtteile geschlossen Front. Hatte man die ideologische Einflußnahme bis dahin mehr oder weniger geduldet – auf den direkten Angriff Rosenbergs verstand man zu antworten. Es kam nun zu einem der vielen Macht- und Kompetenzkonflikte, von denen der NS-Staat zeit seines Bestehens geplagt wurde und der manche Ähnlichkeiten mit noch zu schildernden Entwicklungen des Jahres 1943 aufweist.

Rosenberg war sich offenbar darüber klar, daß er mit seinen Ambitionen gefährlichen Boden betrat. Deshalb wohl wandte er sich im Herbst 1939 gleich an Hitler persönlich¹⁴. Dieser gab schließlich „im Grundsatz“ seine Zustimmung zu Rosenbergs Vorschlag, ihm „Auftrag und Vollmacht für Partei und Staat zur Sicherung der nationalsozialistischen Weltanschauung zu erteilen“¹⁵. Gestärkt durch derartige Zusicherungen des „Führers“, machte sich Rosenberg ans Werk. Dabei wurde alsbald deutlich, daß er die Wehrmacht ausdrücklich in die Kategorie „Staat“ einordnen wollte. Das mußte die Militärs aufhorchen lassen. Es fanden offenbar Besprechungen statt, in denen die Einwände der Armee zum Ausdruck gebracht wurden. Jedenfalls meinte Rosenberg in einer Stellungnahme vom Januar 1940 bereits sehr viel vorsichtiger, daß angesichts der entscheidenden Rolle der Wehrmacht ihr Verhältnis zum Auftrag seiner Dienststelle „einer besonders sorgfältigen Prüfung“ bedürfe, die zudem nur „nach Rücksprache mit Generalfeldmarschall Göring“ vorgenommen werden könne¹⁶.

Fünf Wochen später erklärte Rosenberg denn auch in einer Aufzeichnung über die „grundsätzlichen Zielsetzungen für den Beauftragten des Führers zur Sicherung

¹² Ebd.

¹³ Ebd., „Vorläufiger Lehrplan für vier- bis sechswöchentliche [sic!] Kurse eines Beauftragten des Führers zur Sicherung der nationalsozialistischen Weltanschauung“, 20. 11. 1939 (22. 11. 1939).

¹⁴ Ebd., NS 8/110 (vorläufig), „Begründung des beiliegenden Wortlauts eines Entwurfs [zu einem Führer-Befehl]“, 2. 1. 1940, mit Korrekturen von Rosenbergs Hand. Siehe hierzu auch Reinhard Bollmus, *Das Amt Rosenberg und seine Gegner, Studien zum Machtkampf im nationalsozialistischen Herrschaftssystem*, Phil. Diss. Heidelberg 1967, S. 220ff. Ich danke Herrn Dr. Bollmus, daß er mir seine Arbeit vor der Veröffentlichung zugänglich gemacht und dieses Manuskript mit wertvollen Kommentaren versehen hat.

¹⁵ BA Koblenz, Kanzlei Rosenberg, NS 8/110 (vorläufig), „Begründung...“ (vgl. Anm. 14). Siehe auch Seraphim, a. a. O., S. 105 (Eintragung vom 1. 11. 1939).

¹⁶ BA Koblenz, Kanzlei Rosenberg, NS 8/110 (vorläufig), „Begründung...“ (vgl. Anm. 14).

der nationalsozialistischen Weltanschauung“¹⁷, zwar sei er nach wie vor der Ansicht, daß „die Bedeutung dieses geschichtlichen Ringens und die Stärkung des Gesamtbewußtseins, inmitten einer großen Zeitepoche zu kämpfen“, allmählich in der ganzen Wehrmacht verbreitet werden müsse; „ein schneller genereller Einsatz von sogenannten Bildungsoffizieren jedoch würde einem solchen Streben nicht nützen, sondern schaden. Vielmehr kann hier nur *von oben* durch individuelle Auswahl nach und nach jene Haltung zum heutigen historischen Ringen vermittelt werden, die wir erstreben.“¹⁸

Im Sinne eines ersten Schrittes sollten daher aus allen Wehrmachtteilen fortlaufend Persönlichkeiten ausgewählt und in Rednerkursen geschult werden. Ihr „Einsatz“ war in Kasernen, Ausbildungslagern und „vielleicht auch in der Nähe der Front“ vorgesehen.

„In dieser Arbeit würde sich die unmittelbare geistige Kameradschaft zwischen Partei und Wehrmacht in den obersten Stellen herausbilden mit dem Ziele, dann *nach und nach* solche geistigen Betreuer der Wehrmachtteile in den Armeen, Korps und Divisionen zu ernennen. Ein besonders verständnisvoller Arbeitsstab müßte in der Abteilung Inland des OKW sitzen. Neben der Einsetzung von Persönlichkeiten, die instande sind, durch das Wort unmittelbar auf das Gemüt des Soldaten zu wirken, muß . . . auch eine andere dauernde und sich mit allen Gebieten beschäftigende auslesende Arbeit treten. Es sind deshalb aus dem deutschen Schrifttum jene Bücher . . . ausgewertet worden, die wir für die Erkenntnis großer Epochen empfehlen.“¹⁹

Es erscheint ratsam, dieses Dokument sehr sorgfältig zu lesen. Worte wie „vielleicht auch“ und „nach und nach“ lassen deutlich taktische Vorsicht erkennen. Denn Rosenberg sah offensichtlich voraus, was geschehen würde, wenn er einen Masseneinsatz von Rednern beim Ersatzheer oder gar „in der Nähe der Front“ vorschlug. Den Truppenführern war ihre Führungs-Prärogative zu heilig, als daß sie dem hätten zustimmen können. Allerdings brauchten sich die Offiziere diesmal nicht allein auf ihre eigene Opposition zu verlassen. Gegen eine Ernennung Rosenbergs zum Beauftragten des Führers zur Sicherung der nationalsozialistischen Weltanschauung sperrte sich auch eine Reihe von hohen Parteifunktionären, allen voran offenbar der Mann, der vier Jahre später in der gleichen Frage erneut mit Rosenberg zusammenstieß: Martin Bormann. Diesem war es zunächst zuzuschreiben, daß im Zusammenspiel mit Minister Heinrich Lammers eine bereits nicht mehr gültige Fassung des geplanten Führerbefehls an die betroffenen Dienststellen zur Stellungnahme verschickt wurde²⁰. Das Ergebnis war eine Verwirrung der Gemüter, die Rosenberg sehr ungelegen kam und die ihn sehr verärgert haben muß. Denn infolge dieser Verwirrung und wegen des Inhalts des Schriftstückes entstand eine für ihn

¹⁷ Ebd., „Grundsätzliche Zielsetzungen für den Beauftragten des Führers zur Sicherung der nationalsozialistischen Weltanschauung“, 12. 2. 1940, mit Korrekturen von Rosenbergs Hand.

¹⁸ Auszeichnung im Original.

¹⁹ Ebd., Auszeichnung im Original.

²⁰ Ebd., „Begründung des heiliegenden Wortlauts eines Entwurfs [zu einem Führer-Befehl]“, 2. 1. 1940, mit Korrekturen von Rosenbergs Hand.

noch unerfreulichere Oppositionsbewegung, die Hitler schließlich unstimmt und Rosenberg um die erhoffte Berufung brachte.

Anfang Januar 1940 lagen die Stellungnahmen der einzelnen Dienststellen vor: Außer Hess war keiner der befragten Parteiführer für den Rosenberg-Plan gewonnen worden²¹. Weder Himmler noch Robert Ley, Wilhelm Frick oder Bernhard Rust äußerten sich positiv, und sie änderten ihr Votum auch nicht, als Rosenberg in der Folgezeit zunächst schriftlich²² und später mündlich ihre Bedenken auszuräumen versuchte²³. Wie die Chefbesprechung vom 9. Februar zeigte, waren die Befragten besonders darüber aufgebracht, daß Rosenberg berechtigt sein sollte, „für Partei und Staat jene Weisungen zu erteilen und jene Maßnahmen anzuordnen“, die er allein für die Sicherung der nationalsozialistischen Weltanschauung für notwendig hielt²⁴. Das war nicht nur für die Armee, sondern auch für die betroffenen Parteidienststellen ein indiskutabler Einbruch in ihre Befugnisse.

Rosenberg reagierte auf diese Opposition mit einer Vogelstraußpolitik. Im Vertrauen auf die grundsätzliche Zustimmung des „Führers“ und ohne Rücksicht auf die ablehnenden Stellungnahmen aus Partei und Staat entwarf er weitere Fassungen für einen Führerbefehl. Ja, er setzte am 28. Februar 1940 anscheinend schon eine Pressenotiz auf, die verkündete, Hitler habe nunmehr „eine Persönlichkeit“ mit der Vereinheitlichung der Weltanschauung von Partei und Staat einschließlich der Wehrmacht betraut²⁵. Dann aber wurde Rosenberg unsanft aus seinen Wunschvorstellungen gerissen, da nämlich der „Führer“ seine Unterschrift unter den Führerbefehl verweigerte. Bereits einige Tage vor der Abfassung des vermutlich für die Presse bestimmten Selbstlobs vom 28. Februar hatte Lammers Rosenberg mitgeteilt, daß sich Hitler noch immer nicht zu einer Unterzeichnung entschließen könne²⁶. In Wirklichkeit suchte man offenbar nur noch nach einer plausiblen Begründung für eine Ablehnung. Ende Februar hatte man sie endlich gefunden: Mussolini, so hieß es, wolle in den Krieg eintreten und habe Deutschland bereits zweimal gebeten, alles zu unterlassen, was die Kirche vor den Kopf stoßen könnte²⁷. „Eine Vollmacht, wie sie für mich bevorstehe, würde höchste Beunruhigung hervorrufen.“²⁸

²¹ Ebenda.

²² Ebd., „Stellungnahme von Reichsleiter Rosenberg zu den eingesandten Gutachten der beteiligten Reichsdienststellen zum Entwurf über die Einsetzung eines Beauftragten zur Sicherung der nationalsozialistischen Weltanschauung“, 9. 1. 1940, mit Korrekturen von Rosenbergs Hand.

²³ Ebd., „Teilprotokoll aus der Chefbesprechung“ vom 9. 2. 1940, 16. 2. 1940. Ausführlich bei Bollmus, a. a. O., S. 221ff.

²⁴ BA Koblenz, Kanzlei Rosenberg, NS 8/110 (vorläufig), „Denkschrift zu Punkt III des Entwurfes eines Erlasses des Führers für die nationalsozialistische Weltanschauung“, 10. 2. 1940.

²⁵ Ebd., Entwurf [zu einer Pressenotiz?], 28. 2. 1940.

²⁶ Ebd., Ostministerium, R 6/420 (vorläufig), Lammers an Rosenberg, 24. 2. 1940.

²⁷ Alfred Rosenberg, Letzte Aufzeichnungen, Göttingen 1955, S. 530.

²⁸ Ebd.; siehe auch BA Koblenz, Kanzlei Rosenberg, EAP 99/405 (vorläufig), Ergänzung Rosenbergs zu einem Fernschreiben an Bormann, 7. 8. 1944. In sein Tagebuch (Seraphim, a. a. O., S. 124) schrieb Rosenberg am 5. 3. 1940, daß Hitler zufolge Mussolini bereits dreimal

Damit war Rosenbergs Traum, eine Art Ober-Politruk zu werden, vorerst ausgeträumt. Er war nun freilich – was sich 1943 nochmals zeigen sollte – ein hartnäckiger Denkschriften-Produzent. Es kam hinzu, daß er sich mit Reinecke und Keitel offenbar doch besser verstand als mit Bormann, Ley und Himmler, und so versuchte Rosenberg bald, von Hitler wenigstens eine stillschweigende Vollmacht zu erhalten. In einem Memorandum vom 10. Mai 1940 schlug er eine Vereinheitlichung der weltanschaulichen Arbeit vor, ohne daß er dabei „nach außen hin besonders auffällig in Aktion“ trete²⁹. Vor allem auf eine Zusammenarbeit mit dem OKW scheint sich Rosenberg weiterhin Hoffnungen gemacht zu haben. Jedenfalls vermerkte er, daß Reinecke im Auftrage Keitels erneut mit der Bitte an ihn herantreten sei, doch noch eine Rednerschulung in Gang zu bringen³⁰. Das OKW wünsche dabei, „die Durchführung einer solchen Aktion für alle drei Wehrmachtteile zu übernehmen“.

Auf den ersten Blick sieht dies so aus, als habe Keitel plötzlich doch einer Dienststelle der Partei die Türen zur Wehrmacht öffnen wollen. In Wirklichkeit ging es aber dem OKW offenbar um etwas anderes. Zwar waren sowohl Reinecke als auch Keitel hinreichend überzeugte Nationalsozialisten, um gegen die geistige Infiltration des Nationalsozialismus in die Armee keine Bedenken zu hegen; an eine organisatorische Unterordnung unter Rosenberg aber dachten auch sie bei ihren Verhandlungen zu einer stillen Zusammenarbeit nicht. Sie planten vielmehr, die geistige Führung klar und eindeutig in den Befehlsbereich des OKW zu bringen³¹. Das war bisher noch nicht gelungen und wurde infolge des Widerstrebens der drei Wehrmachtteile auch bis 1943 nicht erreicht. Besonders das Heer wehrte sich hinfort sowohl gegen entsprechende Versuche von Seiten der Partei als auch des OKW und betonte immer wieder, daß nur der Einheitsführer für das geistige Wohl des Soldaten verantwortlich sein dürfe. Zivilpersonen mit agitatorischer Begabung lehnte man als Fremdkörper ab.

Im übrigen waren dem OKH inzwischen in seinem Abwehrkampf gegen Rosenbergs Pläne neue Entwicklungen zu Hilfe gekommen. Man darf nämlich nicht vergessen, daß man Sommer 1940 schrieb, als Rosenberg seinen zweiten Angriff startete. Polen war längst besiegt, und große Teile Nord- und Westeuropas befanden an ihn mit der Bitte herantreten sei, „nichts gegen die Kirche zu unternehmen. Später nach dem Siege sei es gleich, da möge er mit ihr machen, was er wolle. Der Führer: Man darf nicht vergessen, daß M[ussolini] in I[talien] keine derartige Stellung hat, wie ich in D[Deutschland]. Hof und Kirche lieben ihn nicht, wird die Kirche, wie es vielfach versucht worden ist durchzusetzen, eine amtliche Enzyklika gegen das Reich erlassen, so ist es sehr fraglich, ob M[ussolini] Italien an unserer Seite in den Krieg führen kann“. Laut Tagebuch fand die Unterredung, in der diese Worte fielen, am 29. 2. 40 statt. Lammers Brief vom 5. 3. 1940 (BA Koblenz, Ostministerium, R 6/420 [vorläufig], Lammers an Rosenberg) scheint daher die schriftliche Bestätigung der bereits mündlich erfolgten Ablehnung Hitlers vom 29. 2. zu sein.

²⁹ Ebd., Kanzlei Rosenberg, NS 8/111 (vorläufig), „Vom Sinn des heutigen Kampfes, Vorschlag einer zusammenfassenden Erziehungsarbeit zur Stärkung der inneren Bereitschaft des deutschen Volkes“, 10. 5. 1940.

³⁰ Ebenda.

³¹ Ebenda.

sich nach erstaunlich kurzen Feldzügen in deutscher Hand. Warum, so lautete jetzt immer häufiger die Frage, bedurfte der deutsche Soldat nach so phantastischen Erfolgen noch einer zeitraubenden Schulung? Auch ohne sie war er als Sieger durch halb Europa gezogen. So stärkten die Blitzsiege in der Wehrmacht jenen Kräften den Rücken, die von jeher einer größeren Einflußnahme der Partei widerstrebt hatten.

Verfolgt man die Stimmung der Truppe während des ersten Kriegsjahres, so wird dieser Zusammenhang deutlich. Gewiß war die Armee 1939 „ausbildungsmäßig, innerlich und traditionsgebunden nicht so fest gefügt wie das alte ausgereifte Heer von 1914 . . .“³². Dazu war sie zu überstürzt aufgestellt und ausgebildet worden. So unterschieden sich die einzelnen Verbände in ihrem militärischen Kampfwert sicherlich stark. Doch lassen Berichte aus den ersten Kriegsmonaten durchweg das Bewußtsein einer großen Überlegenheit erkennen³³. Natürlich können wir hier nicht alle Stimmungsschwankungen in der Truppe erfassen³⁴. Im ganzen kann aber gesagt werden, daß selbst die kritischeren Berichte die Haltung der Truppe als „im allgemeinen ordentlich“³⁵ bezeichnen; und nach der Winterpause ist sie offensichtlich noch besser geworden³⁶.

Unter diesen Umständen schien den Militärs eine systematische Indoktrination im Rosenbergschen Sinne unerwünscht. Sie hielten es für besser, die Stimmung der Truppe mit traditionellen Mitteln auf der Höhe zu halten, was bedeutete, daß „betreut“ statt „weltanschaulich ausgerichtet“ wurde. Organisatorisch kam dies darin zum Ausdruck, daß sich das Schwergewicht der Führungsarbeit von der Gruppe II der OKW Inland-Abteilung auf andere Dienststellen verlagerte, u. a. auf die erst im Frühjahr 1939 geschaffene Wehrmachtpropaganda-Abteilung (OKW/WPr)³⁷. Was das OKH angeht, so sollte die dem OQu IV unterstellte Abteilung z. B. V., deren

³² G[ünther] Blumentritt, Warum hat der deutsche Soldat in aussichtsloser Lage bis zum Schluß des Krieges 1939–45 gekämpft?, Foreign Military Study B – 338 (Historical Division, Hq. U.S. Army, Europe), S. 21. Auszeichnung im Original.

³³ Siehe dazu z. B. das von OKW/Inland III gesperrte MS „Unsere Batterie. Kriegserlebnisse der 6. Batterie des schweren Artillerie-Regiments 54 (mot.) in den Feldzügen gegen Polen, Holland, Belgien und Frankreich im Kriegsjahr 1939/40. Im Auftrage des Batteriechefs, Herrn Hauptmann Berndt, zusammengestellt und bearbeitet von Emil Heuberger, Kanonier“, November 1940, in: Militärgeschichtliches Forschungsamt (MGF), Freiburg, OKW 814.

³⁴ Hinweise darauf sind enthalten, z. B. in: Kriegstagebuch der 5./Pz-Reg. 1 vom 19. 8. 1939 bis 15. 10. 1939, in ebd., WO1 – 6/484 (OKW 605): ebd., WO1 – 6/319 (OKW 562), Wehrmachtpsychologischer Bericht Nr. 2, 29. 2. 1940; ebd., WO1 – 6/345 (OKW 1511), Erfahrungsbericht über die Stimmung bei der Truppe, 15. 1. 1940; ebd., WO1 – 6/303 (OKW 560), Groscurth (Genstab d. H., Abt. z. B. V.) an OKW/WPr, 1. 12. 1939; National Archives Microfilm (NAM) Washington, T-77, roll 964, frame 4447748, Stimmungsbericht aus Tirol/Vorarlberg, 4. 11. 1939.

³⁵ So der Bericht eines aktiven Hauptmanns vom Westwall zitiert: MGF Freiburg, WO1 – 6/303 (OKW 560) Groscurth (Genstab d. H., Abt. z. B. V.) an OKW/WPr., 1. 12. 1939.

³⁶ Siehe Halders Eintragung vom 17. 4. 1940, Hans-Adolf Jacobsen (Hrsg.), Kriegstagebuch, Stuttgart 1962, Bd. I, S. 262, über die Stimmung der Truppe in Norwegen, die er als „gut“ bezeichnete.

³⁷ Siehe dazu vor allem Hasso von Wedel, Propagandatruppen, Neckargemünd 1962, S. 9ff.

Chef der ausgesprochene Hitlergegner Oberstleutnant Groscurth wurde, sowohl die innenpolitische als auch die geistige Betreuung des Heeres übernehmen³⁸. Außerdem wurde auf Wunsch des OKH der Wehrmachtpropaganda-Abteilung eine besondere Gruppe V angefügt, die sich im Rahmen der Wehrmachtpropaganda und Betreuung der Truppe für eine „Herausstellung der soldatischen Anschauung und Ideale“, sowie für die Interessen des OKH verwenden sollte³⁹.

So schien es, als sei das bis in die Vorkriegszeit zurückgehende Streben Rosenbergs nach Intensivierung des nationalsozialistischen Unterrichts in Vergessenheit geraten oder doch mindestens um einige Stufen nach unten gerückt⁴⁰. Mehr denn je galten Gedanken wie die in einem Merkblatt für die geistige Betreuung der Truppe aus dem Sommer 1939⁴¹: „Die wichtigste Form der ‚geistigen Betreuung‘ der Truppe zur Abwehr [!] von Mißstimmungen und feindlicher Propagandatätigkeit bleibt nach wie vor die militärische Disziplin, der militärische Erfolg, das Vorbild des Vorgesetzten, ihre Fürsorge für die Untergebenen und das Vertrauen der Untergebenen zur höheren Führung. Die ‚geistige Betreuung‘ der Truppe ist lediglich als Hilfsmittel zu betrachten. Sie ist jedoch wichtig und wird bei längerer Dauer eines Krieges immer wichtiger, wie die Erfahrungen des ersten Weltkrieges eindeutig bewiesen haben.“ Gerade weil man sich so sehr auf die Erfahrungen von 1914/18 stützte, war man der Überzeugung, daß die geistige Betreuung „in ihrer Form und in ihrem Ausmaß je nach Dauer des Krieges verschieden sein“ müsse⁴². Zu Kriegsbeginn kam es dem „Merkblatt“ zufolge in erster Linie auf eine Stärkung des Siegeswillens und auf eine schnelle Übermittlung möglichst ungeschminkter Informationen an. Bei längerer Kriegsdauer sei dann der Zerstreuung und Ablenkung erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen. Als Mittel dazu wurden u. a. vorgeschlagen: „Lieferung von Tageszeitungen an die Truppe; Feldzeitungen; Lieferung von Zeitschriften an die Truppe; Rundfunk; Feldkinos; Feldbüchereien; Fronttheater.“ Und dann folgte der Satz, der die Position der „Konservativen“ gegenüber dem Nationalsozialismus und seinem weltanschaulichen Soldatentums-Begriff geradezu klassisch zusammenfaßt⁴³. „Die Betreuung durch sogenannte ‚Unterrichtsoffiziere‘, die in der Entwicklung letzten Endes zu einer Art politischer Kommissare führen müssen, ist nicht beabsichtigt.“

³⁸ NAM Washington, T-77, roll 1040, frame 6513659, Vortragsnotiz, 10. 9. 1939.

³⁹ MGF Freiburg, WO1 – 6/346 (OKW 1511), Auszug aus der Verfügung des Genstab d. H./Abt. z. b. V. (OQu IV) vom 25. (26.) 1. 1940; mündliche Auskunft Prof. Dr. Hesses, 14. 10. 1965, der diese Gruppe Anfang 1940 übernahm.

⁴⁰ Typisch für die Einstellung ist vielleicht ein Ausspruch von Major Hans-Leo Martin [?] in einem vermutlich 1939 gehaltenen Vortrag über „die geistige Betreuung der Truppe im Kriege“ (MS in: NAM Washington, T-77, roll 1026, frames 2497527–38): „Besser, in einem AOK kein einziger sogenannter ‚Unterrichtsoffizier‘ als einer, der das Empfinden der Mannschaft und ihr Verhältnis zu ihrem unmittelbaren Vorgesetzten durch sein Auftreten und die Form seines Vortrags auch nur im geringsten verletzt.“

⁴¹ MGF Freiburg, WO1 – 6/303 (OKW 560) Merkblatt für die geistige Betreuung der Truppe im Kriege, hrsg. vom OKW (1939).

⁴² Ebenda.

⁴³ Ebenda.

Damit schien sich die Tendenz, den Einfluß der Partei „nicht unnötig weit in die Wehrmacht“ eindringen zu lassen⁴⁴, zunächst noch einmal gefestigt zu haben. Seit Ende August 1939 wurde in den mit der Betreuung beauftragten Dienststellen fieberhaft gearbeitet. Der Wehrmachtbericht wurde eines der wichtigsten Instrumente für die prompte Information der Truppe⁴⁵. Bald zeigte sich jedoch, daß der Nachrichten hunger des Soldaten mit den in Berlin und im Führer-Hauptquartier produzierten Materialien allein nicht gestillt werden konnte. Die Armeen griffen zur Selbsthilfe. Unterstützt durch die Propaganda-Kompanien der Wehrmachtpropaganda-Abteilung wurden im Felde hastig Zeitungen und Informationsblätter gedruckt⁴⁶. Ab Mitte September machte man sich Gedanken und Sorgen um eine verstärkte Betreuung von Einheiten, die aus dem Osten zurückkehrten. Sie wollte man besonders stark mit Büchern und Illustrierten beliefern, und so wurde in der Heimat bald alles gesammelt, was sich an bedrucktem Papier vor den Öfen und auf verstaubten Dachböden gestapelt hatte. Es ergingen immer neue Weisungen im Sinne einer erhöhten Betreuung von den verantwortlichen Abteilungen des OKW, und langsam kam die Lawine ins Rollen⁴⁷.

Auf die Maßnahmen, die im einzelnen getroffen wurden, braucht nicht weiter eingegangen zu werden. Wichtig in diesem Zusammenhang ist nur die Haltung, die sie bestimmte, und diese ließ vom Standpunkt der Partei einiges zu wünschen übrig. Offensichtlich waren die Lehren von „Soldatentum und Nationalsozialismus“ nicht ganz so tief gedungen, wie man gemeint hatte. Wurde doch anscheinend noch nicht einmal allseits erkannt, „daß ein neuzeitlicher großer Krieg auf die Dauer mit Erfolg nur geführt werden kann, wenn – neben vielen anderen Voraussetzungen – jeder Soldat nicht nur mit den militärischen Waffen, sondern auch mit denen des Geistes und mit der Kraft der inneren Überzeugung den Kampf seiner um Lebensbehauptung ringende[n] Nation führt“⁴⁸. Jedenfalls wagte der Militärbefehlshaber von Posen, General von Bockelberg, nur zu behaupten, daß diese Erkenntnis „sich weitgehend durchgesetzt“ habe⁴⁹. Zwar, so fuhr Bockelberg fort, seien die Mittel der geistigen Betreuung verschiedenartig und noch in der Entwicklung begriffen; aber die Einheitsführer dürften darüber nicht vergessen, „daß die geistige Betreuung ihrer Soldaten notwendig und eine Pflicht ist, deren Vernachlässigung sich später bitter rächen würde. Schon jetzt müssen alle Führer im Heere die Gewähr schaffen, daß ohne Rücksicht auf die Dauer, den Verlauf und die zunehmenden Härten und Entbehrungen des Krieges niemals eine Geisteshaltung Platz greifen kann wie im November 1918.“ Es komme daher, so schloß der Militärbefehlshaber, auf eine ständige und unauffällige Einwirkung seitens des Vorgesetz-

⁴⁴ Hasso von Wedel, Die Wehrmachtpropaganda 1939/45. I. Teil: Die Abteilung Wehrmachtpropaganda im Oberkommando der Wehrmacht (OKW/WPr), unveröff. MS., 1957, S. 89.

⁴⁵ Dazu: Erich Murawski, Der deutsche Wehrmachtbericht 1939–1945, Boppard 1962.

⁴⁶ Siehe dazu: MGF Freiburg, WO1 – 6/417 (OKW 533), mit diversen Berichten.

⁴⁷ Ebd., WO1 – 5/115 (OKW 933), Notiz, 16. 9. 1939; NAM Washington, T-77, roll 1040, frames 6513636–40, WPr.-Blatt 3/39, 17. 9. 1939.

⁴⁸ Ebd., roll 964, frames 474464–65, Bockelberg betr. geistige Betreuung, 17. 10. 1939.

⁴⁹ Ebenda.

ten an. „Keinesfalls darf der Begriff der geistigen Betreuung zum inhaltslosen Schlagwort herabsinken oder den Charakter des sogenannten vaterländischen Unterrichts von 1918 annehmen.“ Aber auch eine „Überfütterung“ sei schädlich. Solange die Truppe fortlaufend über das Zeitgeschehen aufgeklärt werde, habe man schon eine wichtige Aufgabe erfüllt⁵⁰.

Auf diese Art wurde nun in den nächsten zwei Jahren in der Wehrmacht „geistige Rüstung“ betrieben, und der durch militärische Planungen und Befehlsausführungen ohnehin schon überlastete Einheitsführer hielt, bestärkt durch die günstigen psychologischen Auswirkungen der Blitzkriege, diese Betreuung für die nützlichste. Rosenbergs Vorschläge wurden durch Film-, Varieté- und Theaterveranstaltungen in den Hintergrund gedrängt. Später hieß es daher in widerwilliger, aber ganz richtiger Beurteilung der früher herrschenden Auffassung⁵¹: „Die Kampferrfolge der ersten Kriegsjahre bestärkten . . . die im Offizierkorps oft vertretene Ansicht, daß Kampferschlossenheit nicht Ausdruck einer weltanschaulichen Haltung sei, sondern als Folge soldatischer Disziplin und Ausbildung angesehen werden müsse. Ein Mangel an Krisenfestigkeit und Standhaftigkeit war noch nicht sichtbar geworden, oder es wurden die dafür von der Partei geltend gemachten Gründe nicht anerkannt. Gelegentliche Ansätze, dem politischen Willen der NSDAP auch in der Wehrmacht Geltung zu verschaffen, waren vorhanden; sie wurden aber mehr oder weniger als vertretbare Konzessionen und nicht als Verpflichtung gegenüber der Partei angesehen. Die Bedeutung der weltanschaulichen Durchdringung für die Stärkung der Kampfkraft blieb im allgemeinen unerkannt.“ Gerade der Beauftragte für die weltanschauliche Erziehung, Alfred Rosenberg, bekam dies im Sommer 1940 deutlich zu spüren.

Rosenberg war, wie wir sahen, nach dem Scheitern seiner Vorschläge vom Winter 1939/40 im Frühsommer darauf erneut an Hitler herangetreten⁵². Er konnte dabei auf Keitel zählen, der sich von einem Zusammenspiel mit Rosenberg allem Anschein nach eine Vollmacht zur Zentralisierung der psychologischen Kriegsführung in eigener Hand versprach. Im Herbst 1940 einigten sich denn auch die beiden über den Inhalt eines „Arbeitsabkommens“, das sie am 11. November unterzeichneten und das folgenden Wortlaut hatte⁵³:

„ . . . 1. Der Beauftragte des Führers wird die von ihm für die nationalsozialistische Bewegung herausgegebenen grundsätzlichen Richtlinien für die Schulung und die weltanschauliche Haltung sowie das von seiner Dienststelle erarbeitete Schulungsmaterial (Lehrstoff und Lehrmittel) fortlaufend dem OKW für den Einsatz in der Wehrmacht zur Verfügung stellen; 2. das OKW wird den im Rahmen seiner welt-

⁵⁰ Ebd. Es sei hier besonders im Hinblick auf spätere Entwicklungen noch einmal auf den durchgehenden Gebrauch des Wortes „Betreuung“ hingewiesen.

⁵¹ BA Koblenz, Sammlung Schumacher, 367, „1 Jahr NS-Führung in der Wehrmacht“, o. D. (1944). Der Autor ist vermutlich Willy Ruder, der Leiter des Bormannschen Arbeitsstabes. Siehe dazu unten, S. 65.

⁵² Siehe oben, S. 24f.

⁵³ NAM Washington, T-77, roll 1040, frames 6513436-38. Zur Datierung siehe Bollmus, a. a. O., Anm. IV/162.

anschaulichen Erziehungsarbeit zum Einsatz kommenden Lehrstoff (nationalpolitischer Unterricht, Tornister-Schriften, weltanschaulicher Lehr- und Stoffplan der Kriegsschulen) dem Beauftragten des Führers vor der Herausgabe zur Stellungnahme zuleiten; 3. der Beauftragte des Führers wird Lehrgänge . . . für Offiziere (und Beamte) der Wehrmacht, die als Lehrkräfte für die in Wehrmachtlagern stattfindenden Lehrgänge vorgesehen sind, einrichten und abhalten. Zeitdauer und Lehrplan werden im Benehmen mit dem OKW festgelegt. Die Auswahl und Einberufung (Kommandierung) zu den Lehrgängen ist Sache des OKW, das hierbei die Teilnehmer unter der Voraussetzung der besonderen Eignung hinsichtlich ihrer späteren Verwendung als Lehrkräfte in den Lehrgängen der Wehrmacht auswählt; 4. für die auf wehrmachteigenem Gelände stattfindenden Lehrgänge der Wehrmachtteile werden die erforderlichen Redner durch den Beauftragten des Führers zur Verfügung gestellt; 5. vor der Herausgabe von Erlassen und Anordnungen rein weltanschaulicher Art seitens des OKW werden diese dem Beauftragten des Führers zur Stellungnahme zugeleitet; 6. das OKW wird den Beauftragten des Führers bei der Druckschriften-Zensur in der Weise beteiligen, daß das gesamte weltanschauliche Schrifttum zur Begutachtung an den Beauftragten des Führers geleitet wird. Das OKW erkennt das Gutachten des Beauftragten des Führers als bindend an; 7. für die Büchereien und Feldbüchereien der Wehrmacht wird der Beauftragte des Führers dem OKW insbesondere für die Bestände an weltanschaulich-politischer Literatur Grundlisten besonders geeigneten Schrifttums zur Verfügung stellen und diese fortlaufend ergänzen. . . .“

Nach allem, was bisher über das Verhältnis von Wehrmacht und Partei gesagt werden konnte, ist die Ablehnung aller Punkte dieser Vereinbarung Keitels mit Rosenberg durch das OKH nicht weiter erstaunlich. Schon einige Wochen vor der Unterzeichnung dieser Übereinkunft hatte das OKH eine eigene Anweisung zur weltanschaulichen Erziehung, geistigen Betreuung und Freizeitgestaltung herausgegeben⁵⁴. Darin wurde zwar gefordert, die nationalsozialistische Ideologie zum Allgemeingut der Wehrmacht zu machen; aber der wichtigste – und zweifellos auf Rosenbergs Ambitionen gemünzte – Satz enthielt die erneute Feststellung, daß der Truppenführer für Geist und Haltung seiner Soldaten allein verantwortlich sei. Damit sei ihm auch die weltanschauliche Erziehung der Truppe aufgegeben. Doch auch in anderer Hinsicht wird Rosenberg diese Anweisung – hat er sie zu Gesicht bekommen – kaum gefallen haben. Denn was anschließend als empfohlenes Schulungsmaterial aufgeführt wurde, eignete sich besser als Bettlektüre der Soldaten, denn zur Indoktrination⁵⁵.

Noch vor Jahresende sah sich die Inland-Abteilung des OKW angesichts dieses Widerstandes genötigt, das Arbeitsabkommen zu erläutern⁵⁶. Rosenberg, so begann

⁵⁴ MGF Freiburg, WO1 – 5/179 (OKW 880), Anlage 4 zu Ob. d. H./Genstab d. H./OQu I, 7. 10. 1940.

⁵⁵ NAM Washington, T-77, roll 1040, frames 6513456–59, OKH/HWes Abt.: „Weltanschauliche Erziehung im Rahmen der geistigen Betreuung im Heere“, (Oktober 1940?). Neben den Heimat- und Feldzeitungen wurden u. a. empfohlen: Die „Mitteilungen des OKW“, und die „Soldatenblätter für Feier und Freizeit“, die Tornister-Schriften des OKW, Film-, Rundfunk-, KdF- und Vortragsveranstaltungen.

⁵⁶ MGF Freiburg, WO1 – 6/524 (OKW 729), OKW/J (Ia) betr. Arbeitsabkommen zwischen OKW und Rosenberg, 23. 12. 1940.

die Stellungnahme, sei nun einmal mit der Überwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Schulung und Erziehung beauftragt. Es entspreche dem Wunsche des „Führers“, daß die Wehrmacht in diese allgemeine Ausrichtung einbezogen werde. Trotzdem liege der Schwerpunkt der Erziehungsarbeit nach wie vor bei den Wehrmachtteilen; sie sollten lediglich bei der Materialbeschaffung vom OKW unterstützt und mit Unterlagen versehen werden, die vorher durch die Dienststelle Rosenberg geprüft worden seien. Daneben dürfe Rosenberg „für die mit Erziehungsaufgaben befaßten Offiziere der Wehrmachtteile“ Lehrgänge abhalten, welche diese instandsetzen, die „Schulungsarbeit innerhalb der Wehrmacht auf die Gesamterziehung abzustimmen“. Ihre Auswahl und Abkommandierung sei aber selbstverständlich Sache der Wehrmacht.

Indes, auch mit diesem Kommentar scheinen die Wehrmachtteile nicht zufrieden gewesen zu sein. Jedenfalls wurden in einer Vortragsnotiz des OKH vom 19. Januar 1941 die Punkte 2 bis 6 des Arbeitsabkommens rundweg abgelehnt⁵⁷. Vermutlich auf Grund dieser Notiz verfaßte Brauchitsch einige Tage später ein Schreiben an Keitel, in dem er auf die Alleinverantwortung der Wehrmachtteile für die geistige Ausrichtung pochte⁵⁸. Zu den geplanten Lehrgängen meinte er kurz, daß diese „angesichts der bevorstehenden Aufgabe der Truppe“ und der „Beanspruchung der Offiziere und Beamten bis auf weiteres“ nicht durchführbar seien.

Somit blieb von den Vereinbarungen zwischen Rosenberg und Keitel praktisch nicht viel übrig. Wie zuvor durfte Rosenberg die Armee mit seinen Druckschriften und Buch-Prüflisten versorgen; ansonsten aber wurde das Abkommen zu den Akten gelegt und erst im Jahre 1943 von Rosenberg wieder hervorgeholt. Zunächst war er ohnehin mit der Organisation seines Ministeriums für die besetzten Ostgebiete beschäftigt, und so scheint der Beauftragte angesichts der Opposition des OKH seinen Kampf um die Ausrichtung der Wehrmacht vorläufig aufgegeben zu haben. Für die Armee bedeutete dies, daß der Einheitsführer weiterhin allein für die Haltung seiner Mannschaften zuständig war; „Kommissare“ gab es nicht und sollte es so bald nicht geben.

Daß die genannten Tendenzen innerhalb der Armee weiterwirkten, erwies sich auch beim Angriff auf die Sowjet-Union. Nach den Siegen im Westen gab es für den deutschen Soldaten keinen Zweifel, daß er dem Rotarmisten turmhoch überlegen war: wer die Engländer und Franzosen in wenigen Wochen geschlagen hatte, der würde die „primitiven“ Russen mindestens genauso schnell niederkämpfen. So zog der deutsche Soldat im Juni 1941 durchaus siegessicher in den Kampf. Als die Angriffsbefehle kamen, mochte manch einer noch von ungunstigen Gefühlen befallen worden sein; aber die Entwicklung der ersten Wochen schien alle Hoffnungen und Erwartungen zu erfüllen und verdrängte anfängliche Zweifel. Vor dem Ansturm der Wehrmacht brach die Rote Armee fast zusammen, und die Hunderttausende sowjetischer Kriegsgefangenen sahen in ihrer Erschöpfung genauso aus, wie sie von der deutschen Propaganda geschildert worden waren. In dieser wie in anderer Hinsicht

⁵⁷ NAM Washington, T-77, roll 1040, frames 6513439-43, Vortragsnotiz, 19. 1. 1941.

⁵⁸ Ebd., frames 6513444-45, Brauchitsch an Keitel, 22. 1. 1941.

schiene die eigenen Erlebnisse die antibolschewistischen Thesen des Nationalsozialismus zu bestätigen.

Angesichts solcher stillschweigenden oder auch offen ausgesprochenen Überzeugungen ließ die Stimmung der Truppe während des Sommers 1941 nichts zu wünschen übrig. Der deutsche Soldat, so hieß es in einem Bericht von der Ostfront, fühle sich gut geführt und sei sich seines Sieges sicher, wären auch die Anstrengungen manchmal übermenschlich⁵⁹. „Da er aber schon durch viele Länder Europas geeilt ist und politisch aufgeklärt ist als seine Gegner, zeigt er Verständnis für die Notwendigkeit des politischen Geschehens, besonders wenn der Offizier [!] in dieser Beziehung sich seiner annimmt.“⁶⁰

Offensichtlich bedurfte eine solche Truppe keiner Polit-Arbeiter; die feindliche Propaganda prallte wirkungslos an ihr ab. Sowjetische Flugblätter, so stellte ein Beobachter freimütig fest, belustigten den deutschen Soldaten allenfalls, und im übrigen verwende er sie „wegen ihres angenehmen Papierses gern im Waldorchester“⁶¹. Er war also, wie von den Wehrpsychologen erstrebt, erfolgreich immunisiert worden. Nur wenige zweifelnde Stimmen erhoben sich. Sie kamen nicht nur, wie zu erwarten, aus der Partei, sondern auch aus dem OKW. Denn in der bis dahin der bloßen Betreuung verschriebenen Wehrmachtspropaganda-Abteilung hielt man es jetzt für unumgänglich, „daß bei der militärischen Auseinandersetzung der Großdeutschen Wehrmacht mit den Sowjet-Truppen der deutsche Soldat geistig und seelisch fest in der nationalsozialistischen Weltanschauung verankert ist. Eine deutsche Truppe ohne ein derartiges festes Fundament würde eine solche weltpolitische Auseinandersetzung, bei der Weltanschauung gegen Weltanschauung steht, kaum siegreich bestehen können.“⁶² Und mit einer unüberhörbaren Warnung an die „Konservativen“ schloß der Artikel: „Soweit im Offizierkorps immer noch die Meinung vertreten sein sollte, an geistiger Schulung sei nun allmählich genug geschehen und man könne auf diesem Gebiete kurztreten, handelt es sich um ein grundsätzliches Verkennen der Aufgabe des totalen Krieges gerade in der gegenwärtigen Situation.“

3. Die ersten Krisen und Gegenmittel

Es kam der Herbst 1941, und mit ihm nahte die entscheidende militärische Wende und zugleich die Niederlage derer, die auf dem Gebiet der politischen Ausrichtung der Truppe geglaubt hatten, „kurztreten“ zu können. Allen Prophezeiungen zum

⁵⁹ MGF Freiburg, WO1 – 6/411 (OKW 756), Auszug aus einem Bericht des Major i. G. Bürker über seine Eindrücke beim Besuch der Pz. Gr. 2 des XXXVI. A.K. und der 10. Pz.-Div., (Juli 1941).

⁶⁰ Ebd.; siehe auch Halders Eintragung vom 29. 6. 1941, a. a. O., Bd. III, S. 25: „Die Stimmung unserer Truppe wird überall als sehr gut bezeichnet, auch da wo schwere Kämpfe durchzustehen waren.“

⁶¹ MGF Freiburg, WO1 – 6/411 (OKW 756), Gregor an Rantzau, 25. 7. 1941.

⁶² Ebd., WO1 – 6/628 (OKW 2249 g), Nachrichten des Oberkommandos der Wehrmacht, 10. 7. 1941, hrsg. von OKW/WPr IIe 1.

Trotz leistete die Rote Armee noch immer heroischen Widerstand, und der deutsche Angriff lief sich fest. Was immer für Probleme militärischer und wirtschaftlicher Art dies für die oberste deutsche Führung auch mit sich bringen mochte, das Ausbleiben des sowjetischen Zusammenbruchs beschwor ebenso für die Truppe ein Dilemma herauf. Zum ersten Male seit langem fand der deutsche Soldat wieder Zeit zum Nachdenken und mußte sich ganz unwillkürlich eine Reihe von Fragen stellen. Allen voran stand vermutlich die, ob ein so tapfer kämpfender Russe tatsächlich so minderwertig sein konnte, wie die deutsche Propaganda ihn hingestellt hatte⁶³. Hinzu kam das Erlebnis oder doch die Kunde von Maßnahmen, die mit der proklamierten Überlegenheit deutscher Kultur nicht recht in Einklang zu bringen waren⁶⁴. Und schließlich erhob sich als die wohl verblüffendste aller Fragen, was man, Tausende von Kilometern von der Heimat entfernt, in der Ukraine oder vor Moskau eigentlich verteidigte. War vielleicht doch etwas an der Feindpropaganda daran, wenn sie von Hitlers „uferlose[n] Welteroberungspläne[n]“ sprach⁶⁵, die einen endlosen Krieg zur Folge haben würden?

Um aber voll zu verstehen, warum die Truppe auf diese und andere dunkle Gedanken kam, muß man sich in die damalige Situation hineinversetzen. Der Herbst 1941 begann mit anhaltendem Regen, und auf den Schlamm folgten Eis und Schnee. So wird man einem Teilnehmer an den Ostkämpfen nur zustimmen können, der nach 1945 über diese Monate bitteren Erwachens schrieb⁶⁶:

„Die Schlammperiode nahm dem deutschen Ostkämpfer zum ersten Male das Selbstvertrauen, als er merkte, daß er gegen die übermächtige Natur in dem weiten russischen Raum machtlos war. Die Schlammperiode erschütterte auch beim einfachen Soldaten das Zutrauen in eine Führung, welche auf Befehl von oben Unmögliches von ihm verlangen mußte. Er sah und erlebte, wie so die deutsche Kriegsmaschine übertourt wurde und fast zerbrach. Er macht sich seine Gedanken darüber. Er erlebte, wie er ohne ausreichende Winterbekleidung und Winterausrüstung in den russischen Winter hineingeführt wurde. Als dieser russische Winter 1941/42 dann mit seiner ganz ungewöhnlichen Strenge unmittelbar im Anschluß an die Schlammperiode über ihn hereinbrach, war die seelische Widerstandskraft von Führung und Truppe so angeschlagen, daß nur mit schärfsten Mitteln ein zweites 1812 vermieden werden konnte.“

Unter diesen Umständen blieb der Wehrmachtpropaganda nur die Möglichkeit, den Erlebnissen des Soldaten einen wenigstens noch halbwegs positiven Sinn zu geben, um die Truppe zur Härte anzuspornen. „Diese Welt des Grauens, der Öde,

⁶³ Zu den übelsten Schriften gehört hier die Broschüre „Der Untermensch“, die – von der SS herausgegeben – auch in der Wehrmacht verbreitet wurde.

⁶⁴ Zur deutschen Besatzungspolitik in Rußland siehe Alexander Dallin, *Deutsche Herrschaft in Rußland 1941–1945*, Düsseldorf 1958, und Gerald Reitlinger, *The House built on Sand*, London 1960.

⁶⁵ Zit. in: BA–MA Koblenz, WO1 – 6/8, Nachrichten des Oberkommandos der Wehrmacht, Nr. 536 (1942), hrsg. von OKW/WPr AP 3.

⁶⁶ Gustav Harteneck, *Die 2. Armee zieht sich aus dem Schlamm*, Foreign Military Study D –130 (Historical Division, Hq. U.S. Army, Europe), S. 22.

der Hoffnungslosigkeit“, so wurde jetzt behauptet, „dieser Aufstand gegen alles edle Menschentum, diese Herrschaft jüdischer Kommissare, war uns allen zudedacht“⁶⁷. Daher dürfe der deutsche Ostkämpfer „nicht weich werden“⁶⁸. Mitleid sei angesichts der bolschewistischen Bedrohung gänzlich unangebracht⁶⁹. Vielmehr gelte in diesem Lande nur „das brutale Gesetz: Wehr dich, oder sie bringen dich um. Schlag um dich, oder sie machen aus Deutschland eine Wüste“⁷⁰. Das war, in volkstümliche Sprache übersetzt, ungefähr das, was Hitler vor dem Ostfeldzug seinen Generalen gesagt hatte⁷¹.

Es ist nicht leicht abzuschätzen, wie wirksam solche Aufforderungen zum Fanatismus waren. Die meisten taten ihre „Pflicht“ und bemühten sich, dabei die Geschehnisse um sich herum nicht allzu genau zu registrieren. Trotzdem erhielten sie „viele sehr scheußliche Eindrücke“⁷², die zunächst in Feldpostbriefen zu der immer häufigeren Frage führten, „ob wohl die Heimat sich von der ganzen Härte und Schwere der Kämpfe und damit von der Leistung der Truppe draußen ein richtiges Bild“ mache⁷³. Anfang des neuen Jahres wurden die offene Kritik und die Verbitterung schließlich unüberhörbar. Der Soldat war „Mitglied eines Vereins für deutliche Aussprache“ geworden⁷⁴. Wie weit es an manchen Frontabschnitten um die Jahreswende bei 40 Grad Kälte gekommen war, schildert ein Bericht über einen Frontbesuch bei der 4. Armee vom Februar 1942⁷⁵. Die Männer, so schrieb Major Oehmichen, seien völlig apathisch und unfähig, ihre Waffen zu tragen oder zu bedienen. Statt siegesbewußter, frischer Einheiten sah er immer wieder „Trümmer von Kompanien, kilometerweit auseinandergezogen, zu zwei und zwei humpelnd, auf die Gewehre gestützt, die Füße in Lumpen gewickelt. Sprach man sie an, so hörten sie nicht oder fingen an zu weinen.“

Ein so erschütterndes Bild gab zu pessimistischen Gedanken Anlaß genug. Dem wollte Oehmichen anscheinend zuvorkommen, indem er betonte, daß ein eventuelles Versagen der Truppe allenfalls auf körperliche und seelische Erschöpfung, nicht aber auf Zersetzungserscheinungen – das Schreckgespenst aus dem Ersten Weltkrieg – zurückzuführen sei. Immer wieder habe er zwar Kritik an der Verächtlichmachung des Gegners und an der Schönfärberei der Verhältnisse im Osten durch

⁶⁷ BA-MA Koblenz, WO1 – 6/9, Mitteilungen für die Truppe, Nr. 155 (November 1941), hrsg. von OKW/WPr IIe, mit einem Artikel „Harter Krieg“.

⁶⁸ Ebd., Mitteilungen für die Truppe, Nr. 157 (November 1941), hrsg. OKW/WPr IIe, mit einem Artikel dieses Titels.

⁶⁹ Ebenda.

⁷⁰ Ebd., Mitteilungen für die Truppe, Nr. 166 (Januar 1942), hrsg. von OKW/WPr IIe.

⁷¹ Dazu und zu den Folgen jetzt: Hans-Adolf Jacobsen, Kommissarbefehl und Massenezekutionen sowjetischer Kriegsgefangener, in: Anatomie des SS-Staates, Olten und Freiburg 1965, Bd. II, S. 161 ff.

⁷² BA-MA Koblenz, WO1 – 6/9, Mitteilungen für die Truppe, Nr. 157 (November 1941), hrsg. von OKW/WPr IIe.

⁷³ Ebd., Mitteilungen für die Truppe, Nr. 163 (Dezember 1941) hrsg. von OKW/WPr IIe.

⁷⁴ Ebd., Mitteilungen für die Truppe, Nr. 170 (Januar 1942), hrsg. von OKW/WPr IIe.

⁷⁵ MGF Freiburg, WO1 – 6/326 (OKW 732), Auszüge aus dem Bericht des Majors Oehmichen über seinen Frontbesuch bei der 4. Armee vom 9.–24. 2. 1942, o. D.

die Heimat gehört; doch das bedeute nicht, daß der Soldat bereits am Siege Deutschlands zweifle. Vielmehr hob Oehmichen gerade die Erholungsfähigkeit der Truppen besonders hervor. Die Hoffnung, daß es im Frühjahr wieder aufwärtsgehen werde, wirke, so stellte er fest, auf den einfachen Mann oft wie ein Zauber. In Anbetracht der Strapazen der vergangenen Monate sei die Stimmung noch immer „erstaunlich frisch“ und regenerationsfähig. Ein „auffallender Stimmungsunterschied“ machte sich Oehmichen zufolge erst von den Divisionsstäben an aufwärts bemerkbar⁷⁶. Dort werde man von immer neuen Sorgen bedrückt und sehe auch schon in die fernere Zukunft, ohne ihr große Hoffnungen abgewinnen zu können.

Die Folge davon waren in vielen Fällen Resignation und zähneknirschende Pflichterfüllung. In anderen höheren Stäben setzte sich aber allmählich die Auffassung durch, daß man bei längerer Kriegsdauer nicht mehr ohne neue Führungsmethoden auskommen würde. Man dachte an eine Vereinheitlichung und erfand die sogenannte „Wehrgeistige Führung“. Damit aber brachen die früheren Differenzen über diese Form der psychologischen Kriegführung wieder auf und brachten die Gegner einer „nationalsozialistischen Ausrichtung“ in eine ausweglose Lage. Sobald man sich nämlich wieder entschloß, dem einfachen Soldaten über den Appell an vaterländische und soldatische Tugenden hinaus Sinn und Ziel seines Kampfes im Osten näher zu bringen, mußte die geistige Betreuung zwangsläufig in die Nachbarschaft des Hitlerschen Begriffs vom politischen Soldatentum rücken. Konnte man auf die Dauer doch kaum eine andere als eine nationalsozialistische Begründung für diesen Krieg und seine Methoden geben. Was in der Folgezeit als wehrgeistige Führung in die Wehrmacht eingeführt wurde, versuchte dieser Schlußfolgerung, wenigstens nach außen hin, zunächst noch auszuweichen. So entwickelte sich an der Front eine bemerkenswerte Fähigkeit, das Etikett „nationalsozialistisch“ bei der nun wieder verstärkt einsetzenden Ausrichtung der Armee zu vermeiden – bevor man schließlich auch in dieser Hinsicht Farbe bekennen mußte. Bis dahin herrschte allerdings über den „Inhalt“ der wehrgeistigen Führung eine gerade durch die vage Benennung geförderte Verwirrung.

Eine sehr konventionelle Definition gab zum Beispiel der Wehrmachtpropaganda-Offizier beim Wehrmachtbefehlshaber Norwegen⁷⁷. Er verstand unter wehrgeistiger Führung alle Maßnahmen, „die mit dem Ziel der wehrpropagandistischen Beeinflussung der Truppe wie der deutschen und norwegischen Bevölkerung vom WBef. Norwegen/WPrO[ffizier] getroffen werden“. Was sodann als Maßnahmen aufgezählt wurde, konnte nur die Feststellung bekräftigen, daß man in Norwegen noch nicht sehr weit über die herkömmliche Betreuung hinausgegangen war. Jedenfalls war nach Auffassung des genannten Offiziers der wehrgeistigen Führung bereits Genüge getan, wenn die diversen Mitteilungsblätter des OKW pünktlich verteilt, militärische Vorträge gehalten, Ausstellungen veranstaltet und weitere Frontbuchhandlungen eröffnet wurden. Dies hielt man im relativ ruhigen Norwegen vorerst

⁷⁶ Auszeichnung im Original.

⁷⁷ Ebd., WO1 – 6/529 (OKW 751), „Merkblatt für Fragen der Wehrmachtpropaganda“ im Bereich des AOK Norwegen, 20. 6. 1942.

offenbar noch für hinreichend. Im Osten aber glaubte man mit solchen Maßnahmen nicht mehr auskommen zu können.

Besonders früh reagierte dort die Abteilung Ic beim Oberkommando der Heeresgruppe Mitte. In ihr wirkte seit April 1942 der damalige Major d. R. Wilhelm Freiherr von Lersner, der sich seit langem mit Führungsfragen und namentlich mit dem Problem des optimalen Kontaktes zwischen Mann und Offizier beschäftigt hatte. Um einen solchen engen Kontakt war er mehrere Jahre hindurch als Kriegsgefangener in alliierten Lagern bemüht gewesen. Im Sinne seiner damals gewonnenen Erfahrungen hatte er nach 1918 als Präsident des Reichsbundes ehemaliger Kriegsgefangener gewirkt und im Zusammenhang mit dieser Funktion bereits im November 1939 die Aufmerksamkeit der Wehrmacht auf sich gelenkt. Der damals als Rittmeister z. V. beim Stellvertretenden General-Kommando XX in Danzig dienende Lersner wurde zunächst zur Inspektion des Erziehungs- und Bildungswesens herangezogen, für die er durch Europa reiste und vornehmlich an Kriegsschulen Vorträge hielt⁷⁸.

Etwa zwei Monate nach seiner Versetzung zur Heeresgruppe Mitte wurde Lersner bei seinem Generalstabschef, General Otto Wöhler, vorstellig, um über die Notwendigkeit neuer Maßnahmen auf dem Gebiet der geistigen Betreuung zu referieren⁷⁹. Wöhler war von seinen Gedankengängen beeindruckt und kommandierte ihn zur 3. Panzer-Armee, wo er noch im Juli mit Unterstützung des Befehlshabers „bei verschiedenen Divisionen eingehend die Möglichkeit einer Erweiterung und Vertiefung der geistigen Beeinflussung“ zu prüfen begann⁸⁰. Man suchte also bereits im Sommer 1942 bei der Heeresgruppe Mitte eine Lösung für die Frage: „Wie schlagen wir uns diesmal durch den Winter hindurch?“⁸¹

Hier boten sich nun zwei Wege: Man konnte die praktische Betreuung erweitern, dazu aber auch die „gedankliche Führung“ vertiefen⁸². Letztere sollte nach den Vorstellungen der Heeresgruppe zunächst die Aufgabe haben, Einzelereignisse im Zusammenhang mit der Gesamtentwicklung zu interpretieren. Diese Gesamtentwicklung sollte sodann mit Sinn und Ziel der Auseinandersetzung mit den Alliierten in Verbindung gebracht und dieser Weltkonflikt schließlich als ein entscheidendes Stadium der deutschen Geschichte dargestellt werden.

Für die Verwirklichung des neuen Betreuungsprogramms sah die Heeresgruppe allerdings eine Schwierigkeit. Denn der durchschnittliche Frontoffizier mochte zwar ein erstklassiger Soldat und Taktiker sein, er war aber normalerweise nicht mit dem nötigen historischen Wissen und rhetorischen Talent ausgerüstet, um militärische Einzelereignisse, wie gefordert, nahtlos in die deutsche Geschichte einordnen zu

⁷⁸ NAM Washington, T-77, roll 1040, frame 6513593, Gen.Qu. (Qu. 2) an OQu. IV (z. B. V.), 3. 11. 1959; mündliche Auskunft Herr von Lersners, 21. 8. 1965.

⁷⁹ Schriftliche Auskunft Herr von Lersners, 21. 5. 1966.

⁸⁰ NAM Washington, T-77, roll 1039, frames 6513257–69, Bericht über die Einrichtung der DBOs [Divisions-Betreuungsoffiziere] im Bereich der 3. Panzer-Armee, Dezember 1942.

⁸¹ Ebd., frame 6513341, Okdo. d. HGz. Mitte/Abt. Ic/A.O. betr. „Vorbereitung der Winterbetreuung“, 17. 7. 1942.

⁸² Ebd., frames 6513342–46, Anlage dazu (auch für das Folgende).

können. Dazu bedurfte es offensichtlich einer Schulung, wie sie Rosenberg vorgeschlagen hatte, die aber aus den geschilderten Gründen nicht vermittelt worden war. Es mußten daher geschulte Gehilfen des Truppenführers gefunden werden, die jene Interpretationen in seinem Auftrage lebendig und plausibel geben konnten.

Diese Überlegungen wurden Generalfeldmarschall Günther von Kluge nach dessen Rückkehr vorgetragen, und dieser erteilte Lersner die Weisung, die „gedankliche Führung“ auch auf die übrigen Armeen der Heeresgruppe auszudehnen⁸³. Als der Major daraufhin weitere Divisionen besuchte, machte er sofort Entdeckungen, die seine Thesen unterstützten. Er stellte nämlich fest, daß „die Truppe sehr viel mehr denkt, als man oft annimmt“⁸⁴. Das war anscheinend etwas so Neues, daß dieser Satz ausdrücklich hervorgehoben werden mußte. Dabei, so berichtete Lersner weiter, beschäftigten den Soldaten vor allem vier Fragen: Frau, Beruf, Partei und Religion. Mit diesen Problemen könne man aber die Truppe nicht einfach allein lassen, es bestehe vielmehr ein großes Bedürfnis nach geistiger Führung. So seien denn auch die Ideen der Heeresgruppe, „in denen als wesentliches Moment für die Vertiefung der bisherigen Propaganda der bewußte Übergang zur gedanklichen Führung verlangt wird“, bereits „als ein Schritt vorwärts gewertet worden“⁸⁵. Allerdings, so hatte Lersner ferner erfahren, könnten die Pläne nur verwirklicht werden, wenn hierfür ein Offizier hauptamtlich eingesetzt würde, ein Divisions-Betreuungsoffizier (DBO). Ihm sollte „die Übernahme der gesamten unter geistiger Betreuung und Propaganda bisher verstandenen Aufgaben“, sowie die gedankliche Führung und praktische Betreuung der Truppe zufallen. Nach unten hin, so schloß Lersner, müsse der DBO mit dem Einheitsführer zusammenarbeiten, während das Organisationsnetz nach oben hin durch die Einsetzung eines Armee-Betreuungsoffiziers (ABO) ausgebaut werden sollte.

Im Oktober des Jahres waren die Vorbereitungen auf den Winter so weit gediehen, daß den ersten DBOs bereits mehr oder weniger klar gesagt werden konnte, was sie im Prinzip zu tun hätten. Ihre Arbeit müsse von der Erkenntnis ausgehen, „daß die nationalsozialistische Erziehung und gedankliche Führung der Truppe nicht eine zusätzliche Aufgabe im Rahmen der allgemeinen Betreuung, sondern einen wesentlichen und durch die Totalität der modernen Kriegführung bedingten Bereich der *Truppenführung* selbst“ darstelle⁸⁶. Demnach hatte sich der Divisions-Betreuungsoffizier zuerst an den Truppenführer zu wenden, als die nach wie vor allein maßgebliche Instanz in Führungsfragen. Bei ihm sollte er in Aussprachen für die Notwendigkeit einer weltanschaulichen Erziehung und um Unterstützung seiner Bemühungen auf dem Gebiet der gedanklichen Führung des Soldaten werben.

⁸³ Schriftliche Auskunft Herrn von Lersners, 21. 5. 1966.

⁸⁴ NAM Washington, T-77, roll 1059, frames 6513306ff., Bericht Lersners über seinen Besuch bei der 183., 7., 252., und 35. I.D. sowie beim Komp.-Führer-Lehrgang in Gshatsk vom 26. 7.–17. 8. 1942, 21. 8. 1942.

⁸⁵ Auszeichnung im Original.

⁸⁶ Ebd., frames 6513238ff., Heinrici (OB der 4. Armee) betr. DBO mit Anlage „Aufgaben und Arbeitsweise der D.B.O.“, 20. 10. 1942. Auszeichnung im Original.

Der DBO sollte also gleichzeitig Lehrer und Materialverteiler sein und den Kommandeuren die Erkenntnis vermitteln, „daß es vor allem die Pflicht des Unterführers ist, in Haltung und Auftreten auch als *Nationalsozialist* Vorbild und Beispiel für seine Männer zu sein“⁸⁷.

Schließlich sollte der DBO nach den damaligen Planungen auch noch unmittelbar auf die Truppe einwirken können. Aber gerade diese, vielleicht entscheidende Neuerung blieb angesichts der erwarteten und wohl auch tatsächlich eintretenden Arbeitsüberlastung stets problematisch. Folglich änderte sich in der Praxis wenig. Wie zuvor blieb die Stellung des Einheitsführers unangetastet, und es war seiner Entscheidung vorbehalten, was mit dem wehrgeistigen Führungsmaterial geschah. Mochte manchmal auch gar nichts damit geschehen, für das Verständnis späterer Entwicklungen ist es gleichwohl bedeutsam, daß es seit dem Sommer 1942 in einigen Truppenteilen der Wehrmacht eine neue Offiziersstelle der besagten Art gab. Nicht weniger bemerkenswert ist die Tatsache, daß die neue Institution den vorliegenden Berichten zufolge keine Proteste hervorrief. Sei es, daß die Einheitsführer erkannten, daß der DBO infolge der unübersichtlichen Größe seines Bereichs völlig von ihnen abhängig war, sei es, daß man in dem DBO, von dem ja „Sturmabzeichen und EK I“ sowie „Gläubigkeit und soldatische Zucht“ verlangt wurden⁸⁸, keinen eigentlichen Fremdkörper sah – grundsätzlich gab es zumindest bei der 3. Panzer-Armee, wo die ersten Experimente durchgeführt worden waren, bald eine „*weitreichende Bejahung*“ der neuen Einrichtung⁸⁹.

Auch im OKW war man inzwischen nicht müßig gewesen. Bereits am 15. Juli 1942 unterzeichnete Keitel eine Weisung, welche die Einsetzung von sogenannten „Bearbeitern für wehrgeistige Führung“ verlangte⁹⁰. Laut Keitel sollten sich diese Bearbeiter durch Regsamkeit, Urteilsfähigkeit und eine „feste Haltung in allen

⁸⁷ Ebd., Auszeichnung im Original.

⁸⁸ Ebd., frames 6513257–69, Bericht über die Einrichtung der DBOs im Bereich der 3. Pz.-Armee, Dezember 1942.

⁸⁹ Ebd., Auszeichnung im Original. – Dies konnte offenbar jedoch nicht ohne weiteres auch für andere Truppenteile gesagt werden. Jedenfalls wurde auf einer Tagung der DBOs der 16. Armee im Januar 1943 darüber geklagt, daß manche dieser Offiziere bei den Divisionskommandeuren und älteren Truppenkommandeuren Schwierigkeiten hätten. Ebd., frames 6513217–20, Bericht Lersners von der Tagung, 25. 1. 1943. Das wäre nach allem, was bisher über die Betonung der Alleinverantwortung des Truppenführers und seine Reaktion auf den Nationalsozialismus gesagt worden ist, nicht weiter erstaunlich. Zu weiteren Schwierigkeiten siehe unten, S. 44f.

⁹⁰ Abgedruckt als Dokument 2 bei Besson, a. a. O., S. 84–85. Darin hieß es: „Bei allen Kommandobehörden liegt die Bearbeitung aller grundlegenden Richtlinien für die wehrgeistige Führung bei der Abt[eilung] Ic. Entsprechend der Wichtigkeit dieses Aufgabengebietes ist, zur Unterstützung des Ic, ein Offizier seines Aufgabengebietes als Sachbearbeiter hierfür ausdrücklich zu bestimmen, soweit nicht eine besondere Planstelle durch die Kriegsstärkenachweisung bereits vorgesehen ist. Hierdurch wird das besondere Aufgabengebiet des IIa und sein Verantwortungsbereich . . . nicht eingeschränkt.“ Vielmehr sollte der Sachbearbeiter eng mit dem IIa (Adjutant) zusammenarbeiten. Laut Briefkopf kam der Befehl aus der Heereswesenabteilung des OKH, die in der Folgezeit eine wichtige Rolle in der Organisation der wehrgeistigen Führung im Heere spielen sollte.

politisch-weltanschaulichen Fragen“ auszeichnen. Zu ihren Aufgaben sollten die Bearbeitung der Richtlinien und Befehle zur weltanschaulichen Erziehung und geistigen Betreuung der Truppe, sowie deren Versorgung mit Betreuungsmaterial gehören⁹¹.

Obwohl man sich also auch an höchster Stelle – im Hinblick auf den nächsten Winter – Gedanken über die Frage machte⁹², scheinen es doch eigene Impulse gewesen zu sein, welche die Heeresgruppe schließlich zur Planung einer neuen Stelle bei den Divisionen ihres Bereichs veranlaßten. Das ergibt sich nicht nur aus einem Vergleich der Daten, sondern auch aus den Reaktionen des OKH und OKW auf die tatsächliche Errichtung der Stelle eines Divisions-Betreuungsoffiziers bei der Heeresgruppe Mitte⁹³. Die an der Front unternommenen Experimente waren zu bemerkenswert, um höheren Orts verborgen zu bleiben. Möglicherweise ließen sie sich überall durchführen. Auf jeden Fall schien Lersner ein ideenreicher Mann zu sein, und so wurde er bald in die Heereswesen-Abteilung des OKH kommandiert.

In der Tat hatte sich Lersner inzwischen so in die Materie eingearbeitet, daß er weitere Gedanken zur wehrgeistigen Führung entwickeln konnte⁹⁴. Er war der Ansicht, daß man an einem Wendepunkt angelangt sei. Vor dem Kriege, so schrieb er zutreffend, hatte Führung „soldatische Erziehung [und] Anfang einer weltanschaulichen Schulung“ bedeutet. Im Kriege sei dann zunächst die „sogenannte geistige Betreuung, Propaganda und Fürsorge [!]“ daraus geworden⁹⁵. Man habe Zerstreuung geboten, während es jetzt bei der wehrgeistigen Führung um das genaue Gegenteil, nämlich um eine Sammlung der Kräfte, gehe. Das sei die neue

⁹¹ Ebenda.

⁹² Auch Hitlers Kommentare zur Haltung von Truppe und Offizierkorps reißen von nun an nicht mehr ab. Doch griff er bezeichnenderweise erst im Herbst 1943 tatsächlich ein. Siehe unten, S. 51.

⁹³ NAM Washington, T-77, roll 1039, frames 6513341ff., Okdo. d. HGr. Mitte/Abt. I c/ A.O. betr. „Vorbereitung der Winterbetreuung“, 17. 7. 1942, mit Anlage. Keitels Befehl datierte vom 15. 7.; zwei Tage später lag jedoch schon das oben angeführte Memorandum mit der Frage „Wie schlagen wir uns diesmal durch den Winter hindurch?“ vor. Nimmt man daher an, daß der erste Anstoß von „oben“ kam und die Heeresgruppe sich nur dem Zwang fügte, so bleibt die Schnelligkeit, mit der dies getan wurde, erstaunlich. Denn innerhalb von zwei Tagen war der Befehl nicht nur bearbeitet, sondern es gab bei der Heeresgruppe auch schon eine Stellungnahme, die konkrete Maßnahmen vorschlug. Auch Lersners Tätigkeit vor dem Juli wäre zu berücksichtigen. Siehe oben, S. 35. Diese Tatsachen wie auch die späteren Entwicklungen ließen den Verfasser zu der Ansicht gelangen, daß man an der Front zumindest schon entsprechende weitergehende Überlegungen angestellt hatte. Das betont auch Herr von Lersner. Schriftliche Auskunft vom 21. 3. 1966. Diese Ansicht steht zugegebenermaßen im Gegensatz zu den herkömmlichen Auffassungen über das Verhältnis zwischen Front und höchsten Kommandostäben.

⁹⁴ NAM Washington, T-77, roll 1039, frames 6513269ff., mit einer ganzen Reihe von Notizen und u. ä. Schriftstücken Lersners über die Notwendigkeit und die Mittel einer „gedanklichen Führung“.

⁹⁵ Ebd., frames 6513226–67, „Stichwortartige Wiedergabe des Vortrags: ‚Geistige Führung und das Gesetz des Krieges‘, gehalten von Major Lersner, Betreuungs-Offz. beim Pz. AOK 3 . . . am 20. 12. 1942“ (Fragment).

Aufgabe des Truppenführers, dem der Betreuungsoffizier als Gehilfe zur Seite stehen müsse. Abschließend brachte Lersner noch einige Empfehlungen für die zukünftige Entwicklung des Programms zu Papier. Für ihn stand es nämlich fest, daß die „anfänglich nur für den Winter gedachte Arbeit“ sich möglichst über „das ganze Jahr erstrecken und mit der Form der weltanschaulichen Schulung verbunden werden [müsse], wie sie im Feld möglich und notwendig ist“⁹⁶.

Nun mag es durchaus sein, daß man 1942 im OKH eher wußte, was man *nicht* wollte, als daß man sich über die Notwendigkeiten an der Front *positive* Vorstellungen machte. Es ist auch sehr gut möglich, daß sich der Druck aus dem Führerhauptquartier verstärkt hatte. Indes, es scheinen namentlich die äußeren Umstände jenen Kräften den Boden entzogen zu haben, an denen ein Rosenberg-Programm bisher noch immer gescheitert war. Mit der Katastrophe von Stalingrad konnten offenbar auch sie an dem psychologischen Zusammenbruch der einst siegesbewußten Wehrmacht nicht mehr vorbeisehen, der im Winter 1942/43 von der Wolga ausging⁹⁷. Auch viele „konservative“ Offiziere kamen langsam, wenn auch widerwillig zu der Überzeugung, daß neue Heilmittel, nämlich geistiger Art, neben die militärischen treten müßten, wollte man nicht schon jetzt alles verloren geben.

So fanden denn auch Lersners Ideen bei den meisten Armeeführern sofort Zustimmung. Walter Model beispielsweise war „Feuer und Flamme“, als Lersner ihn besuchte⁹⁸. Selbst den mehr aus der alten Schule stammenden Georg von Küchler scheint der Gedanke, den Entwicklungen an der Ostfront mit geistigen Mitteln entgegenzuwirken, beeindruckt zu haben. Zudem kannte Lersner ihn aus Darmstadt, so daß es auch bei der Heeresgruppe Nord keiner langen Überredungskünste bedurfte⁹⁹. Küchler versprach sogar, die Versetzung eines Armee-Betreuungsoffiziers als Ic zu einem Korps wieder rückgängig zu machen, um den Aufbau der Arbeit bei seiner 18. Armee nicht zu hemmen¹⁰⁰.

Den letzten Sinn der wehrgeistigen Führung „begriffen“ natürlich am schnellsten Generale wie Ferdinand Schörner, der 1942 recht scharfe Befehle herausgab¹⁰¹, oder der Kommandeur des XXXV. AK, Lothar Rendulic, dessen Vorschläge zur wehrgeistigen Führung sich wenig von dem unterschieden, was ein Jahr später vom Nationalsozialistischen Führungsstab produziert wurde¹⁰². Radikal wie immer nahm

⁹⁶ Ebd., frames 65152257–69, Bericht über die Einrichtung der DBOs im Bereich der 3. Pz.-Armee, Dezember 1942.

⁹⁷ Ein erschütterndes Bild vermitteln die Berichte der Feldpostprüfstelle beim Panzer-AOK 4, die die „Kesselpost“ auswertete, in: MGF Freiburg, WO1 – 6/367 (OKW 742).

⁹⁸ Mündliche Auskunft Herrn von Lersners, 21. 8. 1965.

⁹⁹ Mündliche Auskunft Herrn von Lersners, 21. 8. 1965.

¹⁰⁰ NAM Washington, T-77, roll 1039, frames 6513217–20, Bericht Lersners von der Tagung der DBOs der 16. Armee, 25. 1. 1943.

¹⁰¹ Ebd., frames 6515250–54, Sonderbefehl Nr. 9 des Kommand. Generals des XIX. (Geb.) A.K., 11. 12. 1942. Siehe auch Schörners Sonderbefehl Nr. 10 von 1. 2. 1943, abgedruckt als Dokument Nr. 3 bei Besson, a. a. O., S. 85–90, Original in: MGF Freiburg, H. 34/21.

¹⁰² NAM Washington, T-77, roll 1039, frames 6513187–93, Befehl betr. wehrgeistige Führung, 4. 4. 1943.

Schörner den Fall von Stalingrad sogar zum Anlaß eines Sonderbefehls, in dem es hieß¹⁰³: „Ein Offizier, der eine nationalsozialistische Losung lehrt und in der Praxis davon abweicht, hat seine Berechtigung in meinem Korps ebenso verwirkt wie derjenige, der heute noch im Nationalsozialismus eine aufgezwungene Form der geistig-seelischen Haltung sieht.“

Doch auch das OKH wollte sich durch derart eingestellte Offiziere jetzt nicht mehr behindern lassen. Anfang 1943 kam in blau-grauem Umschlag eine Zeitschrift mit dem Titel „Was uns bewegt“ heraus, in der fortan Aufsätze zum alten Thema Wehrmacht und Nationalsozialismus erschienen¹⁰⁴. Im Dezember 1942 wurden die Armee-Betreuungsoffiziere zu einer ersten Tagung zusammengezogen¹⁰⁵, und einige Wochen später fuhr Lersner zu einer Zusammenkunft der Divisions-Betreuungsoffiziere der 16. Armee. Nach seinen lesenswerten Aufzeichnungen über dieses Treffen hatte er dort zunächst keinen leichten Stand¹⁰⁶. Verschiedene Teilnehmer waren unter dem bezeichnenden Eindruck angereist, „es werde das eine übliche Tagung werden, aus der man nicht viel Neues mitbringt“. So litt der Lehrgang am ersten Tage noch sehr „unter dem Durcheinandergehen von geistiger Betreuung und wehrgeistiger Führung“. Aber schon am folgenden Tage gelang es Lersner, „die Aufgabe der wehrgeistigen Führung und ihren klaren Unterschied gegenüber der geistigen Betreuung herauszustellen“. Und für den Rest der Tagung lief schließlich alles wunschgemäß. Man kam, wie ein von Lersner zitierter Teilnehmer es ausdrückte, allgemein zu der Überzeugung, daß ein Gefühl des Kämpfens-

¹⁰³ Dokument Nr. 3 bei Besson, a. a. O., S. 87.

¹⁰⁴ So brachte das erste Heft (1943, S. 12–23) Auszüge aus einem Vortrag, den Hermann Passe, Bormanns Verbindungsmann zum OKW, am 26. November 1942 vor höheren Adjutanten zum Thema „Wehrmacht und Partei“ gehalten hatte. Passe sagte darin, daß in der Wehrmacht die gleiche „politisch-weltanschauliche Dynamik“ abwalten müsse wie in der Partei. Der Krieg sei nun einmal ein weltanschaulicher Rassenkampf. Deshalb müsse der Soldat in der Linie der Partei „weitergeschult, weitererzogen und geführt werden.“ Da jedoch „die Partei in der Wehrmacht nicht wirksam ist[!], müssen diese Impulse aus der Wehrmacht selbst kommen“. (Auszeichnungen im Original.) Sowohl die Partei, als auch die Wehrmacht, fuhr Passe fort, lehnten den Politruk ab. „Ohne über Person, Funktion und Erfolg der ‚Polit-Kommissare‘ im Sowjet-System zu diskutieren, kann und muß dieser Ablehnung zugestimmt werden.“ Folglich müsse der Offizier selber der Kündler und Förderer des Nationalsozialismus sein. Eine derartige Betätigung sei durch das Wehrgesetz nicht verboten. Anschließend ging Passe noch dazu über, die Grundlinien des geforderten politisch-weltanschaulichen Erziehungsprogramms zu skizzieren. Ähnliche Beiträge wie der von Passe erschienen in den folgenden Heften der Schrift, wie etwa ein Vortrag von Prof. Dr. Falk Ruttko („Vom vaterländischen Unterricht zur geistigen Führung“, Nr. 5 [1943], S. 58–67) oder ein Artikel von Dr. Gert Buchheit („Eine politische Wehrmacht“, Nr. 7 [1943], S. 46–48).

¹⁰⁵ NAM Washington, T-77, roll 1059, frame 6513209, „Folge der Orientierungen für die wehrgeistige Führung“, 1. 2. 1943?; MGF Freiburg, H 54/21, „Gedanken zum Kampf auf der geistigen Ebene“. Vortrag Lersners auf der Arbeitstagung der Armee-Betreuungsoffiziere im Dezember 1942. Der Text wurde im Januar 1943 als erste Nummer der „Unterlagen zur wehrgeistigen Führung der Truppe“ bis zu den DBOs verbreitet.

¹⁰⁶ NAM Washington, T-77, roll 1059, frames 6513217–20, Bericht Lersners von der Tagung der DBOs der 16. Armee, 25. 1. 1943.

Müssens nicht mehr genüge. „Wir müssen dahin kommen, kämpfen zu wollen; darum, statt Müssen, Wollen.“ Lersner selber kam zu dem Schluß, daß jetzt der psychologische Augenblick gekommen sei, „wo die wehrgeistige Führung bei allen Armeen aufgenommen werden muß“¹⁰⁷.

Dieser Anregung entsprechend wurden die Erfahrungsberichte von der Ostfront bald an die anderen Kriegsschauplätze weitergegeben. Sie tauchten somit auch in Norwegen auf¹⁰⁸, wo einige Zeit später durch Generaloberst Nikolaus von Falkenhorst der Befehl erging, bei allen Divisionen seines Bereichs Betreuungsoffiziere zu bestimmen und sie der Abteilung Ic einzugliedern¹⁰⁹. „Es sollte uns zu denken geben“, so schrieb er, „wieviel Fachpersonal der Russe auf diesem Gebiet einsetzt.“ Dennoch vergaß er nicht zu betonen, daß die wehrgeistige Führung ein „unveräußerbares Recht“ des Truppenführers sei. Wenn gerade dieses Recht trotz der Hinweise auf die Rote Armee immer wieder hervorgekehrt wurde, so geschah dies aus einer unvermindert starken Abneigung gegen die Einrichtung eines Kommissar-Systems heraus. Das damit verbundene Mißtrauen gegenüber den Planungen des OKH und OKW war in der Folgezeit denn auch einer der Gründe dafür, daß die Organisation des neuen Betreuungsapparats durch die Heereswesen-Abteilung im Frühjahr 1943 wieder ins Stocken geriet.

Es geschah einfach folgendes: Das Rückgrat der wehrgeistigen Führung war in diesem frühen Stadium der Armee-Betreuungsoffizier. Solange er fehlte, besaß das OKH für die Weitergabe der ersten wichtigen Grundsatzanordnungen kein Verbindungsglied zu den Divisionen. Ebenso wenig konnten die bereits vorhandenen Divisions-Betreuungsoffiziere weiter unterrichtet und geschult werden¹¹⁰. In Auswirkung der Kriegslage und des Mangels an Offizieren entstanden nun aber gerade bei den Armeen wiederholt Lücken. Entweder wurden die Armee-Betreuungsoffiziere abkommandiert und ihre Stellen unbesetzt gelassen, oder man griff auf alte und ihrer Aufgabe nicht gewachsene Männer zurück¹¹¹. Jedenfalls machte infolge

¹⁰⁷ Ebenda.

¹⁰⁸ So als Anlage zu: MGF Freiburg, WO1 – 6/364 (OKW 639), AOK Norwegen Ic/I Prop. betr. wehrgeistige Führung, 8. 2. 1943. Das Begleitschreiben lautete: „In der Erkenntnis, daß der Soldat stärker als bisher gegen die Einflüsse und Härte der Dauer des Krieges seelisch gewappnet werden muß, wurden auf Anregung der Heeresgruppe [Mitte] bei der 3. Panzer-Armee mit dieser Aufgabe betraute Divisions-Betreuungs-Offiziere (D.B.O.) eingesetzt. Ihnen wurde neben der bisherigen ‚geistigen Betreuung‘ die Aufgabe der wehrgeistigen Führung übertragen.“ Auszeichnung im Original.

¹⁰⁹ Ebd., Befehl Falkenhorsts, 10. 4. 1943.

¹¹⁰ „Die Einweisungs- und Monatsbesprechungen der Divisions-Betreuungsoffiziere bei den einzelnen Armeen ebenso wie die Tagung der Armee-Betreuungsoffiziere im Dezember 1942 haben gezeigt, daß die Aufnahme und Durchführung der wehrgeistigen Führung entscheidend von der Persönlichkeit des Armee-Betreuungsoffiziers abhängt.“ NAM Washington, T-77, roll 1039, frames 6513212–13, OKH/HWes Abt. betr. wehrgeistige Führung, 1. 2. 1943.

¹¹¹ „Die in der zweiten Hälfte des Jahres 1942 mit allseitig anerkanntem Erfolg aufgenommene Arbeit ist . . . teilweise durch die Kampfhandlungen, teilweise durch die Abkommandierung der ABOs usw. ins Stocken gekommen.“ Ebd., frames 6513210–11, Unsigniertes Fragment „Fortschreiten der Arbeit in der wehrgeistigen Führung“, Februar (1943).

dieser entweder bewußt lax gehandhabten oder durch die Kriegsverhältnisse bedingten Personalpolitik die wehrgeistige Führung bei manchen Armeen kaum Fortschritte. Als Beispiel sei hier die 8. Armee erwähnt, wo sich im Sommer 1943 derartige Mängel deutlich bemerkbar machten. Die Angelegenheit ist nicht zuletzt deswegen interessant, weil es bei der Suche nach den Ursachen für die unzureichende wehrgeistige Führung zu Meinungsverschiedenheiten zwischen den Frontkommandos und dem OKH kam, die einen guten Querschnitt durch den Stand der Diskussion um die Führungsfrage in der zweiten Hälfte des Jahres 1943 abgeben.

Den Anstoß zu einer entsprechenden Korrespondenz gab ein Schreiben des III. Panzerkorps vom 6. 9. 1943 an das Armee-Oberkommando (AOK) 8, in dem über die unzureichende und zu späte Lieferung von Informationsmaterial für die Truppe geklagt wurde¹¹². „Viele Kommandeure und Einheitsführer“, so hieß es weiter, „haben von sich aus versucht, diese Lücke zu schließen und die Ereignisse des Tages zu erklären. Abgesehen davon, daß infolge der hohen Offiziersverluste die Einheitsführer häufig wechseln, diese zumeist sehr jung sind und ihnen die nötigen Erfahrungen und Einblicke in den größeren Rahmen fehlen, um auf die vielfach älteren Soldaten Einfluß auszuüben, kann auf diese Weise keine klare und einheitliche Linie gewahrt werden.“ Dieser Beschwerden nahm sich die 8. Armee an. Ihr Oberbefehlshaber, Otto Wöhler, schrieb am 10. 9. 43 in ähnlicher Weise an die Heeresgruppe Süd, „daß der ungeheure Ausfall an Führern aller Dienstgrade und der ununterbrochene Kampfeinsatz es nicht zulassen, in aller Planmäßigkeit den wehrgeistigen Betreuungsdienst [!] abzuwickeln“¹¹³. Der Unterführer bedürfe daher klarer, kurzer und ungefärbter Unterlagen, die rechtzeitig bei ihm eintreffen müßten.

Auf diesen letzten Gedanken ging, wenn auch viel vorsichtiger, Erich von Manstein in einem Schreiben an Keitel und den Nachfolger Halders im Amt des Generalstabschefs, Kurt Zeitzler, ein¹¹⁴. In seiner Eigenschaft als Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Süd reichte er die Meldungen vom 6. und 10. September mit dem Bemerkten weiter, daß „bei Fortschreiten der Kriegsdauer für den Frontsoldaten eine zielbewußte wehrgeistige Führung, eine zeitgemäße Propaganda und eine wirklichkeitsnahe Kriegsberichterstattung“ unumgänglich seien. Darüber hinaus kritisierte er die ungenauen Schilderungen der Kriegereignisse im Wehrmachtbericht. Es ist nicht ganz einfach, nach solchen Äußerungen zu beurteilen, wie weit sich Front und OKH inzwischen einig geworden waren. Die im folgenden erwähnten Vorgänge zeigen immerhin, daß man nicht überall die gleichen Vorstellungen hatte; manche Argumente der Front erwecken auch den Eindruck eines taktischen Ausweichens auf schwer zu erfüllende Forderungen. Einigkeit bestand jedoch offenbar darüber, daß die herkömmliche Betreuung nicht mehr ausreichte und daß von oben her neue Maßnahmen ergriffen werden müßten. Über den Inhalt dieser Maßnahmen war man freilich besonders während der Phase der allmählichen Umfunktionierung

¹¹² MGF Freiburg, H. 34/5, Genkdo. III. Pzkorps an AOK 8, 6. 9. 1943.

¹¹³ Ebd., OB der 8. Armee an HGr. Süd, 10. 9. 1943.

¹¹⁴ Ebd., Manstein an Keitel und Zeitzler, 15. 9. 1943.

recht verschiedener Meinung mit dem Ergebnis, daß die Schuld an den „Schwächen“ des neuen Führungssystems jeweils der anderen Seite zugeschoben wurde.

So wies die Heereswesen-Abteilung in einer Vortragsnotiz für Zeitler darauf hin, daß man nun wohl selbst bei der 8. Armee den Wert einer „planmäßigen wehrgeistigen Führung, wie sie vom OKH seit mehr als einem Jahr gefordert wird“, eingesehen habe¹¹⁵. Was die Armee daher als „Selbsthilfen“ vorschlage, sei an anderen Teilen der Front längst verwirklicht. Wenn das vom OKH verschickte Material nicht richtig ausgewertet worden sei, dann sei dies auf die „Auswahl eines ungeeigneten Sachbearbeiters bei der Armee“ zurückzuführen. Der Fall zeige, so schloß die Notiz, wie sehr eine lebendige und durchdachte Führung von der Vorbereitung und richtigen Auswahl der Sachbearbeiter abhängige.

Diesen Hinweis auf eine personelle Fehlbesetzung übernahm schließlich auch der Chef OKW in seine Antwort an Manstein¹¹⁶. Zu der Klage, die übersandten Materialien träfen oft zu spät an der Front ein, bemerkte Keitel, daß dies durch den Mangel an schnellen Transportmitteln leider unvermeidlich sei. Nachrichtendienste wie die „Mitteilungen für die Truppe“ beschränkten sich angesichts der Unmöglichkeit, ihren Inhalt aktuell zu gestalten, schon nur noch auf die Abwehr von Feindpropaganda und die Behandlung von langfristigen politischen und weltanschaulichen Fragen, von denen man sich eine Stärkung der Widerstandskraft verspreche.

Keitels Schreiben wurde auch an Wöhler weitergeleitet, der sich jedoch mit einer solchen Antwort nicht zufrieden gab. Es widerstrebte ihm, daß man im OKW und OKH alle Schuld an den Unzulänglichkeiten der wehrgeistigen Führung auf die Inkompetenz seines Armee-Betreuungsoffiziers und damit indirekt auch ausgerechnet auf ihn, den Förderer Lersners, abwälzte. Am 8. Oktober setzte er daher unter Bezugnahme auf Keitels Schreiben einen weiteren Brief an Manstein auf¹¹⁷. Er betonte darin zunächst, daß er, wie auch sein Stab, eine wehrgeistige Führung seit langem für notwendig halte. Sei er es doch gewesen, der im Vorjahr in seiner Eigenschaft als Chef des Generalstabes der Heeresgruppe Mitte Lersner nachhaltig unterstützt habe. Zwar gab Wöhler zu, daß der bisherige ABO ungeeignet gewesen und daher inzwischen abgelöst worden sei; aber diese Bestätigung der Ansichten des OKH könne dennoch nichts an seiner grundsätzlichen Kritik ändern. Es müsse hierbei nämlich immer berücksichtigt werden, daß eine Betreuungsarbeit bei den dauernden Absetzbewegungen sehr schwierig geworden sei. „Die persönliche Wirkung des Betreuungsoffiziers als ‚Wanderprediger‘ ist schon angesichts der Frontbreiten und der wechselnden Kämpfe der 8. Armee eine Illusion! Hier liegt die wehrgeistige Führung fast ausschließlich in der Hand der Einheitsführer!“

Es habe, so fuhr Wöhler fort, bei dieser Lage keinen Zweck, eine Betreuung in Gang zu bringen, wenn schon der Armee-Betreuungsoffizier mit unbrauchbarem Material versorgt werde. Selbst der beste ABO könne aus veralteten Nachrichten und Artikeln allgemein-erzieherischen Inhalts voller „Moralin“ und politischer

¹¹⁵ Ebd., Vortragsnotiz, 22. 9. 1943.

¹¹⁶ Ebd., Keitel an OB der HGr. Süd, 30. 9. 1943.

¹¹⁷ Ebd., OB der 8. Armee an HGr. Süd, 8. 10. 1943.

Klischees keine frontmäßigen Unterrichtsblätter zusammenstellen. Der Kämpfer von 1943 müsse eben anders angesprochen werden als der von 1939. Und „was die Behandlung der politischen Kernfragen (Judentum, Kampf gegen die Weltplutokratie) betrifft, so interessieren den Soldaten im Großkampf der letzten drei Monate derartige ideologische Themen weniger, es sei denn, daß sie so meisterhaft und immer wieder in neuen Abwandlungen behandelt werden, wie es Dr. Goebbels wöchentlich im ‚Reich‘ durchführt“. Alles, was unter diesem Niveau bleibe, betrachte der Soldat als „Schlagwortpropaganda“.

Gleichwohl war man sich letztlich darüber einig, daß die alten Wege verlassen werden mußten. Es kam, wie Wöhler es ausdrückte, darauf an, „aus dem Ernst der Lage die tiefsten Quellen der Widerstandskraft wachzurufen und nicht oberflächliche ‚vaterländische Unterrichte‘ abzuhalten“¹¹⁸. So sah es auch das OKH. Denn als die Heereswesen-Abteilung in einer Vortragsnotiz für Zeitler vom 20. Oktober auf Wöhlers Schreiben vom 8. Oktober reagierte, stimmte man dem General darin zu, daß die Betreuungsoffiziere „*keinesfalls, Wanderprediger*“ sein dürften¹¹⁹. Allerdings schließe dies nicht aus, daß sie sich im Großkampf nützlich machen könnten.

Einer Meinung war man auch darüber, daß die wehrgeistige Führung in jedem Falle in der Hand des Truppenführers liegen müsse und daß dem Betreuungsoffizier lediglich die Rolle eines Beraters und Materialverarbeiters zukomme. Aber – und hier gingen die Differenzen mit der 8. Armee weiter – über eine mangelhafte Materialversorgung habe sich bisher nur diese beschwert¹²⁰. Weiterhin sei es ein Fehler zu glauben, das Material wende sich an den einfachen Soldaten. Es sei vielmehr an den Offizier gerichtet, und „von ihm muß Schwung und Begeisterungsfähigkeit 1943 ebenso verlangt werden wie 1939. Schwung und Begeisterung haben aber nur dann einen Sinn, wenn sie gepaart sind mit der Erkenntnis der politischen Notwendigkeiten. Der ‚politische Soldat‘ (nicht der ‚politisierende‘) ist in unserem Schick-

¹¹⁸ Ebd. Die Forderung nach Nüchternheit anstelle von „Phrasen“ war übrigens immer wieder von der Front zu hören. Siehe z. B. BA – MA Koblenz, EAP 1-r-01/26 (vorläufig), 104. Jäg.Div./Abt. Ic/DBO betr. wehrgeistige Führung, 25. 9. 1943; *ibid.*, 171. Res.-Div./Abt. Ic betr. wehrgeistige Führung, 14. 10. 1943.

¹¹⁹ MGF Freiburg, H. 54/5, Vortragsnotiz, 20. 10. 1943. Auszeichnung im Original. In der Ablehnung der „Wanderprediger“ kam übrigens ein altes Gefühl des Widerwillens aus Weimarer Zeiten zum Ausdruck. Damals hatte General von Schleicher um 1950 derartige Unterrichtsoffiziere zu Vorträgen in die Wehrkreise entsandt. Über ihre Arbeit schreibt F. L. Carsten, *Reichswehr und Politik 1918–1933*, Köln 1964, S. 345: „Einer von ihnen gab später an, daß er bei seinen vielen Vorträgen auf Truppentrübungsplätzen und in Standorten nur in der Infanterieschule Dresden, wo der Offiziersnachwuchs ausgebildet wurde, Ablehnung erfahren habe. Doch hatten diese ‚Wanderredner‘ im allgemeinen nur geringen Erfolg mit ihren Versuchen, die Spannungen, die zwischen dem Reichswehrministerium und der ‚Front‘ bestanden, zu überbrücken. Das lag zum großen Teil daran, daß die Offiziere, die ihre Meinungen im wesentlichen aus der Rechtspresse bezogen, die Politik der Heeresleitung einfach nicht verstanden.“

¹²⁰ Das Ausbleiben derartiger Beschwerden braucht aber nicht notwendigerweise Zustimmung zu bedeuten. Manche Kommandeure waren vermutlich ganz froh, die Dinge so lassen zu können, wie sie waren.

salskämpfe eine dringende Forderung“¹²¹. Daher sei auch die Behandlung politischer Kernfragen „in diesem weltanschaulichen Kampf immer wieder unumgänglich notwendig“.

Das war im Grunde also eine Erneuerung der alten Argumente. Gleichzeitig kam mit dieser Stellungnahme jedoch zum Ausdruck, daß die Heereswesen-Abteilung schon einige Schritte weiter in Richtung auf die so oft geforderte Verschmelzung von Wehrmacht und Nationalsozialismus gegangen war als die Front. Bezeichnenderweise suchte man im OKH denn auch sofort nach der Quelle für den mangelnden „Schwung“ bei der 8. Armee. Sie wurde entdeckt von dem General z. b. V. im OKH, Eugen Müller, der hinter Wöhlers Briefen „deutlich meinen guten alten Freund [Hans] Speidel, den intellektuellen, grüblerischen, schürfenden und gerne das Negative hervorholenden – dabei das viele Gute übersehenden – Württemberger“ zu erkennen glaubte¹²². Zu der Vortragsnotiz vom 20. Oktober, die sechs Tage später so gut wie unverändert als Antwortschreiben des OKH an die 8. Armee, das von Oberst Radke als Chef der Abteilung gezeichnet war, abging, meinte Müller herablassend, daß es schärfer hätte gefaßt werden können. Doch wolle man großzügig sein¹²³.

Sollte die Heereswesen-Abteilung wirklich geglaubt haben, Wöhler werde sich für die mildere Antwort dankbar zeigen, so hatte sie sich geirrt. Am Morgen des 2. November rief der General erregt im OKH an¹²⁴. Das Antwortschreiben vom 26. Oktober, so sagte er, müsse nach Form und Inhalt scharf abgelehnt werden. Keinesfalls lasse er sich Belehrungen und Werturteile gefallen, noch dazu von einem Abteilungschef und Oberst. Im übrigen bleibe er dabei, daß der Ostkämpfer von 1943 nun einmal ein anderer sei als der von 1941. Einzelheiten werde er noch auf dem Dienstwege schriftlich weiterleiten. Diese Reaktion eines bewährten Generals hatte zwei Folgen: Sie verursachte einen erneuten Wirbel im OKH und kam auch Keitel wieder zu Ohren; und zweitens brachte sie Radke in Schwierigkeiten, während Müller, der dem Schreiben an Wöhler immerhin zugestimmt hatte, Gelegenheit erhielt, seine Hände in Unschuld zu waschen. Noch am 2. November fertigte er eine Notiz an, in der er säuberlich aufzählte, welche Passagen in Radkes Antwort als Belehrungen und welche als Werturteile anzusprechen seien¹²⁵. Die Liste war recht lang, und zusammenfassend stellte er fest, daß die Ausführungen Radkes über rein sachliche Feststellungen zum Teil erheblich hinausgegangen seien und daß Wöhlers Entrüstung ihre Berechtigung habe. Keitel habe einer Richtigstellung ohne Polemik bereits zugestimmt; danach sei der Briefwechsel auf Befehl des Chefs OKW auf keinen Fall mehr fortzusetzen¹²⁶. Radke, so lautete der endgültige Urteilsspruch Keitels, möge die Angelegenheit auf andere Weise, nämlich mündlich, klären¹²⁷.

¹²¹ MGF Freiburg, H. 34/5, Vortragsnotiz, 20. 10. 1943. Auszeichnung im Original.

¹²² Ebd., Notiz Müllers, 20. 10. (1943). Auszeichnung im Original.

¹²³ Ebenda.

¹²⁴ Ebd., Telefonübermittlungsnotiz, 2. 11. 1943, 10.00 Uhr.

¹²⁵ Ebd., Notiz Müllers, 2. 11. 1943.

¹²⁶ Ebd., Notiz des Geschäftszimmers des Gen. z. b. V. für Radke, 5. 11. 1943.

¹²⁷ Ebenda.

Radke blieb somit nichts weiter übrig, als sofort eine Dienstreise zur Heeresgruppe Süd und zum AOK 8 anzutreten, über die er schon am 12. November einen Bericht vorlegte¹²⁸. Es ist wohl berechtigt, diese Fahrt zur Ostfront als einen Carnossagang zu bezeichnen.

4. Der Weg zum Nationalsozialistischen Führungsoffizier

Der Fall Wöhler ist so ausführlich wiedergegeben worden, weil er über das Persönliche hinaus wichtige Einblicke in die Diskussion um die wehrgeistige Führung erlaubt. In ihm zeigten sich nicht nur die Mängel des neuen Systems, sondern über alle Differenzen hinweg auch gewisse grundsätzliche Gemeinsamkeiten zwischen dem Standpunkt der höchsten Kommandostäbe und dem der Front. Dazu gehörte nach wie vor die Forderung, daß in Führungsfragen ausschließlich der Truppenführer maßgebend sein müsse. Einen Politruk lehnte man in der gesamten Wehrmacht unverändert scharf ab.

Gleichwohl ist es auffällig, daß sich inzwischen verschiedene Stellen in der Bewertung des „jüdisch-bolschewistischen Kommissars“, der jahrelang das Objekt einer maßlosen Haßpropaganda gewesen war, zurückhaltender verhielten. Bereits der zitierte Befehl Falkenhorsts enthielt einen Hinweis darauf¹²⁹. Hatte man doch längst entdeckt, daß jene Haßpropaganda in zweifacher Hinsicht psychologisch falsch war. Einmal zwang der Kommissar-Befehl die Politruks der Roten Armee, sich noch energischer einzusetzen und die Rotarmisten zum äußersten Widerstand anzutreiben, da ihnen im Falle der Gefangennahme die Liquidierung bevorstand¹³⁰. Es war also nur zu verständlich, daß sie bis zur letzten Patrone kämpften, was um so höhere deutsche Verluste zur Folge hatte. So erreichte die deutsche Propaganda lediglich das Gegenteil von dem, was sie zum Ziele hatte. Statt einer Aufweichung der sowjetischen Front trat eine Verhärtung ein. Andererseits wurde bei Schilderungen der sowjetischen Kriegführung in der Heimatpresse häufig darauf hingewiesen, daß der Fanatismus der Rotarmisten auf die Tätigkeit der Politruks zurückzuführen sei. Damit erschien der Polit-Arbeiter, der für die deutsche Wehrmacht immer wieder abgelehnt und als der Unterste der „Untermenschen“ verteufelt worden war, plötzlich als die Seele des zähen sowjetischen Widerstandes. So erkannte man beide Auswirkungen der nationalsozialistischen Propaganda als höchst unerwünscht. Von der Ostfront kamen immer neue Hinweise darauf, daß die Anti-Politruk-Kampagne des „Dritten Reiches“ verfehlt sei. Statt, so hieß es, den Kommissaren mit dem Tode zu drohen, solle man lieber versuchen, sie unsicher zu machen und zum Überlaufen zu ermuntern¹³¹. Diese Vorschläge wurden vom OKW aufgegriffen, und bald verteilte die Wehrmachtpropaganda-Abteilung eine entsprechende Serie von Flug-

¹²⁸ Ebd., Bericht Radkes über seine Dienstreise zur HGr. Süd und zum AOK 8, 12.11.1945.

¹²⁹ Siehe oben, S. 41.

¹³⁰ Zum sogenannten Kommissar-Befehl siehe den bereits zitierten Beitrag Jacobsens in: *Anatomie des SS-Staates*, Bd. II, S. 161ff.

¹³¹ MGF Freiburg, WO1 – 6/363 (OKW 638), Dienststelle Baum an Abw. I H Ost N betr. Wirkung der deutschen Propaganda auf Grund von Gefangenenerneuerungen, 26. 7. 1942.

blättern. Als Passierscheine aufgemacht, hieß es darin, daß sie nicht nur für Offiziere und Soldaten, sondern auch „für alle Politarbeiter der Roten Armee“ gültig seien.¹³² Letzteren würde die gleiche – angeblich gute – Behandlung zuteil werden wie allen anderen Überläufern.

Nun mag es zwar für den einzelnen Kriegsgefangenen kein großer Unterschied gewesen sein, ob er im Zuge dieser „guten“ Behandlung als Kommissar erschossen wurde oder in deutschen Lagern verhungerte oder erfror. Als politische Entscheidung auf deutscher Seite ist diese Änderung der Linie aber gleichwohl interessant. Wurde so doch zunächst die eine der beiden Folgen des bislang begangenen psychologischen Fehlers zu korrigieren versucht. Nicht ganz so weit ging man in der Heimatpropaganda. Immerhin aber erörterte Goebbels am 7. Juli und nochmals am 9. Juli 1942 in der täglichen Pressekonferenz des Propagandaministeriums die erwähnten unerwünschten Folgen der Anti-Politruk-Propaganda in der Heimat¹³³, um abschließend eine neue Sprachregelung anzuordnen. Der sowjetische Widerstand, so sollte die deutsche Presse hinfort berichten, habe mit Heldentum und Tapferkeit nichts zu tun. Er sei vielmehr durch die „primitive Animalität des Slawentums“ zu erklären, wobei der Minister sinnigerweise zum Vergleich den Straßenkötter heranzog, der unter Umständen zwar widerstandsfähiger, aber nicht wertvoller sei als ein edler Schäferhund. Im übrigen sollten die Kommissare fortan nicht mehr in der Presse erwähnt werden. Damit vollzog Goebbels zwar keine radikale Wendung. Stand hinter seiner Anweisung aber nicht doch mehr als nur das Eingeständnis eines psychologischen Fehlers, sondern vielleicht auch das Bedauern, sich durch blinden Haß den Weg zu einer Einrichtung verbaut zu haben, der die Wehrmacht bei weiteren Rückschlägen möglicherweise dringend bedurfte? Dennoch begnügte man sich zunächst mit einem Totschweigen des Kommissar-Systems. Noch wäre eine Kehrtwendung auch für die Wehrmacht zu überraschend gekommen.

Ein gutes Beispiel für die neue Taktik im Bereich der Wehrmachtpropaganda ist die Reaktion des OKW auf die Abschaffung der Einrichtung des Polit-Arbeiters in der Roten Armee im Winter 1942/43. Den entsprechenden Befehl Stalins sollte die deutsche Flugblattpropaganda glossieren. In einem Weisungsentwurf für die Propaganda-Organisationen im Osten unterbreitete die Abteilung AP (Aktivpropaganda) der nunmehrigen Amtsgruppe OKW/WPr deren Chef Hasso von Wedel u. a. den Vorschlag, auf die „völlige Abschaffung der Kommissare und Politruks“ propagandistisch einzugehen¹³⁴. Während jedoch andere Gedanken akzeptiert wurden, fiel der Vorschlag zur Kommissar-Propaganda dem Rotstift zum Opfer. Vermutlich hatte man erkannt, daß man nicht gut die Abschaffung einer Einrichtung ironisch kommentieren konnte, deren Übernahme durch die Wehrmacht eines Tages vielleicht einmal nötig werden mochte.

Wie diskret die Hindernisse aus dem Wege geräumt wurden, die durch Tradition und nationalsozialistische Propaganda gelegt worden waren, erwies sich im Sommer

¹³² Ebd., Flugblatt Nr. 424/KP, (Sommer 1942), hrsg. von OKW/WPr in russischer Sprache.

¹³³ MGF Freiburg, WO1 – 6/363 (OKW 638), Titel (Promi) an Wedel, 13. 7. 1942.

¹³⁴ Ebd., Entwurf (zur Vorlage für Wedel), 8. 1. 1943.

1943. Um diese Zeit verteilte die Heereswesen-Abteilung eine in Himmlers SS-Hauptamt verfaßte Schrift mit dem Titel „Die politische Erziehung in der Roten Armee“¹³⁵. Das Heft wurde den ABOs mit der Begründung überreicht, es gebe „ein eindrucksvolles Bild von der ständigen intensiven politischen Beeinflussung der Sowjet-Soldaten. Es ist besonders geeignet, den deutschen Truppenführer, insbesondere den Offizier für Wehrgeistige Führung, davon zu überzeugen, daß dieser starken politischen Propaganda mit ihrem ausschlaggebenden Einfluß auf die Kampfkraft der Sowjet-Armee eine noch bessere und stärkere Wehrgeistige Führung des deutschen Soldaten entgegengestellt werden muß“¹³⁶.

Es gibt mehrere Anzeichen dafür, daß inzwischen auch Hitler und seine direkte Umgebung immer stärker von dem Beispiel der Roten Armee beeindruckt waren. Mochte etwa Goebbels 1941 noch sehr verächtlich über die sowjetischen Streitkräfte geredet haben, so lobte er sie zwei Jahre später in leuchtenden Farben. Einem seiner Mitarbeiter zufolge soll er um diese Zeit geäußert haben¹³⁷: „Die alte Offizierskaste [Rußlands] war, bis auf ganz vereinzelte Reste, ausgerottet. Beim Aufbau der Roten Armee mußte man also aus der Not eine Tugend machen. Ihre Offiziere wurden aus den Reihen der revolutionären Arbeiter und Bauern genommen, die noch die Gewehre in der Hand hielten, mit denen sie die Bourgeoisie umgelegt hatten. Das breite Volk erwies sich auch in militärischer Beziehung als ein reicher Quell von Talenten und Begabungen. Diese neuen Offiziere hatten zunächst von Strategie und Taktik ebensowenig Ahnung wie von äußerlichen Formen, wie sie von den Offizierkorps in aller Welt beachtet werden. Aber in ihnen glühte das Feuer einer revolutionären Idee. Und mit heiligem Eifer machten sie sich an ihre neue Aufgabe. Heute ist der russische Offizier nicht nur so weit, daß er mit Messer und Gabel essen und sich in seiner neuen goldstrotzenden Uniform in jeder internationalen Offiziersgesellschaft sehen lassen kann, sondern er beherrscht auch das Kriegshandwerk in Vollendung.“ Doch „seinen fanatischen, durch nichts ins Wanken zu bringenden Glauben an seine revolutionäre Idee und ihren Führer Stalin“ habe er allen anderen Offizieren in der Welt voraus. – Es ist offensichtlich, wie stark sich in diesem Zitat, gibt es die Ideen des Propaganda-Ministers nur halbwegs akkurat wieder, bei ihm bereits Wunsch- und Analogiedenken verbunden hatten¹³⁸. Goeb-

¹³⁵ Als Anlage zu: Ebd., OKW 190, Hinweise für die ABOs, Nr. 13 (1. 9. 1943) hrsg. von OKH/HWes. Abt.

¹³⁶ Ebd., Hinweise für die ABOs, Nr. 13 (1. 9. 1943) hrsg. von OKH/HWes. Abt.

¹³⁷ Wilfried von Oven, Mit Goebbels bis zum Ende, Buenos Aires 1949, Bd. I, S. 147.

¹³⁸ In ähnlicher Weise war auch die SS zu einer Neueinschätzung der Roten Armee gekommen, wie eine vom SS-Hauptamt herausgegebene Schrift „Der sowjetische Soldat“ zeigt. Darin wurde von den Erfolgen des Gegners durchaus mit Hochachtung gesprochen und zugegeben, „daß auch wir uns bei der Beurteilung der Widerstandskraft der Sowjets in mancher Beziehung geirrt haben.“ Ebd., S. 8. Besonders die Erklärung, man habe es bei der Roten Armee mit einer „seelenlose[n] Masse von Menschen“ zu tun, die sich willenlos in den Tod treiben lasse, werde den Erfahrungen nicht gerecht. Ebd., S. 44. Allerdings sei „der weitaus größte Teil der Kommissare . . . sehr unbeliebt“. Ebd., S. 44–45. Mit dieser Beurteilung des Kommissar-Systems befand sich die SS freilich im Gegensatz zu Hitler (siehe Louis P. Loch-

bels war es denn auch, der schließlich am 25. Januar 1944 während eines Vortrages vor der Generalität über den „Krieg als Weltanschauungskampf“ in Posen folgendes bemerkenswerte Geständnis ablegte¹³⁹:

„Wenn heute der Bolschewismus zu großen Schlachten antritt, dann stellt sich der politische Kommissar – ob wir das Wort gern hören oder nicht – vor die Kompanie und sagt ihr, worum es geht, ganz klar und eindeutig, dem primitivsten russischen Bauernsohn verständlich: ‚Es geht jetzt um die bolschewistische Anschauung‘. Es kann dahingestellt bleiben, ob dies dem ‚russischen Bauernsohn‘ tatsächlich gesagt wurde, solange die Sowjet-Union in ihrem ‚Großen Vaterländischen Krieg‘ stand. Sicher ist nur, daß es auf deutscher Seite inzwischen um die nationalsozialistische Weltanschauung ging. Denn entsprechend hatte sich die wehrgeistige Führung während des Jahres 1943 immer mehr entwickelt.

Im Juni erließ das OKH, unterteilt in „politisch-weltanschauliche Führung“ und „geistige Betreuung und Freizeitgestaltung“, neue Richtlinien zur wehrgeistigen Führung, die bis zu den Divisions-Betreuungsoffizieren zu verteilen waren¹⁴⁰. „Grundlage für beide [Teilgebiete]“, so hieß es darin, „ist das Gedankengut der nationalsozialistischen Weltanschauung“. Bei der „politisch-weltanschaulichen Führung“ sollte es besonders auf die „Vermittlung der Grundbegriffe der nationalsozialistischen Weltanschauung“ ankommen, während die „geistige Betreuung und Freizeitgestaltung“ wie zuvor der „seelischen Entspannung, inneren Auffrischung und geistigen Auflockerung der Truppe“ zu dienen habe. Das Leitprinzip der gesamten wehrgeistigen Arbeit lautete: „Keine neue Organisation. Verantwortlich bleibt der Truppenführer. Der Betreuungsoffizier ist sein Sachbearbeiter. Kein Papierkrieg. Innerliche Verbindung mit der Truppe. Lebendiges auf Kampf und Sieg eingestelltes Denken und Wollen.“¹⁴¹

So nahm die Entwicklung zur nationalsozialistischen Führung folgerichtig ihren Lauf. Bis zum Spätfrühjahr hatten, wie eine Arbeitsbesprechung der „Sachbearbeiter für wehrgeistige Führung beim Chef H Rüst und BdE Stab/Ic“ am 15./16. April 1943 ergab, die vom OKH empfohlenen Maßnahmen auch die Wehrkreise erreicht¹⁴². Bei dieser Gelegenheit wurde betont, daß es sich bei dem ganzen Programm nicht um eine Notmaßnahme handele, „sondern [daß es] eine aus der revo-

ner, [Hrsg.], *The Goebbels Diaries*, London 1948, S. 277–278) und Bormann. Zu den Gründen für diese Meinungsunterschiede siehe unten, S. 67.

¹³⁹ MGF Freiburg, OKW 1651, Text der Rede, hrsg. von OKW/NSFSt. In diese neue Linie gehörte auch die Nr. 20 der „Unterlagen zur nationalsozialistischen Führung der Truppe“ (vormals „Unterlagen zur wehrgeistigen Führung der Truppe“) vom Februar 1944, die eine Übersetzung von Dokumenten aus Beutepapieren brachten mit dem Thema: „Propaganda in der Roten Armee (Propagandaentwurf des Regiments-Agitators Major Ssaweljew vom 18. 11. 1943)“. Die von der Heereswesen-Abteilung herausgegebene Schrift war bis zu den DBOs zu verteilen und ist erhalten in: Ebd., H. 34/10.

¹⁴⁰ Ebd., H. 34/19, Unterlagen zur wehrgeistigen Führung der Truppe, Nr. 10 (Juni 1943), hrsg. von OKH/HWes. Abt.

¹⁴¹ Ebenda.

¹⁴² NAM Washington, T-77, roll 1039, frames 6513150–58, Gen. Oberst Fromm (Befehlshaber des Ersatzheeres) betr. wehrgeistige Führung im Ersatzheer, 14. 5. 1943.

lutionären Umgestaltung unseres Zeitalters erwachsene *politische* Führungsaufgabe“ darstelle mit dem Ziel der „*Mobilisation des Offizierkorps*“ zur unablässigen Arbeit an sich selbst und an der ihm anvertrauten Truppe¹⁴³. Gleichzeitig wurden für den neuen Offizier folgende Auswahlkriterien aufgestellt: Er hatte ein „bewährter Frontoffizier, aktivistischer Nationalsozialist [und eine] schwungvolle Persönlichkeit“ zu sein. Ferner mußte er die Gabe besitzen, „seine Gedanken in Wort und Schrift auf andere zu übertragen“ sowie „Begeisterung für seine Aufgabe“ aufbringen. Der Dienstgrad sollte „nebensächlich“ sein.

Obwohl für den neuen Offizier zunächst noch keine Planstelle bewilligt wurde, stand schon im Juli 1943 fest, daß auch die Gliederungen des Ersatzheeres ihren „Wehrkreisbetreuungsoffizier“ erhalten würden¹⁴⁴. Gleichzeitig ergingen Befehle, wenigstens einmal wöchentlich Unterrichtsstunden bei den nicht im Einsatz befindlichen Truppen abzuhalten¹⁴⁵. Im übrigen aber galt das Prinzip, daß die wehrgeistige Führung „als eine gleichzeitige nationalsozialistische Erziehung der Truppe zeitlich unbegrenzt“ sein müsse. „Sie ist die dauernde Einwirkung des Einheitsführers auf seine ihm anvertrauten Soldaten und beschränkt sich nicht auf die Zeit des Unterrichtes und Dienstes.“¹⁴⁶

Wer von den Armee-Betreuungsoffizieren diese recht deutlichen Grundsätze der wehrgeistigen Führung bis dahin noch nicht richtig verstanden hatte oder nicht verstehen wollte (und auch solche gab es zweifellos), dem wurden sie im Juli 1943 auf einer großen Tagung in Berlin verdeutlicht. Bei diesem Lehrgang nahm Oberst Radke in Gegenwart von Vertretern der Waffen-SS persönlich Gelegenheit, von den versammelten ABOs eine Erfüllung der Wehrmacht mit dem Geiste des Nationalsozialismus zu fordern¹⁴⁷. Es dürfe, so sagte er ferner, keine Trennung von Wehrmacht und Partei geben; beide müßten sich hundertprozentig gegenseitig stützen. Radkes Mitarbeiter Oberst Sprengel spann den Faden weiter, indem er erklärte¹⁴⁸: „Der Betreuungsoffizier muß einen Blick für die Notwendigkeiten haben, muß mit seinen Leuten reden können, fußend auf der nationalsozialistischen Weltanschauung. Bei der Division soll eine Planstelle dafür geschaffen werden. Für die Besetzung dieser Planstelle ist der Dienstgrad nicht maßgebend, wohl aber die innere Einstellung des Betreuungsoffiziers, seine Fähigkeit zu reden und die glutvolle Leidenschaft für die Ausfüllung seiner Aufgaben.“ Sprengels für die folgende Entwicklung interessanteste Bemerkung fiel freilich mehr nebenbei. Unter Hinweis auf die Notwendigkeit einer straffen geistigen Führung erwähnte er nämlich, daß man bereits nach einer neuen Bezeichnung für den Armee-Betreuungsoffizier suche.

¹⁴³ Ebd. Auszeichnung im Original.

¹⁴⁴ Ebd., frames 6513057–86, Bericht über die Tagung der ABOs in Berlin vom 6.–10. 7. 1943, o. D.

¹⁴⁵ MGF Freiburg, OKW 190, Genlt. von Hammerstein (Kdt., Oberfeldkdtur 672 und Stadtkdtur) betr. wehrgeistige Führung, 4. 8. 1943.

¹⁴⁶ Ebd., 1. Pz.-Div./Abt. I c/D.B.O. betr. wehrgeistige Führung, 16. 9. 1943.

¹⁴⁷ NAM Washington, T-77, roll 1059, frames 6513057–86, Bericht über die Tagung der ABOs in Berlin vom 6.–10. 7. 1943, o. D.

¹⁴⁸ Ebd.

Diese Diskussionen um eine adäquate Namensgebung gingen bis in den Herbst hinein weiter und erreichten auf der Tagung der Befehlshaber der Wehrkreise, der Generalärzte und Generalintendanten, sowie der Offiziere für wehrgeistige Führung im Ersatzheer in Bad Schachen im Oktober einen vorläufigen Höhepunkt. Anschließend fuhren die Teilnehmer ins Führer-Hauptquartier, wo Hitler zu ihnen über die Bedeutung des Nationalsozialismus für die Wehrmacht sprach¹⁴⁹. Der „Führer“ schaltete sich jetzt also persönlich ein, nachdem er in den Jahren zuvor immer nur über die mangelnde Ausrichtung der Armee geklagt hatte.

Über seine Ausführungen sind die Notizen Lersners erhalten¹⁵⁰. Danach ging Hitler von der Feststellung aus, daß der reine Fachoffizier angesichts der gegenwärtigen Lage für die Wehrmacht nicht mehr genüge. Nötig sei vielmehr ein nicht nur militärisch, sondern auch politisch geschulter Offizier, der seine Soldaten weltanschaulich führen könne. So sei es auch schon früher gewesen, ob in den Religionskämpfen oder in den Kämpfen der Monarchie. Immer sei der politische Offizier als der Träger des Staatsgedankens aufgetreten, und das müsse er auch jetzt tun. Besonders der junge Offizier solle Berater werden für die, „die innerlich nicht mehr mitkönnen“. Dabei handle es sich aber, so betonte der „Führer“ ausdrücklich, nicht um die Einführung eines politischen Kommissars. Vielmehr stellte er seine Erklärungen in deutlichem Gegensatz zur Roten Armee unter das Motto: „Hier Offizier – dort Politruk“¹⁵¹.

Diese Gegenüberstellung tauchte von nun an in vielen Äußerungen zum Thema auf und wurde in der Wehrmacht und der Partei so etwas wie ein geflügeltes Wort¹⁵². Schließlich kam auch die Heereswesen-Abteilung unter Anführung von Hitlers Parole „Hier Offizier – dort Politruk“ zu der letzten noch zu ziehenden Folgerung aus den Geschehnissen des Jahres 1943: „Weil Adolf Hitler die nationalsozialistische Idee aus dem Fronterlebnis geformt hat, muß die geistige Führung des Soldaten durch diese Idee getragen sein. So mußte eine eindeutig klare Namensnennung kommen: ‚Nationalsozialistische Führung‘.“¹⁵³

Mit dieser Feststellung bezog sich das OKH auf eine am 28. November 1943 herausgegebene Verfügung, durch die die bisherige „wehrgeistige Führung“ in „nationalsozialistische Führung“ umbenannt wurde¹⁵⁴. Der zuständige Offizier hieß demgemäß hinfort „Offizier für nationalsozialistische Führung“, abgekürzt „NS-Führungsoffizier“ (NSFO). In ähnlicher Weise wurde die OKW-Zeitschrift „Was uns bewegt“ in unveränderter Aufmachung, aber mit dem neuen Titel „Offiziere des

¹⁴⁹ Siehe Max Domarus (Hrsg.), Hitler, Reden und Proklamationen 1932–1945, München 1965, Bd. II/2, S. 2047.

¹⁵⁰ NAM Washington, T-77, roll 1039, frames 6512937 f.

¹⁵¹ Ebd.

¹⁵² Siehe z. B. MGF Freiburg, H. 34/21, Unterlagen zur wehrgeistigen Führung der Truppe, Nr. 16 (November 1943), hrsg. von OKH/HWes. Abt.

¹⁵³ Ebd., Unterlagen zur nationalsoz[ialistischen] Führung der Truppe, Nr. 17 (Januar 1944), hrsg. von OKH/HWes. Abt. Auszeichnung im Original.

¹⁵⁴ Ebd., „Berichtigung“ der HWes. Abt., o. D., in der die Verfügung OKH/Gen. z. b. V./II Wes. Abt. (II) Nr. 5281/43 vom 28. 11. 1943 angeführt wird.

Führers“ veröffentlicht¹⁵⁵. Vom Standpunkt der Wehrmacht handelte es sich bei der Einführung des NSFO somit zunächst um eine Verwaltungsmaßnahme. Ein bereits bestehender Apparat erhielt einen neuen und zweifellos treffenderen Namen. Die eigentliche Bedeutung dieser Verfügung vom 28. 11. 1943 sowie der weiteren Regelungen, die ihr folgten, liegen auf einer ganz anderen Ebene. Deshalb soll nunmehr auf die Vorgeschichte der Umbenennung nochmals ausführlicher eingegangen werden, weil sich aus ihr zugleich die Absicht des Führer-Befehls vom 22. Dezember 1943 erklärt.

Rosenberg war, wie man sich erinnern wird, mit seinen Vorschlägen für eine weltanschauliche Betreuung und Schulung der Wehrmacht 1940 nicht sehr weit gekommen. Die von ihm geplante Ausrichtung wurde durch allseitige Widerstände der Militärs und verschiedener Parteistellen verhindert. Nicht einmal sein „Arbeitsabkommen“ mit Keitel konnte in seinen wichtigsten Punkten realisiert werden. So hatte sich der „Beauftragte“ die ganzen Jahre hindurch mit Büchersammlungen für die Front und der Prüfung von weltanschaulichen Schriften für die Wehrmacht begnügen müssen¹⁵⁶.

Als sich nun aber die Armee Ende 1942 ernsthaft Gedanken um die wehrgeistige Führung machte, sah Rosenberg wieder seine Chance gekommen. Vergleicht man nämlich etwa Lersners Programm mit dem des „Beauftragten“ aus dem Jahre 1940, so sind gewisse Ähnlichkeiten unverkennbar¹⁵⁷. Verstärkt wurde dieses erneute Interesse an Schulungsfragen noch durch die Tatsache, daß seinem Ministerium für die besetzten Ostgebiete immer mehr die Flügel gestutzt wurden, und daß er nicht mehr so großzügig planen konnte, wie er es liebte und zu Beginn des Rußlandfeldzuges noch getan hatte. Statt dessen stieß er jetzt fortwährend und häufig recht erbittert mit anderen nationalsozialistischen „Ostpolitikern“ zusammen, was seine Freude am Ostministerium erheblich beeinträchtigte¹⁵⁸.

Die Errichtung der wehrgeistigen Führung war daher für Rosenberg eine willkommenene Gelegenheit, sich wieder auf sein altes Spezialgebiet der ideologischen Erziehung zu konzentrieren und sich bei der Armee in Erinnerung zu bringen. Auf Seiten der Partei hatte bisher nur er sich genauere Vorstellungen über eine Zusammenarbeit mit der Wehrmacht gemacht, und so glaubte er auch bei seinen Sondierungsgesprächen mit dem OKW und OKH im Winter 1942/43 konkurrenzlos zu sein. Einer der ersten Anläufe Rosenbergs war anscheinend die Gründung der sogenannten „Reichslehrgemeinschaft“ am 20. Dezember 1942¹⁵⁹. In dieser Organisation versuchte er prominente Redner, vor allem auch Professoren, zu Vorträgen

¹⁵⁵ Auch die anderen Mitteilungsblätter wurden umgestellt, wie etwa die „Unterlagen zur wehrgeistigen Führung der Truppe“.

¹⁵⁶ Siehe seine pflichteifrigen Meldungen über die Erfolge seiner Büchersammlungen an Hitler in: BA Koblenz, Kanzlei Rosenberg, EAP 99/321 (vorläufig). Das Gesamtergebnis der fünf Sammlungen von 1939–1944 gab er mit 43 496 118 Bänden an. Ebd., EAP 99/405 (vorläufig), Rosenberg an Bormann, 14. 8. 1944. Dazu ausführlich Bollmus, a. a. O., S. 229ff.

¹⁵⁷ Siehe oben, S. 66ff.

¹⁵⁸ Dazu ausführlich Dallin, a. a. O., S. 133ff.

¹⁵⁹ Rothfeder, a. a. O., S. 142.

für die Wehrmacht zusammenzufassen. Kurz, ob durchführbar und für die Armee akzeptabel oder nicht, Rosenberg hatte auch jetzt sofort wieder ein Programm. Doch ist es bezeichnend für sein Verhältnis zum Heer, daß er sich offenbar zu schwach fühlte, seine Ideen und Erfahrungen ohne eine Rückenstärkung aus dem Führerhauptquartier erneut anzubieten.

Aus diesem Grunde wandte er sich Mitte Februar 1943 an Bormann, um mit ihm „die jetzt einsetzende Schulung der Wehrmacht“ zu besprechen¹⁶⁰. Die Armee, so meinte er, müsse „namentlich in ihrer jüngeren Offiziersvertretung . . . nationalsozialistisch durchdrungen werden, und die vorbereitende Arbeit verspricht diesen Erfolg, wenn sich die besten Kräfte der Bewegung zur Verfügung stellen“. Bormann versagte Rosenberg seine Unterstützung in dieser Hinsicht zunächst nicht. Es kam zu Absprachen zwischen dem Beauftragten und dem Chef der Parteikanzlei einerseits und der Wehrmacht andererseits, und Anfang April 1943 hatte, Rosenberg zufolge, dessen eigene Wehrmachtschulung „in großem Maßstab“ eingesetzt¹⁶¹.

Obwohl dies reichlich übertrieben war, mußte die im gleichen Schreiben geäußerte Forderung nach mehr Mitarbeitern Bormann hellhörig machen. Man hatte im Führer-Hauptquartier gewiß viel Verständnis dafür, daß Parteistellen sich wieder intensiver um die Ausrichtung der Armee kümmerten. Das war seit Kriegsbeginn ziemlich vernachlässigt worden, und nur die Waffen-SS erfüllte in dieser Hinsicht bisher die Erwartungen des „Führers“. Aber war Rosenberg hier möglicherweise auf dem Wege, sich eine neue Hausmacht zu schaffen, die zu beherrschen er nach weitverbreiteter Ansicht nicht fähig war und die der Parteikanzlei viel besser zu Gesicht stand? Immerhin hatte Rosenberg recht eigene Auffassungen von seiner Aufgabe, wie aus einem nicht abgesandten Brief hervorgeht¹⁶². Das wird Bormann nicht verborgen geblieben sein und seinen Verdacht verstärkt haben¹⁶³.

So erklärt es sich, daß er schon bald eine – wie er es nannte – größere Abstimmung zwischen der Dienststelle Rosenberg und seiner eigenen in der Frage der Wehrmachtschulung herbeizuführen suchte¹⁶⁴. Es kam zu einer Besprechung zwischen

¹⁶⁰ BA Koblenz, Kanzlei Rosenberg, EAP 99/305 (vorläufig), Rosenberg an Bormann, 17. 2. 1943.

¹⁶¹ Ebd., Rosenberg an Bormann, 1. 4. 1943.

¹⁶² Ebd., Rosenberg an Bormann, 6. 4. 1943. Der Brief blieb Entwurf.

¹⁶³ So hatte Rosenberg geschrieben (ebd.): „Vor allen Dingen aber müssen wir unseren Offiziersnachwuchs nach der positiven Seite her innerlich für die nationalsozialistische Weltanschauung und das nationalsozialistische Reich gewinnen, viele persönlich kennenlernen, um sie dann bei Beendigung des Krieges aktiv einsetzen zu können. Gegenüber dieser Tatsache erscheinen mir manche Bemerkungen, die jetzt gefallen sind, derart kleinlich und zeugen von einer derartigen Unkenntnis der bisher geleisteten Arbeit, daß ich Sie bitten möchte, Ihre Mitarbeiter dahin zu instruieren, sich über die gesamte Arbeit genaue Kenntnis zu verschaffen, ehe Meinungen über diese Arbeiten ausgesprochen werden.“ Auffällig ist Rosenbergs Hinwendung zur jungen Offiziersgeneration, eine Idee, die mit unserer Infiltrations-These in Einklang steht.

¹⁶⁴ Ebd., Bormann an Rosenberg, 14. 5. 1943. Bemerkenswert ist die zu diesem Zeitpunkt noch kollegiale Haltung Bormanns. So meinte er, die Abstimmung sei durch „das gesteigerte Wirksamwerden des Abkommens vom 9. 11. 1940“ erforderlich geworden, während er

den beiden Männern, in der Rosenberg dem Chef der Parteikanzlei mit erstaunlicher Unbekümmertheit seine weitgespannten Pläne entwickelte¹⁶⁵. Er scheint nicht gemerkt zu haben, daß es ein Fehler war, zuviel über die Notwendigkeit einer planmäßigen Schulung und über die inzwischen sichtbar gewordenen Schwierigkeiten in der wehrgeistigen Führung zu sprechen. Eine Zeitlang verhielt sich Bormann anscheinend noch ruhig. Als er jedoch im Sommer 1943 erfuhr, daß die Vereinbarungen zwischen Keitel und Rosenberg aus dem Jahre 1940 „seit längerer Zeit in ziemlich energischer Durchführung begriffen“ seien und daß Rosenberg sogar eine Einladung zu einer Ansprache vor der Generalität in Frankreich erhalten habe, wurde die Parteikanzlei aktiv¹⁶⁶. Das „Arbeitsabkommen“ hatte Bormann schon früher abgelehnt, und so begann er erneut, die mühsam aufgebaute Position des „Beauftragten“ zu unterhöhlen.

Die Anregung zu seinem ersten Vorstoß in dieser Richtung gaben ihm anscheinend Rosenbergs Reisepläne. Denn nach Ansicht des Chefs der Parteikanzlei war nur einer, nämlich der „Führer“ persönlich, berufen, dem Offizierkorps die Forderung nach einer politischen Ausrichtung der Wehrmacht vorzutragen. Zusammen mit Keitel lud er daher bald darauf die Generalität zu dem erwähnten Treffen in Bad Schachen. Vor den Versammelten sollte Hitler anschließend im Führerhauptquartier zum erstenmal nach langer Zeit wieder das Wort ergreifen, und sobald er erst einmal vom Kartentisch abgelenkt worden war, bestand über den Ausgang eines Zusammenstoßes zwischen Rosenberg und Bormann kein Zweifel. In der unmittelbaren Umgebung des „Führers“ saß der Chef der Parteikanzlei am längeren Hebel und würde ihn schon überzeugen können, wer der fähigere Organisator für eine verstärkte Führung war.

Nun wird niemand, der den berechtigten Eindruck hat, seines geistigen Eigentums beraubt zu werden, seine Gegner bei ihrem Vorhaben unterstützen. Es ist daher nur zu verständlich, wenn sich Rosenberg auch in diesem Falle zur Wehr setzte. Gleichwohl wurde nicht nur sein Verhalten im Winter 1943/44 von derarti-

später einfach die Gültigkeit dieses Abkommens überhaupt verneinte. Siehe unten, S. 61 f. – Weiterhin schrieb er: „Wenn auch in rein weltanschaulicher Hinsicht die Übereinstimmung zwischen ihrer und meiner Dienststelle gegeben sein wird, so halte ich es aber für erforderlich, daß aus politischen Gründen die Fragen der praktischen und in politischem Sinne wirksamen Gestaltung des Verhältnisses Partei-Wehrmacht mit meiner Dienststelle abgestimmt werden, bevor sie der Wehrmacht gegenüber in Erscheinung treten. Ich habe meine Sachbearbeiter angewiesen, mit Ihrer Dienststelle besonders auf diesem Gebiet engste Fühlung zu halten, und bitte Sie, lieber Parteigenosse Rosenberg, Ihre Sachbearbeiter entsprechend anzuweisen.“

¹⁶⁵ Ebd., „Zur Besprechung mit Reichsleiter Bormann“ am 20. 5. 1943, o.D. Interessant ist, daß sich die Dienststelle Rosenberg hier zum geistigen Vater der Betreuungsoffiziere machte. Später tat Bormann das gleiche. Siehe unten, S. 62. Allerdings wurde zugegeben, daß Rosenbergs Vorstöße nur zu einem Befehl Keitels vom 11. 6. 1942 geführt hätten, durch den der IIa für die weltanschauliche Schulung verantwortlich gemacht wurde. Ebd.

¹⁶⁶ Ebd., Rosenberg an Bormann, 18. 8. 1943. Vgl. die Interpretation des Konfliktes Bormann-Rosenberg bei Bollmus, a. a. O., Anm. IV/165. B. meint, daß Bormann „sachlich im Recht, die Dienststelle Rosenberg überflüssig und außerdem zur Schaffung der NSFO-Einrichtungen nicht in der Lage“ gewesen wäre.

gen Gefühlen bestimmt, sondern auch das eines anderen Interessenten und Pioniers in Fragen der geistigen Ausrichtung – nämlich der SS. Auch Himmler sah es nicht gern, daß die weltanschauliche Schulung auf dem militärischen Sektor auf einmal so stark in den Mittelpunkt des Interesses verschiedener Parteistellen rückte. Sein SS-Hauptamt hatte seit Jahren unter Gottlob Berger auf diesem Gebiete eigene Wege beschritten und innerhalb der Waffen-SS einen vorbildlichen Indoktrinations-Apparat aufgebaut. In Himmlers Armee galten nicht nur von Anfang an jene Maximen eines weltanschaulichen Soldatentums, die der Nationalsozialismus auch in der Wehrmacht durchsetzen wollte, sondern in ihr wirkten seit langem auch jene besonders geschulten Offiziere, auf die sich das Heer erst ab 1942 zu stützen begann¹⁶⁷.

Daß Bergers Maßnahmen zu einer Steigerung des Fanatismus und Kampfwillens der SS-Einheiten beigetragen hatten, wurde allgemein anerkannt¹⁶⁸. Man braucht sich nur einmal das von der SS herausgegebene Material anzusehen, um ein Verständnis dafür zu bekommen, warum Himmlers Truppen immer besonders hohe Verluste hatten. Die Waffen-SS war weithin für ihren kompromißlosen Einsatz bis zur letzten Patrone bekannt. Berger war folglich auf seine Betreuungsmethoden ausgesprochen stolz und wollte seine Weisungen auch hinfort, ungehindert von Außenstehenden, geben können. Der Partei gegenüber bediente er sich dabei des bekannten Arguments der Wehrmacht, daß eben nur die Truppe einen Überblick über die Notwendigkeiten für eine Ausrichtung der Soldaten besitze. Das war also ein Punkt, an dem sich die Interessen der Wehrmacht mit denen der Waffen-SS trafen. Ansonsten aber bestanden zahlreiche Meinungsverschiedenheiten. Aus ihnen ergibt sich ein weiterer Grund, warum die SS dem Auftreten von Konkurrenten in der geistigen Führung nicht tatenlos zusehen konnte: Mit der Zeit war die Waffen-SS erheblich angewachsen und verfügte 1944 schließlich über nicht weniger als 38 Divisionen¹⁶⁹. Damit erhöhte sich nicht nur Himmlers Einfluß auf die Kriegführung überhaupt, sondern auch Bergers Chance, auf kaltem Wege die gesamte

¹⁶⁷ Nicht uninteressant ist in diesem Zusammenhang, daß Berger offenbar seine Vorstellungen über Soldatentum und Politik nicht erst als Hitler-Anhänger entwickelt hatte. Als ganz junger Teilnehmer am Ersten Weltkrieg habe vielmehr auch er unter dem „traurigen Eindruck“ gestanden, den ein planloser und zu spät erfolgter vaterländischer Unterricht auf viele Zeitgenossen gemacht habe. Schon damals habe er die Notwendigkeit einer „Führung“ erfahren. Da er zugleich nach eigener Aussage ein „scharfer Antikommunist“ war, kamen sowjetische „Methoden“ für ihn dabei zu keinem Zeitpunkt in Frage. (Mündliche Auskunft Herrn Bergers, 29. 4. 1967). Was Berger damals organisierte, hält er auch heute noch schlicht für frontnah. Dafür sollte u. a. auch die von ihm eingerichtete Feldpostprüfung sorgen, die jeden 6. Brief von Waffen-SS-Anhörigen öffnete und auswertete.

¹⁶⁸ Einige gute Beispiele für die Ausrichtung der Waffen-SS bringen Bergers „Stoffsammlungen für die weltanschauliche Erziehung der Waffen-SS“ in: BA Koblenz, Reichsführer SS, NS 19/neu 669. Das Schulungsamt hatte sogar eine Filmkritik eingerichtet, die auf neue und wertvolle Filme hinweisen sollte. „Gleichzeitig sollen die Informationsblätter verhindern, daß unseren Männern Filme vorgeführt werden, die wir haltungsgemäß ablehnen müssen.“ MGF Freiburg, WO1 – 6/504 (OKW 553), Filmschau für die Waffen-SS, 15. 5. 1941.

¹⁶⁹ O'Neill, a. a. O., S. 239.

geistige Betreuung der Wehrmacht in die Hände zu bekommen. Eine weitere Vergrößerung der Waffen-SS hätte daher auch die dauernden Reibereien mit den Militärs auf dem Gebiet der geistigen Führung auf recht elegante Weise gelöst.

Unter diesen Umständen beobachtete man zuerst Rosenberg und später Bormann mit wachsendem Mißtrauen, und umso bereitwilliger versuchte man jetzt, der Wehrmacht die eigenen Erfahrungen zur Verfügung zu stellen. Zu einer Zeit, als sich das Programm des OKH noch in seinen Anfängen befand, definierte Himmler in einem Befehl die Stellung der SS zum Führungsproblem in einer Weise, die den Überlegungen der Heereswesen-Abteilung ziemlich nahekam¹⁷⁰:

„Der Kampf mit dem russischen Gegner hat unserer Überzeugung recht gegeben, daß nur die Truppe in diesem Kriege auf die Dauer siegreich sein wird, deren Männer nicht nur soldatisch tüchtig, sondern die in noch höherem Maße überzeugte und gläubige Träger unserer Weltanschauung sind. . . . Je länger der Krieg dauert, umso mehr müssen wir unsere gesamten Führer, Unterführer und Männer zu immer fanatischeren und überzeugteren Willensträgern der nationalsozialistischen Weltanschauung, zur Idee unseres Führers Adolf Hitler erziehen. Die Wege und Möglichkeiten dieser weltanschaulichen Erziehung sind auch in der Zukunft, genau wie in der Vergangenheit, folgende: 1. Die wichtigste und einprägsamste Erziehung ist stets das Vorbild des Führers der Truppe. Das Beispiel der Kommandeure, Chefs und sonstigen SS-Führer vermittelt mehr an nationalsozialistischer Weltanschauung, als die besten Vorträge dazu imstande sind. 2. Das zweite Mittel der Erziehung ist Unterricht und Unterweisung in jeder Form. . . .“

Es kann nicht wundernehmen, daß derartige Prinzipien dem OKW und OKH sympathischer waren als Rosenbergs Vortragsreihen, denen die „Frontnähe“ fehlte. So kam es, daß sich – zeitlich etwa parallel zu den Besprechungen zwischen Rosenberg und Bormann – „binahe das gesamte Oberkommando der Wehrmacht“ bei Himmler meldete¹⁷¹. Nicht weniger zahlreich waren die Besucher im SS-Hauptamt bei Gottlob Berger¹⁷². Dieser erklärte die Besuche ganz richtig damit, daß „im Oberkommando der Wehrmacht, insbesondere bei Heer und Marine, eine starke Aktivität, das nationalsozialistische Gedankengut dem einfachen Soldaten und Nichtpartei-genossen nahezubringen, zu bemerken“ sei. Berger erteilte aus den erwähnten Gründen bereitwillig Rat¹⁷³. Er legte seinen Klienten nahe, nicht die Abteilung I c der Divisionen mit der wehrgeistigen Führung zu betrauen; die einzig richtige Lösung sei vielmehr die von seinem Amt gefundene, nämlich die Bearbeitung der Schulungsfragen durch einen Spezialisten, der dem Kommandeur direkt unterstellt würde.

Auch sonst scheint Berger die Arbeit der SS rückhaltlos gepriesen zu haben. Denn seine Besucher waren am Ende durchaus bereit, die Erfahrungen des Hauptamtes

¹⁷⁰ BA – MA Koblenz, EAP 1 – r – 01/18d, SS-Befehl vom 24. 2. 1943 in: Nationalsozialistische Führung, Nr. 2 (1944), hrsg. vom SS-Hauptamt.

¹⁷¹ BA Koblenz, Reichsführer SS, NS 19/neu 383, Berger an Himmler, 10. 7. 1943. Gemeint war auch das OKH. Siehe unten, S. 58f.

¹⁷² Ebd., Berger an Himmler, 24. 6. 1943.

¹⁷³ Ebenda.

in den Wehrmachtteilen zu verwerten. So wurde Berger vom Oberkommando der Marine (OKM) gebeten, der Kriegsmarine SS-Schulungsmaterial zur Verfügung zu stellen, allerdings mit dem Vorbehalt, es nur bis zu den selbständigen Kommandeuren zu verteilen¹⁷⁴. Offenbar befürchtete das OKM, daß eine Massenausgabe von Bergerschen Pamphleten „erhebliche Unruhe“ hervorrufen würde. Wenn Berger diese Befürchtungen mit dem verschmitzten Hinweis zu entkräften suchte, daß er allein bei der Kriegsmarine bereits über 20000 Bezieher aller Dienstgrade habe¹⁷⁵, so spiegelte sich in diesem Dialog das eigenartige Spannungs- und Abhängigkeitsverhältnis wider, in das die Wehrmacht zum Nationalsozialismus geraten war.

Die verstärkte Zusammenarbeit mit der SS kam auch in der Bitte des OKW und OKH zum Ausdruck, zu der großen Tagung der Armee-Betreuungsoffiziere in Berlin Anfang Juli 1943 einige Vertreter der SS zu entsenden¹⁷⁶. Sie sollten vor diesem Kreise einmal ihre Erfahrungen auf dem Gebiet der geistigen Führung darlegen. Berger stimmte zu und kommandierte zwei Mitarbeiter aus dem SS-Hauptamt sowie den Referenten VI der SS-Division „Wiking“, Hauptsturmführer Friedel, zu dem Treffen ab. Die versammelten Offiziere hörten dem Sprecher der SS aufmerksam zu und konnten seinen Bericht mit den Forderungen vergleichen, die Radke und Sprengel ihrerseits bei dieser Gelegenheit aufstellten¹⁷⁷. Zwar versicherte man den SS-Vertretern in der anschließenden Aussprache, daß die Wehrmacht die von Friedel beschriebenen Maßnahmen „schon lange getroffen“ habe¹⁷⁸. Aber das war wohl nur eine Schutzbehauptung, und abends, zu vorgerückter Stunde, waren die Herren dann doch redseliger. Sie gestanden, „daß sie von dem Vortrag des SS-Hstuf. Friedel tief beeindruckt seien und daß sie erst heute erkennen würden, daß es nicht nur eine gute rassische Auslese sei, die den Divisionen der Waffen-SS den inneren Rückhalt geben würde, sondern auch die Art der weltanschaulichen Schulung“¹⁷⁹.

¹⁷⁴ Ebenda.

¹⁷⁵ Ebenda.

¹⁷⁶ Ebd., Berger an Himmler, 10. 7. 1943.

¹⁷⁷ Siehe oben, S. 50.

¹⁷⁸ BA Koblenz, Reichsführer SS, NS 19/neu 583, Berger an Himmler, 10. 7. 1943.

¹⁷⁹ Ebd. – Sehr negativ beeindruckt von der Haltung der ABOs blieb jedoch der eine Vertreter Bergers, SS-Obersturmbannführer Dr. Dambach. Ebd., Aktennotiz für Berger, 10. 7. 1943. Dambach war über die „Oberflächlichkeit“ und Unbekümmertheit der Offiziere direkt erschrocken. „Das Wort Weltanschauung“, so schrieb er, „wurde geflissentlich vermieden. Man sprach nur von der wehrgeistigen Erziehung. Es ist diesen Herren nicht aufgegangen, daß weltanschauliche Führung durch den Truppenführer etwas ganz anderes ist als das, was sie mit der ‚Verabreichung von geistigen Spritzen‘ bezeichnen . . . Ich kann, was ich hier behaupte, nicht im einzelnen belegen. Entscheidend war der Gesamteindruck, der dadurch hervorgerufen wurde, daß die Herren Offiziere mit überlegenem Lächeln jede Frage als für sie schon längst gelöst betrachten. Es ist ihnen anscheinend entgangen, daß die deutsche Wehrmacht im Winter 1942 mangels weltanschaulicher Führung durch die Offiziere eine schwere Krisis durchgemacht hat.“ Ebd. Dambach riet Berger davon ab, sich hier zu engagieren. Angesichts der beschriebenen Einstellung habe es einfach keinen Zweck. Vermutlich hatte Dambach aber doch zu allergisch auf so viele Wehrmachtsuniformen reagiert. Sein Kollege, SS-Brigadeführer Dr. Stellrecht, war nämlich „im Gegenteil über die Besprechung sehr erfreut . . ., da die Herren wesentlich weiter gekommen seien als früher. Auch hatten sie sich

So sehr dies der SS schmeicheln mußte, es machte sie doch auch mißtrauisch. Berger waren bereits Bedenken gekommen, „als seinerzeit auf einen Schlag sich beinahe das ganze Oberkommando der Wehrmacht beim Reichsführer-SS sowohl wegen der Schulung als auch wegen der Ergänzung gemeldet“ hatte¹⁸⁰. Denn so sehr ihn „an und für sich“ dieses Interesse der Wehrmacht für die Maßnahmen der SS erfreute, konnte Berger sich doch nicht des Eindrucks erwehren, daß es ihr „mit einer bestimmten Absicht“ entgegengebracht wurde. Offenbar vermutete er, daß die Militärs nicht nur die an der Front für die Front entwickelte Schulung der SS den Schreibtisch-Plänen Rosenbergs und Bormanns vorzogen, sondern daß sie Himmler auch gegen die Partei vorzuschieben suchten¹⁸¹. Derartige Vermutungen scheinen Berger seinen zugegebenen Stolz auf die Erfolge der SS bei der ABO-Tagung am 9. Juli wieder ein wenig verdorben zu haben.

Gleichwohl waren die Verlockungen größer als die Bedenken. Solange Himmler sich nur Rosenberg gegenüber sah, waren die Verdächtigungen Bergers über die dunklen Motive der Wehrmacht nicht weiter gefährlich. Unter den im Sommer 1943 gegebenen Umständen wäre es sogar kurzsichtig gewesen, die Annäherungsversuche des OKW und OKH abzuweisen. Wie stark in der Armee nämlich das Gefühl war, in der Waffen-SS herrsche trotz aller Gegensätze eben doch eine nüchterne soldatische Grundhaltung vor, die sich von den ideologischen Phantastereien eines Rosenberg wohltuend unterscheidet, zeigte der Fall des Obersten Huebner. Huebner hatte als Regimentskommandeur in einem Kampfverband mit SS-Divisionen Bergers Schriften kennengelernt¹⁸². Er war von ihnen so begeistert, daß er das SS-Material zunächst einmal für sein Regiment bestellte. Ferner inspirierten ihn seine Fronteindrücke über die Stimmung der Truppe zu einer langen Denkschrift „über die weltanschauliche Schulung in der Wehrmacht (Heer)“¹⁸³. Sie gelangte im Frühjahr 1943 u. a. auch auf die Schreibtische der Generale Rudolf Schmundt und Wilhelm Burgdorf im OKH. Beide fanden an den Ideen Huebners Gefallen, nicht zuletzt wohl, weil sie in vielem mit dem übereinstimmten, was sie als überzeugte Nationalsozialisten sich selber unter wehrgeistiger Führung vorstellten.

Gleichzeitig aber wandte sich Huebner auch an die SS, die zunächst ihren Polizeicharakter nicht verleugnen konnte: Sie stellte Nachforschungen über den Obersten an, und so kam Berger in der zweiten Juli-Hälfte in den Besitz einer Aufzeichnung aus dem Wirtschaftsverwaltungshauptamt, in der die Ergebnisse der Detektivarbeit zusammengefaßt waren¹⁸⁴. Berger glaubte nun, das Dokument nicht achtlos beiseite

nachher beim gemütlichen Zusammensein noch wesentlich aufgeschlossener gezeigt, vor allem [für] eine bessere Annäherung an unseren Standpunkt.“ Ebd.

¹⁸⁰ Ebd., Berger an Himmler, 10. 7. 1943.

¹⁸¹ Eine ähnliche Taktik verfolgte etwas später auch die Wehrmachtpropaganda-Abteilung: Um vor allem Goebbels von ihrer Arbeit fernzuhalten, verbanden sich Wedel und seine Mitarbeiter enger mit Gunter d'Alquen, dem Führer der für die Propaganda der Waffen-SS verantwortlichen SS-Standarte „Kurt Eggers“.

¹⁸² Ebd., Sammlung Schumacher, 367, Berger an Himmler, 3. 6. 1944.

¹⁸³ Ebd., Reichsführer SS, NS 19/neu 750, Denkschrift Huebners, Mai 1943.

¹⁸⁴ Ebd., Sammlung Schumacher, 367, Mischke an Himmler, 15. 7. 1943.

legen zu sollen, wenn sich die Wehrmacht um seine Unterstützung beim Aufbau der wehrgeistigen Führung bemühte. Huebner rechnete nämlich nicht nur mit seiner Versetzung ins OKH, sondern gab auch seiner Entschlossenheit Ausdruck, das nationalsozialistische Gedankengut selbst dann in die Armee hineinzutragen, „wenn er es wie ein Jesuit anstellen müßte“¹⁸⁵. Auf diese Weise, so hoffte er, werde es auch gelingen, die Differenzen zwischen der Waffen-SS und der Wehrmacht zu beseitigen. Solche Ziele und Methoden meinte Berger ruhigen Gewissens unterstützen zu können. War Huebner tatsächlich von der SS und ihren Führungsprinzipien so beeindruckt, so konnte er vielleicht als eine Art V-Mann im OKH für diese Fragen benutzt werden. Berger beschloß, mit Huebner in Verbindung zu bleiben.

Ob mit oder ohne Unterstützung der SS, der Oberst nahm bald Abschied von der Front und wurde in der weltanschaulichen Erziehung der Armee tätig. Möglicherweise geht die im Sommer 1943 einsetzende Verteilung von SS-Schriften durch die Heereswesen-Abteilung auf ihn zurück¹⁸⁶. Sein erstes größeres Projekt war jedoch die Herausgabe einer offiziellen Schulungsbroschüre für die Wehrmacht mit dem vielsagenden Titel „Wofür kämpfen wir?“¹⁸⁷. Die Herausgabe einer solchen Schrift war angesichts der Kriegslage keine leichte Aufgabe. Aber Huebner hatte schließlich Kontakte zur versierten SS, und so bat er Berger, ihm für das Vorhaben einige Mitarbeiter aus dem Schulungsamt zur Verfügung zu stellen. Berger sagte zu und beschaffte sogar noch hochwertiges Papier aus Finnland¹⁸⁸. Nicht ohne Bescheidenheit berichtete er später darüber an Himmler¹⁸⁹: „Ich freue mich, Reichsführer, daß es mir gelungen ist, auf diese Weise der weltanschaulichen Erziehung der Wehrmacht einen Dienst erwiesen zu haben. . . .“ Huebners Äußerung über die eigene „Jesuiten-Rolle“ hatte ihre Wirkung also nicht verfehlt.

Am 1. Oktober erhielt Berger einen weiteren längeren Brief von Huebner, in dem dieser nochmals auf die SS-Mitarbeiter und auf die Möglichkeiten einer weiten Verbreitung der Broschüre zu sprechen kam¹⁹⁰. Die beste Lösung, so meinte er, sei ein Führer-Befehl, „der sich klar und deutlich über die Pflicht eines jeden Offiziers als schöpferischer und aktivistischer Träger unserer nationalsozialistischen Weltanschauung ausspricht“. Zugleich äußerte Huebner eine bemerkenswerte Ansicht über die Stimmung in der Wehrmacht, die ihre allmähliche Zersetzung durch den Nationalsozialismus bezeugt: Eine Erschütterung des Offizierkorps, so schrieb er, sei von einem Führer-Befehl nicht zu erwarten. Vielmehr werde sich das junge Offizierkorps bis zum Stabsoffizier begeistert einsetzen, „weil endlich ein klares Wort über unsere Weltanschauung gesprochen und damit die undurchsichtige und nichtssagende, von keinerlei revolutionärem Auftrieb getragene ‚wehrgeistige Front‘

¹⁸⁵ Ebenda.

¹⁸⁶ Siehe oben, S. 48.

¹⁸⁷ BA Koblenz, Sammlung Schumacher, 367, Berger an Himmler, 3. 6. 1944.

¹⁸⁸ Ebd., Reichsführer SS, NS 19/neu 750, Berger an Himmler, 11. 9. 1943; ebd., Berger an Huebner, 14. 10. 1943; mündliche Auskunft Herrn Bergers, 29. 4. 1967.

¹⁸⁹ BA Koblenz, Sammlung Schumacher, 367, Berger an Himmler, 3. 6. 1944.

¹⁹⁰ Ebd., Reichsführer SS, NS 19/neu 750, Huebner an Berger, 1. 10. 1943.

durchbrochen wird¹⁹¹. Vom älteren Offizierkorps sei eine solche Begeisterung zwar nicht zu erwarten, doch wäre mit wehrkraftzerstörenden Reaktionen von dorthier nicht zu rechnen. „Es fehlt ihm die Überzeugungstreue dazu.“[t] Schließlich erwähnte Huebner, er sei von Schmudt mit der Abfassung eines Befehlsentwurfs beauftragt worden, den er nun gleich als Führer-Befehl formulieren wolle. Auch Berger möge sich doch hierfür verwenden. Er setze Hoffnungen auf Himmler, daß Hitler den Entwurf auch wirklich unterzeichnen werde.

Es ist zwar nicht möglich, Huebners Anregung zu einem Führer-Befehl, „der sich klar und deutlich über die Pflicht eines jeden Offiziers als schöpferischer und aktivistischer Träger unserer nationalsozialistischen Weltanschauung“ aussprach, mit Hitlers Befehl vom 22. Dezember 1943 unmittelbar in Verbindung zu bringen¹⁹². Fest steht zunächst nur, daß hinter diesem Befehl ähnliche Vorstellungen standen wie die von Huebner geäußerten, und daß Berger die Anregung Huebners an den Stab Himmlers mit der Bitte übermittelte, sie dem Reichsführer unbedingt noch vor der Schachener Tagung zu unterbreiten, was denn auch geschah¹⁹³.

5. Der Konflikt zwischen Rosenberg und Bormann¹⁹⁴

Während an Himmler die Idee eines Führer-Befehls herangetragen wurde, gab Rosenberg auf der Schachener Tagung den letzten Anstoß zu einer Umbenennung der wehrgeistigen Führung. Zwar hatte man sich u. a. in der Heereswesen-Abteilung schon länger Gedanken darüber gemacht; in Bad Schachen konnte das Problem einer zugkräftigen Bezeichnung jedoch auf höchster Ebene erörtert werden, da die ursprüngliche Bezeichnung nach allgemeiner Ansicht diesem Erfordernis nicht mehr entsprach. Rosenberg zielte begrifflicherweise auf eine Benennung ab, die seine

¹⁹¹ Das war auch die Ansicht der SS. Siehe die Anlage zu Bergers Befehl vom 20. 10. 1942 (ebd., Kanzlei Rosenberg, EAP 99/505 [vorläufig]), in dem die wehrgeistige Führung als ein Produkt des Liberalismus und des Bürgertums bezeichnet wird. Im übrigen hatte sich Huebner inzwischen weitere Gedanken um eine Abstellung dieser Mängel gemacht. Im September verfaßte er eine zweite Denkschrift „über die Erziehung des deutschen Offizierkorps“ (ebd., Reichsführer SS, NS 19/neu 750), die er am 13. 10. Berger überreichte. Vier Wochen zuvor hatte Berger bereits angekündigt, daß er das Dokument an Himmler weitergeben werde. Ebd., Berger an Himmler, 11. 9. 1943. „Aus dem Stil, aus Begründungen und Redewendungen“, so fügte Berger hinzu, „wird sehr oft [der] Reichsführer SS seine eigenen Worte wiederfinden.“ Hitler sollte die Denkschrift gleichfalls vorgelegt werden. Allerdings scheint sich dagegen in Himmlers Stab einiger Widerstand erhoben zu haben. Ebd., Vermerk für SS-Obersturmbannführer Dr. Brandt, 27. 10. 1943: Zwar gehe aus Huebners Schreiben vom 13. 10. hervor, „daß sich jetzt im Offizierkorps eine revolutionäre Wandlung vollziehen“ werde. Aber so sehr Huebners Bemühungen anzuerkennen seien, er greife doch wohl zu „unbekümmert nach den Sternen“. „Muß denn wirklich wegen seiner Sache der Führer bemüht werden?“ Ebd. – Hitler wurde dann aber doch bemüht, zumal er der Führungsfrage jetzt wieder erhöhte Aufmerksamkeit widmete. Siehe unten, S. 64ff.

¹⁹² Über das Schicksal des Huebnerschen Entwurfs siehe unten, S. 68.

¹⁹³ BA Koblenz, Reichsführer SS, NS 19/750 neu, Berger an Brandt, 10. 10. 1943. Die Denkschrift ist von Himmler abgezeichnet.

¹⁹⁴ Vgl. Bollmus, a. a. O., S. 238b, und dessen Interpretation des Konflikts.

Position als Beauftragter des Führers für die weltanschauliche Erziehung unterstrich. Daher machte er Reinecke, seinem alten Gesprächspartner aus dem Jahre 1940, zunächst den Vorschlag, die bisherige Bezeichnung „in ‚Offizier für politische Führung und weltanschauliche Erziehung‘ zu ergänzen“¹⁹⁶. Das unterstützte zwar Rosenbergs Führungsanspruch in der Schulungsfrage, war aber keine sehr schöne Wortbildung. Offenbar wurde ihm dies in Schachen auch sofort entgegengehalten.

Die Diskussion ging weiter, wobei Rosenberg besonders hervortreten zu müssen glaubte. Am 17. November meldete er sich bei Hitler, um zu berichten, „daß auf Grund der Abmachung zwischen Generalfeldmarschall Keitel und mir die weltanschauliche Erziehung in der Wehrmacht gute Fortschritte gemacht“ hätte¹⁹⁶. Ferner unterbreitete er dem „Führer“ zwei „Eventualvorschläge für die Benennung eines Offiziers für diese Erziehung“. Er dachte entweder an „Offizier für nationalsozialistische Erziehung“ oder an „Offizier für weltanschauliche Erziehung“. Hitler entschied sich daraufhin für die Bezeichnung „Offizier für nationalsozialistische Weltanschauung“¹⁹⁷. Damit hielt Rosenberg die Frage für in seinem Sinne geregelt: Die wehrgeistige Führung hatte endlich einen seine Führungsstellung bestätigenden Namen erhalten. Bormann und Keitel wurden über die Entscheidung Hitlers unterrichtet¹⁹⁸.

Um so erstaunter war Rosenberg daher, als er einige Tage später hörte, Hitler habe sich für die Bezeichnung „Offizier für nationalsozialistische Führung“ ausgesprochen¹⁹⁹. Sofort erhob er den Einwand, „daß es sich um eine *Erziehungsaufgabe* im Sinne nationalsozialistischer Weltanschauung handelt, die jetzt in [sich] steigendem Maße angelaufen ist, und die immer befriedigender dank der Intensität aller meiner Mitarbeiter und dank dem steigenden Entgegenkommen der Wehrmacht geworden ist“²⁰⁰. „Ich bitte Sie, mein Führer, mir Gelegenheit zu geben, über diese Frage, die jetzt eine langjährige Arbeit von mir und allen meinen Mitarbeitern berührt, Vortrag halten zu dürfen.“ Diese Möglichkeit blieb Rosenberg jedoch ver sagt. Und schon am 28. November erging ein Befehl der Heereswesen-Abteilung, der die Bezeichnung „Offizier für nationalsozialistische Führung“ endgültig festlegte²⁰¹.

Rosenberg scheint sich von Anfang an darüber klar gewesen zu sein, daß er diesen Rückschlag dem Chef der Parteikanzlei zu verdanken hatte. Wie im Winter 1939/40 war Bormann inzwischen nämlich in einer Weise tätig geworden, die Rosenberg später als „unlauteres Vorgehen“ bezeichnete²⁰². Zwar war ihm schon früher über

¹⁹⁶ BA Koblenz, Kanzlei Rosenberg, EAP 99/305 (vorläufig), Bormann an Rosenberg, 29. 12. 1943.

¹⁹⁶ Ebd., Meldung Rosenbergs für Hitler, 26. 11. 1943.

¹⁹⁷ Ebenda.

¹⁹⁸ Ebd.; ebd., Rosenberg an Bormann, 8. 12. 1943 (Briefnr. 2150/R/Ma).

¹⁹⁹ Ebd., Meldung Rosenbergs für Hitler, 26. 11. 1943. Auszeichnung im Original.

²⁰⁰ Ebd. Auszeichnung im Original.

²⁰¹ Siehe oben, S. 51.

²⁰² BA Koblenz, Kanzlei Rosenberg, EAP 99/405 (vorläufig), „Grundsätzliche Besprechungspunkte mit Reichsleiter Bormann über die Konzentration der Kräfte“, (September 1944).

Bormanns Gehilfen bekanntgeworden, daß die Parteikanzlei für den Namen „Offizier für politische Führung“ eintrat²⁰³, Bormanns Spiel galt jedoch nur auf den ersten Blick allein der Benennung. Tatsächlich ging es ihm um die Ausschaltung Rosenbergs, wofür er bezeichnenderweise zunächst einen persönlichen Grund anführte: Rosenberg, so schrieb er, habe nämlich allen Vereinbarungen zum Trotz ihn nicht ausreichend über seine Pläne und Vorschläge informiert²⁰⁴. Während Rosenberg loyal zur Schachener Tagung eingeladen worden sei und dort sogar habe sprechen können²⁰⁵, sei er seinerseits wiederholt und ohne Unterrichtung der Parteikanzlei mit der Wehrmacht in Verbindung getreten. Auch seine Schachener Vorschläge seien Bormann weder über seinen Sachbearbeiter noch über das OKW bekanntgeworden.

Der Chef der Parteikanzlei hatte jedoch auch sachliche Gründe für sein Vorgehen gegen Rosenberg²⁰⁶. Seines Erachtens war die Ausrichtung der Wehrmacht nicht nur ein erzieherisches Problem. Vielmehr sei unter den gegenwärtigen Umständen neben der weltanschaulichen Schulung auch eine Einbeziehung von praktischen Führungsfragen in das Programm notwendig. Folglich, so fuhr er fort, sei der Auftrag des mit Schulungsfragen betrauten Offiziers sehr viel umfassender.

„Die Parteikanzlei hat sich schon seit langem mit dieser Offiziersstelle, deren Schaffung und Entwicklung auf ihre Anregung erfolgte²⁰⁷, befaßt. Der Offizier für nationalsozialistische Führung soll die verantwortliche Stelle des Kommandeurs für die gesamte nationalsozialistische Führung sein; er ist dem Kommandeur für dieses Aufgabengebiet genauso verantwortlich wie z. B. der Ia für taktische Führung. Die Gesamtverantwortung trägt selbstverständlich der Kommandeur. Ein Teilgebiet dieser nationalsozialistischen Führung ist die weltanschauliche Schulung, ein anderes, sehr umfangreiches Gebiet umfaßt die politisch-praktische Aufklärung und Ausrichtung, die Tagesfragen, die aktuellen Themen²⁰⁸. Gerade im Kriege und besonders bei längerer Dauer des Krieges liegt das Schwergewicht der Aufgabe des NS-Führungsoffiziers in einer für die Truppe notwendigen politischen Aktivierung, Willensbildung und einfachen, aber zwingenden politischen Führung.“

Bei seinem Einfluß auf Hitler fiel es Bormann nicht allzu schwer, jenen von den umfassenderen Aufgaben des Führungsoffiziers zu überzeugen. So waren am Ende nicht einmal Rosenbergs Namensvorschläge mehr akzeptabel, geschweige denn, daß der „Führer“ sich entschloß, ihm irgendwelche Vollmachten zu geben. Wenn Rosenberg lange geglaubt hatte, nicht nur in der Frage der Umbenennung durchgedrungen, sondern auch mit der Auswahl der NSFOs beauftragt worden zu sein, so bezeugt dies allenfalls seine Naivität²⁰⁹. Hitler sagten nach Rücksprache mit Bor-

²⁰³ Ebd., EAP 99/305 (vorläufig), Bormann an Rosenberg, 29. 12. 1943.

²⁰⁴ Ebenda.

²⁰⁵ Ebd., Rosenberg an Bormann, 23. 9. 1943, worin er sich für die Einladung bedankt. Text der Rede Rosenbergs: ebd., NS 8/118 (vorläufig).

²⁰⁶ Ebd., EAP 99/305 (vorläufig), Bormann an Rosenberg, 30. 11. 1943.

²⁰⁷ Das war wohl doch leicht übertrieben. Siehe oben, S. 52f.

²⁰⁸ Auszeichnung im Original.

²⁰⁹ Ebd., Bormann an Rosenberg, 29. 12. 1943, worin er auf diesen Irrtum hinweist.

mann weder das Wort „Weltanschauung“ noch das Wort „Erziehung“ zu, und damit war die Frage der Benennung ein für allemal gelöst. Gleichzeitig war damit aber auch schon jene Entscheidung zu Ungunsten Rosenbergs gefallen, die vier Wochen später in dem Führer-Befehl vom 22. Dezember 1943 sanktioniert wurde.

Rosenberg wollte die neue Lage nur sehr langsam begreifen, was freilich auch auf Bormann zurückzuführen war²¹⁰. Am 8. Dezember entwickelte er dem Chef der Parteikanzlei in einem längeren Brief nochmals seinen Standpunkt²¹¹. Zunächst verwahrte er sich gegen den Vorwurf, er habe Bormann über seine Arbeit in der Wehrmacht nicht genügend unterrichtet. Von Anfang an sei ausgemacht gewesen, „daß die Offiziere, welche für die geistige und weltanschauliche Erziehung der Wehrmacht eingesetzt werden, in fortlaufenden Lehrgängen von mir auszurichten wären, daß sie dann wiederholt werden müssen [sic!], um am Ende . . . mit dem entsprechenden Urteil der Partei-Kanzlei zwecks Einsetzung durch die Wehrmacht ausgestattet zu werden“. Es möge ja zutreffen, so fuhr Rosenberg fort, daß viele Fragen zwischen der Parteikanzlei und dem OKW zu klären seien. Aber sie betrafen zumeist doch Probleme von höchster Wichtigkeit, welche nicht, „jedenfalls nicht umfangreich, bis zu den Divisionen oder gar Regimentern heruntergehen“ würden. Durch einen direkten Kontakt zum OKW sei daher das Interesse Bormanns durchaus „jederzeit gewahrt“. Er (Rosenberg) glaube, „daß . . . die *nationalsozialistische Weltanschauung bedeutsam genug* ist, um durch einen nur dem Kommandeur unterstellten Offizier mit jener Persönlichkeit zu arbeiten, die der Führer zu seinem Beauftragten für die Überwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Schulung und Erziehung eingesetzt“ habe²¹². Abschließend schlug Rosenberg vor, Hitler das ganze Problem in Bormanns Gegenwart noch einmal zu unterbreiten – jedoch vergebens!²¹³

Statt einer Einladung ins Führer-Hauptquartier erhielt Rosenberg nämlich ein Fernschreibens Bormanns, das mit dem lapidaren Satz begann²¹⁴: „Ihre Annahme, der Führer habe die mit Ihnen geführte Unterhaltung bereits als Abschluß der ganzen Angelegenheit betrachtet, ist unzutreffend.“ Vielmehr habe Hitler gegen alle ursprünglichen Vorschläge entschieden und sich endgültig auf die Bezeichnung „Offizier für nationalsozialistische Führung“ festgelegt. Er wünsche, damit „den umfassenden Auftrag des NS-Führungsoffiziers von vornherein auch in der Bezeich-

²¹⁰ In seinem Brief vom 30. 11. (ebd.) hatte Bormann verschwiegen, daß Hitlers Meinungsumschwung in der Namensfrage am 28. 11. bereits durch einen entsprechenden Befehl bestätigt worden war. Erst am 8. Dezember (!) erfuhr Rosenberg mündlich und anscheinend aus anderer Quelle, daß ein solcher Befehl ergangen war. Ebd., Rosenberg an Bormann 8. 11. 1943 (Briefnr. 2152/R/Ma).

²¹¹ Ebd., Rosenberg an Bormann, 8. 11. 1943 (Briefnr. 2150/R/Ma).

²¹² Ebd., Auszeichnung im Original.

²¹³ Somit hatte Rosenberg, wie er in seinen „Letzten Aufzeichnungen“ (a. a. O., S. 250f.) berichtet, seinen „Führer“ zum letzten Male in seinem Leben in der erwähnten Audienz am 17. 11. 1943 gesehen!

²¹⁴ BA Koblenz, Kanzlei Rosenberg, EAP 99/305 (vorläufig), Bormann an Rosenberg, 12. 12. 1943.

nung klarzustellen“, und wolle ebensowenig über dessen Aufgabenbereich Mißverständnisse aufkommen lassen.

Dennoch entstand im Dezember anscheinend eine heillose Verwirrung sowohl über die Stellung des NSFO als auch darüber, wer sie definieren sollte. Die Wehrmacht, die SS, die Parteikanzlei, die Dienststelle Rosenberg – alle hielten sich für zuständig. Das war für den Regierungsstil des „Dritten Reiches“ zwar typisch, in diesem Falle aber, wie Bormann meinte²¹⁵, auf die Dauer unerträglich. Die erforderliche Klärung brachte denn auch der erwähnte Führer-Befehl vom 22. Dezember 1943. Er ist später als eine „revolutionierende Tat“ hingestellt worden²¹⁶. Doch erscheint eine solche Würdigung weder dem Text noch dem Zusammenhang nach zulässig. Wohl besagte Abschnitt I des Befehls²¹⁷, daß „im 5. Kriegsjahr . . . die politisch-weltanschauliche Führung und Erziehung der Truppe in verstärktem Maße“ zu betreiben sei; es wurde jedoch kein Zweifel darüber gelassen, daß alle erforderlichen Maßnahmen zu diesem Zwecke vom OKW zu treffen wären.

Laut Abschnitt II sollte daher im OKW ein NS-Führungsstab gebildet werden, dessen Aufgaben der dritte Abschnitt näher bestimmte. Im ganzen lief dieser auf eine Zentralisierung hinaus, wie sie das OKW seit Jahren angestrebt hatte²¹⁸, so daß eine organisatorische Entmachtung der Wehrmacht zugunsten nichtmilitärischer Stellen unterblieb. Denn der NS-Führungsstab sollte diejenige Instanz werden, welche sämtliche bisher von anderen Abteilungen erfüllten Schulungs-Aufgaben wahrnahm und koordinierte. Auch die im Abschnitt II verfügte unmittelbare Unterstellung des Chefs des NS-Führungsstabes, Reinecke, unter Hitler hob die Schlüsselstellung des OKW nicht zugunsten Bormanns auf. Hinter ihr verbarg sich lediglich die Ausschaltung Keitels, dem Reinecke als Chef AWA bis dahin verantwortlich gewesen war²¹⁹. Grundsätzlich wurde also auch jetzt noch nicht versucht, in die alte Befehlsprerogative der Wehrmacht auf dem Gebiet der geistigen Führung durch eine direkte Zwischenschaltung der Partei einzubrechen. Von einer „Revolution“ kann daher kaum die Rede sein, hätte sie doch ein Abgehen von der Devise „Hier Offizier – dort Politruk“ mit allem, was sich damit an Traditionen verband, erfordert – wozu sich Hitler offenbar auch jetzt nicht durchringen konnte.

Allerdings wurde ihm sein Verzicht, eine Parteistelle mit der Organisation der „Ausrichtung“ der Wehrmacht zu betrauen, durch die Hoffnung sehr erleichtert, die Armee von innen heraus nazifizieren zu können. Denn mit einem so verlässlichen Nationalsozialisten wie Reinecke an der Spitze des Führungsapparates durfte es überflüssig erscheinen, sich durch die Einschaltung einer Parteiinstanz dem Stigma auszusetzen, allen Versicherungen zum Trotz jetzt doch ein Kommissar-System ein-

²¹⁵ Ebd., Bormann an Rosenberg, 30. 11. 1943.

²¹⁶ Ebd., Sammlung Schumacher, 367, „1 Jahr NS-Führung in der Wehrmacht“, o. D.

²¹⁷ Abgedruckt als Dokument Nr. 5 in: Besson, a. a. O., S. 94. Fotokopien des von Hitler unterzeichneten Originals (1. Ausfertigung) befinden sich in: BA Koblenz, Reichsführer SS, NS 19/neu 1615.

²¹⁸ Siehe oben, S. 43.

²¹⁹ Keitel scheint darüber nachhaltig verärgert gewesen zu sein. Siehe BA Koblenz, Parteikanzlei, NS 6/144 (vorläufig), Keitel an Bormann, 16. 3. 45.

geführt zu haben. In Wirklichkeit aber war die „wehrgeistige Führung“ am 28. November nur mit einem treffenderen Namen belegt und durch den Befehl vom 22. Dezember in Reineckes Händen zentralisiert worden, ohne daß sich der Sache nach allzuviel änderte.

Wenn es in dem Führer-Befehl hieß, die straffere Ausrichtung der Wehrmacht durch das OKW solle „im Einvernehmen mit der Partei-Kanzlei“ verwirklicht werden, so verbarg sich dahinter nicht etwa ein Sieg Bormanns über die Militärs. In dieser Beziehung hatte sich die Armee – vermutlich mit Hilfe der SS, die ihre eigenen Hoffnungen hegte, und mit Hilfe des Kommissar-Arguments, das Bormann die Hände band – behaupten können. In der zitierten Klausel spiegelte sich vielmehr nur der endgültige Triumph des Chefs der Parteikanzlei über Rosenberg. Diesem wurde jetzt nahezu alles, was er seit dem Frühjahr 1943 auf der Basis seines wiederbelebten Abkommens mit Keitel begonnen und verstärkt hatte weiterführen wollen, aus der Hand geschlagen, und er mußte sich schließlich sogar sagen lassen, daß Hitler jenes von ihm so wohlgehütete Papier aus dem Jahre 1940 „als unnötig bezeichnet“ habe²²⁰. Statt dessen erhielt Bormann die Federführung eines Arbeitsstabes, in den Rosenberg nur einen Vertreter entsenden durfte²²¹. Das war sicherlich ein schlimmer Rückschlag für den „Beauftragten“, und es dauerte noch einige Zeit, bis er einsah, daß er mit seinen Plänen gescheitert war.

Eine Woche nach der Unterzeichnung des Führer-Befehls bemühte sich Bormann erneut, Rosenberg die Entwicklungen der vorhergehenden Wochen verständlich zu machen²²². Vor allem betonte er den umfassenderen Auftrag der NSFOs. Dieser Dialog wurde im neuen Jahre fortgesetzt, wofür sich Rosenberg zusätzliche Informationen zu beschaffen suchte. So ließ er sich am 14. Januar 1944 von Reinecke über dessen Planungen unterrichten²²³. Der Chef des NS-Führungsstabes unterstrich zunächst, nicht ohne Stolz, seine weitreichenden Befugnisse und erläuterte sodann seine organisatorischen Planungen²²⁴. Dazu gehörte einmal die Veranstaltung von Lehrgängen. Aber auch im Wehrmachtsschrifttum sollte „eine neue Linie durchgeführt werden. Arbeiten, die in der Partei schon vorhanden sind, sollen nach Anpassung an die Mentalität des Soldaten weitgehend benutzt werden.“²²⁵ Schließlich bat Reinecke Rosenberg, auf der Posener Tagung der Armeeoberbefehlshaber und Kommandierenden Generale vom 24. – 26. Januar einen Vortrag zu halten, ließ im übrigen aber erkennen, daß der Raum für eine Zusammenarbeit mit der Dienststelle Rosenbergs nicht besonders groß war.

Gleichwohl nahm Rosenberg die Einladung nach Posen gern an, nicht nur weil

²²⁰ Ebd., Kanzlei Rosenberg, EAP 99/405 (vorläufig), Bormann an Rosenberg, 22. 1. 1944.

²²¹ Ebd., Bormann an Rosenberg, 2. 1. 1944.

²²² Ebd., EAP 99/305 (vorläufig), Bormann an Rosenberg, 29. 12. 1943.

²²³ Ebd., Ostministerium, R 6/262 (vorläufig), „Stichwort-Protokoll des Termins von General Reinecke beim Reichsleiter am 14. 1. 1944“, 8. 2. 1944.

²²⁴ Reineckes Ausführungen bewegten sich auf der Linie seiner Besprechung mit Hitler vom 7. 1. Siehe das Protokoll bei Weinberg, a. a. O., S. 445 ff.

²²⁵ BA Koblenz, Ostministerium, R 6/262 (vorläufig), „Stichwort-Protokoll des Termins von General Reinecke beim Reichsleiter am 14. 1. 1944“, 8. 2. 1944.

er seine Beiträge zur weltanschaulichen Lage für wichtig hielt, sondern vermutlich auch, weil er Bormann dort zu treffen hoffte. Gewissermaßen zur Vorbereitung sandte er daher dem Chef der Parteikanzlei am 21. Januar eine Zusammenfassung der Regelung, die er nach den Entscheidungen vom November und Dezember des Vorjahres anstrebte²²⁶. Nach der Einführung des NSFO, so begann der Brief, liege ihm daran, daß im Sinne seines Abkommens mit Keitel und seiner bisherigen Arbeit in der weltanschaulichen Erziehung der Wehrmacht sein Werk unverändert weitergeführt werde. Wenn Bormann die Errichtung einer zentralen Parteistelle für die Behandlung wichtiger Fragen zwischen dem OKW und der Partei für richtig halte, so betrachte er, Rosenberg, dies als selbstverständlich. Er hoffe jedoch, daß die Arbeit seiner eigenen Dienststelle unverändert fortlaufen könne. Insgesamt operierte Rosenberg also immer noch mit den Argumenten vom 8. Dezember.

Wieder antwortete Bormann postwendend mit einem Fernschreiben²²⁷, in dem er erklärte, Rosenberg habe ihn offenbar „völlig mißverstanden“, wenn er immer noch von seinem Abkommen mit Keitel spreche. Denn dieses sei überflüssig geworden, da die neue Führungsarbeit weit über den von Rosenberg gesteckten Rahmen hinausgehen solle. Im übrigen habe sich der „Führer“ die Ausrichtung dieser Arbeit persönlich vorbehalten. Diese Antwort hätte Rosenberg eigentlich beweisen müssen, daß seine Sache hoffnungslos war, zumal Bormann auch an einer Aussprache in Posen kein Interesse zeigte. In seiner Hartnäckigkeit aber schrieb Rosenberg am 28. Januar erneut an Bormann, um diesem sechs Seiten lang seine Verdienste um die weltanschauliche Schulung während der letzten eineinhalb Jahre vorzuhalten²²⁸.

Doch fand er seinen Brief offenbar nicht selbstbewußt genug und schickte ihn nicht ab. In einem neuen Brief, der die Form eines vermutlich für Hitler bestimmten Antrages hatte, ging Rosenberg daher von der Behauptung aus, daß „die neuerdings erfolgte Einführung der NS-Führungsstäbe und Führungsoffiziere in der Wehrmacht . . . meiner Dienststelle zusätzliche Aufgaben übertragen [habe], die unmöglich in dem bisherigen engen Rahmen durchgeführt werden können“²²⁹. Und diese Sätze verstärkte am 10. Februar ein Schreiben, in dem Rosenberg gewiß nicht zur Freude Bormanns erklärte²³⁰: „Für Fragen der weltanschaulich-politischen Schulung der Wehrmacht von Parteiseite aus ist der Beauftragte des Führers für die Überwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Schulung und Erziehung der NSDAP zuständig.“ Praktisch bedeutete dies, daß Einsatz und Ausbildung von Schulungsrednern „wie bisher“ vom OKW aus über die Dienststelle Rosenbergs laufen, daß ferner alle weltanschaulichen Schriften einschließlich der OKW-Tornisterschriften durch sie erarbeitet und geprüft werden sollten. Und schließlich wären auch die NSFO-Lehrgänge von ihm zu veranstalten, sowie seine

²²⁶ Ebd., Kanzlei Rosenberg, EAP 99/405 (vorläufig), Rosenberg an Bormann, 21. 1. 1944.

²²⁷ Ebd., Bormann an Rosenberg, 22. 1. 1944.

²²⁸ Ebd., Rosenberg an Bormann, 28. 1. 1944 (nicht abgesandter Entwurf).

²²⁹ Ebd., Rosenberg an Bormann, 1. 2. 1944.

²³⁰ Ebd., Rosenberg an Bormann, 10. 2. 1944.

Gutachten über die Eignung bestimmter Offiziere für NS-Führungsaufgaben entsprechend zu berücksichtigen. Rosenberg klammerte sich also weiterhin an sein längst für ungültig erklärtes „Arbeitsabkommen“.

Was konnte Bormann solchem Eigensinn gegenüber anderes tun, als seinerseits Rosenberg am 24. Februar nochmals die Worte des „Führers“ vorzuhalten und ihm zu erklären, daß seinetwegen Rosenberg zwar die Schrifttumsprüfungen und Vortragsreihen wie bisher durchführen könne, daß alle übrigen Aufgaben jedoch von anderen Stellen wahrgenommen werden würden²³¹. Von Interesse ist die Antwort des Chefs der Parteikanzlei aber nicht nur wegen ihres geduldig-herablassenden Tones. Vielmehr besitzen wir mit ihr zugleich eine Würdigung von Sinn und Bedeutung des Führer-Befehls vom 22. Dezember 1943 durch Martin Bormann. Nach Hitlers Auffassung, so erklärte er nämlich, habe der Wehrmacht überhaupt bislang ein besonderes Instrument der Aktivierung, dem OKW aber ein unmittelbares Befehlsrecht gefehlt. Um diesem Mangel abzuhelpen, sei der NS-Führungsstab des OKW geschaffen worden. „Die politisch-weltanschauliche Aktivierung“ – das war der entscheidende Satz – „ist damit zur besonderen Aufgabe der Wehrmacht gemacht worden.“ Die Schaffung „dieser besonderen Befehls- und Führungsstelle in der Wehrmacht, die nach dem Willen des Führers politisch selbst aktiv sein“ solle, habe folglich nichts mit einem Kommissar-System zu tun.

Allerdings, so hieß es weiter, sei die Vertretung der Partei-Interessen in diesem Bereich auf die Parteikanzlei übergegangen. Der Grund für diese Entscheidung Hitlers liege darin, daß er auf Parteiseite nur eine einzige Stelle habe verantwortlich machen wollen. Rosenberg möge diesen Tatbestand und seine Konsequenzen doch endlich begreifen. Nach der Lektüre des Briefes scheint der Empfänger denn auch „verstanden“ zu haben. Jedenfalls bricht die Korrespondenz an diesem Punkte ab. Zu einer neuen Auseinandersetzung kam es erst, als im Sommer 1944 die Auskämmungs- und Konzentrationsmaßnahmen auch Rosenbergs Dienststelle erfassen sollten²³².

Hatte Bormann sich somit eine wichtige und vor allem ausbaufähige Position parteiinterner Natur erkämpft, so war er damit selbst nach der Ausschaltung Rosenbergs doch noch lange nicht der alleinige Bevollmächtigte gegenüber der Wehrmacht. Nicht nur die Offiziere, sondern auch die Vertreter der SS wirkten von nun an dahin, daß die Bäume der Parteikanzlei nicht in den Himmel wuchsen. Himmler konnte sich dabei zunächst auf seine eigenen Erfolge in der geistigen Ausrichtung der Waffen-SS berufen. Aber auch des Anti-Kommissar-Arguments scheint er sich bedient zu haben²³³. So wurde denn die SS aus den von Hitler befohlenen Maßnah-

²³¹ Ebd., Bormann an Rosenberg, 24. 2. 1944.

²³² Ebd., Rosenberg an Bormann, 15. 8. 1944. Dieser Brief ist 19 Seiten (!) lang und richtet sich gegen eine weitere Beschränkung der Dienststelle Rosenbergs. Siehe auch ebd., Bormann an Rosenberg, 1. 9. 1944, und ebd., „Grundsätzliche Besprechungspunkte mit Reichsleiter Bormann über die Konzentration der Kräfte“ (September 1944).

²³³ So hieß es in der zitierten Schrift des SS-Hauptamtes (Der sowjetische Soldat, S. 44f.): „Der weitaus größte Teil der Kommissare ist sehr unbeliebt, und es stimmt wohl, daß sich gefangene sowjetische Truppenteile von selbst ihrer Kommissare entledigen. Diese Einrich-

men völlig ausgeklammert, während der NS-Führungsstab seinerseits sich hinfort weitgehend auf die Erfahrungen Bergers stützte: Wie in der Waffen-SS wurde jetzt auch in der Wehrmacht die Ausrichtung zentral gelenkt. Reinecke wurde der Gottlob Berger der Armee, und auch auf der unteren Ebene lehnte man sich an das Vorbild der Himmler-Truppen an. Wie in der SS wurde die Stelle des NSFO in den Stäben nicht nur äußerlich als Abteilung VI gekennzeichnet, sondern man unterstellte sie auch, Bergers Rat vom Sommer 1943 folgend, dem Truppenführer unmittelbar. Damit wurde „der NS-Führungsoffizier in seinen Rechten und Pflichten dem Generalstabsoffizier gleichgestellt“²³⁴. Schließlich unterzeichnete Hitler auch den Befehl, den Huebner im Oktober 1943 für den Vertrieb der Broschüre „Wofür kämpfen wir?“ vorgeschlagen hatte²³⁵. Diese Schrift sollte „eine Art Exerzierreglement“ der Wehrmacht werden²³⁶, so daß auch Himmler mit den Entwicklungen des Winters 1943/44 zufrieden sein durfte. Denn in der Frage der geistigen Führung der Armee hatte sich die Waagschale endgültig zugunsten von Auffassungen gesenkt, die der Reichsführer-SS seit Gründung seiner Privatarmee vertreten hatte.

6. *Schlußbetrachtung*

Es stellt sich abschließend die Frage nach der Bedeutung der geschilderten Entwicklungen. Die vorliegende Untersuchung ging von der Existenz bestimmter ungeschriebener Spielregeln aus, die das Verhältnis von Partei und Wehrmacht in der Frage der geistigen Führung bestimmten. Bis in die ersten Kriegsjahre hinein galt für das Verhältnis zwischen beiden Faktoren das Prinzip eines Nebeneinander, dessen Testmaßstäbe dem Institutionellen entnommen waren: Die latent überall bestehende Konkurrenz der Partei wurde von der Armee im Bereich der Führung immer erst dann als gefährlich empfunden, wenn sie auf die Organisation übergriff. Ein Kommissar-System wollte man auf keinen Fall zulassen, was namentlich Rosenberg bis in den Krieg hinein wiederholt zu spüren bekam.

Im weiteren Verlauf des Krieges aber wurde das Verhältnis zwischen Partei und Wehrmacht immer schwieriger, und der Einfluß der Partei nahm allgemein zu. Soweit sich dies auf den Truppenführungs-Apparat bezog, liegt es nahe, die Ursachen

tion ist eben bolschewistisch und nicht russisch. Auch ohne Kommissare ist der russische Soldat kaum weniger zäh, opfermutig, todesverachtend und sterbensbereit gewesen. Diese Eigenschaften gehören ja zu seinem Volkscharakter.“ Auch später war Himmler offenbar daran gelegen, den Politruk aus der Armee fernzuhalten. So hatte er Anfang Oktober eine Unterredung mit Bormann, in der er sagte, „daß er es für eine große Gefahr halte, den NSFO in den Verdacht eines politischen Kommissars zu bringen“. BA Koblenz, Parteikanzlei, NS 6/140 (vorläufig), Vorlage Ruders für Bormann, 10. 10. 1944.

²³⁴ Ebd., Ostministerium, R 6/262 (vorläufig), „Stichwortprotokoll des Termins von General Reinecke bei Reichsleiter am 14. 1. 1944“, o.D.

²³⁵ Text bei Domarus, a. a. O., Bd. II, S. 2078.

²³⁶ So Schmunt in der Führerbesprechung vom 7. 1. 1944, abgedruckt bei Weinberg, a. a. O., S. 449.

für die Veränderungen in gewaltsamen Einbrüchen der Partei zu suchen. Die Vorgeschichte des NSFO-Systems zeigt aber, daß diese Annahme nicht – zumindest nicht in diesem Ausmaß – zutreffend ist. Und so verständlich die Konzentrierung der Armee auf organisatorische Kriterien auch sein mochte, sie trübte ihr doch von vornherein den Blick für die Tatsache, daß der Nationalsozialismus ihre Position auch von einer ganz anderen Seite her, nämlich der „geistigen“, schwächen konnte.

Auf die Dauer nützte der Wehrmacht ihr Beharren auf der alten, organisatorisch gesicherten Autonomie-Stellung somit nichts, wenn sich der Inhalt ihrer Führungs-ideen langsam den Vorstellungen der Partei anglich. Die Motive, aus denen man dies geschehen ließ oder aktiv förderte, mögen vielschichtig gewesen sein. Mancher gab der Entwicklung nur taktisch nach; andere taten es aus einer nach und nach gewonnenen Überzeugung heraus. In beiden Fällen aber geschah dies offensichtlich unter dem Eindruck des Kriegsverlaufs mit den psychologischen und machstrukturellen Veränderungen, die dieser Verlauf mit sich brachte und die sich immer wieder *gegen* die Armee auswirkten.

Gleichwohl wird die These von der Überwältigung der Wehrmacht durch die Partei korrigiert werden müssen. Denn wenn sich das frühere Spannungsverhältnis in der Führungsfrage 1941 aufzulösen begann, so gab den Anstoß auch die Errichtung der wehrgeistigen Führung. Damit war die in ihren Konsequenzen kaum völlig erkannte Entscheidung gefallen, daß die vermeintlichen Erfordernisse der Front – nämlich mehr „Führung“ und weniger „Betreuung“ – größere Bedeutung besäßen als die damit verknüpften Gefahren für die souveräne Stellung des Truppenführers.

Was aber für dessen Stellung eine Gefahr heraufbeschwor, bot für die Partei eine Chance. Es war nur zu begreiflich, daß die politische Führung des Reiches an dieser Stelle nachstieß; sie wurde beinahe dazu eingeladen, und es bedurfte dabei keiner „Gewaltsamkeit“. Vielmehr erscheint die Intervention der politischen Führung keineswegs so entschieden, wie bisher angenommen wurde. Denn es gab lange Kämpfe innerhalb der Partei-Führung, und Hitler selbst griff erst relativ spät persönlich ein. Auf seine Entscheidung hin wurde schließlich die Wehrgeistige Führung umbenannt und einige Wochen später der NS-Führungsstab errichtet. Es scheint fraglich, ob diese beiden Maßnahmen ohne die seit dem Sommer 1942 entwickelte Eigeninitiative der Armee erklärt werden können. Zwar waren die Schatten, die die Gestalt des Politruks vorauswarf, auch jetzt noch groß genug, um den Führungs-Apparat nicht einfach in die Hände der Partei gelangen zu lassen; doch hatte das Verhalten der Armee selbst diese Schatten offenbar so stark verkürzt, daß der Befehl zur Umbenennung einer gewissen Folgerichtigkeit nicht mehr entbehrte.

Erst im letzten Kriegsjahr begann die Partei auch organisatorisch die frühere autonome Stellung der Wehrmacht in Führungsfragen *systematisch* zu unterlaufen. Der Grund hierfür liegt in der sich damals immer mehr verbreitenden Überzeugung, daß die Armee – zumal nach dem Attentat des 20. Juli 1944 – auf der alten Grundlage nicht zu einem „zuverlässigen“ Instrument geformt werden könne. Die

bis 1941 noch voll wirksame Führungsprärogative wurde weiter geschwächt, und so setzten sich auch hier zunehmend rein nationalsozialistische Vorstellungen durch. Was Rosenberg 1940 vergeblich versucht hatte, wurde jetzt möglich. Ob es zu einem vollständigen Sieg gekommen wäre, läßt sich ohne genaue Untersuchung der Stärken und Schwächen des NSFO-Systems freilich kaum sagen.

Auf der einen Seite ist es beachtenswert, wie stark noch in den Jahren 1944 und 1945 die sogenannte Nationalsozialistische Führung intensiviert werden konnte. Versuche zur Indoktrination der Truppe erreichten bislang unbekannte Ausmaße und lassen sich gemessen an dem Volumen des produzierten Materials und des Personalaufwandes, fast mit den gleichzeitigen Bemühungen Albert Speers um die Intensivierung der Rüstung vergleichen. Jedenfalls erreichte auch die NS-Führung erst in der zweiten Hälfte des Jahres 1944 ihren Höhepunkt. Besaß die Partei im Herbst 1945 noch relativ wenig Einfluß auf die Führung der Wehrmacht, so hatte Bormann seine Position ein Jahr später erheblich ausgebaut, und es ist schwer abzuschätzen, welche weiteren Befugnisse er bei noch längerer Kriegsdauer erlangt haben würde²³⁷.

Auf der anderen Seite steht jedoch fest, daß sich bei der Truppe selbst nach dem Auftreten des NSFO nichts Entscheidendes geändert hat. Diesen Tatbestand bezeugen Reaktionen einfacher Soldaten²³⁸; es ergab sich aber auch einfach daraus, daß infolge der Kriegslage eine systematische Schulung und ein systematischer Einsatz der NSFO gar nicht mehr möglich wurde²³⁹. Letzten Endes waren für die Widerstandskraft der Truppe andere Faktoren entscheidend als die Verbreitung nationalsozialistischer Doktrinen und Parolen²⁴⁰. Psychologische Studien der Amerikaner

²³⁷ Allerdings war die Machtsteigerung Bormanns sicherlich auch eine Auswirkung des Kriegsverlaufs.

²³⁸ So zeigen Statistiken von Feldpostprüfstellen, daß etwa 90 % der Soldatenpost politisch „farblos“ blieb und nur 4–5 % sich positiv äußerten. Siehe diverse Aufstellungen in: MGF Freiburg, H 34/1. Manche Soldaten schienen noch nicht einmal den Titel des NSFO richtig verstanden zu haben und sprachen vom „Führsorge-Offizier“ [sic!]. Siehe Brief Christgau, FPNr. 23415 B, in: ebd., Feldpostprüfstelle AOK 20, Prüfbericht für August 1944, o. D., sowie Brief Rau, FPNr. 29650 B, in: ebd., Feldpostprüfstelle AOK 16, Prüfbericht für August 1944, o. D. Insgesamt ergibt sich gerade aus dieser Akte ein sehr uneinheitliches Bild von den Wirkungen der NS-Führung. Sicherlich ist es weit übertrieben, das Fehlen von Kommentaren als Beweis dafür zu werten, „daß das nationalsozialistische Gedankengut in einem solchen Maße Allgemeingut des deutschen Soldaten geworden“ sei, „daß er gar nicht auf den Gedanken kommt, darüber ein Wort zu verlieren“. So die Feldpostprüfstelle Pz.AOK 3 im Prüfbericht für August 1944 (ebd.). Aber nicht ganz richtig ist wohl auch die Behauptung, „daß fast alle NSFO in ihrer Arbeit den größten Schwierigkeiten“ begegneten. BA Koblenz, Parteikanzlei, NS 6/140 (vorläufig), Vorlage Ruders für Bormann, 10. 10. 1944.

²³⁹ Der Verfasser hat das ihm vorliegende mannigfache Material hierzu noch nicht auswerten können.

²⁴⁰ Bezeichnend ist folgende Stelle aus dem Tätigkeitsbericht der Feldpostprüfstelle AOK 14 für August 1944 (MGF Freiburg, H 34/1): „Vom eigentlichen Zweck des Besuches des NSFO scheint den Männern der besuchten Einheit nichts aufgedämmert zu sein.“ Sie hätten dem NSFO Post mitgegeben und dieser habe versprochen, sich für die ordnungsgemäße Auszahlung ihrer Unterstützungen einzusetzen.

an deutschen Kriegsgefangenen haben dies bestätigt²⁴¹. Als ausschlaggebend erwies sich immer wieder das Vorbild des Truppenführers, sowie der Kameradschaftsgeist der Einheit, der um so größer war, je länger die Soldaten zusammengestanden hatten. Als ideologischer Faktor spielte nur noch der unerschütterliche Glaube des einfachen Kämpfers an den „Führer“ eine Rolle²⁴². Ansonsten aber wollte man vom Nationalsozialismus offenbar nicht mehr viel wissen.

So erfüllte sich genau, was auf der Führerbesprechung am 7. Januar 1944 gesagt worden war²⁴³. Damals hatte Reinecke eingehend dargelegt, wie er sich die Organisation der NS-Führung im einzelnen denke. Seine Vorschläge wurden im Laufe des Jahres auch im großen und ganzen durchgeführt. Aber damals hatte Hitler auch gewarnt²⁴⁴:

„Diese Sache hat nur dann einen Sinn, wenn sie nicht als eine Art Privatissimum aufgefaßt wird, daß [sic] einer tun oder auch lassen kann, und wenn vor allem auch von vornherein klargestellt wird, daß jedes Kritisieren und Nörgeln an Anordnungen, die auf weltanschaulichem Gebiet ergehen, genauso geahndet wird, wie das Kritisieren an taktischen oder sonstigen militärischen Dingen . . . Jeder muß wissen, daß das nicht [s?]ein freier Wille ist, und daß er nicht sagen darf: an sich ist das Unsinn, das glaube ich nicht, usw. Das darf es nicht geben. Er kann es bei anderen Dingen auch nicht sagen. Er kann vor allem seinen Untergebenen gegenüber keinen Befehl kritisieren, den er bekommt. Auf diesem Gebiet geschieht das aber.“

Und es geschah „auf diesem Gebiet“ auch ferner bis zum Mai 1945.

²⁴¹ Siehe M. I. Gurfain und Morris Janowitz, Trends in Wehrmacht Morale, in: Daniel Lerner (Hrsg.), Propaganda in War and Crisis, New York 1951, S. 200–208, 367–415.

²⁴² Siehe dazu besonders die interessanten Berichte über die Empörung, die das Attentat vom 20. Juli 1944 bei der Truppe auslöste in: MGF Freiburg, H 34/1.

²⁴³ Protokoll abgedruckt bei Weinberg, a. a. O., S. 445 ff.

²⁴⁴ Ebd., S. 448.

WERNER RÖDER

DEUTSCHLANDPLÄNE DER SOZIALDEMOKRATISCHEN EMIGRATION
IN GROSSBRITANNIEN 1942–1945

In der Nacht des 1. September 1944 landete südlich von Papenburg ein Fallschirmspringer. Josef Kappius, deutscher Emigrant, Mitglied des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes (ISK) und Agent des Office for Strategic Services, tauchte unerkannt bei Genossen in Bochum unter; von hier aus organisierte er bis Kriegsende die sozialistische Bewegung im Ruhrgebiet zur Vorbereitung einer demokratischen Republik nach Hitler. Richtpunkte dieser Arbeit lieferte ein Mikrofilm, der fünf Monate zuvor von London über die Schweiz ins Dritte Reich gebracht worden war: er enthielt die „Programmatischen Richtlinien“ der „Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien“. Dieses 18seitige Dokument mit dem Titel „Die neue deutsche Republik“ faßte die Ergebnisse einer mehrjährigen Grundsatzdiskussion zwischen den Vertretern der deutschen sozialistischen Exilgruppen in England zusammen, die den Anspruch erhoben, für die unterdrückte Arbeiterbewegung im Reich zu sprechen und Kern einer geeinten Sozialdemokratischen Partei nach dem Zusammenbruch des Hitlerregimes zu sein.¹

Mit dem Ausbruch des Krieges war Großbritannien zum Zentrum der europäischen Emigration und London zum Hauptsitz der politischen Vertretungen im Exil geworden. Von den etwa 50 000 deutschen Flüchtlingen, die in England Asyl gefunden hatten, konnte allerdings nur eine verschwindende Minderheit der eigentlichen politischen Emigration zugerechnet werden. Ihr aktiver Kern sammelte sich auch im Kriege in den Auslandsorganisationen, die nach der Machtergreifung die Politik der deutschen Parteien und Gewerkschaften weitergeführt hatten bzw. als Kampf-, Gesinnungs- oder Interessengemeinschaften des Exils gegründet worden waren. So zählte die sozialdemokratische Landesgruppe wenig mehr als 160, die KPD etwa 300, die Freie Deutsche Jugend fast 800 Mitglieder; hinzu kamen die rund 100 Anhänger verschiedener Sondergruppierungen. Der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter gehörten über 650, dem Freien Deutschen Kulturbund zeitweilig fast 1500 Flüchtlinge an².

Nach dem Tode von Otto Wels im September 1939 war die Führung der Pariser SOPADE, des sozialdemokratischen Parteivorstandes im Exil, an den stellvertretenden Vorsitzenden Hans Vogel übergegangen. Vogel und Ollenhauer entschlossen sich, nach der Kapitulation Frankreichs die Arbeit des Parteivorstandes zusammen mit dem ehemaligen Chefredakteur des „Neuen Vorwärts“, Curt Geyer, und dem „Sekretär für Verlags- und Propagandafragen“, Fritz Heine, von London aus weiterzuführen. Die nach den USA ausreisenden Vorstandsmitglieder erteilten ihnen

¹ Vgl. Werner Link, Die Geschichte des Internationalen Jugend-Bundes (IJB) und des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes (ISK), Meisenheim a. Glan 1964, S. 313 ff.

² Vgl. hierzu u. zum folgenden Werner Röder, Die deutschen sozialistischen Exilgruppen in Großbritannien 1940–1945, Hannover 1969.

„eine Art Blanco-Vollmacht“ zur Führung der Geschäfte; sie sollte den Anspruch der Londoner auf die Kontinuität des 1933 in Berlin gemeinsam übernommenen Mandats untermauern.

Nach der Ankunft in England Anfang 1941 nahmen Vogel und Ollenhauer Kontakt zu den hier ansässigen Sozialdemokraten auf, deren Haltung gegenüber dem Parteivorstand wie schon zuvor in Prag und Paris teilweise äußerst kritisch war. Viele von ihnen lehnten eine Restauration des sozialdemokratischen Apparates nach Kriegsende ab; ihr Ziel war die vereinigte deutsche Arbeiterpartei innerhalb einer neuen europäischen Arbeiterbewegung, deren Grundlagen schon im Exil geschaffen werden sollten. Als nach einer Folge von Auseinandersetzungen eine „neue Parteisplaltung“ zu drohen schien, erklärte sich der Parteivorstand im Sommer 1942 bereit, der sozialdemokratischen Ortsgruppe über einen gemeinsamen Beratungsausschuß Mitspracherecht einzuräumen. Im ganzen blieb dieses Gremium jedoch ohne entscheidenden Einfluß. Nach außen und bei den Nachkriegsplanungen der Emigration sind so die deutschen Sozialdemokraten in Großbritannien von einer gemäßigten, der Reform verpflichteten Gruppe repräsentiert worden, die in der politischen Tradition und dem Parteiapparat der Weimarer Republik verwurzelt war. Bis Kriegsende ist dann die Opposition aus den Reihen der Parteimitglieder von der Solidarität in der „nationalen Frage“ überdeckt und schließlich abgelöst worden.

Die Gruppe Neubeginnen, eine von Walter Löwenheim 1931 gegründete revolutionär-voluntaristische Vereinigung oppositioneller Sozialdemokraten und Kommunisten, hatte schon im Sommer 1939 ihre Exilzentrale von Paris nach London verlegt. Die Londoner Organisation unter Führung des „Auslandsbüros“ – Karl Frank, Richard Löwenthal, Erwin Schöttle und Waldemar von Knoeringen – zählte etwa 20 Mitglieder. Nachdem Frank zu einem Treffen mit Trott zu Solz in die Vereinigten Staaten gereist war, übernahm Schöttle die Leitung der Gruppe³. Neubeginnen war mit der Revision seines „weiterentwickelten Leninismus“ schon 1935 in einen Prozeß der ideologischen Annäherung an die SPD eingetreten. Die Gruppe forderte nunmehr die offizielle Anerkennung als „Sektion der deutschen Sozialdemokratie“ innerhalb einer demokratisch aufgebauten Parteiorganisation, in der der Anspruch des linken Flügels auf politische Mitbestimmung institutionell gesichert sein sollte.

Die Pariser Auslandsleitung der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAP) – seit 1931 ein Sammelbecken der orthodoxen Linken – war nach Kriegsbeginn völlig auseinandergefallen. In England bestand eine SAP-Landesgruppe mit 25 Mitgliedern, die 1933 keine maßgeblichen Funktionen in der Partei ausgeübt und auch an ihren internen Auseinandersetzungen in den letzten Vorkriegsjahren kaum teilgenommen hatten. Begünstigt durch diese Isolierung von der Pariser Führung und durch die sozialdemokratische Vergangenheit der Mehrzahl ihrer Mitglieder, näherte sich die Londoner SAP unter Betonung ihrer „westeuropäischen Auffassung von einem Sozialismus ohne bürokratische Diktatur“ immer mehr den Vorstellungen des linken SPD-Flügels im Exil.

³ Mitteilung von Richard Löwenthal an den Verfasser.

Der Internationale Sozialistische Kampfbund (ISK) in England zählte ebenfalls etwa 25 Mitglieder; die Gruppe stand unter Leitung von Willi Eichler, der Anfang 1939 nach London gekommen war. Die Philosophie des ISK-Gründers Leonard Nelson, die Ablehnung der marxistischen Tradition wie des parlamentarischen Systems, zog zunächst noch eine scharfe Trennungslinie zwischen dem „Erziehungssozialismus“ des ISK und der Ideologie der sozialdemokratischen Gruppierungen.

Neubeginnen, SAP und ISK, die seit 1933 die SOPADE als Weiterführung der reformistischen Politik und der Parteibürokratie des Weimarer Staates gemeinsam bekämpften, hatten 1938 im Rahmen der Volks- und Einheitsfrontkampagne mit der oppositionellen SPD-Landesgruppe Frankreich und den Revolutionären Sozialisten Österreichs (RSÖ) den „Arbeitsausschuß deutscher Sozialisten“ gebildet. In London schlossen sie sich zunächst in der „Sozialistischen Arbeitsgemeinschaft“ zusammen, während die Parteivorstandsgruppe Ende 1939 mit den sudetendeutschen und tschechoslowakischen Sozialdemokraten ein Gegenkartell, die „Sozialdemokratische Union“, ins Leben rief. „Arbeitsgemeinschaft“ und „Union“ waren gleichermaßen aus der Vorkriegssituation entstanden. Voraussetzung für ihr Bestehen waren die Solidarität der sozialdemokratischen Exilparteien im Kampf gegen den Faschismus und – beim Zusammenschluß der Linken – die Erwartung der Volksrevolution in Deutschland als Basis einer neuen sozialistischen Bewegung. Beides erwies sich schon bald als unrealistisch. Während sich die „alliierten“ sozialistischen Parteien mit den bürgerlichen Kräften in ihren Exilregierungen zu nationalen Blöcken zusammenschlossen und z. T. Gebietsabtretungen, Bevölkerungstransfer und Wirtschaftsdiktakte auf Kosten Deutschlands forderten, wurde immer offensichtlicher, daß die Westmächte auf die innerdeutsche Opposition als Verbündeten keinen Wert legten. Dieses erneute Fiasko des Internationalismus und das Umschlagen des ideologischen Kampfes zwischen Faschismus und Demokratie in den nationalen Krieg, das unter anderem in der „vansittartistischen“ Agitation in England zum Ausdruck kam, mußte auch den deutschen Sozialisten den nationalen Zusammenschluß nahelegen, galt doch Linken wie Rechten die Erhaltung des Reiches als Grundvoraussetzung ihrer Zukunftspläne.

SPD, Neubeginnen, SAP und ISK einigten sich im März 1941 auf die Gründung einer „Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien“. Ihr Ziel konnte schon aufgrund des Treuhandanspruches der SOPADE nicht die organisatorische Verschmelzung der sozialistischen Gruppen in einer neuen Einheitspartei sein – diese Aufgabe sollte den Genossen in der Heimat vorbehalten bleiben. Die Union beschränkte sich zunächst auf die „Repräsentanz aller in England lebenden sozialistischen deutschen Emigranten bei der Labour Party, den Gewerkschaften, den Freunden der anderen in England lebenden nationalen sozialistischen Parteien und den verschiedenen Behördenstellen gegenüber“. Daneben war beabsichtigt, die Vorstellungen von einem „demokratischen Frieden“ und einer „europäischen Neuordnung“ aufeinander abzustimmen. Das Schwergewicht der Arbeit sollte in England, und zwar namentlich bei der Labour Party und den britischen Gewerkschaften liegen. „Unsere Erklärungen nach Deutschland, daß wir keine Zerschlagung, kei-

nen Gewaltfrieden wollen, wiegen nicht schwer. *Englische* Erklärungen und *englische* Handlungen allein können überzeugen.“⁴

Die Gründung der Union war keinesfalls – wie verschiedentlich in der Literatur behauptet wird – Schlußpunkt des politischen und ideologischen Einigungsprozesses; sie stellt vielmehr das Anfangsstadium einer Entwicklung dar, die von Faktoren außerhalb der überkommenen Auseinandersetzung zwischen „Linken“ und „Rechten“ bestimmt wurde.

Daß bei den Linksgruppen 1941 ein aus der Theorie des internationalen Klassenkampfes gespeistes Mißtrauen gegenüber den Westmächten noch fortwirkte und daß sie das Ziel eines revolutionären Sozialismus weiter im Auge behielten, zeigt die Diskussion um die Gründungserklärung der Union. Obwohl im Entwurf des Parteivorstands die Entschlossenheit Ausdruck fand, den Kampf gegen Hitler „als verbündete Kraft [also in eigener *politischer* Verantwortung] an der Seite aller Gegner Hitlers, die für die Freiheit und Kultur Europas kämpfen, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu führen“, forderten Neubeginnen, SAP und ISK die klare Hervorhebung der „politischen Selbständigkeit“ des deutschen Exils. Es müßten „nicht nur die Gemeinsamkeiten mit unseren heutigen Verbündeten, sondern auch die Unterschiede“ erkennbar sein. Ebenso sollte die „sozialistische Zielsetzung im gegenwärtigen Kampf“ unterstrichen werden, die sich nicht auf die im SPD-Entwurf genannte „Niederlage Hitlers und die endgültige Überwindung des neuen Militarismus“ beschränken dürfe⁵.

Auf Initiative Schöttles wurde die Gründungserklärung schließlich noch durch die Verpflichtung ergänzt, „an den Vorbereitungen eines demokratischen Friedens mitzuwirken, der einem neuen Deutschland die Möglichkeit gibt, als freies Glied der europäischen Völkergemeinschaft seinen Beitrag zum Wiederaufbau Europas zu leisten“, eine Forderung, die auf die befürchtete Intervention der Alliierten gegen eine deutsche Revolution als Ausgangspunkt der gesamteuropäischen Umwälzung Bezug nahm⁶. Den sehr weit gesteckten Interpretationsmöglichkeiten des Programms entsprach schließlich auch die Satzung der Union, die für alle Beschlüsse ihres aus den Gruppenvertretern gebildeten Exekutivkomitees Einstimmigkeit verlangte.

Der emigrierte Parteivorstand der SPD hatte seit 1933 jeden Zusammenschluß mit den Linksgruppen abgelehnt, der seinen Mandatsanspruch in Frage stellen oder die Kräfteverhältnisse innerhalb der sozialdemokratischen Auslandsorganisation zu seinem Nachteil verschieben konnte. Die von der politischen Konstellation in England herbeigeführte Unionsgründung kam jedoch, für den Parteivorstand unver-

⁴ Vgl. Haus Vogel, Einführungsworte in der ersten gemeinsamen Sitzung mit Vertretern der SAP, NB, ISK und der Gewerkschaften, Redemanuskript, 25. 2. 1941; ders., Die Aufgaben der Union, Redemanuskript, 4. 4. 1941, Archiv beim Parteivorstand der SPD, Bonn (PVA), Aktenkomplex Emigration (AKE), Union London, 1941–1946, Sitzungs-Protokolle.

⁵ Vgl. Besprechung mit Vertretern der sozialistischen Gruppen am 25. 3. 1941, Protokoll, PVA-AKE, Union London, 1941–1946, Sitzungs-Protokolle.

⁶ Vgl. Gründungserklärung der Union vom 19. 3. 1941, in: Zur Politik deutscher Sozialisten, Politische Kundgebungen und programmatische Richtlinien der Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien 1941–1945, London 1945, S. 26.

mutet, der Befestigung seiner eigenen Position zugute: Die Zusammenarbeit der Gruppen entsprach nicht nur alten Forderungen der Mitgliedschaft, sie bedeutete auch das Ende der oppositionellen Tätigkeit von Neubeginnen und verstärkte das Gewicht der sozialdemokratischen Führung als Repräsentantin der deutschen Sozialisten in Großbritannien nach außen. Es galt nun, von dieser Position die Bemühungen um die Einheit im eigenen Sinne zu lenken, d. h. gegenüber den anderen Gruppen die Initiative zu behalten. Dabei hatte sich die Grundvorstellung der SOPADE keineswegs geändert: sie blieb vielmehr die Vorbereitung einer erst in Deutschland zu schaffenden Einheitspartei unter Ausschluß der Kommunisten, in der die linke Opposition ohne Zugeständnisse in den Fragen des parlamentarischen Mehrparteiensystems und der „innerparteilichen Demokratie“ und ohne organisatorischen Sonderstatus aufgehen sollte.

Zunächst allerdings konnte angesichts der fortbestehenden ideologisch-politischen Gegensätze und der inneren und äußeren Schwierigkeiten der SPD in England hiervon noch nicht die Rede sein. Erst gegen Ende des Jahres 1942 waren die Unionsgruppen einander soweit nähergekommen, daß im Hinblick auf das nahende Kriegsende Überlegungen angestellt werden konnten, wie in einem gemeinsamen Aktionsprogramm der deutschen Arbeiterschaft „der entscheidende und tragende Einfluß“ beim Wiederaufbau des Reiches ohne „mörderischen Bruderkampf“ unter den Nichtkommunisten zu sichern sei.

Ein Referat Willi Eichlers über „Formen und Aufgaben der zukünftigen deutschen Arbeiterbewegung“ eröffnete am 14. Oktober 1942 die Diskussion, deren erste Ergebnisse über die Weiterverfolgung des Einheitsprojektes entscheiden sollten. Eichlers Vorstellungen liefen im Sinne der Elitentheorie seiner Gruppe auf eine neue sozialistische Partei mit etwa 100 000 Mitgliedern hinaus, die durch die „Entfaltung der individuellen Kräfte“ in einem aktivistischen Sozialismus die Entwicklung schneller vorantreiben könnte als eine Massenorganisation, deren eigentümliche Aufgaben den Gewerkschaften überlassen bleiben sollten⁷.

Obwohl damit deutlich geworden war, daß die Vorstellungen von der Partei der Zukunft scharf differieren mußten, gab der Parteivorstand am 6. Dezember durch ein Referat Ollenhauers über „Möglichkeiten und Aufgaben einer geeinten sozialistischen Partei in Deutschland“ vor den Mitgliedern der Unionsgruppen seine Bereitschaft zu weiteren Verhandlungen zu erkennen.

Die taktische Bedeutung von Ollenhauers Ausführungen lag in der radikal-sozialistischen Formulierung des Deutschlandprogramms und in der Beschränkung auf praktische politische Maßnahmen einer geeinten Partei in der Übergangsperiode nach Kriegsende. So sollte nach dem Sturz Hitlers durch den alliierten Sieg und die allgemeine Volkserhebung die neue deutsche Arbeiterpartei kraft revolutionären Rechts einen „tiefen Eingriff in die alte gesellschaftliche Ordnung“ vornehmen. Der Schwerindustrie, dem Großgrundbesitz, der Hochfinanz, der reaktionären Bürokratie und dem Militarismus müsse unmittelbar nach dem Zusammenbruch

⁷ Vgl. Erweiterte Ausschußsitzung der Union am 14. 10. 1942, Protokoll, PVA-AKE, Union London, 1941–1946, Sitzungs-Protokolle.

die Macht über Produktion und Staatsapparat entzogen werden. Gleichzeitig würden sich die Kräfte der neuen Partei auf lokaler Ebene sammeln und provisorische örtliche und bezirkliche Organisationen unter einer Reichsleitung und mit eigenen Presseorganen schaffen. Neben ihrer sozialrevolutionären Funktion hätte die Partei auch die Weiterführung lebenswichtiger Betriebe zu übernehmen. Eine solche Bewegung, die vom Exil aus vorbereitet werden könne, müsse allerdings demokratisch aufgebaut sein und das freie und gleiche Wahlrecht für alle Demokraten sowie ein parlamentarisches Regierungssystem garantieren: „Solange die neue sozialistische Partei an ihren Prinzipien eines freiheitlichen Sozialismus festhält, und solange die KPD sich nicht zu einer unabhängigen Arbeiterpartei entwickelt, bedeutet eine organisatorische Verschmelzung der Sozialisten und Kommunisten in einer Partei die Unterstellung dieser vereinigten Partei unter den direkten Einfluß der Prinzipien und der Politik der Komintern.“⁸

In den konkreten Programmvorschlügen und der Beurteilung der KPD konnte das Konzept des Parteivorstandes mit „weitgehender Übereinstimmung“ innerhalb der Union rechnen; auf seiner Grundlage, so wurde am 18. Dezember 1942 beschlossen, sollten zwei paritätisch besetzte Arbeitsgemeinschaften Entwürfe für das Aktionsprogramm einer künftigen Einheitspartei und ihre Organisationsstruktur erstellen. Ausgangspunkte der Beratungen sollten die Weiterexistenz des Reiches in den Grenzen von Weimar, die militärische Abrüstung Deutschlands und die von den Alliierten gewährte Freiheit der politischen Betätigung sein.

Die Kundgebungen der SOPADE zur Neuordnung Deutschlands hatten seit 1935 die allgemeinen Forderungen der Exilsozialdemokratie wiederholt: Die Schlüsselstellungen der Wirtschaft sollten verstaatlicht und der Kontrolle durch „demokratische Volksorgane“ unterstellt, die Großgrundbesitzer zugunsten von Genossenschaften und Kleinbauern enteignet werden. Die Wiederherstellung der parlamentarischen Demokratie, „materielle und ideologische Abrüstung“, die Umgestaltung des Erziehungswesens und eine Verwaltungsreform würden im Zuge eines dezentralisierten Neuaufbaus von unten nach oben die gründliche Ausrottung des Nazismus bewirken und Hand in Hand gehen mit der Bestrafung der Verantwortlichen, d. h. der „Nationalsozialisten im allgemeinen“, der Großkapitalisten, Junker und „Angehörigen der preußisch-deutschen Militärkaste“. Die einzige größere Veröffentlichung zur Nachkriegsplanung aus den Reihen der SPD entwirft in radikaler Diktion einen Einheitsstaat mit „wirtschaftlicher Planarbeit und Schaffung eines Staatsapparates, dessen Kommandohöhen von den unteren sozialen Schichten besetzt sind“. Proletariat und Mittelstand sollen gemeinsam die soziale Demokratie als „Synthese von westlichem Kapitalismus und Staatssozialismus der Sowjetunion“ aufbauen⁹.

⁸ Möglichkeiten und Aufgaben einer geeinten sozialistischen Partei in Deutschland, Grundgedanken eines Referats von Erich Ollenhauer in der Mitgliederversammlung der Union am 6. Dez. 1942, London o. J. (1943).

⁹ Vorstellungen über die soziale Demokratie in Deutschland nach dem Sturz der Hitler-Diktatur, Eine soziale Studie von Arno Uhlmann, hrsg. von der Londoner Vertretung der SPD, Juni 1943.

Die Ordnungsbilder der Gruppe Neubeginnen und der SAP waren zu Anfang der Verhandlungen in der Union schon nahezu identisch. Ebenso wie die Programmschrift der SAP¹⁰ zeichnete die unter NB-Einfluß entstandene Sammelarbeit „The Next Germany“¹¹ eine nach dem Räteprinzip aufgebaute „dezentralisierte Demokratie“. Aus den Sofortmaßnahmen der Übergangszeit sich entwickelnd, sollte von den Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräten der Gemeinden die Sozialisierung der Schlüsselindustrien und die Enteignung des Großgrundbesitzes ausgehen und die „demokratische Kontrolle von unten“ ausgeübt werden. Zentralpunkt des Programms war die sozialistische Bedarfsdeckungswirtschaft durch Umschichtung des industriellen Schwergewichts auf die Konsumgüterproduktion. Unter dem deutlichen Einfluß der britischen Arbeiterpartei forderte man als Ergänzung der Mehrparteiendemokratie die zentrale Investitionslenkung durch einen Volkswirtschaftsrat, der sich ausschließlich an den Interessen der arbeitenden Bevölkerung orientieren sollte.

Auch der ISK sah in den sowjetischen Vorbildern nachempfundenen Betriebsausschüssen der Übergangszeit die Grundlage für die örtliche Selbstverwaltung, die Zerschlagung des NS-Apparates, die Produktionskontrolle und die Übernahme der NS-Apparates, die Produktionskontrolle und die Übernahme des Großgrundbesitzes durch die Landarbeiter¹². Freilich konnte dieses System der Selbstverwaltung aufgrund der antidemokratischen ISK-Ideologie nicht zu einer parlamentarischen Regierungskonstruktion führen, wie sie bei den übrigen Linksguppen nach einer kurzen Periode der Übergangsdiktatur vorgesehen war. Erst im Verlauf der weiteren Programmberatungen hat dann der ISK im Kompromiß die „Republik auf demokratischer Basis“ in seine Zielsetzungen einbezogen. Die Enteignung der Schlüsselindustrien, der Dienstleistungsbetriebe und der Banken, die Aufteilung des Großgrundbesitzes, eine Umschichtung der Vermögens- und Einkommensverhältnisse – u. a. durch eine radikale einmalige Vermögensabgabe – sollten auch hier zusammen mit wirtschaftlicher Teilplanung und antimonopolistischen Staatseingriffen Vollbeschäftigung und Krisenfreiheit sichern.

Im Bereich der „marxistischen“ Linken und des ISK war man zu der Auffassung gelangt, daß der freiwirtschaftende Monopolkapitalismus zwar endgültig der Vergangenheit angehöre, das System des privaten Eigentums an den Produktionsmitteln und der Profitmaximierung aber nicht aufgrund seiner inneren Widersprüche, seiner gesetzmäßigen zyklischen Krisen, dem Sturz durch die Revolution als geschichtliche Notwendigkeit anheimgegeben sei. Faschismus und Kriegswirtschaft hätten bewiesen, daß durch plankapitalistische Eingriffe das System gefestigt werden könne, was jedoch notwendig mit Rüstung und imperialistischer Expansion verbunden sei. Die ökonomische Aufgabe des Sozialismus müsse in der Beseitigung dieser „Zweckbeschränkung der Planung auf den Krieg“ durch die Verstaatlichung

¹⁰ Paul Walter, *Sozialistische Revolution gegen Nazi-Imperialismus, Zur Politik der Sozialistischen Arbeiterpartei*, hrsg. von der Ortsgruppe London, Februar 1943.

¹¹ *The Next Germany*, Harmondsworth 1943.

¹² *Building a Revolutionary German New Order*, o. O., o. J. (London 1943).

der Produktionsmittel mit dem Ziel der Friedenswirtschaft im Interesse des Gemeinwohls gesehen werden¹³.

Die Vorstellungen der Linken kamen der sozialdemokratischen Konzeption unter verschiedenen Gesichtspunkten entgegen: Zum einen lag ihrer Zielsetzung und ihren Institutionen das demokratische Prinzip zugrunde, zum andern schienen sie die Chance zu bieten, den bestehenden Wirtschaftsapparat kraft *politischer* Entscheidung zu übernehmen, also den Kapitaleigner durch beamtete Manager zu ersetzen. Beides entsprach der reformerischen Tradition der Partei, die auf parlamentarischem Wege durch gesetzgeberische Maßnahmen, nicht durch revolutionäre Akte, eine Veränderung der Verhältnisse in der Weiterentwicklung der in ihnen angelegten Möglichkeiten angestrebt hatte. Während jedoch die Linke bereit war, die sozialistische Planwirtschaft mit Hilfe einer revolutionären Kampfpartei und nötigenfalls unter Einsatz diktatorischer Mittel unmittelbar nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes zu verwirklichen, sah die Exil-SPD ihre Aufgabe in der Restauration einer parlamentarischen Interessenvertretung der Arbeiter und des Mittelstandes, die in einem „pluralistischen“ Parteienstaat die Mehrheit für ihre Politik gewinnen sollte. Für sie war die demokratische Republik, der parlamentarische Interessenausgleich, nicht Ausgangsstellung für den weitergehenden „Befreiungskampf der Arbeiterklasse“ – so der ISK –, sondern die mehr oder weniger vollkommene Endform der gesellschaftlichen Emanzipation.

Die Beratungen der Union – als Verhandlungen über die zukünftige organisatorische Einheit begonnen – führten Ende 1943 zur Veröffentlichung des gemeinsamen Programmentwurfs unter dem Titel „Die neue deutsche Republik“. Mit seinem Hauptgewicht auf Sofort- und Übergangsmaßnahmen nach dem Sturz des Hitlerregimes sollte er auch den Illegalen im Reich als Diskussionsbasis und Richtlinie dienen. Im Mittelpunkt des provisorischen Programms stand die Bildung lokaler Selbstverwaltungskörperschaften aus Vertretern der Widerstandsorganisationen; ihre Aufgabe würde es sein, den nationalsozialistischen Machtapparat zu liquidieren, die örtliche Verwaltung, die vorläufige Rechtssprechung und die Polizeigewalt zu übernehmen, Lebensmittelversorgung, öffentliche Dienstleistungen und zivile Produktion zu sichern und Informationswesen, Kulturpolitik und Erziehung im antifaschistischen Geist neu zu ordnen und zu kontrollieren.

Als grundsätzliche Programmpunkte wurden im Bereich der Wirtschaftspolitik die Überführung der Schlüsselindustrien in Staatseigentum, die Aufteilung des Großgrundbesitzes und die Ausrichtung der Gesamtwirtschaft nach einem in demokratischer Entscheidung erstellten Investitionsplan gefordert. Für die Massenkommunikationsmittel sollte die Freiheit der Meinungsäußerung bei gesetzlicher Sicherung ihrer Unabhängigkeit von privaten und wirtschaftlichen Interessengruppen gelten; zur Neuordnung des Erziehungswesens war die staatliche Einheitsschule vorgesehen. Die Vorstellungen des ISK haben sich dabei wohl in der Ablehnung des Wahlprinzips bei der Bildung der Selbstverwaltungskörperschaften, in der hervorragenden

¹³ Vgl. Was kann Sozialismus heute ökonomisch bedeuten? Mschr. Manuskript, o. Verf., o. D. (Eberhard-Kreis, London, Herbst 1942), Archiv Prof. Fritz Eberhard, Berlin.

Rolle des Erziehungswesens und auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik in der einmaligen Kapitalabgabe, der Förderung der privaten Initiative und des Wettbewerbs und in der staatlichen Kontrolle des Bodenbesitzes niedergeschlagen. Das grundsätzliche Bekenntnis zur demokratischen Republik, zum demokratischen inneren Aufbau der Selbstverwaltungskörperschaften, und die Verfahrensregeln für die Sofortmaßnahmen dürften den Vorstellungen des Parteivorstandes entnommen worden sein, der sich wiederum auf dem Gebiet der Außenpolitik den Forderungen der Linksrunden hinsichtlich einer europäischen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion gebeugt hatte.

Nachdem so in den entscheidenden Punkten ein Kompromiß erreicht werden konnte und – nach einem Bericht Vogels – die „Ablehnung den Kommunisten gegenüber eine durchaus einheitliche“ war, verliefen die Beratungen über das Gesamtprogramm der Einheitspartei und die zukünftige Reichsverfassung im Jahre 1944 in weitgehender Übereinstimmung.

1945 legte die Union die Endfassung der „Programmatischen Richtlinien“ zur Wirtschaftspolitik, zur Staatsverfassung, zum Aufbau von Verwaltung und Justiz, zur Kulturpolitik und zum Erziehungswesen als Diskussionsbeitrag zu einem Programm der neuen Sozialdemokratie in Deutschland vor¹⁴.

Auf wirtschaftlichem Gebiet waren demokratische Investitionsplanung und Verstaatlichung – jetzt allerdings gegen Entschädigung aus dem Kapitalabgabefonds (I) – beibehalten worden. Im Entwurf für die neue Verfassung hatte man das Räteprinzip, wie es noch in den Selbstverwaltungskörperschaften der Übergangszeit verwirklicht werden sollte, durch ein Zentralparlament (Volksrat), durch ein Staatspräsidentenamt und einen Staatsrat (Verfassungsgericht) ersetzt.

Das Unions-Programm von 1945, der revolutionären Sofortmaßnahmen aus dem Jahre 1943 entkleidet, zeichnete so das Bild einer radikaldemokratischen Republik, deren politischer und wirtschaftlicher Aufbau als Korrektur der strukturellen Schwächen des Weimarer Staates entworfen worden war. Schon der Verzicht auf die entschädigungslose Enteignung und die selbstverwaltenden Räte der Übergangszeit, die von den Linken als Instrument der politischen und ökonomischen Machtausübung gedacht waren, brachte zum Ausdruck, daß die ehemalige Opposition sich zwar in formaler Übereinstimmung mit der SPD hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen Grundforderungen – demokratisch-sozialistische Planung – befand, die zuvor als notwendig erachteten Mittel aber hatte aufgeben müssen. Der einigende Charakter des Programms lag mit darin begründet, daß sowohl ISK wie SAP politisch von der Notwendigkeit einer Konzentration der sozialistischen Kräfte überzeugt waren und darüber hinaus ihre Hoffnungen auf die tatsächliche revolutionäre Handhabung der Macht durch die „Volkskräfte“ stützten¹⁵.

¹⁴ Zur Politik deutscher Sozialisten, Politische Kundgebungen und programmatische Richtlinien der Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien (1941–1945), London Ende November 1945.

¹⁵ Vgl. Spreewitz-Fischer, SAP, Vorbemerkung zu den Programmatischen Richtlinien, Entwurf, November 1945, PVA-AKE, Union London, 1941–1946, Sitzungs-Protokolle.

Obwohl – richtiger; gerade weil – im Kriegsjahr 1943 feststand, daß die Exilgruppen von jeder Mitarbeit an der alliierten Deutschlandpolitik ausgeschlossen bleiben würden, und weil ein machtpolitisches Diktat der Sieger sich immer deutlicher abzeichnete, hatte zu diesem Zeitpunkt die Arbeit der Union an den Plänen für die deutsche Nachkriegsrepublik eingesetzt.

Zu Ende der Dreißigerjahre war man sich innerhalb der Emigration darüber einig gewesen, daß die Erhebung des „Anderen Deutschland“, die sozialistische Revolution, nur durch Mißerfolge des Regimes an den Fronten, durch einen „militärischen Kaiserschnitt“ ausgelöst werden könne. Diese Einsicht hatte zur Untermauerung der Solidarität mit den alliierten Kriegsanstrengungen beigetragen. Etwa um 1942 mußte es dem Großteil des Exils jedoch klar sein, daß die organisierten Widerstandsgruppen im Reich weit davon entfernt waren, „im Bewußtsein der Massen die Träger einer ernsthaften Gefahr für das Regime, die Männer von morgen“, zu sein. Die Revolution werde deshalb mit der entscheidenden *letzten* Niederlage auf dem Schlachtfeld zusammenfallen, so daß sich die Wirksamkeit der Erhebung auf die Zeitspanne zwischen dem Zusammenbruch der Diktatur und der Besetzung Deutschlands reduzieren würde. Damit war für die deutschen Sozialisten der Endsieg der Anti-Hitler-Koalition zur Voraussetzung der von ihnen angestrebten Veränderungen im gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bereich geworden, und ihre Hoffnungen richteten sich hinfort auf die von den Besatzungsmächten im eigenen Interesse zugelassene Neuordnung durch die antinazistischen Kräfte im Reich und in der Emigration. Hatten die Deutschlandpläne in der ersten Emigrationsperiode vor allem als Rüstzeug für die Revolutionäre in der Heimat dienen sollen, so wurden sie jetzt auch zum wichtigen Mittel, die Alliierten von der Notwendigkeit und den Möglichkeiten einer „dependent revolution“ zu überzeugen¹⁶. Ab 1943 drängte dann das Ausbleiben der immer wieder geforderten Festlegung der Mächte zugunsten einer unabhängigen Republik und das Anwachsen der antideutschen Stimmung die Exilgruppen mehr und mehr in die Auseinandersetzung mit der Deutschlandpolitik der Alliierten. Als nach der Konferenz von Teheran die prinzipielle Zustimmung zur Abtretung deutscher Gebiete bekanntgeworden war und halbamtliche Pläne zur Teilung des Reiches auftauchten, vertieften sich die Befürchtungen zur Gewißheit, daß trotz aller verheerenden Folgen für ein demokratisches Regierungssystem in Deutschland die „machtpolitische Lösung“ zunächst verwirklicht werden würde.

Während für die ehemaligen Oppositionsgruppen die Unionsverhandlungen zwischen 1943 und 1945 vor allem unter dem Aspekt der zukünftigen sozialistischen Einheitsbewegung und eines revolutionären *fait accompli* unmittelbar nach Hitlers Sturz Bedeutung erlangten, muß im Falle des sozialdemokratischen Parteivorstandes die Planungsarbeit für eine eindeutig nichtkommunistische Republik und eine neue

¹⁶ Vgl. Erwin Schöttle, Wiedergabe eines Referats „Die Lage in Deutschland“, gehalten auf der Beiratssitzung der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien am 26./27. 8. 1944, PVA-AKE, Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien, 1941–1945.

europäische Staatenordnung vor dem Hintergrund seiner weltpolitischen Perspektiven gesehen werden.

Schon früh hatte sich innerhalb der Exil-Sozialdemokratie der Kampf gegen das Dritte Reich mit der Zukunftskonzeption einer gesamteuropäischen Neuordnung verbunden; gerade für den rechten Flügel trat die Europa-Idee an den Platz des Internationalismus, der mit der Aufgabe der Klassenkampflehre und dem Fehlen einer globalen Imperialismustheorie zur leeren Formel geworden war. Indem das Wesen des Sozialismus ganz der bürgerlich-europäischen Fortschrittstradition zugeordnet wurde und der Kampf gegen Hitler als Kampf gegen die Spätfolgen einer versäumten demokratischen Revolution in Deutschland, als Bemühen um die „Rückführung“ des Reiches in die Gemeinschaft der europäischen Zivilisation erschien, konnte gleichsam Marx „überwunden“ und der für das Selbstverständnis des Exils bedeutsame Anspruch erhoben werden, Streiter für ein Europa der Zukunft als Antithese zu Hitlers „Neuer Ordnung“ zu sein: Da der Sturz des Faschismus in Deutschland notwendig zum Ausgangspunkt sozialistischer Veränderungen auf dem ganzen Kontinent werden würde, konnte die Partei als künftige Schlüssel-macht der europäischen „Revolution“ allen Anklagen aus den Reihen der Internationale zum Trotz mit neuem Selbstbewußtsein über den Trümmerhaufen von 15 Jahren Nachkriegspolitik voranblicken.

Nationalsozialismus und Krieg wurden von der deutschen Sozialdemokratie im Exil vor allem auch als Ergebnis einer überholten Nationalstaatspolitik begriffen, die ihren folgenreichsten Ausdruck im Versailler Diktat gefunden hatte. Das neue Europa – die „halbasiatische“ Sowjetunion ausgeschlossen – sollte deshalb zum Kooperativwesen freier und gleichberechtigter Völker, zur „Gemeinbürgerschaft gegen Friedensstörungen und Friedensbedrohungen“ werden. Dabei kam den reformerischen Traditionen die Überzeugung vom Sachzwang zum einheitlichen Wirtschaftsgebiet entgegen, in dem eine europäische Planwirtschaft die Entwicklung zum Sozialismus schon allein aus der ökonomischen Notwendigkeit heraus garantieren würde.

Auch SAP und Neubeginnen hatten den Umsturz in Deutschland von Anfang an als Auslöser einer gesamteuropäischen Revolution gewertet, die sich allerdings nur durch eine Übergangsdiktatur des Proletariats und die solidarische Unterstützung von Seiten der Sowjetunion werde behaupten können. In ihrer Sicht übernahm das sozialistische Deutschland die politische und ökonomische Mittlerfunktion zwischen Westeuropa und dem Sowjetstaat, der die bürokratisch-terroristischen Abweichungen des Stalinismus zugunsten einer europäischen Form des Sozialismus schließlich überwinden würde.

Das alle Gruppen im Grundsätzlichen einigende Ideal eines förderativen Europa und das Verständnis der jüngsten Vergangenheit als gemeinsames europäisches Schicksal gewannen in den Kriegsjahren erhöhte Bedeutung, lieferten sie doch Argumente für eine positive Friedensregelung und gegen die These von der Alleinschuld des deutschen Volkes am Hitlerregime und am Krieg.

Obwohl das Engagement der USA Pläne für einen internationalen Gesamtzusam-

menschluß, für eine „Weltwirtschaftsorganisation“ nahelegten, hielt der sozialdemokratische Parteivorstand an der Priorität einer west- und mitteleuropäischen Gemeinschaft fest. In multilateralen Abmachungen sollten innerhalb des wirtschaftlichen Großraums Europa mittels einer gemeinsamen Investitionspolitik, einer gleichberechtigten Bedarfsplanung für Nahrungsmittel und Rohstoffe und eines Energie- und Verkehrsverbundes der wirtschaftliche Ausgleich und damit die endgültige Befriedigung des Kontinents erreicht werden. Voraussetzung für eine solche Regelung war natürlich das „politisch und wirtschaftlich wohlgeordnete Staatensystem, aus dem man auch das mit gleichen Pflichten und Rechten ausgestattete deutsche Volk“ nicht auf die Dauer würde ausschalten können. Sollte verhindert werden, daß die „Staatsgrenzen Europas zu Gefängnismauern“ würden, so müßten von Anbeginn politische und wirtschaftliche Zwangsmaßnahmen zugunsten einzelner Mächte ausgeschlossen und territoriale Forderungen gegenstandslos werden¹⁷. Diese Argumentation ist von Wenzel Jakschs sudetendeutschen Sozialdemokraten in besonderem Maße gegen die Benesch-Politik ins Feld geführt und schon im Exil zu einem „Europa-Nationalismus“ ideologisiert worden.

Der Eintritt der Sowjetunion in die Allianz zwang den SPD-Parteivorstand spätestens seit 1943 zu einer taktischen Revision seiner Vorstellungen vom europäischen Mächtegleichgewicht. Noch 1942 hatte man die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion von der für durchaus unwahrscheinlich gehaltenen „Modifizierung“ des weltrevolutionären Konzepts und der Parteidiktatur abhängig gemacht und dem Westen aufgrund der „tiefen Verwurzelung“ des Sowjetstaates in der außereuropäischen russischen Vergangenheit das Recht zugesprochen, unabhängig von Moskau „jene Wege zu gehen, die seiner geschichtlichen Entwicklung entsprechen“¹⁸. Nunmehr ließ es die weltpolitische Situation geraten scheinen, über die weiterhin bestehenden Gegensätze hinweg die Außenpolitik der zukünftigen Republik auf eine „enge Zusammenarbeit aller Völker auf internationaler Basis anstelle der Blockbildung und der Staatenbündnisse“ und die „freundschaftliche Zusammenarbeit zwischen dem neuen demokratischen Deutschland und der Sowjetunion“ zu begründen. Eine „einseitige, ökonomisch-soziale und kulturelle Orientierung der sozialen Oberschichten aus Klassenerwägungen zugunsten des anglo-amerikanischen Blockes oder ebenfalls aus Klassenerwägungen durch den linken Flügel des Proletariats zugunsten der Sowjetunion“ könne nicht im Interesse der europäischen Völker liegen. Dagegen sollten sie sich als Brücke zwischen den Begriffswelten von West und Ost deren „ökonomisches, soziales und staatspolitisches Erfahrungsgut“ zu eigen machen und ein neues Gleichgewicht mit Großbritannien und der Sowjetunion als Schiedsmächte bilden¹⁹.

Indem der Friede in einem neutralisierten Kleineuropa durch das Zusammen-

¹⁷ Vgl. u. a. Hans Vogel, *Germany and Europe in the Post-War-World*, London 1944.

¹⁸ Vgl. Hans Vogel, Redemanuskript, 7./8. 11. 1942, PVA-AKE, Hans Vogel, Aus dem Nachlaß, I; s. a. Walter Kolarz, *Stalin und das ewige Rußland*, London 1942 (2. dt. Aufl. i. Verlag Das Freie Volk, München 1948).

¹⁹ Siehe Anm. 9.

wirken der Britischen Völkerfamilie und der USA mit der Sowjetunion garantiert und in der „freundschaftlichen Zusammenarbeit mit allen diesen Mächten“ gefördert werden sollte, hoffte der Parteivorstand, die Europakonzeption den Gegebenheiten der Anti-Hitler-Koalition anpassen zu können und als eine auch für Moskau annehmbare Alternative erscheinen zu lassen.

Freilich stimmte man im engeren Kreis darin überein, die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit dem Osten an der Nachkriegsbehandlung Deutschlands durch die Alliierten ihre Grenzen finden zu lassen: Sollte die förderativ-europäische Lösung auf der Grundlage der Gleichberechtigung und Neutralität nicht verwirklicht werden, so würde die deutsche Sozialdemokratie in der dann unvermeidlichen Auseinandersetzung zwischen der Sowjetunion und den anglo-amerikanischen Mächten um den Einfluß auf dem Kontinent für jene Seite Partei ergreifen, mit der sie „gemeinsame ideologische und materielle Interessen“, also das demokratische Prinzip und die Revision des Kriegsergebnisses zu Ungunsten Moskaus, verbänden²⁰.

Durch das äußere Bekenntnis zur Zusammenarbeit mit Sowjetrußland hatte sich der sozialdemokratische Standpunkt der Europakonzeption der Linksgruppen angenähert, deren Haltung zur Sowjetunion wiederum durch die Moskauer Prozesse und den Hitler-Stalin-Pakt von 1939 modifiziert worden war. Allerdings lag für Neubeginnen und die SAP auch jetzt die Vorstellung fern, daß die territoriale Unversehrtheit eines wirklich revolutionären Deutschland von den Westmächten gegen die in ihrem gesellschaftlichen Grundgehalt immerhin sozialistische Sowjetunion verteidigt werden könnte. Ihnen blieb allein die Hoffnung auf die sowjetische Einsicht in die „grundlegenden Unterschiede“ zwischen den Bedingungen des revolutionären Kampfes in Ost und West, auf die Absage an den expansionistischen „Trotzkismus des Kremls“ und die von einer erstarkenden anglo-amerikanischen Arbeiterbewegung geförderte Bereitschaft der atlantischen Mächte, dem Kontinent nach Kriegsende eine selbständige Entwicklung zuzugestehen – die Hoffnung also auf die „dependent revolution“ unter dem wohlwollenden, aber distanzierenden Interesse der Sowjetunion und des Westens²¹.

Die Zeit bis zu den konkreten Beschlüssen über Deutschland auf den Konferenzen von Yalta und Potsdam verlangte den Exilgruppen die innere Ausrichtung ihrer Politik auf eine Situation ab, in der die deutschen Sozialisten an der Last der Kriegsschuld zu tragen haben würden – nicht, weil sie sich als Mitverantwortliche fühlten, sondern, wie Erich Ollenhauer betonte, weil sie zum deutschen Volke gehörten. Dieses letzte Sichabfinden mit der bitteren Realität, daß man das Schicksal aller Deutschen unter den Bedingungen eines ungerechten Friedensdiktats würde teilen

²⁰ Vgl. Gedanken zur kommenden Neuordnung, abgeschlossen am 21. 7. 1944, By a Member of the Social Democratic Party of Germany, Circulated by Fight-for-Freedom Research Department, London 1944 (zit. n. Central European Observer, 22. 12. 1944, S. 394f.); Erich Ollenhauer, Zur Politik Victor Schiffs, Redemanuskript, Juni 1943 PVA-AKE, Prag-Paris-London, 1935–1946, Volksfront (KPD); Hans Vogel, Krieg und Politik, Redemanuskript o. D. (Anfang 1943), PVA-AKE, Hans Vogel, Aus dem Nachlaß I.

²¹ Vgl. Anm. 10 u. 11.

müssen, stellte jetzt für weite Kreise der Widerstandsbewegung draußen die defensive „Schicksalsgemeinschaft“ des deutschen Volkes her, jene gefühlsmäßige Solidarität mit den „Mitläufern“ des Nationalsozialismus, die Snell mit der Bemerkung umschreibt, daß sich der „Nationalismus der SPD in der Bonner Republik bereits in der Haltung der Parteiführer in England während des Zweiten Weltkriegs“ abgezeichnet habe²².

Das Bekenntnis zur deutschen Gemeinschaft lag besonders beim sozialdemokratischen Parteivorstand nahe, dessen Translationstheorie von der Treuhänderschaft ja nicht nur rein organisationspolitisch zu begreifen ist: „Es gibt heute Emigranten, die alle ihre Wunschvorstellungen, die sie mit dem Gedanken an die Rückkehr nach Deutschland verbunden haben, zerbrechen sehen und resignieren. Der einzelne kann so handeln. Die Bewegung kann es nicht.“²³

Für die Parteiführung im Exil war die Auflösung der Weimarer Republik das oft zitierte historische Beispiel einer Reaktion auf diktierte Friedenslösungen; aus der Furcht vor einem „Über-Versailles“ entstand jener „nationale Minderwertigkeitskomplex“, den Maier-Hultschin als die Übernahme einer neuen Dolchstoßlegende durch die Sozialdemokratie charakterisiert: Hitler und der Nationalsozialismus seien die Folge der Erfüllungs- und Verständigungspolitik der Weimarer Koalitionsparteien gewesen, und nur ein nationaler Kurs könne die Wiederkehr des Rechtsradikalismus verhindern. Allein durch einen solchen Nationalismus werde man die Rückkehr in die Heimat nach Kriegsende sichern können²⁴.

So war in der Haltung der Exil-SPD bereits der Wille zur Revision des Kriegsergebnisses angelegt, soweit es die materielle Substanz des Deutschen Reiches als – natürlich friedliche und demokratische – europäische Macht auf lange Sicht beeinträchtigen würde. Den Ansatzpunkt hierfür sah man in der zukünftigen politischen Konstellation auf dem Kontinent: „An die Stelle der von Hitler versuchten ‚Neuen Ordnung Europas‘ wird nicht das von uns geforderte föderative Europa treten, sondern eine neue Mächtegruppierung unter der Führung der Sowjetunion, der im Herzen Europas das Vakuum Deutschland gegenübersteht.“²⁵ In der Auseinandersetzung zwischen Rußland und den demokratischen Siegermächten erhoffte die Sozialdemokratie von Großbritannien und den USA die Zurücknahme ihrer „Pläne und Ansichten“ zur Behandlung Deutschlands, bevor sie überhaupt vollzogene Tatsachen werden würden.

Mit der Einsicht in die Vergänglichkeitsunmittelbarkeit von außen endete ein Abschnitt in der Entwicklung der sozialistischen Emigration – ihre eigentlich „antifaschistische“ Periode, vielleicht sogar, wie es Paetel für die Emigrationspubli-

²² John L. Snell, *Dilemma Over Germany, Wartime Origins of the East-West-Conflict*, New Orleans 1959, S. 5.

²³ Erich Ollenauer, Manuskript, o. D. (Februar/März 1945), PVA-AKE, Union London, 1944–1945, Erklärungen, Vorschläge, Berichte.

²⁴ J. C. Maier-Hultschin, *Struktur und Charakter der deutschen Emigration*, in: *Pol. Studien*, 6 (1955), H. 67, S. 12.

²⁵ Siehe Anmerkung 23.

zistik andeutet, ihr Wesensgehalt als politisches Exil²⁶. An seine Stelle ist dann ein demokratischer Patriotismus getreten, der zwar weiterhin den Faschismus als seinen Hauptfeind begreift, vor allem anderen aber die territoriale, volkliche und politische Weiterexistenz des Vaterlandes zur Richtlinie seines Handelns macht, der bereits neue Loyalitäten, neue Gemeinsamkeiten kennt.

Hatte sich die Beschwörung des „Anderen Deutschland“ als Streitgenosse gegen Hitler für die Herstellung einer Gesinnungsgemeinschaft mit dem eigenen Volke als ungeeignet erwiesen, so konnte jetzt die Isolierung durch den nationalen Kampf gegen Annexion, Aufteilung und Fremdherrschaft überwunden werden.

²⁶ K. O. Paetel, Die Presse des deutschen Exils, 1933–1945, in: Publizistik, Jg. 1959, S. 245f.

Miszelle

FRANTIŠEK GRAUS

GESCHICHTSSCHREIBUNG UND NATIONALSOZIALISMUS

Vorbemerkung des Herausgebers

Der Abdruck der hier folgenden Miszelle bedarf einer gewissen Rechtfertigung. Einmal angesichts der Tatsache, daß die Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte im allgemeinen keine Einzelbesprechungen bringen. Hier aber handelt es sich um die Wiedergabe einer in einer tschechoslowakischen Zeitschrift¹ erschienenen Rezension des Buches von Karl Ferdinand Werner „Das NS-Geschichtsbild und die deutsche Geschichtswissenschaft“, Stuttgart 1967. – Zum anderen weil in den an die Rezension geknüpften und von ihr weithin ablösbaren Betrachtungen sich manche undifferenzierte und zugespitzte Urteile bilden (etwa die deutsche Germanistik, aber auch die deutsche Geschichtsschreibung betreffend), wogegen Einwendungen zu erheben wären und weil die eigene deutsche Auseinandersetzung mit bedenklichen Traditionen der Historiographie nicht voll zur Kenntnis genommen wird. Auf der anderen Seite aber sind eben diese Betrachtungen in so erfreulicher Weise frei von gängigen Klischees und sie enthalten so viele wertvolle Gesichtspunkte, daß wir sie gerne der deutschen Öffentlichkeit vorlegen. Der Verfasser, Professor an der Karls-Universität und Abteilungsleiter im Historischen Institut der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften in Prag, ist ein international hochangesehener Mediävist. Wir sind gewiß, daß seine Ausführungen gerade jetzt besonderes Interesse finden werden.

H. R.

Der Sieg des Nazismus in Deutschland und die Äußerungen des Terrors im 20. Jahrhundert sind nicht nur ein Schock für unser gemeinsames Kulturbewußtsein, sondern sie wurden auch zum Prüfstein für die Geschichtswissenschaft, auch wenn die Historiker sich dessen, so scheint es, bislang nicht voll bewußt sind. In erschreckender Gestalt offenbarte sich eine Barbarei, von der selbst knapp vor ihrem Sieg niemand vermutet hatte, daß sie überhaupt in unserem Jahrhundert noch eine ernsthafte Gefahr darstellen könnte. Eine erste Erschütterung der Illusion vom ständigen und ununterbrochenen Aufschwung der Menschheit war der Erste Weltkrieg; durch den Nazismus zerrann dann definitiv der schöne Traum vom mechanischen Fortschritt, bei dem jede Generation, auf der Schulter der vorhergehenden stehend, sich ständig der Vollkommenheit näherte. Anschaulich zeigte sich die Gefahr von Teilregressen, die absolute Vereinbarkeit des technischen Fortschritts mit einer vollkommenen gesellschaftlichen Rebarbarisierung.

Sobald sich die Unmenschlichkeit des Nazismus am Ende des Krieges in vollem

¹ Československý časopis historický 16 (1968), S. 215–219.

Lichte zeigte, sobald die systematische Vernichtung von Millionen unschuldiger Menschen offenbar wurde, begann man nicht nur die gerichtlich faßbaren Schuldigen zu suchen, sondern auch die „geistigen Väter“ des Nazismus zu erforschen, die Voraussetzungen zu analysieren, mit denen diese moderne Barbarei verknüpft war. Diese Aufgabe ist bislang nicht befriedigend gelöst, obwohl sich mit diesen Fragen heute schon eine umfangreiche Literatur befaßt, in der jedoch sonderbarerweise die Rolle der Geschichtsschreibung und der Historiker im ganzen nur in sehr bescheidenem Umfang geklärt wird. Diese Tatsache hat zweifellos recht verschiedenartige Ursachen; nicht zuletzt macht sich augenscheinlich in Deutschland auch das Streben bemerkbar, lebende Kollegen nicht zu diskreditieren, bzw. die Furcht vor ihrem Einfluß, der oft imstande ist, die Karriere allzu beflissener Forscher empfindlich zu bremsen. Aber ich bin nicht der Meinung, daß hier die Hauptursache und der entscheidende Grund liegen. Diese stecken meiner Ansicht nach eher in der Unfähigkeit, diese ganze Erscheinung historisch einzuordnen, im oft subjektiv ehrlichen Unvermögen, die Irrtümer, die eigene Verblendung oder die seiner Kollegen, Lehrer und Landsleute zu begreifen.

Noch während des Zweiten Weltkrieges (und in Deutschland gleich nach 1945) offenbarten sich drei Strömungen bei der Suche der „historischen Vorläufer“ des Nazismus, die schließlich präzise Formen annehmen: die erste suchte die Wurzeln des Nazismus in der fernen Vergangenheit des deutschen Volkes, verband Luther mit Friedrich II., mit Bismarck und Hitler; in ihrer dilettantischen Einseitigkeit und Einfältigkeit diskreditierte sie sich frühzeitig auch durch die direkte Anknüpfung an die Slogans der Propaganda aus der Kriegszeit. Diese Diskreditierung ging nach meinem Urteil manchmal sogar zu weit, denn einen bestimmten rationalen Kern kann man da trotz des zeitgebundenen Dilettantismus und der Exaltation immerhin doch begreifen. Nach dieser Ansicht waren die Deutschen zum Nazismus gewissermaßen „prädestiniert“, größtenteils ergab er sich aus ihrem „Nationalcharakter“ und aus der deformierten Entwicklung des deutschen Volkes. Es ist der Ausdruck einer gewissen Ironie der Geschichte, daß die antinazistischen Interpreten des Nazismus die Ansicht der deutschen Romantik übernehmen, dieser so ausgiebig von den Nazis verwendeten Ideologie, mit ihrer Lehre von der Beständigkeit und Unveränderlichkeit des „Volksgeistes“, des „Blutes“ und der grundlegenden Wesenszüge des „Deutschtums“.

Die zweite Deutung verengte die historische Galerie der Vorläufer des Nazismus wesentlich und sah in ihm bloß eine Agentur des deutschen Imperialismus. Hitler wurde als Willensvollstrecker der deutschen Imperialisten (bzw. des Weltimperialismus) gedeutet, die Intellektuellen, die ihm den Weg vorbereitet oder ihm gedient hatten, wurden als eine Bande bewußter Fälscher und Söldlinge geschildert. Diese simplizistische Theorie, bislang oft als die marxistische schlechthin bezeichnet, ist jedoch nicht imstande zu klären, warum am Anfang die Bewegung auch von Kreisen unterstützt wurde, die man nicht so einfach definieren kann, und vor allem, warum die große Mehrheit des deutschen Volkes – einschließlich der Arbeiterklasse – sich von Hitler so bereitwillig und beharrlich verführen ließ, so daß

wir einen tatsächlichen Widerstand der breiten Volksmassen nur in Publikationen vorfinden, die nach 1945 erschienen sind.

Die dritte Deutung, in der westdeutschen Publizistik am meisten verbreitet, sieht wiederum im Sieg des Nazismus das Resultat einiger unglücklicher Zufälle, gewissermaßen einen „Betriebsunfall“ der deutschen Geschichte, der jedoch (sei es in anderer Form und mit anderen Voraussetzungen und Ursachen) jedem anderen Volk auch passieren kann. Die Intelligenz wurde dieser Deutung nach nazistisch ausgerichtet und „gleichgeschaltet“, ihre große Schuld besteht darin, daß sie diese „Gleichschaltung“ duldete, ihr nicht Widerstand leistete, daß sie nicht dagegen ankämpfte. Das Versagen der deutschen Intelligenz muß demnach vor allem auf moralischer Ebene gesehen werden, eine Lösung ist im Bereich des individuellen Gewissens und des zivilen Mutes zu suchen.

Diese Meinung bildet den Ausgangspunkt der Arbeit von K. F. Werner, eines Mediävisten, der sich in einem Vortrag, der jetzt erweitert im Druck vorliegt, mit der Frage des Verhältnisses des Nazismus zur deutschen Historiographie befaßt. Es ist kein Zufall, daß sich gerade ein Mediävist dieser Aufgabe unterzog, denn auf dem Sektor, mit dem er sich gewissermaßen aus „Profession“ beschäftigt, offenbaren sich nationale und nationalistische Tendenzen in einer ideologisch „reineren“ Form als im Bereich der neueren Geschichte, wo diese Strömungen oft schon in politische Begriffe umgeprägt werden. Überdies nahm die Schilderung der „germanischen Frühzeit“ und des Hochmittelalters von jeher bei den deutschen nationalen Historikern eine Sonderstellung ein, denn sie wurden als „reiner“ und „nationaler“ als die Neuzeit eingeschätzt. In der Neuzeit, im Gegensatz zum Mittelalter, wurde dieser Ansicht nach das „Deutschtum“ oft „überfremdet“. Das wahre „Wesen des Deutschtums“ wurde deshalb meist in die germanische Frühzeit und in das Mittelalter projiziert.

Werners Arbeit ist in ihrer Gesamtheit eine Polemik, und zwar eine völlig berechtigte Polemik, gegen die in der BRD sehr verbreitete Ansicht von der „Gleichschaltung“ der Geschichtsschreibung im Dritten Reich und von der *moralischen* Schuld der Professoren und der Universitäten, die darin liege, daß sie Hitler nicht Widerstand geleistet haben. Werner weist nach, daß die Historiker gar nicht „gleichgeschaltet“ wurden, und zwar deshalb, weil sie in großem Maße überhaupt nicht „gleichgeschaltet“ werden mußten. Dabei hat der Verfasser die sogenannte akademische Geschichtsschreibung der Universitäten im Blick; beiseite bleibt die (gesellschaftlich einflußreichere) umfangreiche popularisierende und vulgarisierende Literatur auch der Bereiche, die sich mit der Geschichte eng berühren und vielleicht noch nachdrücklicher zur Schaffung eines Mythos von der deutschen Geschichte beigetragen haben als die Historiographie (etwa die Germanistik).

K. F. Werner skizziert zunächst kurz die Wichtigkeit des Vergangenheitsbildes für den Nazismus und verweist in diesem Zusammenhang auf einige Gedanken, die sich in der deutschen Geschichtsschreibung ausgeprägt schon vor Hitler zeigten: es ist dies die „Entdeckung“ der rassistischen Deutung der Geschichte, die Einbeziehung biologischer Vorstellungen in das Geschichtsbild, das Angstgefühl vor der

Gegenwart und hauptsächlich vor der Zukunft, ein verbohrtter Antisemitismus und der Glaube an die Notwendigkeit starker Führer, die berufen sind, die Völker zu führen. Das deutsche Geschichtsbild konzentrierte sich auf das eigene Volk, das als der Höhepunkt des bisherigen Geschichtsablaufs begriffen wurde.

Dazu kam noch der Schock der Niederlage im Ersten Weltkrieg, die die nationalistischen Publizisten und Historiker um nichts auf der Welt anerkennen wollten; sie wollten nicht sehen, wie ihre Konzeption der deutschen Geschichte in eine Sackgasse geführt hatte und wie kläglich die Ambitionen scheiterten, den Kontinent zu beherrschen. Schon vor Hitler war im wesentlichen der Kanon der nationalistischen historischen Vorurteile und Legenden gefestigt, aus der dann die nazistische Geschichtskonzeption entstand. Der Nazismus selbst hatte niemals eine präzise Geschichtsauffassung („eine offizielle, einheitlich geregelte Geschichtslehre des Nationalsozialismus hat es nicht gegeben“ – S. 24), schon deshalb nicht, weil sich seine Glorifizierung der Vergangenheit nur auf bestimmte Geschichtsepochen beschränkte, andere eliminiert er aus dem Vergangenheitsbild. Die Nazis konzentrierten sich deswegen auch nicht auf die Geschichtsschreibung, und ihre direkten Exponenten spielten auf diesem Gebiet keine erstrangige Rolle. Einige „Repräsentanten“ der nazistischen Geschichtsschreibung um W. Frank und um sein „Reichsinstitut für die Geschichte des neuen Deutschland“ charakterisiert Werner im zweiten Kapitel seiner Arbeit. Diese Institution hatte den Ehrgeiz, ein Parteiinstitut für Geschichte zu werden, sie drang jedoch mit ihren Forderungen nicht durch. Die Kraft der akademischen Geschichtsschreibung war stark genug, dieses Parteiinstitut an die Peripherie des ganzen Geschehens zu verdrängen. Eine größere Rolle für die Schaffung eines neuen historischen Bewußtseins spielten die SS-Institutionen, die sich mit allen Kräften bemühten, die „germanische Idee“ in der Geschichtsschreibung zu unterstützen, dadurch eine nicht geringe Rolle spielten und damit ein Erbe hinterließen, von dem sich die deutsche Mediävistik bis heute nicht völlig befreien konnte.

Die Erkenntnis von der völlig peripheren Rolle des Frankschen „Reichsinstituts“ führt den Verfasser im dritten Kapitel zur Untersuchung der sogenannten Gleichschaltung der deutschen Historiographie nach 1933 („Das Problem der „Gleichschaltung“ der deutschen Geschichtswissenschaft 1933–1945“). Nach 1933 kam es zu keinem „Umschreiben“ der Geschichte; es wurden Lehrkräfte entlassen, die „jüdischer Abstammung“ waren, und ein Teil der Ordinarien trat in die Nazipartei ein. Aber der Versuch nazistischer Studenten einer radikalen Umgestaltung der Universitäten im Geiste der faschistischen Forderungen scheiterte von allem Anfang an, und die deutschen Universitäten ließen in ihrer Gesamtheit nicht von ihren fachlichen, „akademischen“ Forderungen. Sie gaben in dieser Hinsicht nicht nach, verfielen aber gleichzeitig dem Nazismus völlig. „Waren nämlich deutsche Historiker in strikter Beibehaltung methodischer Forschung und Faktenermittlung von einer kaum zu modifizierenden Korrektheit, so hatten sich andererseits von jeher viele unter ihnen in der Deutung der ermittelten Fakten eine recht große Freiheit genommen, in der Thematik sich ganz überwiegend dem nach außen ge-

richteten Machtstaat und der Verherrlichung seiner Erfolge verschrieben“ [hier zitiert nach dem Original – Anm. des Übers.] (S. 69). Und das eigentliche Resultat der Analyse Werners ist, daß nicht der geringste Zweifel darüber besteht, daß es sich bei der Unterstützung des Nazismus durch die deutsche Geschichtsschreibung nicht um ein moralisches Scheitern, sondern um ein intellektuelles Versagen handelt („Kein Zweifel besteht daran, daß es in erster Linie ein *geistiges* Scheitern war“ – S. 67). Dieses Urteil ist tiefer und richtiger als die bisherigen Wertungen, und ich werde darauf noch weiterhin zurückkommen.

Aus der Logik dieser Feststellung ergibt sich zwingend die Frage, *warum* die Historiographie in ihrer Gesamtkonzeption so leicht verwundbar war, warum gerade sie beim Entstehen von Stimmungen und Meinungen mitwirkte, die den Faschismus hervorbrachten (4. Kap.: Die Anfälligkeit der deutschen Geschichtswissenschaft). Es war die traditionelle völlige Beschränkung auf Volk und Staat (dadurch unterschied sich bis zu einem gewissen Grad die konservative Historiographie von der Betonung der Rasse durch die Partei), der absolute Mangel an Verantwortungsbewußtsein bei der Verherrlichung von Gewalt und Macht, die Verachtung der Schergen und Henker, denen sie sich intellektuell weit überlegen fühlte und deren Mitschuldiger sie in Wirklichkeit wurde (S. 73–74). Die Verachtung aller „nicht-germanischen“ Völker, das stupide Gefühl der nationalen Überlegenheit und die Verächtlichmachung aller humanistischen Traditionen, die Bildung von Geschichtslagen (besonders des mittelalterlichen Reiches) sind die Schuld der deutschen Historiographie. Und zusammenfassend kann gesagt werden (5. Kapitel), daß die überwiegende Mehrzahl der Historiker dies nicht aus Zwang, sondern aus Überzeugung tat. „Es gab einen viel zu breiten, weit zurückreichenden Strom der politischen Übereinstimmung zwischen der konservativ-national geprägten Hochschullehrerschaft im Fach Geschichte (Ausnahmen stets vorausgesetzt) und den ‚Idealen‘, die der NS-Staat progagierte“ [zitiert nach dem Original – Anm. des Übers.] (S. 97) und Werner schlußfolgert, daß die Geschichte für sich nicht weiterhin die ausschließliche und führende Stellung in Anspruch nehmen darf (S. 99), daß sie eine Antwort auf die Frage suchen muß „Wollen wir Deutsche nur die Verführer verantwortlich machen oder wollen wir weiter fragen, warum wir uns so gern verführen ließen?“ (S. 101). Große Verbrechen entstehen gewöhnlich aus subjektiv gutgemeinten Absichten, und mit vollem Recht betont Werner (S. 106), daß die Deutung des Nazismus nur als das Werk von Verbrechern, als Ausfluß verbrecherischer Instinkte, ermöglicht durch Gehilfen von Verbrechern, in Wirklichkeit eine Verharmlosung des Nazismus ist.

Werners Arbeit ist ein ehrlicher Versuch der Bewältigung der Vergangenheit und überdies ein mutiger Versuch, denn der Autor macht wiederholt darauf aufmerksam, daß die Tendenzen, die zur Schaffung der nazistischen Geschichtskonzeption führten, nach 1945 nicht völlig verschwanden – und dazu gehört im deutschen Universitätsmilieu doch eine gewisse Zivilcourage. Ich möchte deswegen nicht einige Kleinigkeiten herausheben, in denen ich mit dem Verfasser nicht übereinstimme – dazu habe ich viel zu viel Respekt vor diesem Versuch. Ich er-

greife jedoch die Gelegenheit, um am Rande dieses Büchleins auf einige Aspekte der Problematik hinweisen zu können, die eine allgemeinere Bedeutung haben und die K. F. Werner zweifellos deswegen ausgeklammert hat, weil sie bei einem deutschen Autor, der für ein deutsches Publikum schreibt, notwendigerweise wie eine Exkulpation aussehen würden. (Auch diese Auslassung muß folglich dem Verfasser zugute geschrieben werden.)

Die Barbarei des Nazismus war so maßlos, daß sich der Mensch geradezu scheut, sie zu untersuchen, aus Furcht, daß jede Analyse irgendwie seine Dämonie abschwächt, daß jede geschichtliche Einordnung in größere Zusammenhänge wie seine Entschuldigung erscheinen wird. In der Tat nimmt er durch seine organisierte Ermordung von Menschen, durch seine Stupidität und Rücksichtslosigkeit einen Sonderplatz auch in der achtunggebietenden Galerie der Bestialitäten ein, durch die unser Jahrhundert gekennzeichnet ist. Und in der Tat verbirgt diese breitere Einordnung des Nazismus in den zeitgenössischen Kontext für jeden Deutschen – sei es auch nur unbewußt – die Gefahr einer Exkulpation in sich, die Möglichkeit der Verschleierung der Besonderheit des Nazismus und seiner hervorragenden Stellung in der Geschichte der modernen Barbarei. Für alle anderen Historiker besteht jedoch die tatsächliche Gefahr gerade in der *Nichteingliederung* des Nazismus in die Galerie der Greuel unseres Jahrhunderts, sie ist der Ausdruck einer Heuchelei, die sich sehr gründlich an uns selbst rächen könnte. Die allzu starke Isolierung aller mit dem Faschismus verbundenen Phänomene würde uns nur zu der irrigen Ansicht verleiten, daß der Nazismus aus dem „Deutschtum“ resultierte und daß die übrigen Völker *eo ipso* ihm gegenüber immun sind.

Denn die erste Frage, die dem Historiker sofort nach der Lektüre des Werner'schen Buches einfällt, ist, ob eigentlich nur die deutschen Universitäten und nur die deutsche Universitätswissenschaft versagt haben. Es ist sicher, daß hier das Versagen augenscheinlich ist und besonders schicksalhafte Folgen hatte. Aber wenn wir uns umsehen, dann stellen wir bestürzende Tatsachen eines gesellschaftlichen Versagens der Universitätswissenschaft geradezu überall fest: um nur auf dem Gebiet der Historie zu bleiben, weise ich z. B. auf den absoluten Mangel eines politischen Sinns der tschechischen Historiker während des Ersten Weltkrieges oder auf das völlige Versagen der französischen Historiker in der Zeit des Münchener Diktats hin. Sicher, jedes dieser Versagen, jeder der vielen Fehler und Mängel, die hier anzuführen wären, hatten Folgen, die mit der Entwicklung in Deutschland nicht vergleichbar wären. Aber man kann trotzdem nicht die Augen vor der Wirklichkeit verschließen, daß hier die Universitäten (und nicht nur die Geschichtswissenschaft) versagten, daß sich eine Kluft zwischen dem Anspruch der sogenannten akademischen Wissenschaft, die Gesellschaft zu leiten, und ihren Fähigkeiten und Möglichkeiten zeigte, eine Kluft, bei der es keinen Sinn hat, sie mit Illusionen und durch die Lautstärke ausgesprochener Forderungen zu verschleiern. Die Intelligenz, die sich dem Nationalismus² oder einer anderen Ideologie verschrieb, darf

² Diese Erscheinung beschrieb in einem seinerzeit sehr bekannten Büchlein Julien Benda, *La trahison des clercs*, 1927.

sich nicht wundern, wenn von ihr Tribut gefordert wird, wenn man von ihr fordert, daß sie gehorcht, anstatt daß sie leitet. Es ist leicht, den Historikern (und den Intellektuellen überhaupt), die in einem totalitären Regime leben, Mangel an Mut vorzuwerfen; aber das eigentliche Problem, die eigentliche Schuld liegt *vor* dieser Epoche, in der Mitschuld am Entstehen dieser Systeme. Sobald sich der moderne, terroristische Staatsapparat konsolidiert, sind gewöhnlich die Möglichkeiten irgendeines „inneren Widerstandes“ für die Intelligenz gering.

Die nächste Frage, die sofort die besondere Aufmerksamkeit des Historikers erweckt, ist die, ob man wirklich so genau die Methodik und die Interpretation von Ereignissen oder Fakten voneinander unterscheiden kann, wie wir es gewöhnlich tun. Mit Recht konstatiert nämlich Werner, daß vom „technischen“ Standpunkt aus die Mehrheit der deutschen Historiker „sauber“ arbeitete; sie machten sich „nur“ durch ihre Interpretation schuldig – bei der Deutung. Diese Feststellung ist umso schwerwiegender, weil gerade die deutsche Mediävistik wegen ihrer „Technik“ (z. B. der Editions-Technik) und Quellenanalysen sehr hoch geschätzt wurde. Wenn wir nun diese Erkenntnis verallgemeinern, stellen wir notwendigerweise die bekannte Tatsache fest, daß das eigentliche „historische Urteil“ nicht nur durch rein technische Faktoren bestimmt wird, sondern auch durch „nichttechnische“, d. h. durch solche Faktoren, die den Rahmen der gewohnten historischen Schulung und Auffassung überschreiten. (Ich weise für diesen Aspekt der Gesellschaftswissenschaften besonders auf die Ausführungen K. Mannheims hin, die bei uns sozusagen völlig unbekannt blieben.) In der Tat glaube ich, daß gerade hier eine der Hauptursachen des schicksalhaften Versagens der Historiographie des 20. Jahrhunderts liegt; in der völligen Ersetzung der wissenschaftlichen Geschichtsschreibung durch die historische Methode, in ihrer Isolierung gegenüber den übrigen Wissenschaften, in der Annahme, daß die wissenschaftliche Historiographie einerseits in der sorgfältigen Ausarbeitung von Details, andererseits in der Einordnung in vulgärsoziologisierende Schemata besteht. Dazu kommt das Vorurteil, aus dem 19. Jahrhundert ererbt, daß der historische Aspekt eine *bestimmende* Funktion in der Gesellschaft haben soll, anstelle der Erkenntnis, daß die Verbindung mit der Vergangenheit nur *einer* der Bestandteile (wenn auch ein unvermeidlicher und nicht ersetzbarer) unseres Lebens ist. Die schmeichelhafte Annahme von der führenden Stellung des Historikers auf dem Gebiet des sogenannten nationalen Lebens schuf nur zu oft den Typ des Erzkonservativen, der sich mit erhobenem Zeigefinger bemühte, der Gegenwart seine (in Wirklichkeit die „traditionelle“) Idealvorstellung des Volkslebens aufzuzwingen. Das Streben, die Vergangenheit des eigenen Volkes zu idealisieren und über die der übrigen (hauptsächlich der Nachbar-)Völker zu erheben, ist nicht nur ein Irrtum der Historiographie – es genügt, in Deutschland z. B. an Hegel oder an die Germanistik zu erinnern –, sie ist auch nicht nur ein Fehler der deutschen Historiographie, und wir müssen nicht allzuweit suchen, damit wir auffallend übereinstimmende Mängel vorfinden. (Dabei ist es keine Entschuldigung, daß die Konsequenzen *dieser* Beschränkung anderswo nicht so schicksalhafte Folge hatten wie in Deutschland.)

Als dritte Frage drängt sich unausweislich der Gedanke auf, ob der Begriff „Tradition“ selbst nicht einer gründlichen Nachprüfung bedarf. Wir haben uns an die bequeme Unterscheidung von „fortschrittlichen“ und „reaktionären“ Traditionen gewöhnt, wobei diese Epitheta gewöhnlich nach kurzfristigen und leicht utilitaristischen Augenblicksgesichtspunkten verteilt werden. Aber etwa die Rolle der deutschen antinapoleonischen Kriege (der sogenannten Befreiungskriege), die uns in kurzem zeitlichen Abstand aus verschiedenen Gesichtswinkeln in positiver Wertung serviert werden, zwingt uns zu tieferem Nachprüfen. Ich kann mich hier nicht um ihre Analyse bemühen; aber ich muß doch auf diesen Tatbestand, gerade in Verbindung mit der nazistischen Historiographie, hinweisen.

Unzweifelhaft liegt gerade auf diesem Gebiet vor der deutschen Historiographie noch eine große Aufgabe, die man nicht durch eine mechanische Verurteilung der Vergangenheit als „Irrweg“ bewältigen kann (wie es nach 1945 oft die Regel war), aber auch nicht dadurch, daß die Augen geschlossen werden vor den Irrtümern und diese dadurch verschleiert werden, daß die Schuld ausschließlich besonders profanierten Individuen zugeschrieben wird. Man kann doch nicht übersehen, daß bislang vielfach eine Germanomanie sehr eigenartiger Prägung weiterlebt, daß die Isolation der deutschen Geschichte sich weitgehend erhalten hat, daß bislang die gefühlsmäßige Annahme einer „Überlegenheit“ den Nachbarvölkern gegenüber nicht völlig verschwunden ist, die sich gewöhnlich in der Ignorierung z. B. der Geschichte der benachbarten slavischen Völker äußert. Schwerwiegende Bedenken muß das neuerliche Aufleben verschiedener nationaler Traditionen erwecken, die schon ihrem Wesen nach nationalistisch aggressiv sind (z. B. die verschiedenen Äußerungen führender Denker – oder „Denker“? – aus der Zeit der sogenannten Befreiungskriege).

Besondere Aufmerksamkeit wird der Kampf gegen die Idealisierung der Vergangenheit erfordern, die (in populärer oder in gelehrter Form) die Vergangenheit als einen idyllischen Zufluchtsort schildert, wohin sich der moderne, „entfremdete“ Mensch (aber wem eigentlich entfremdet?) wenden könnte, wo er jene Ruhe des Geistes finden würde, die er nicht in sich oder in der Gegenwart findet. Eine erst-rangige Aufgabe der historischen Wissenschaft überhaupt scheint mir heute der Kampf gegen *jede* Idealisierung, wie immer ihre Notwendigkeit auch begründet werden mag und unter welchen Voraussetzungen sie auch geschaffen werden. Es ist nötig, die Borniertheit zurückzuweisen, wie sie sich auch immer maskieren mag, Vorurteile und liebgeordnete Legenden abzulehnen, mag auch ihre Notwendigkeit aus augenblicklichen politischen Erfordernissen oder vom Standpunkt einer langfristigen „nationalen“ Notwendigkeit verteidigt werden. Eine Lüge legt Grund für die andere, eine Legende gebiert eine andere, und falls die Historiographie einmal auf den mythenbildenden Irrweg gerät, liegt es nicht mehr in ihrer Macht, einen weiteren „Mißbrauch“ zu verhindern, selbst wenn sich das dann einzelne Historiker wünschen. Es ist das Schicksalhafte der menschlichen Existenz, daß auch der subjektiv ehrliche Mensch, der mit den besten Absichten handelt, objektiv schuldig werden kann. Die Geschichtsschreibung kann auch bei der Einhaltung

aller „wissenschaftlichen Regeln“ versagen. (Um so eher, wenn die Arbeitsregeln nicht eingehalten und Quellen gefälscht werden.)

Die Historiker des 19. Jahrhunderts glaubten, daß es Hauptaufgabe der Geschichtsschreibung sei, Vorbilder zu schaffen und unveränderliche Ideale des Volkslebens festzulegen. Im 20. Jahrhundert ist es eher die Aufgabe der Historiographie zu warnen, zu mahnen und anstelle des Heraushebens von Vorbildern und der Anpreisung trügerischer Rezepte zum Nachdenken anzuspornen, auf die Klippen und versäumten Gelegenheiten hinzuweisen, auf die *Vieldeutigkeit* der Vergangenheit und Gegenwart und auf ihre schicksalhafte Verknüpfung. Nicht zuletzt dient die Erforschung der Historiographie im 20. Jahrhundert der Erkenntnis, wie verhängnisvoll historische Mythen sein und wie Schemata und Vorurteile eine schicksalhafte Rolle spielen können, auch wenn sie ursprünglich mit der besten Absicht geschaffen wurden.

Dokumentation

ERICH KOCH-WESERS AUFZEICHNUNGEN VOM 13. FEBRUAR 1919

Die nachstehend abgedruckten Aufzeichnungen von Erich Koch (nach seinem Wahlkreis Weser-Ems heute allgemein als Koch-Weser, früher gern als Koch-Kassel bezeichnet) stellen unter dessen tagebuchartigen Niederschriften eine Besonderheit dar, sowohl dem Umfang wie der Intention nach. Während Kochs Tagebuch gewöhnlich kurze Notizen enthält, die – flüchtig hingeworfen – den Tagesablauf festhalten sollten, handelt es sich hier um eine verhältnismäßig detaillierte Skizze der innen- und außenpolitischen Situation Deutschlands im Februar 1919. Darin liegt gleichzeitig der Wert dieser Aufzeichnungen: sie vergegenwärtigen die Probleme, mit denen die Politiker in der Anfangszeit der Weimarer Republik konfrontiert waren.

Ersten Rang nimmt der abzuschließende Friedensvertrag ein, über dessen Härten sich Koch-Weser, zumindest in territorialer Hinsicht, gar keine Illusionen macht. Die größte Sorge bereitet ihm dabei das linksrheinische Land, dessen separatistische Unterströmungen eine für Deutschland ungünstige Friedensregelung geradezu zu provozieren schienen. Aber wie bezüglich anderer Gebiete, so macht sich auch hier bei Erich Koch ein gewisser Fatalismus geltend: ein rheinischer Separatstaat solle wenigstens nicht freiwillig zugestanden werden, sondern von den Feindmächten gefordert werden; „die Geschichte“ müsse dies dann wieder korrigieren. Bemerkenswert ist, daß Koch-Weser die territorialen Fragen nicht nur aus der deutschen Perspektive sieht, sondern sie auch mit den Augen der Feinde, gleichsam von außen, zu betrachten weiß, und daß er gleichzeitig die Schwierigkeiten innerhalb der Entente berücksichtigt. Ein distanzierter, gänzlich „unnationaler“ Gesichtspunkt läßt ihn erkennen, daß die Saar „mit einem gewissen Rechte“ an Frankreich angegliedert werden könnte.

Mit der Darstellung der inneren Lage betritt Koch-Weser sein eigentliches Interessengebiet. Freilich scheint er auch einige außenpolitische Ambitionen gehabt zu haben; so fühlte er sich schon im April 1919 in der Lage, den Gesandtschaftsposten in Stockholm zu übernehmen. Aber hauptsächlich war er doch in der Kommunalpolitik tätig gewesen, seit 1901 als Bürgermeister in Delmenhorst, zuletzt (1913 bis 1919) als Oberbürgermeister in Kassel. Ende September 1919 wurde er zum Oberbürgermeister von Düsseldorf gewählt; Koch entschied sich indes für das ihm gleichzeitig angetragene Amt des Reichsinnenministers, als seine Partei, die DDP, in das zweite Weimarer Kabinett unter der Führung des Sozialdemokraten Bauer eintrat. Da Koch neben seiner kommunalen Tätigkeit auch in verschiedenen Landesparlamenten mitwirkte, zuletzt (1915 bis 1918) als Mitglied des preußischen Herrenhauses, erwarb er sich einen geschärften Blick für die Belange der Bevölkerung sowie einen ausgeprägten Sensus für parlamentarisch-politische Verfahrensformen. Seine etwas pedantisch anmutenden Erörterungen über die Fett- und Getreide-

tonnage legen davon ebenso Zeugnis ab wie seine – mit viel großzügiger Souveränität dargebotenen – Bemerkungen zur parlamentarischen Arbeit der Nationalversammlung.

Von den anstehenden Sachproblemen im Innern hebt Koch die Ernährungslage und die Aufrechterhaltung der Ordnung durch ein traditionell organisiertes Heer hervor. Dann aber geht er über zu einer Charakterisierung derer, die diese Probleme zuvörderst zu meistern hatten. Scharf und mit einem Anflug von Verachtung, aber auch mit einem deutlichen Bemühen um Verständnis, ja, mit einem gewissen Mitleid kritisiert er die Persönlichkeiten von Ebert und Scheidemann, die aufgerufen waren, das deutsche Volk zu führen. Mit gleicher Kompromißlosigkeit, wenn auch nach mildernden Umständen suchend, stellt er die Fraktionen der neugewählten Nationalversammlung vor. Überall, auch in seiner eigenen Fraktion, sieht er Schwächen und Mängel, aber er sieht doch bei allen Bedenken noch nicht die Funktionsfähigkeit des Parlaments in Frage gestellt, möchte im Gegenteil manches zu Mißbilligende als Anfangerscheinung gewertet wissen. Ähnlich kritisch äußert er sich auch zu dem Problem der Bildung der ersten Weimarer Regierung, das seiner Ansicht nach „zu schnell gelöst“ worden war. Am 13. Februar war nach nicht ganz zweiwöchigen Verhandlungen das Kabinett Scheidemann zustande gekommen, das auf einer soliden parlamentarischen Basis ruhte und das am 20. Juni 1919 zurücktrat, nicht weil diese parlamentarische Basis wieder in die einzelnen Parteien zerfallen wäre, sondern weil das Kabinett (ebenso wie die Parteien) über der Frage der Annahme des Versailler Friedensvertrages auseinandergebrochen war. Die z. T. überaus scharfen Beanstandungen der ersten Weimarer Kabinettsbildung hätte Koch aus der Rückschau wahrscheinlich erheblich abgemildert; heute wissen wir, daß diese von allen Regierungsbildungen noch die geringste Reibung erzeugt hat. In der Folgezeit wird auch Kochs Diktion noch schroffer; zu dem Ringen um Ministerposten bei der Bildung des Kabinetts Müller im März 1920 schreibt er (Fasz. Nr. 27): „Eine elende Handelei ohne tieferen Sinn und höheres Verantwortungsgefühl.“ Die Aufzeichnungen schließen mit einigen Interna aus den Beratungen der Notverfassung. Koch-Weser greift aus diesen Beratungen einzig die Regelung des Verhältnisses von Reich und Ländern heraus, ein Problem, das ihn offensichtlich – wie auch später bei den Beratungen im Verfassungsausschuß – ganz besonders interessiert hat.

Mit überraschend kritischer Distanz steht Erich Koch-Weser seinen Parlamentarierkollegen gegenüber. Einen der wesentlichen Mängel seiner eigenen Fraktion sieht er darin, daß zu viele der alten Parlamentarier wiedergekommen seien. Er, der Neuling unter den Abgeordneten, bemerkt ein Übermaß an Routine und taktischem Kalkül, vermißt jegliche Spontaneität. Zwei Wochen nach Eröffnung der Nationalversammlung, am 20. Februar, schreibt Koch in sein Tagebuch (Fasz. Nr. 16): „Es ist geisttötend, sich als Parlamentarier durchs Leben schlagen zu müssen. Man hat immer etwas zu tun, aber tut selten etwas.“ Die Parlamentarier führen fort, wo sie im alten Reichstag unliebsam, durch „ausgelassenes Benehmen“ (Th. Mann) unterbrochen, aufgehört hatten. Gerade der jüngere Historiker wird einer solchen Deu-

tung viel Sympathie entgegenbringen und wird eine solche Deutung umso höher zu werten wissen, als sie ganz zu Anfang der Weimarer Zeit vorgenommen wurde, und nicht erst mit Wissen um den teils tragischen, teils peinlichen Ablauf der Weimarer Geschichte. Der Historiker wird, um den Quellenwert von Kochs Aufzeichnungen auszumessen, allerdings auch zu berücksichtigen haben, daß Koch, ein sehr impulsiver Mann, häufig und fast immer unter dem Eindruck des Augenblicks schrieb. Manche seiner Urteile kehrten sich innerhalb kurzer Zeit in ihr Gegenteil um. Dazu mag Kochs Vorliebe für pointierte Formulierungen beigetragen haben, für Formulierungen, die bestechen und die so übernommen werden möchten, die aber so apodiktisch auch wieder nicht genommen werden wollen.

Beachtenswert ist, daß Koch-Weser, wo er „das“ Parlament, „die“ Parteien beschreibt, fast immer nur Personen nennt; die „Strukturanalyse“ liegt Koch nicht. In der Tat ist es fraglich, inwieweit sie ein historisches Phänomen erfassen kann. Jede abstrahierende Beschreibung historischer Komplexe ist der Gefahr ausgesetzt, entweder: zu abstrakt, zu logisch zu werden, oder: dem geschichtlichen Sachverhalt zwar angemessener, dafür aber widersprüchlich zu sein. Auch Koch begibt sich in Widersprüchlichkeiten, wo er theoretisiert. So fordert er z. B. für „die richtige Art“ von Parlamentarismus, daß der bereits ernannte Kanzler sich seine Minister aus den Parteien nimmt, mit denen er zusammenarbeiten wolle. Den Parteien sei dann anheimgestellt, „das so gebildete Kabinett von vornherein als Ganzes abzulehnen“. An anderer Stelle indes bemängelt Koch den „Unsinn“, daß bereits die Parlaments-sitzung anberaumt sei, in der sich das neue Kabinett vorstellen solle, ohne daß eine endgültige Einigung unter den Fraktionen erfolgt sei. Kochs Stärke liegt in der prononcierten Situationsschilderung, die die Atmosphäre erahnen läßt. Auch hier ist bezüglich des Quellenwertes zu fragen, inwieweit diese anschaulichen Schilderungen tatsächlich auf eigener, unmittelbar erlebter Anschauung beruhen, oder inwieweit seine Phantasie ihn beflügelt hat. So war z. B. Koch offensichtlich bei den interfraktionellen Besprechungen nicht zugegen, von denen er doch schreibt, daß sie „mit mangelnder Formulierungskunst“ geführt worden seien. Ein anderes, für Kochs Kritik gravierenderes Beispiel ist das in Anmerkung 89 korrigierte.

Koch-Weser schrieb die Aufzeichnungen anscheinend in einem Zuge kurz („zwei Stunden“) vor der Parlamentssitzung nieder, in der das neugebildete Kabinett Scheidemann seine Regierungserklärung abgab, und zwar offenbar nicht in die Kladde, in der Koch sonst seine tagebuchartigen Bemerkungen niederzulegen pflegte. Denn während der Sitzung machte er sich wiederum einige Notizen, die sich heute in einem anderen Faszikel (Nr. 16) befinden. Die Aufzeichnungen waren mutmaßlich für einen späteren Druck bestimmt. Daher erklärt sich das maschinenschriftliche Manuskript, das für den eigenen Gebrauch unnötig gewesen wäre; daher erklären sich handschriftliche Abmilderungen im Text sowie die zahlreichen Randglossen (wie „mildern!“, „Namen weglassen“ usw.), die sämtlich, wie Frau Dr. Koch-Weser bestätigte, die Handschrift Kochs tragen und die bei einer späteren Überarbeitung berücksichtigt werden sollten. Eine Überarbeitung für den Druck wäre auch erforderlich gewesen: Manche Formulierungen sind recht gedrechselt

(„der Ausbruch von Unruhen“ müsse „starke Aussichten haben“); die Wortwahl ist mitunter zu anspruchslos (die Volksführer würden „plötzlich“ die „kleinen“ „Kleinbürger“, die „plötzlich“ regieren sollten); die Syntax ist manchmal gestelzt („Naumann [...] erweist sich [...], daß er [...]“).

Die von Koch wohl geplante Veröffentlichung wurde durch die politische Entwicklung in Deutschland verhindert, die auch sein persönliches Schicksal bestimmte. Koch emigrierte im Herbst 1935 nach Brasilien, wo er sich bis zu seinem Tode im Jahre 1944 aufhielt. Die Aufzeichnungen vom 13. Februar 1919 befinden sich jetzt innerhalb seines Nachlasses im Bundesarchiv Koblenz (Fasz. Nr. 17). Frau Dr. Koch-Weser, die Gattin des ehemaligen Ministers, erteilte freundlicherweise die Erlaubnis zur Veröffentlichung.

Die hier wiedergegebene Fassung übernimmt den Text des Manuskripts. Die damalige Schreibweise wurde beibehalten; reine maschinenschriftliche Fehler wurden stillschweigend korrigiert, sonstige Korrekturen sind vermerkt. Der wissenschaftliche Apparat beschränkt sich streng auf Anmerkungen zum Text, insbesondere erheben die Angaben zu den erwähnten Personen in keiner Weise den Anspruch, Kurzbiographien zu sein.

Günter Arns

Dokument

Weimar, am 13. Februar 1919

In den letzten Tagen vor Eröffnung der Nationalversammlung¹ und während der ersten Woche ihrer Tagung bin ich so überlastet gewesen, daß ich darauf habe verzichten müssen, meine Eindrücke über die Lage niederzuschreiben.

Die Lage ist fast noch ernster, als ich das in den letzten Monaten in Cassel geglaubt habe. Was zunächst die äußere Politik angeht, so fehlt jegliche Klarheit über die Absichten der Gegner. Bald äußert der eine Vertrauen auf² den guten Willen und die Kraft Wilsons³, bald spricht der andere von seinem schwindenden Einfluß und den Erdrosselungsabsichten der anderen Gegner. So sagte Landsberg⁴ vor einigen Tagen in einer interfraktionellen Besprechung über die Notverfassung⁵, es sei gar nicht daran zu denken, daß die Franzosen mit ihren Wünschen wegen des Saargebiets und des Rheinlandes durchkämen. Brockdorff-Rantzau⁶ aber soll sich Falk⁷ gegenüber durch-

¹ 6. Februar 1919.

² Im Manuskript: „über“.

³ Thomas Woodrow Wilson, Demokrat, war seit 1913 Präsident der USA. Seine „Vierzehn Punkte“ wurden deutscherseits als Grundlage und Voraussetzung eines Friedens zwischen den Entente-Mächten und Deutschland angesehen; vgl. auch S. 109.

⁴ Otto Landsberg, SPD, Mitglied der Nationalversammlung (im folgenden: MdN), seit 10. November 1918 Volksbeauftragter, seit 13. Februar 1919 Reichsjustizminister (bis 20. Juni 1919).

⁵ „Gesetz über die vorläufige Reichsgewalt“ vom 10. Februar 1919 (RGBl. 1919, S. 169). Zu den Beratungen dieses Gesetzes vgl. S. 114.

⁶ Ulrich Graf von Brockdorff-Rantzau, Staatssekretär/Reichsminister des Auswärtigen seit 2. Januar 1919 (bis 20. Juni 1919), stand der DDP nahe und wurde bei der Bildung des Kabinetts Scheidemann dieser Partei zugerechnet.

⁷ Bernhard Falk, führendes Mitglied der DDP in Köln, MdN für den Wahlkreis Köln-Aachen.

aus pessimistisch geäußert haben. Was zunächst Elsaß-Lothringen angeht, so ist es verloren⁸. Niemand scheint auch nur an eine Volksabstimmung zu denken. Die Elsässer spüren die Faust des Siegers und ducken sich, auch soweit sie deutschfreundlich sind. In einer Konferenz, die wir zu [!] einigen Herren vom Vorstände der Demokratischen Partei am vorigen Freitag⁹ mit Vertretern des Elsaß hatten, erklärten sie, daß viele ihrer Freunde tagsüber den Franzosen zujubelten, aber nachts in die Kissen weinten. Sie wünschen eine Vertretung als Elsaß-Lothringer in der Nationalversammlung. Aber die Personen, die sie präsentieren, sind zum großen Teile altdeutsch¹⁰ und können sämtlich keinen Anspruch darauf erheben, die Masse der Bevölkerung, ja auch nur die politischen Parteien im Elsaß zu vertreten. Wenn damit ein heilsamer Protest gegen Frankreich verbunden wäre, der uns zwar wohl nicht Elsaß-Lothringen erhalten¹¹, aber die Festigkeit unseres Willens gegenüber weitergehenden Ansprüchen Frankreichs bekunden würde, so könnte man dem Verlangen auf Zuwahl in die Nationalversammlung entsprechen. Es ist aber zu befürchten, daß die Zusammensetzung der Zugewählten¹² nur Hohn und Spott hervorrufen wird. Dernburg¹³ war gegen die Zulassung¹⁴. Nitzsche¹⁵ aus Sachsen, ein Minister aus den Zeiten der Revolution und auch sonst ein kurzsichtiger und verantwortungsloser Mensch, erklärte sich, schwach wie solche Männer gegenüber Deputationen zu sein pflegen, unbedingt dafür.¹⁶ Naumann¹⁷ schwankte. Ich habe erklärt, daß ich in solchen Fragen dem Auswärtigen Amte die Führung überlassen müsse und bin damit durchgedrungen. Aber es scheint, daß auch das Auswärtige Amt nicht weiß, was es will.

Traurig liegen die Verhältnisse bezüglich des linksrheinischen Gebietes. Nachdem die Feinde in den Waffenstillstandsbedingungen von der Besetzung der strategisch wichtigen Punkte sprachen¹⁸, haben sie ihr ganzes gewaltiges Heer über dies Gebiet

⁸ Vgl. Art. 51–79 Versailler Vertrag.

⁹ 7. Februar 1919.

¹⁰ D. h. nach 1871 aus dem Altreich nach Elsaß-Lothringen zugezogen.

¹¹ Handschriftlich korrigiert aus „erhält“.

¹² Handschriftlich korrigiert aus „Kommission“.

¹³ Bernhard Dernburg, Mitbegründer der DDP, MdN, seit 19. April 1919 (bis 20. Juni 1919) Reichsfinanzminister (für Schiffer; vgl. Anm. 85).

¹⁴ Handschriftlich korrigiert aus „Wiederzulassung“.

¹⁵ Es ist nicht ganz klar, ob August Emil Nitzsche oder Emil Robert Nitzschke gemeint ist. Die Nennung der Person in Zusammenhang mit der Konferenz von Vertretern des Elsaß und Vorstandsmitgliedern der DDP spräche für E. R. Nitzschke, obwohl im Manuskript zweimal „Nitzsche“ geschrieben steht. E. R. Nitzschke gehörte zum linken Flügel der Nationalliberalen Partei, trat dann der DDP bei, wurde MdN für den Wahlkreis Sachsen, war vom 1. bis 15. November 1918 (also vor Ausbruch der Revolution in Sachsen) sächsischer Staatsminister (seit 6. Oktober 1919 sächs. Finanzminister). – A. E. Nitzsche war Sozialdemokrat, indes nicht MdN, wurde am 21. Januar 1919 sächsischer Finanzminister (bis 6. Oktober 1919).

¹⁶ Am Rande ein handschriftliches Fragezeichen.

¹⁷ Friedrich Naumann, Mitbegründer der DDP (ab Juli 1919 Vorsitzender), MdN, schrieb u. a. „Demokratie und Kaisertum“, Berlin-Schöneberg 1900 (Neuausgabe in: Fr. Naumann, Werke, Bd. 2, Köln/Opladen 1966, S. 1–351), und „Mitteleuropa“, Berlin 1915 (Neuausgabe in: Werke, Bd. 4, Köln/Opladen 1966, S. 485–767). Im letzteren Werk spricht sich Naumann für einen „Oberstaat“ oder „Staatenbund“ Mitteleuropa aus, dessen Kern Deutschland und Österreich-Ungarn bilden sollten, zu dem aber auch „in fernerer Zukunft“ Frankreich, Italien, „die nordischen Mächte, die Rumänen, Bulgaren, Serben, Griechen, [...] Holland und die Schweiz“ gehören könnten. – Vgl. auch Anm. 86.

¹⁸ Punkt 5 Waffenstillstandsabkommen zwischen Deutschland und den Entente-Mächten vom 11. November 1918.

ausgebreitet. Das ist allein finanziell eine ungeheure Last, da Deutschland die Kosten der Besetzung zu tragen hat¹⁹. Es führt aber auch dazu, daß die Franzosen offen und geheim für die Loslösung des Rheinlandes von Deutschland werben. So erlassen sie in der Pfalz Proklamationen, in denen den Einwohnern gesagt wird, man würde ihnen die Wohltat erweisen, Franzosen zu werden, sobald sie dessen würdig seien. In Birkenfeld²⁰ erscheinen Bekanntmachungen unter der Firma „République Française [/] Province de Birkenfeld“. Die Städte halten sich im allgemeinen gut. Aber die Bauern, die auf der einen Seite ein zerrüttetes Deutschland sehen und unerträgliche Lasten befürchten und auf der anderen Seite die französische Ordnung, denken, wie immer, zuerst an die Erhaltung der eigenen Scholle und beginnen zu schwanken. Dem Klerikalismus der Bevölkerung wird klug entgegengekommen, indem z. B. der General Mangin²¹ sich eine eigene Kapelle hat errichten²² lassen, in der er jeden Morgen die Messe hört²³ und diese Tatsache durch die Zeitungen veröffentlicht. Die Franzosen rechnen offenbar nicht auf eine Annexion des Gebietes. Sie erhoffen aber eine Neutralitätserklärung oder ähnliches, die es ihnen ermöglicht, die Bevölkerung allmählich zu sich zu ziehen²⁴. Das schlimmste dabei ist, daß sie sich der deutschen militärischen Fachausdrücke aus der Zeit des Krieges bedienen. Wie man bei uns Belgien so häufig als Festungs-Glacié oder als Aufmarschgebiet oder Ausfalltor bezeichnet hat, so erklären auch sie jetzt, das Rheinland dürfe mit Rücksicht auf einen künftigen Krieg nicht in der Hand Deutschlands bleiben. Sie seien die nächst Bedrohten [!]. Sie verlangen deshalb die Bildung eines neutralen Staates oder eine dauernde militärische Besetzung des Rheinlandes. Es scheint, daß die Engländer dagegen sind, weil sie die Franzosen nicht zu mächtig werden lassen wollen. Denn sie halten es wie immer gegen den stärksten Degen mit dem zweitstärksten. Aber es kann uns gehen wie [den Italienern] 1815 auf dem Wiener Kongreß, wo England entgegen seiner Tradition das geeinte Italien wieder zerstören ließ, weil es die Ruhe Europas gefährdete²⁵. Die Ruhe Europas wird in diesem Falle der Vorwand sein, der wirkliche Grund aber der, daß England, das ja überall in der Welt Berührungspunkte mit Frankreich hat, sich Kompensationen in Syrien, Arabien und wo sonst noch zugestehen läßt²⁶. Daß Wilson gegen die Dings ist, steht fest. Aber wie stark die Macht Amerikas gegenüber den Verbündeten ist, ist zweifelhaft. Wenn man auch weiß, daß innerpolitische Schwierigkeiten einen Präsidenten der Vereinigten Staaten im allgemeinen außenpolitisch wenig behindern, so scheint doch Wilsons eigene Macht in Amerika so zu schwanken, daß Rückwirkungen nicht ausbleiben werden. Es bleibt immer bestehen, was ich schon im Herbst geschrieben habe²⁷, wäre der Kaiser beizeiten gegangen, so hätte Wilson

¹⁹ Punkt 9 Waffenstillstandsabkommen.

²⁰ Stadt im Nahetal. Das ehemalige Fürstentum Birkenfeld gehörte als Exklave zum Großherzogtum/Freistaat Oldenburg. Am 14. Juli 1919 etablierte sich unter offener französischer Duldung eine „Republik Birkenfeld“, die freilich bald sang- und klanglos wieder verschwand.

²¹ Im Manuskript „Magnin“. – Charles M. Mangin wurde nach dem Waffenstillstand Oberbefehlshaber der französischen Rheinarmee (bis Ende 1919) mit Sitz in Mainz.

²² Handschriftlich korrigiert aus „bauen“.

²³ Handschriftlich korrigiert aus „hält“.

²⁴ Für die separatistischen Bestrebungen im Rheinland vgl. Rudolf Morsey, Die Deutsche Zentrumspartei 1917–1923, Düsseldorf 1966, S. 117–128, 246–269; Karl Dietrich Erdmann, Adenauer in der Rheinlandpolitik nach dem Ersten Weltkrieg, Stuttgart 1966.

²⁵ Vgl. die Dokumentation von Hans-Dieter Dyroff, Der Wiener Kongreß 1814/15, München 1966, S. 174–210.

²⁶ Vgl. Gerhard Schulz, Revolutionen und Friedensschlüsse 1917–1920, München 1967, S. 48–61, 249–264.

²⁷ Nicht zu ermitteln; es handelt sich wohl um einen Zeitungsartikel.

rechtzeitig einen großen Triumph erlangt, und es hätte sich voraussichtlich in den einige Tage später stattfindenden Wahlen in Amerika²⁸ keine republikanische Mehrheit gegen ihn ergeben. Jedenfalls steht es nicht außer dem Bereiche der Möglichkeit, daß irgend ein Kompromiß zustande kommt, das den Wilsonschen Formen anscheinend gerecht wird, in der Sache aber die Franzosen befriedigt. Nun wissen die Rheinländer bei allem nicht, was sie tun sollen. Englische Agenten flüstern ihnen zu, daß man auf Seiten der Entente sicher milder gestimmt sein würde, wenn nicht mehr Preußen im Rheinland herrsche, sondern ein selbständiger, dem Deutschen Reiche zugehöriger Freistaat. Das kommt den Wünschen des Zentrums, das seine katholische Schule am Rheine erhalten wissen möchte, zu statten²⁹. Die Demokraten bleiben vorläufig mißtrauisch. Die einen – wie z. B. Falk⁷ – namentlich die im besetzten Gebiete wohnen, sind mehr geneigt, diesen Anregungen zu glauben. Die anderen – wie z. B. Erkelenz³⁰ – verhalten sich ablehnend. Es gibt aber niemand, der sie aufklären könnte. Persönlich scheint mir vorläufig das Richtige zu sein, daß man nichts freiwillig tun sollte. Ist der Rheinische Bundesstaat wirklich etwas, was den Forderungen der Feinde entgegenkommt, so mögen sie es sich in den Friedensverhandlungen ausbedingen. Heute erscheint mir jede Nachgiebigkeit gegenüber unklaren und unamtlichen Einflüsterungen als Schwäche, die die Gegner zu weiteren Forderungen reizen könnte. Wagen die Gegner tatsächlich eine Räuberei an deutschem Gebiet, so muß die Geschichte das wieder gutmachen³¹.

Ein ganz besonderes Kapitel ist das Saargebiet, das außerordentlich stark gefährdet ist. Einmal, weil hier historisch einige fadenscheinige Gründe für die Zugehörigkeit zu Frankreich angeführt werden können, und zum anderen, weil die Franzosen auf Grund der Zerstörungen eigener Bergwerke, deren Wiederherstellung angehlich 10 Jahre erfordern soll, eine große Kohlennot haben, für die die Forderung der Schadloshaltung durch eine Angliederung oder Besetzung des Saargebiets auf Grund des von Wilson eingenommenen Standpunktes mit einem gewissen Rechte begründet werden kann³².

Im Osten liegen die Dinge trostlos. Es fehlt an jeder Möglichkeit, die Empörung der Polen niederzukämpfen. Der Kriegsminister³³ hat in einer Versammlung der Abgeordneten aus dem Osten nichts anderes zu tun gewußt, als zu Geduld zu mahnen. Die Soldatenräte haben zum Teil die Anordnung des Kriegsministers über die Kommandogewalt³⁴ nicht anerkannt. Und wenn die Soldaten auch so vernünftig gewesen sind,

²⁸ Am 5. November 1918; gewählt wurden für das Repräsentantenhaus 238 (bisher 199) Republikaner sowie 195 (bisher 227) Demokraten; für den Senat 49 (bisher 41) Republikaner und 47 (bisher 55) Demokraten.

²⁹ Koch-W. spielt hier an auf die preußische Schulpolitik während der Revolutionszeit unter Adolf Hoffmann (USPD) und Konrad Haenisch (SPD); vgl. Hermann Giesecke, Zur Schulpolitik der Sozialdemokraten in Preußen und im Reich 1918/19, in dieser Zeitschrift 13 (1965), S. 162–177.

³⁰ Anton Erkelenz, DDP, MdN für den Wahlkreis Düsseldorf 1. – Am Rande handschriftl. Vermerk: Namen streichen?"; nachträglich wieder gestrichen.

³¹ Auf Grund des Versailler Vertrages (Art. 428–432) blieb das linksrheinische Gebiet besetzt und wurde etappenweise wieder geräumt (endgültig am 30. Juni 1930).

³² Auf Grund des Versailler Vertrages (Art. 16–40) wurde das Saargebiet mit französischer Verwaltung dem Völkerbund unterstellt; der weitere Verbleib bei Deutschland sollte vom Ausfall einer Anfang 1935 stattfindenden Abstimmung abhängen.

³³ Walther Reinhardt, Oberst, seit 3. Januar 1919 preußischer Kriegsminister (bis 22. Juni 1919).

³⁴ „Erlaß der Reichsregierung [!] über die vorläufige Regelung der Kommandogewalt

diese Kerle abzusetzen, so hat die Prozedur doch 3 Tage gedauert, zum Verlust wichtiger Stellungen geführt und den Polen gestattet, um 20 Kilometer näher an die deutsche Stadt Bromberg heranzurücken. Interessant ist es, daß heute sogar die Leute, die sich für die Verteidigung des Ostens einsetzen, kein anderes Mittel mehr wissen, um die Regierung zu kraftvollerem Vorgehen zu veranlassen, als den Streik. Die Beamten der Eisenbahndirektion Bromberg kündeten zum 15. Februar einen Streik an, wenn man bis dahin den Polen nicht energisch zu Leibe gegangen sei. Die Leute vergessen heutzutage, daß man mit solcher Arbeitsverweigerung nur Negatives, aber nichts Positives erreichen kann. Und so gibt es denn wirklich unter vernünftigen Beamten eine Führung, die die Unterbrechung der Verbindung der kämpfenden Truppen mit dem Hinterland als ein Mittel ansieht, die Regierung scharf zu machen. Wie es im Osten werden wird, weiß niemand. Die Hochflut der polnischen Träume, namentlich die Träume auf Danzig und auch wohl auf Oberschlesien, scheinen allerdings vorüber zu sein³⁵. Unsere Feinde³⁶ im Westen haben so viele eigene Wünsche Wilson gegenüber durchzusetzen, daß sie sich anscheinend für die polnischen Wünsche nicht allzu sehr ins Zeug legen. Aber Gewisses weiß man auch hierüber nicht.

Inzwischen nehmen die Waffenstillstandsverhandlungen einen Fortgang³⁷, der jeden Deutschen erbittern muß. Die Klagen über die Geschäftsführung Erzbergers³⁸ vermehren sich³⁹. Seine Amtsführung gilt als die einfache Fortführung des Solfinismus⁴⁰. Nicht mit Unrecht schreiben die französischen Zeitungen, die Deutschen sind übermütig im Siege und erbärmlich in der Niederlage. Es ist eine ungeheure Belastungsprobe, bei der Bildung der Koalitionsregierung eine Persönlichkeit wie Erzberger zu halten. Da er aber im Zentrum einen geradezu märchenhaften Einfluß hat und da die Bildung einer Mehrheitsregierung die elementarste Grundforderung ist, wenn Deutschland wieder aufgerichtet werden soll, wird wohl zunächst nichts anderes übrig bleiben.⁴¹

und Stellung der Soldatenräte im Friedensheer“ vom 19. Januar 1919 (Armee-Verordnungsblatt 1919, S. 54f.).

³⁵ Nach dem Versailler Vertrag (Art. 100–108) wurde Danzig als „Freie Stadt“ dem Völkerbund unterstellt. – Die Entscheidung über Oberschlesien wurde einer Volksabstimmung überlassen (Art. 88), die am 20. März 1921 zugunsten Deutschlands ausfiel; das Gebiet wurde am 20. Oktober 1921 durch einen Beschluß des Obersten Rates der Alliierten zugunsten Polens aufgeteilt.

³⁶ Im Manuskript: „Unsere Herren Feinde“; „Herren“ nachträglich gestrichen.

³⁷ Nach Verhandlungen über eine Verlängerung des Waffenstillstandes am 12./13. Dezember 1918 und 15./16. Januar 1919 standen am 14./15. Februar erneute Verhandlungen an.

³⁸ Matthias Erzberger, führendes Mitglied des Zentrums, MdN, seit 4. Oktober 1918 Staatssekretär/Reichsminister ohne Portefeuille (bis 20. Juni 1919; danach Reichsfinanzminister), seit 7. November 1918 Vorsitzender der Deutschen Waffenstillstandskommission. Vgl. Klaus Epstein, Matthias Erzberger und das Dilemma der deutschen Demokratie, Berlin/Frankfurt 1962. – Zu den Koalitionsverhandlungen um die Person Erzbergers am 12./13. Februar 1919 vgl. S. 112f.

³⁹ Am 16. Februar, als im Kabinett über die Annahme der neuen alliierten Bedingungen für eine Verlängerung des Waffenstillstandes beraten wurde, reichte Brockdorff-Rantzau (Anm. 6) protestierend seinen Rücktritt ein. Vgl. Matthias Erzberger, Erlebnisse im Weltkrieg, Stuttgart 1920, S. 361f.; Walter Oehme, Die Weimarer Nationalversammlung 1919, Berlin 1962, S. 169f.; Nachlaß Brockdorff-Rantzau (Pol. Archiv des Ausw. Amtes, Bonn) 8/1 („Geheime Aufzeichnung“ vom 1. Juli 1919).

⁴⁰ Wohl Anspielung auf Wilhelm Solf. Solf, seit 1911 Staatssekretär des Reichskolonialamtes, seit 4. Oktober 1918 zusätzlich Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, schied am 13. Dezember 1918 aus beiden Ämtern aus.

⁴¹ Im Manuskript am Rande ein handschriftl. Fragezeichen.

Was aus dem Völkerbund wird, bleibt ganz unübersehbar⁴³. Zunächst scheint es mir, daß er lediglich die große Schublade ist, in die die Entente-Diplomaten alle diejenigen Dinge hineinlegen, die sie zur Zeit nicht lösen können. Wenn die Friedenskonferenz vorüber ist und der Völkerbund wirklich gegründet werden sollte, so wird er für die nächsten 20 Jahre wohl Arbeit genug haben.

Erfreulich ist die Haltung der Arbeiterklasse in Bern⁴³. Im ganzen ist trotz Kautsky⁴⁴ die Sache der Mehrheitssozialisten dort gut gelaufen⁴⁵. Ob die Konferenz aber noch irgendwie zum entscheidenden Einfluß bei den Friedensverhandlungen gelangt, erscheint zweifelhaft. In Frankreich wenigstens halten Klerikalismus und Reaktion und Militarismus in voller Vereinigung (alle höheren französischen Offiziere im Rheinland⁴⁶ betonen mit voller Absicht nach außen ihre Religiosität und beteiligen sich an allen religiösen Zeremonien) die Macht in der Hand. Immerhin wird die Arbeiterkonferenz einen Druck auf die Verhandlungen der Friedenskonferenz ausüben und wird die Friedensfreunde stärken. Sie hat auf alle Fälle aber den Wert, daß die Haltung der Arbeiterklasse uns eine Wiedergutmachung des heute an uns begangenen Unrechts in weiterer Zukunft erhoffen läßt.

Fast noch schlimmer sieht die Sache im Innern aus. Es ist unverkennbar, daß nach 4 ½ Jahren des Krieges, der die Köpfe der Menschen in Verwirrung gebracht und Millionen von Menschen aus ihrem Berufe und ihrer Vorbildung herausgerissen hat, der Ausbruch von Unruhen starke Aussichten haben muß. Diese Aussichten nehmen zu, je mehr sich die wirtschaftliche Lage verschlechtert. Verrücktheiten⁴⁷, die wie die von dem gänzlich ahnungslosen⁴⁸ Oberstleutnant Koeth⁴⁹ im Demobilmachungsamt, das nun Gott sei Dank verschwinden soll⁵⁰, mit der unbesehenen Gewährung von reichlicher Arbeitslosen-Unterstützung begangen worden sind, lassen sich nicht dauernd aufrecht erhalten. Die Einführung der Arbeitspflicht oder die zwangsweise Verbringung der Arbeitslosen auf das Land sind aber Probleme, die man heute, wo es an einer starken Polizei- oder Heeresgewalt fehlt, einfach nicht lösen kann. Schon die Herabsetzung der Arbeitslosen-Unterstützung oder gar die nun neuerdings von Koeth geplante Umwandlung der Unterstützungen in Gutscheine für Massenspeisungen usw. erscheinen als schwere und unerträgliche Belastungsproben. Dabei muß sich die Zahl der Arbeitslosen mit dem zunehmenden Mangel an Rohstoffen ungeheuer vergrößern.

⁴³ Punkt 14 der „Vierzehn Punkte“ Wilsons; die Völkerbundsatzung wurde im Versailler Vertrag (Art. 1–26) niedergelegt.

⁴⁴ Am Rande handschriftlich „Berlin?“; nachträglich wieder gestrichen. – Gemeint ist die Internationale Sozialistenkonferenz vom 3. bis 10. Februar 1919 in Bern, auf der am 3. und 4. Februar ausgiebig über die Kriegsschuldfrage und über die Folgen des Ersten Weltkrieges diskutiert wurde.

⁴⁵ Im Manuskript „Kautzky“. – Karl Kautsky, führender sozialistischer Theoretiker, gilt als Vertreter des „orthodoxen“ Marxismus; dazu: Erich Matthias, Kautsky und der Kautskyanismus, in: *Marxismusstudien* 2, hg. v. Iring Fetscher, Tübingen 1957, S. 151–197. Kautsky schloß sich 1917 der USPD an.

⁴⁶ Koch-W. spielt hier offenbar auf eine Rede an, die Kautsky am 4. Februar auf der Berner Konferenz gehalten hat und in der er der SPD schwerste Vorwürfe wegen ihrer Haltung bei Kriegsausbruch machte.

⁴⁷ Handschriftl. eingefügt: „im Rheinland“.

⁴⁸ Handschriftl. korrigiert in „Unbesonnenheiten“; nachträglich wieder gestrichen.

⁴⁹ Handschriftl. „gänzlich ahnungslos“ gestrichen; Streichung nachträglich wieder getilgt.

⁵⁰ Joseph Koeth, vorher Leiter der Kriegsrohstoffabteilung, war seit 12. November 1918 Leiter des Demobilmachungsamtes (bis zur Auflösung seines Amtes; vgl. nächste Anm.) später für nicht ganz zwei Monate Reichswirtschaftsminister.

⁵¹ Durch Erlaß vom 26. April (RGBl. 1919, S. 438) mit Wirkung vom 1. Mai 1919 aufgelöst.

August Müller⁵¹ rechnet, wie er mir am Freitag⁹ sagte, mit einer Steigerung der Arbeitslosen auf 5 Millionen bis zum April⁵². Dazu kommen die Ernährungssorgen. Denn was die Entente vorläufig als Gegengabe für die Auslieferung der gesamten deutschen Handelsflotte angeboten hat, ist unzureichend⁵³. 30 000 Tonnen Fett bedeuten erst ein Pfund auf den Kopf der Bevölkerung oder, wenn man die ländliche Bevölkerung außeracht [!] läßt, zwei Pfund. Ob und wann es noch zur Lieferung von weiteren 85 000 Tonnen Fett kommt, läßt sich nicht übersehen. 200 000 Tonnen Getreide sind 7 Pfund auf den Kopf der Bevölkerung oder 14 Pfund auf den Kopf der städtischen Bevölkerung. Auch das würde immerhin erst im günstigsten Falle eine Ration von 3 bis 4 Wochen sein. Was aber haben wir armen Leute der Entente nachher noch für weitere Lieferungen als Gegengabe zu bieten? Man muß also mit der Möglichkeit schwerer Nöte und Unruhen rechnen.

Und welche Garantie bleibt alsdann für die Ordnung? Ein festes Heer fehlt. Es ist eine blutige Ironie des Schicksals, daß die Sozialdemokratie in einem Augenblicke zur Herrschaft kommt, wo es wirklich für die notleidende Menschheit, wenn sie über die unzureichenden Lebensmittel und Arbeitslosen-Unterstützung hinaus, die ihr zugewiesen werden können, weiteres begehrt, keine andere Hilfe mehr zu geben scheint, als die vielverschnittene ultima ratio regum, die Waffengewalt. Was das bereits innerlich für die Führer der Sozialdemokratie bedeuten muß, bedarf keiner Erörterung. Unendlich schwer ist es aber, ein solches Heer wieder zu schaffen. Was in dem Arbeitsprogramm der Regierungsmehrheit nach dieser Richtung hin gefordert wird, nämlich Entlassung der sämtlichen verdorbenen, zur Zeit unter der Fahne befindlichen Jahrgänge und Schaffung eines starken, auf der Wehrpflicht beruhenden Heeres durch Neueinziehungen⁵⁴, ist wohl die einzige Lösung. Diese Aufgaben durchzuführen, erfordert eine starke Hand. Auf der anderen Seite aber steht ein unbeugsamer Wille, eine geradezu fanatische Entschlossenheit und dabei eine Revolutionstechnik, die allmählich so weit gediehen ist, daß man Fürsorgeeinrichtungen, wie Wasserleitungen, Elektrizitätswerke u. ä., je nach den Interessen der Revolution in Betrieb hält oder versagen läßt.

Je mehr ich die Leute aus der Nähe sehe, die von sozialdemokratischer Seite aus diese Aufgaben in die Hand nehmen sollen, um so bedenklicher erscheint mir die Sachlage. Dabei ist es mit Rücksicht auf die Volksabstimmung ganz unmöglich, daß zur Zeit eine andere Partei wenigstens nach außen der Sozialdemokratie die Verantwortung für diese Dinge abnimmt. Das würde die sofortige Entfaltung der Revolution und den Anschluß fast der gesamten Arbeitermassen an die Revolution bedeuten. Aber bedenklich bleibt es, Leuten, die jahrzehntelang gegen jede Waffengewalt gezetert haben, jetzt die Anwendung von Waffengewalt zuzumuten. Wie viele Jahre lang

⁵¹ Sozialdemokrat, seit 5. August 1917 Unterstaatssekretär im Reichsernährungsamt, seit 15. Oktober 1918 Unterstaatssekretär, seit 14. November 1918 Staatssekretär im Reichswirtschaftsamt (bis 12. Februar 1919).

⁵² Exakte statistische Angaben fehlen; die Prognose war aber wohl entschieden zu pessimistisch. Nach Karl Kumpmann, *Die Arbeitslosigkeit und ihre Bekämpfung*, Tübingen 1920, S. 42f., gab es in der zweiten Februarhälfte 1,1 Millionen Arbeitslose, womit „der Tiefpunkt erreicht“ gewesen sei, danach sei die Situation „viel günstiger“ geworden.

⁵³ Koch-Wesers Darstellung ist nicht ganz zutreffend: Die deutsche Handelsflotte sollte deutscherseits für alliierte Lebensmittellieferungen dem Weltschiffsraum-Pool zur Verfügung gestellt werden. Allerdings sah auch Erzberger in dem alliierten Verlangen die Forderung einer endgültigen Auslieferung der Flotte und erreichte Zusicherungen der Alliierten, daß die zeitweilige Überlassung der Schiffe keinen Eigentumsübergang bedeute.

⁵⁴ Regierungsprogramm des Kabinetts Scheidemann, Punkt II, 3; vgl. Verhandlungen der Nationalversammlung, Bd. 326, S. 44f. Vgl. auch unten S. 110.

hat die eine abgehauene Hand in dem Breslauer Polizeikrawall die Spalten der sozialdemokratischen Blätter als den höchsten Gipfel von Polizeibrutalität geziert⁵⁵. Und schon während des Wahlkampfes hat ein Unabhängiger in einer Wahlversammlung in Cassel gesagt, Wilhelm II. hat nur erklärt, daß die Soldaten auf ihre Väter und Brüder schießen müßten, Philipp I. (das ist Scheidemann⁵⁶) aber läßt sie tatsächlich schießen. Und neben dieser innerlichen Hemmung kommt noch hinzu, daß diese Männer infolge der Haltung der alten Regierung Jahrzehnte hindurch nicht gewöhnt gewesen sind, die Verantwortung für rasches und starkes Handeln auf sich zu nehmen. Man sieht erst jetzt, wie sehr das seelische Triebwerk dieser Männer lediglich auf die Kritik eingestellt gewesen ist und wie hilflos sie in einem Augenblicke sind, wo sie gegenüber einer Kritik von allen Seiten selbst zu handeln beginnen sollen. Da werden diese großen und angesehenen Volksführer plötzlich wieder die kleinen und haltlosen Kleinbürger, die plötzlich in eine große Stellung gesetzt sind und sich nun ängstlich Rat und Hilfe bei bürgerlichen Abgeordneten, ja auch bei den viel verspotteten Geheimräten, holen, mit denen sie zusammenzuarbeiten haben. Und nicht nur in Taten versagen die Leute vielfach, sondern auch in ihren Reden. Wie sehnsüchtig müssen sie an die alten Zeiten zurückdenken, wo sie in einer von jeder Verantwortlichkeit ungetrübten Lust ihre prachtvollen Brandreden halten konnten. Jetzt müssen sie staatsmännisch reden, wie sehr sie auch des trockenen Tones satt sein mögen.⁵⁷ Und da kommt es denn dazu, daß, wie Nietzsche¹⁵ sagt, die erste Rede Eberts⁵⁸ das unverfälschte Gepräge Ulrich Rauscher'scher⁵⁹ Dramatik und Baker'scher Lyrik trägt. Es liegt bei der Persönlichkeit der Männer über die [sic!] ganze Eröffnung der neuen Zeit ein gewisser Hauch einer fast handwerkerlichen Biederkeit und journalistischen Geschäftsmäßigkeit, die von revolutionärer Größe ebenso weit entfernt ist, wie von staatsmännischer Klugheit. Hätte man wenigstens noch das Gefühl, daß die Massen Ebert als starke Persönlichkeit empfinden, so könnte es einem von minderer Bedeutung sein, ob nachher er selbst oder andere diejenigen Taten vollbringen, auf die es ankommt. Aber mir scheint, daß auch in die Massen ein Gefühl des Zweifels hineinkommt. Nach Lage der Sache vermag er ihnen in seinen Reden und Handlungen zu wenig zu bieten, was die alte Liebe zum Führer aufrecht erhalten könnte. Und was von einer übereifrigen Umgebung angestellt wird, um die Volkstümlichkeit des Präsidenten zu heben, ist ein lächerlicher und kleinlicher Abklatsch desjenigen, was Wilhelm II. in seiner Umgebung an repräsentativer Verherrlichung aufzubringen wußte. Wenn bei Beginn der Sitzung, in der der [Reichs-]Präsident gewählt werden soll, eine kümmerliche Militärkapelle von 12 Mann vor dem Theater spielt, wenn die Weimarsche Presse ankündigt, daß nach der Wahl des Präsidenten große Ovationen

⁵⁵ Am 19. April 1906 führte ein Lohnstreik Breslauer Metallarbeiter zu großen Straßenkrawallen von mehreren tausend Menschen, bei denen dem Bierfüller Biewald von einem Polizisten mit dem Säbel die linke Hand abgeschlagen wurde; vgl. Vorwärts Nr. 93 vom 22. 4. 1906 („Ein Blutbad unter der Breslauer Arbeiterschaft“) und (ausführlicher) Nr. 95 vom 25. 4. 1906.

⁵⁶ Philipp Scheidemann, sozialdemokratischer Parteiführer, MdN, seit 10. November 1918 Volksbeauftragter, seit 15. Februar 1919 Ministerpräsident (bis 20. Juni 1919). Seit 1905 Leitender Redakteur des „Casseler Volksblatts“ und Stadtverordneter in Kassel, siedelte nach seiner Wahl in den SPD-Vorstand 1911 nach Berlin über.

⁵⁷ Am Rande handschriftl. Bemerkung zum ganzen Absatz: „wohl zu halten“.

⁵⁸ Friedrich Ebert, am 9. November 1918 Reichskanzler, seit 10. November 1918 Volksbeauftragter, seit 11. Februar 1919 Reichspräsident. Mit „erste Rede“ ist hier die Rede gemeint, die Ebert als soeben gewählter Reichspräsident vor der Nationalversammlung gehalten hat; vgl. Verhandlungen der Nat.vers., Bd. 326, S. 40 f.

⁵⁹ Sekretär des Volksbeauftragten Scheidemann, danach Pressechef der Reichsregierung.

auch von auswärts geplant seien und wenn dann ausgerechnet der Kriegsberichterstatte Adolf Köster⁶⁰ auf dem Theaterplatz ein Hoch auf Ebert ausbringt und wenn dann schließlich das Auto des abfahrenden Präsidenten lediglich von einer ziemlich spärlichen Menge von Neugierigen und Schulkindern mit einigen „Hoch Ebert“ begrüßt wird, so sind das Dinge, die man in dieser ernsten Zeit nicht einmal belächeln kann. Dabei wird man bei den Leuten doch nie den Eindruck los, daß ihnen die neue Würde zu stark zu Kopf gestiegen sei. Noch mehr als für Ebert gilt das für Scheidemann. Als der Senator Petersen⁶¹ aus Hamburg, der doch schließlich in dieser Millionenstadt eine führende Persönlichkeit ist, und ich uns ihm vorstellten und sich dann eine kleine Unterredung anknüpfte, hatte Petersen ebenso wie ich den komischen Eindruck, als versuche er, das zu einem Empfange zu gestalten, wie ihn etwa ein Regierungspräsident zwei neuen Regierungsassessoren zu gewähren pflegt. Petersen empfing er damit, daß er ihm sagte, er habe schon viel Rühmliches von ihm gehört. Zu mir äußerte er sich mit voller Anerkennung über seine Casseler und gab der Befriedigung Ausdruck, wie rührend „diese Leute“ trotz der 19 Jahre seiner Abwesenheit⁶² noch an ihm hingen.⁶³ Der energischste, aber auch subalternste⁶⁴ von allen ist Noske⁶⁵, der tatsächlich den Eindruck macht, als ob unter der Oberfläche eines Redakteurs und Volksmanns die Instinkte eines Haudegens nur in ihm geschlummert hätten. Kleine Torheiten bleiben schließlich auch bei ihm zu verzeichnen. Wenn ich auch niemals Splitterrichter bin, so kann ich es doch nicht billigen, daß die im Schlosse installierten Herren, Ebert und Scheidemann, in der letzten Freitag Nacht⁶ in weinseliger Stimmung noch aus dem Schlosse vorbei an ihren Ehrenwachen in den Fürstenteller herüberziehen, Noske als bewaffnete Macht mit einer im Schlosse irgendwo abgenommenen Hellebarde voran, um dann zum Teil erst um 4 Uhr nachts an den Wachen vorbei wieder in das Schloß zurückzukehren. Solche Dinge sollte man den Leutnants des alten Regimes, die wegen der sozialdemokratischen Angriffe gegen ähnliche Dummheiten zu verteidigen oft erforderlich war, überlassen. Das steht nur übermütiger Jugend an. Aber das sind Kleinigkeiten. Sie zeigen nur, in welcher Seelenverfassung die Leute heute sind, die unter dem ungeheuren Druck ihrer Verantwortung plötzlich um sich schlagen wie ungebärdige Füllen.⁶⁶

Von dem Parlament im ganzen weiß ich zur Zeit noch wenig zu sagen. Der Umstand, daß die Fraktionen nicht im Theater tagen⁶⁷, sondern jede in ihrem Hotel, erschwert die Fühlungnahme mit den anderen Fraktionen ungeheuer. Von der kleinen Fraktion der Deutschen Volkspartei habe ich den Eindruck, daß sie in ihrer Zusam-

⁶⁰ Kriegsberichterstatte für SPD-Zeitungen, berichtete überwiegend vom westlichen Kriegsschauplatz. Köster wurde im April 1919 preußischer Gesandter in Hamburg, im April 1920 für zwei Monate Außen-, im Oktober 1921 Innenminister.

⁶¹ Carl Wilhelm Petersen, DDP, MdN, 1898–1918 Mitglied der Hamburger Bürgerschaft, seit September 1918 Senator in Hamburg, ab 1924 (bis 1930, dann 1931 bis 1933) Erster Bürgermeister in Hamburg.

⁶² So im Manuskript; vgl. Anm. 56.

⁶³ Am Rande handschriftl. Bemerkung: „Wohl unmöglich“; nachträglich wieder gestrichen.

⁶⁴ Am Rande handschriftl. „subalternste?“.

⁶⁵ Gustav Noske, SPD, MdN, seit 29. Dezember 1918 Volksbeauftragter für Heeres- und Marineangelegenheiten, seit 13. Februar 1919 Reichswehrminister, wurde am 6. Januar 1919 zur Sicherung Berlins zum Oberbefehlshaber in den Marken ernannt. Seit 1897 Redakteur an verschiedenen sozialdemokratischen Zeitungen Mitteldeutschlands.

⁶⁶ Handschriftliche Bemerkung zum ganzen Absatz: „wohl zu streichen“; nachträglich wieder gestrichen.

⁶⁷ Die Nationalversammlung hielt ihre Sitzungen im Weimarer Nationaltheater ab, das indes den einzelnen Fraktionen keine eigenen Beratungsräume zur Verfügung stellen konnte.

mensetzung Glück gehabt hat. Oberbürgermeister Most⁶⁸ bestätigte mir auch, daß sie glatt zusammenarbeitet. Bei der Deutschnationalen Volkspartei gibt es die verschiedenartigsten Männer. Der alte, vorsichtige Delbrück⁶⁹ wird anscheinend noch häufig herausgestellt. In einer Verhandlung über die Notverfassung⁵ neulich erwies er sich als den neuen Verhältnissen in keiner Weise mehr gewachsen.⁷⁰ Als ich beantragte, nur solche Staaten zum Staateauschuß zuzulassen, die auf dem Vertrauen eines nach dem gleichen Wahlrecht gewählten Parlamentes beruhen, hielt er das in Erinnerung an alte Zeiten (Mecklenburg)⁷¹ zunächst für den Ausbruch radikalster Gesinnung, und er war erst mühsam zu belehren, daß sich dieser Antrag gegen die bolschewistischen Regierungen in Braunschweig⁷² und Hamburg⁷³ und gegen die Willkürherrschaft Eisners in Bayern⁷⁴ richte. Das Zentrum ist wieder ganz in der Hand Erzbergers³⁸, der offenbar spielend seinen Willen in der Fraktion durchsetzt, auch dort, wo es sich nur um die Befriedigung seines persönlichen Ehrgeizes handelt. Die sozialdemokratischen Führer sollen innerhalb der eigenen Fraktion starke Schwierigkeiten haben⁷⁵, wie es denn ja erklärlich ist, daß der Umwandlungsprozeß gegenüber ihren täglichen Aufgaben von den nur wenig Eingeweihten immer nur zögernd und unter der Furcht, die Ueberzeugungstreue aufzugeben, mitgemacht wird. Im ganzen machen fast alle Sozialdemokraten⁷⁶ aber den Eindruck, als wenn sie sich ihrer Verantwortung bewußt sind und die Interessen des Vaterlandes über die der Partei zu stellen sich bestreben. Ihre Wut gegenüber den Unabhängigen ist größer als gegenüber den Anhängern der anderen Parteien. Die Unabhängigen tun auch alles, um diese Wut zu verschärfen. Auch dort scheinen allerdings einige Mitglieder mit der

⁶⁸ Ludwig Otto Most, Mitglied der DVP, MdN, seit 1917 Oberbürgermeister in Sterkrade.

⁶⁹ Clemens von Delbrück, geboren 19. Januar 1856, von 1909–1916 Staatssekretär des Innern, MdN, war gemäßigt Mitglied der DNVP.

⁷⁰ Handschriftl. Randvermerk: „mildern!"; nachträglich wieder gestrichen.

⁷¹ Handschriftl., aber deutlich erkennbar, eingefügt: „(Mecklenburg)“. – In den Großherzogtümern Mecklenburg-Schwerin und M.-Strelitz war der Rostocker Erbvergleich vom 18. April 1755 in Kraft, eine altständische Feudalverfassung, die zu reformieren bis 1918 nicht gelang.

⁷² Der unabhängige Arbeiter- und Soldatenrat in Braunschweig weigerte sich, als am 22. Dezember 1918 die Landtagswahlen der USPD nur 14 von 60 Sitzen erbrachten, eine der parlamentarischen Mandatsverteilung entsprechende Regierung zu billigen. Der am 10. Februar 1919 eröffnete Landtag erhielt sogleich die Instruktion, er sei „das Organ zur Durchführung der Revolution“, und wurde am 28. Februar für aufgelöst erklärt.

⁷³ Hamburgische Bürgerschaftswahlen fanden erst am 16. März 1919 statt; bis dahin regierte der weit links stehende Arbeiter- und Soldatenrat ohne Gegenkontrolle. Vgl. Richard A. Comfort, *Revolutionary Hamburg, Labor Politics in the Early Weimar Republic*, Stanford Univ. Press, Stanford (Cal.) 1966.

⁷⁴ Der bayerische Ministerpräsident Kurt Eisner (USPD) regierte bis zu einer Ermordung (21. Februar 1919) ohne Landtag; für den am 12. Januar 1919 gewählten Landtag erhielten die Unabhängigen von 156 zu vergebenden Mandaten drei. Vgl. Allan Mitchell, *Die Revolution in Bayern 1918/19, Die Eisner-Regierung und die Räterepublik*, München 1967.

⁷⁵ Am 4. Februar 1919 wurde in der SPD-Fraktion der Antrag gestellt, die USPD zur Regierung hinzuzuziehen; der in derselben Sitzung gewählte Fraktionsvorsitzende Eduard David erklärte sich dagegen und wollte, als die Fraktionsmehrheit den Antrag annahm, „die Konsequenzen ziehen“. Am 6. Februar erhob sich in der Fraktion Protest dagegen, daß sie „stets mit fertigen Vorschlägen des Vorstandes überrascht und zu sofortiger Wahl gezwungen werde“. Vgl. die Protokolle der Sitzungen vom 4. Feb., nachm., und vom 6. Feb. (Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis, Amsterdam; die Edition der Protokolle steht bevor).

⁷⁶ Handschriftl. korrigiert aus „Leute“.

radikalen Abkehrung der Partei nach links nicht einverstanden zu sein. Aber einige Schreier stören im Reichstag [1] jede Kundgebung, die von der alten Sozialdemokratie ausgeht, und bekämpfen sie fanatisch.

Was nun die eigene Partei angeht, so ist die Freude, die man bei ihr erlebt, zunächst auch noch nicht allzu groß. Es sind zu viele der alten Führer und Parteigenossen wiedergekommen, die an den Anschauungen und Einrichtungen des alten Reichstags kleben. Sie können sich zum großen Teile nicht daran gewöhnen, daß sie plötzlich nicht mehr eine negierende, sondern eine Partei sind, die führen soll. Wenn der alte Payer⁷⁷, der unter der Maske eines schwäbischen Biedermannes eine gehörige Portion Schlaueit verbirgt, aus den interfraktionellen Besprechungen zurückkehrt, so spricht er immer davon, die Regierung will oder man will. Er denkt nie daran, daß es seine Aufgabe ist, dabei entscheidend einzugreifen. Das Schlimmste aber ist, daß die Verhandlungen innerhalb der Partei eröffnet worden sind, nicht als ob es sich um eine neue Partei in einem neuen Deutschland handele, sondern etwa als wenn die 3. Tagung der 27. Session des Reichstags begänne. Fischbeck⁷⁸ eröffnete am Dienstag in Weimar die gemeinsame Sitzung des Hauptvorstandes der Partei und der Fraktion⁷⁹ überhaupt nur mit einigen geschäftsmäßigen Worten. Payer fand am Mittwoch in der ersten Fraktionssitzung⁸⁰ immerhin einige packende Worte. Aber keiner der Führer hat die Notwendigkeit erkannt, der großen, aus den verschiedensten Lagern kommenden Partei von vornherein eine großzügige Darstellung über die Stellung der Partei und einen Hinweis auf die Wege, die sie zu gehen hat, zu geben. Dazu kam die fürchterliche Ungeschicklichkeit, daß alsbald interfraktionell verhandelt wurde, sodaß die Führer der Partei in den Fraktionssitzungen, in denen sich die Partei über ihre Stellung klar zu werden versuchte, überhaupt nicht anwesend sein konnten und infolgedessen die Verhandlungen immer wieder von der Partei mißbilligt werden mußten. Endlich die fast noch größere Ungeschicklichkeit, daß die Sitzungen für die Wahl des [Reichs-]Präsidenten, für die Verabschiedung der Notverfassung⁸, für die Bildung der Regierung immer bereits angesetzt waren, bevor eine Einigung in der Partei und zwischen den Parteien erzielt war, sodaß man nachher immer unter einem lästigen Drucke verhandelte. Am ersten Mittwoch Abend⁸⁰ waren mindestens 20 Redner zu Worte gekommen, ohne daß Klarheit erzielt worden wäre, was man eigentlich wollte. Es gelang mir in diesem Augenblicke, die Wünsche der Partei dahin zusammenzufassen, daß es zunächst erforderlich sei, eine Kundgebung zu erlassen, in der möglichst die ganze Nationalversammlung, jedenfalls aber die Mehrheitsparteien, ihre Souveränität aufrichteten, ein Bekenntnis zur Reichseinheit und Demokratie ablegten, von vornherein jeden anderen Friedensschluß als auf Grund der Wilsonschen Vorschläge ablehnten und gegen die Waffenstillstandsbedingungen protestierten. Es wurde beschlossen, ein solches Pronunciamento⁸¹ alsbald durch mich verfassen zu lassen, und es ist alsdann bereits am Mittwoch Abend den Führern, die bei der Fraktionssitzung nicht

⁷⁷ Friedrich Payer, MdN, Fraktionsvorsitzender der DDP (bis 21. Juni 1919), geboren 12. Juni 1847 in Tübingen, 1871 bis 1913 Rechtsanwalt in Stuttgart, seit 9. November 1917 Stellvertreter des Reichskanzlers (bis zur Novemberrevolution 1918), gehörte zu den Förderalisten in seiner Partei.

⁷⁸ Otto Fischbeck, Mitbegründer der DDP, MdN. Vgl. auch Anm. 86.

⁷⁹ Am Dienstag, dem 4. Februar 1919, hielt der Hauptvorstand der DDP in Erfurt „im Beisein der neuen Fraktionsmitglieder“ (Frankfurter Ztg. Nr. 93 vom 4. 2.) eine Sitzung ab; vgl. das Protokoll der Sitzung (Bundesarchiv, Koblenz: R 45 III/15). Von einer weiteren Sitzung beider Gremien in Weimar an diesem Tage ist nichts bekannt, und der 4. Februar muß gemeint sein.

⁸⁰ 5. Februar 1919.

⁸¹ Im Manuskript „Pronunciamento“.

zugegen waren, zugegangen. Danach haben die Verhandlungen mit den Führern der anderen Parteien eingesetzt. Sie sind aber so langsam geführt worden, daß die [Reichs-]Präsidentenwahl und die Notverfassung vorangegangen sind⁸². Nun soll es am Schlusse der Beratungen, die heute mit der Vorstellung der neuen Regierung einsetzen, als Beschluß der Nationalversammlung herauskommen⁸³. Wie sehr es inzwischen allerdings noch durch Bedenken anderer Parteien zerstückelt werden wird, ist nicht abzusehen. Gleichzeitig habe ich an dem Mittwoch Abend die Bedingungen, unter denen wir in eine Regierung eintreten könnten, formuliert. Diese von der Fraktion beschlossenen Bedingungen sind in dem Arbeitsprogramm, mit dem die Regierung heute ihr Amt antritt, im wesentlichen aufgenommen worden⁸⁴. Es sind dies insbesondere die Schaffung eines auf der Wehrpflicht beruhenden Heeres, der Abbau der A[rbeiter-] und S[oldaten-]Räte, die Neuregelung der Arbeitslosenunterstützung und die Anbahnung einer Arbeitspflicht, der Abschluß eines Friedens nur auf Grund der Wilsonschen Vorschläge, die Garantie gegen eine einseitige Besetzung der Verwaltungstellen mit Sozialdemokraten und die Beteiligung eines Mitgliedes der Demokratischen Partei an den Friedensverhandlungen.

Die ganze Woche hat nun ausgiebig Redeschlachten in der Fraktion gedient, die zum großen Teile in Abwesenheit der eigentlichen Führer, die in den interfraktionellen Verhandlungen saßen und dort über Notverfassung, Präsidentenwahl, Regierungsbildung, Behandlung der Elsaß-Lothringer ziemlich durcheinander und mit mangelnder Formulierungskunst berieten, geführt worden sind. Zu einem Aufstande gegen die Führer ist es mehrfach gekommen, wobei die Hauptwortführer nur darunter litten, daß sie vielfach unter sich selbst nicht recht einig waren. Aber das sind Anfangsercheinungen, die vielleicht hätten vermieden werden können, jedoch für die Weiterentwicklung nicht ausschlaggebend sind. Es scheint, daß sich allmählich ein fester und klarer Kern aus den Verhandlungen herauschält und daß auch die Personenfrage sich klärt. Die Partei hat keinen Ueberfluß an Führern. Payer⁷⁷ ist bei all seiner Klugheit zu alt, um sich in die neue Zeit hineinzufinden. Der stellvertretende Vorsitz Schiffer⁸⁵, der klug und klar ist, mir aber eher als ein guter Taktiker als ein guter Stratege erscheint, ist durch ein Ministeramt behindert. Naumann, der dritte Vorsitzende, erweist sich bei aller Verehrung, die ich für ihn hege, immer mehr, daß er weder Verhandlungsführer noch Unterhändler oder auch nur ein führender Politiker ist, sondern daß seine Stärke darin besteht, ein glänzender Anreger zu sein. Das Bestreben, seiner Zeit um 30-50 Jahre voraus zu sein, ist seine Eigenheit. Dadurch kommt man leicht in die Rolle eines Geschichtspropheten, dem es, wie jedem Propheten, häufig dahin ergeht, daß er falsch prophezeit. „Demokratie und Kaisertum“ und „Mittel-europa“⁴⁷ sind Beweise dafür, und es war mir geradezu schrecklich, wie er gestern erklärte, ob ein Körnchen Wahrheit im Bolschewismus vorhanden sei, werde sich erst nach 30 Jahren entscheiden. Diese weitgehende Fähigkeit, neue Ideen zu erfassen, schwächen seine Handlungsfähigkeit. Trotzdem aber bleibt er der hervorragendste

⁸² Die Frankfurter Ztg. Nr. 104 vom 8. 2. 1919 meldete, daß die Voraussetzung für eine Koalition „das Bekenntnis zu einer ehrlichen Demokratie und zur republikanischen Staatsform“ sei und daß hierin „eine starke Annäherung, wenn nicht gar Verständigung erzielt werden konnte“. Die folgenden Tage scheinen aber in der Tat die von Koch-W. genannten Probleme in den Vordergrund gerückt zu haben.

⁸³ Eine derartige Kundgebung der Nationalversammlung hat nicht stattgefunden.

⁸⁴ Das Programm der Regierung Scheidemann (Anm. 54) übernahm weitestgehend den Programmentwurf des Zentrums (im Nachlaß Payer 12/1; Bundesarchiv, Koblenz), wengleich die hier genannten Bedingungen sachlich nicht allzusehr davon divergieren.

⁸⁵ Eugen Schiffer, DDP, MdN, seit 13. Februar 1919 Reichsfinanzminister und stellvertretender Ministerpräsident (bis 10. April 1919). Vgl. auch nächste Anm.

Redner und der feinste Kopf in der Partei, der, auf den richtigen Platz gestellt, immer wieder Vortreffliches für die Partei leisten wird. Nur darf er nicht verhandeln, weil ihm dazu jegliche Härte fehlt. Ueber die anderen Leute, die dem Parteivorstande angehören⁸⁶, will ich heute nicht ausführlich sprechen. Es muß sich erst finden, was man an ihnen hat. Jedenfalls habe ich die Hoffnung, daß bei dem guten Willen, der innerhalb der Partei vorhanden ist, und unter dem Drucke der schweren Lage sich in kurzer Zeit eine verhandlungsfähige Fraktion aus ihr entwickeln wird.

Die nächste Aufgabe war die Bildung einer Koalitionsregierung. Sie ist mangelhaft gelöst, weil sie zu schnell gelöst werden sollte. Es ist trotz der Warnungen, die von Dernburg⁸⁵, Richthofen⁸⁷ und mir ausgingen, an dem alten Prinzip festgehalten.⁸⁸ Daß dabei eine breite Basis dadurch geschaffen werden mußte, daß auch das Zentrum zur Regierung hinzugezogen wurde, konnte nicht zweifelhaft sein. Will man dem Föderalismus im Süden begegnen, will man ein starkes Heer schaffen und will man Deutschland gegenüber den Feinden kraftvoll auftreten lassen, so muß die Regierung von einer möglichst großen Volksmehrheit getragen sein. Immerhin wäre es mir lieb gewesen, wenn sich zunächst die Demokratische Fraktion mit der Sozialdemokratischen Fraktion verständigt hätte und man erst dann an das Zentrum mit dem Ersuchen um Beitritt herangetreten wäre⁸⁹. Durch die gleichzeitigen Verhandlungen ist die Demokratische Fraktion als der schwächste Teil nach meinem Geschmack zu sehr in den Hintergrund gekommen. Es ist nach dem alten Rezept verfahren worden, jeder Partei eine Anzahl Sitze zuzuweisen. Entsprechend dem Kräfteverhältnis sind der Sozialdemokratie 7 und den bürgerlichen⁹⁰ Parteien Graf Rantzau⁶ und noch je 3 Parteimänner zugewiesen worden. Das ergibt, daß die Partei zwar auf die Besetzung der eigenen Stellen einen weitgehenden, fast zu weitgehenden Einfluß hat, indem sie für ihre Kandidaten geradezu mit Stimmzetteln abstimmt, daß ihr dagegen aber der viel wichtigere Einfluß auf die Zusammensetzung der ganzen Regierung entzogen wird. Es wird aber demjenigen, der an das Ganze denkt, viel weniger darauf ankommen, ob das der eigenen Partei zugewiesene Reichsschatzamt (das vom Reichsfinanzamt abgetrennt werden soll⁹¹) etwa Gothein⁹² oder Dernburg zufällt, als ob Männer wie Erzberger oder Scheidemann in die Koalition wieder aufgenommen werden.⁹³ Denn unsere Wähler machen uns nachher nicht nur für die Handlungen der von uns ernannten Minister, sondern für die Handlungen des gesamten Kabinetts verantwortlich. Wie diese Sachen betrieben werden, sind sie Scheinparlamentarismus. Die

⁸⁶ Einen Parteivorstand hatte die DDP bis zu ihrem ersten Parteitag (im Juli 1919) nicht. Koch-W. meint offensichtlich den Fraktionsvorstand; diesem gehörten an: Payer, Schiffer, Naumann, Petersen, ferner als Beisitzer: Georg Gothein, Fischbeck, Gertrud Bäumer, Gustav Hartmann, Koch-Weser und Frhr. von Richthofen.

⁸⁷ Hartmann Frhr. von Richthofen, Mitbegründer der DDP, MdN. Vgl. auch vorige Anm.

⁸⁸ Handschriftl. Randbemerkung: „wohl etwas gestrichen? – wohl doch nicht“.

⁸⁹ Koch-Wesers Darstellung entspricht nicht ganz den Tatsachen. Tatsächlich fanden zunächst Besprechungen zwischen Mitgliedern der DDP und der SPD statt, zum ersten Male am 1., dann jedenfalls wieder am 6. Februar; Vertreter des Zentrums wurden erst am 7. Februar hinzugezogen. (Die sehr verstreute Quellenlage gestattet an dieser Stelle keinen Beleg.)

⁹⁰ Im Manuskript: „Bürgerlichen“.

⁹¹ Das Reichsschatzministerium wurde durch Erlaß des Reichspräsidenten vom 21. März 1919 (RGBl. 1919, S. 327) geschaffen.

⁹² Georg Gothein, DDP, MdN, seit 13. Februar 1919 Minister ohne Portefeuille, seit 5. April 1919 Reichsschatzminister (bis 20. Juni 1919). Vgl. auch Anm. 86.

⁹³ Am Rande handschriftl. Vermerk: „Namen weglassen“; nachträglich wieder gestrichen.

richtige Art ist die, wie es in Frankreich üblich ist⁹⁴, daß der Reichspräsident den Ministerpräsidenten mit der Bildung des Kabinetts beauftragt und daß dieser alsdann aus den Reihen der Parteien, mit denen er zusammenarbeiten will, sich Mitarbeiter heranzieht⁹⁵. Den einzelnen Fraktionen bleibt dann das Recht, das so gebildete Kabinett von vornherein als Ganzes abzulehnen. Es ist zuzugeben, daß bei der Wahl des Präsidenten nicht so verfahren werden konnte. Aber daran, daß der Reichspräsident der Sozialdemokratie zugewiesen werden mußte, wenn sie darauf Anspruch erhob, konnte aus allgemeinen politischen Gründen nicht der geringste Zweifel sein⁹⁶. Klüger hätte die Sozialdemokratie gehandelt, wenn sie diese Stelle nicht beansprucht hätte, sondern sie mit einer neutralen Persönlichkeit hätte besetzen lassen. Es ist ganz unzweifelhaft, daß im Herbst oder im nächsten Frühjahr ein sozialdemokratischer Reichspräsident nicht wieder gewählt wird. Im übrigen lag in den Verhältnissen kein Hindernis, nach dem anderswo bewährten parlamentarischen Rezept zu verfahren. Nach jenem Rezept kommt eine homogene und führende Regierung zustande, während nach dem Rezept, das sich der alte Reichstag ausgedacht hat, jedenfalls nur ein Ausschuß der Parteien gebildet werden kann⁹⁷. Bezeichnend ist auch, daß der alte Payer bei aller Kritik, die gegen seine Vorschläge erhoben wurden, immer wieder erklärte, wir seien ja gesättigt, indem wir 3 vollwertige Minister⁹⁸ hätten. Als ob es darauf ankäme!⁹⁹ Auf diese Weise kamen die wichtigen Fragen, ob Erzberger Leiter der Waffensstillstandskommission bleiben soll und ob Scheidemann der richtige Ministerpräsident ist, überhaupt nicht vor die Fraktion. Ebenso wenig kam es vor die Fraktion, ob das Reichskolonialamt wieder besetzt werden soll, was doch jeder, der nicht auf die Kolonien verzichten will, schon mit Rücksicht auf den Eindruck auf das Ausland für notwendig erklären wird. Umgekehrt mußte die Fraktion durch Stimmzettel darüber entscheiden, ob sie den Minister Preuß¹⁰⁰ im Reichsamt des Innern belassen wolle, was mit einer schwachen Mehrheit bejaht wurde, obwohl nicht nur die Föderalisten

⁹⁴ Koch-W. stand mit dieser Ansicht wohl ziemlich allein. Die französische Staatswissenschaft hatte längst die Beschränkung des frz. Staatspräsidenten auf Repräsentativfunktionen erkannt: vgl. Adhémar Esmein, *Éléments de droit constitutionnel français et comparé*, Bd. 1, 7. Aufl., Paris 1921 (S. 258 ff.: „La crise du parlementarisme“); Léon Duguit, *Traité de droit constitutionnel*, Bd. 2, 2. Aufl., Paris 1923. Robert Redslob, *Die parlamentarische Regierung in ihrer wahren und in ihrer unechten Form*, Tübingen 1918, beschreibt das frz. Regierungssystem (im Anschluß an Duguit) in gleicher Weise und charakterisiert es – ebenso wie Hugo Preuß in seiner „Denkschrift“ (Anm. 100) – als „unechten Parlamentarismus“.

⁹⁵ Koch-Wesers Ausführungen entsprechen genau den Vorstellungen von Preuß über das parlamentarische System. Es ist anzunehmen, daß Koch-W. sich an dem Verfassungsentwurf und der „Denkschrift“ von Preuß orientiert hat, die kurz vorher veröffentlicht worden waren (vgl. Anm. 100).

⁹⁶ Handschriftl. Randvermerk: „Nicht recht verständlich!“.

⁹⁷ Vgl. dazu Udo Bernbach, *Vorformen parlamentarischer Kabinettsbildung in Deutschland*, Köln/Opladen 1967.

⁹⁸ Hugo Preuß (Innenminister), Eugen Schiffer (Finanzminister), Georg Gothein (Minister ohne Portefeuille).

⁹⁹ Im Manuskript ein Fragezeichen.

¹⁰⁰ Hugo Preuß, Mitbegründer der DDP, seit 15. November 1918 Staatssekretär/Reichsminister des Innern, wurde von Ebert wesentlich zur Ausarbeitung einer Verfassung berufen, legte am 20. Januar 1919 (*Deutscher Reichsanzeiger* Nr. 15, 1. Beilage) den „Entwurf einer deutschen Verfassung“ sowie seine „Denkschrift zum Verfassungsentwurf“ vor (letztere auch in: Hugo Preuß, *Staat, Recht und Freiheit*, hg. v. Theodor Heuß, Tübingen 1926 [Neudruck: Hildesheim 1964], S. 368–394), sprach sich dort für die Neugliederung Deutschlands und für eine Aufteilung Preußens aus.

gegen ihn waren¹⁰¹, sondern auch alle diejenigen, die seine persönliche Ungeschicklichkeit und Arroganz in der Führung von Verhandlungen kannten¹⁰². Ein Ministerpräsident, der ein Kabinett bildet, würde der Demokratischen Fraktion diese Schwierigkeit wohl erspart haben. Erfreulich bleibt, daß Naumann nicht, wie er das selbst wünschte, Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amte wird. Mir scheint es geradezu unglaublich, daß eine so große Kanone sich in einem so kleinen Amte unterbringen lassen will. Er meint, daß er für die Frage der [...] ¹⁰³ und für die Frage der Wiederanknüpfung von Beziehungen mit den zu einem mitteleuropäischen Bunde zu vereinigenden Ländern¹⁷ Besonderes leisten kann. Aber der Verlust für die Partei wäre fast unerträglich. Er nähme¹⁰⁴ dabei eine *capitis deminutio* vor, die weit im Lande Kopfschütteln erregen würde. Nachdem die Fraktion mit 33 gegen 29 Stimmen sich für seinen Eintritt in die Regierung ausgesprochen hatte¹⁰⁵ – viele darunter, um sich seinem Willen nicht entgegenzusetzen –, hat er auf die Annahme des Amtes erfreulicherweise verzichtet. Alles in allem war nun heute Morgen doch ein Kabinett zustande gekommen, in dem die Sozialdemokratie den Ministerpräsidenten⁸⁶, das Reichswirtschaftsamt¹⁰⁶, das Reichsarbeitsamt¹⁰⁷, das Heereswesen⁸⁵ und die Justiz⁴ besitzt, während die Demokratische Partei das Reichsamt des Innern (Preuß), das Reichsfinanzamt (Schiffer) sowie das Reichsschatzamt (Gothein), dessen Aufgabe im wesentlichen die Abgrenzung der Sozialisierungsversuche sein wird, übernimmt. Das Zentrum erhält das Reichspostamt¹⁰⁸, das Reichsernährungsamt¹⁰⁹ und einen Minister ohne Portefeuille (Erzberger), für die Waffenstillstandsverhandlungen. Das war für die [demokratische] Fraktion erträglich, weil sie insofern auf die wichtigen Fragen der Verfassung¹⁰⁰ und der Sozialisierung einen maßgebenden Einfluß auszuüben vermag und den Föderalismus des Zentrums und den Sozialisierungseifer der Sozialdemokratie einzudämmen in die Lage kommt. Als Gesamtministerium betrachtet weist aber dieses Kabinett¹¹⁰ wesentliche Mängel auf. Namentlich ist das Kolonialamt nicht besetzt¹¹¹, und es soll lediglich ein Unterstaatssekretär aus unseren Reihen (Richtthofen⁸⁷) im Auswärtigen Amte das Dezernat für die Kolonien übernehmen. Das Zentrum und die Sozialdemokratie sind später mit der Forderung hervorgetreten, daß das Reichskolonialamt Erzberger übertragen wird, wofür das Zentrum das Ernährungsamt an die Sozialdemokratie abgibt. Die Demokratische Fraktion habe, wie man ihr erklärt, damit eigentlich nichts zu tun, weil sie ihre drei Aemter behalte. Das ist also dieselbe unsinnige Anschauung von der Sachlage, die ich in der Fraktion immer bekämpft habe. Nun hat die Fraktion heute Morgen beschlossen, dagegen zu protestieren. Es soll versucht werden, zu verhindern, daß Erzberger das Kolonialministerium

¹⁰¹ Preuß war wegen seiner unitarischen Einstellung auch in der eigenen Partei umstritten; sie verweigerte ihm ein Mandat für die Nationalversammlung, setzte ihn dann – nicht ohne Auseinandersetzungen innerhalb der DDP (vgl. Kölnische Ztg. Nr. 67 vom 25. 1. 1919) – auf ihre Wahlliste für die preußische verfassungsgebende Landesversammlung.

¹⁰² Handschriftl. Randvermerk: „Streichen!“.

¹⁰³ Lücke im Manuskript.

¹⁰⁴ Im Manuskript: „nimmt“.

¹⁰⁵ Am Vormittag des 12. Februar, wie sich aus einer Aufzeichnung Petersens ergibt (Nachlaß Petersen, in Privatbesitz).

¹⁰⁶ Rudolf Wissell.

¹⁰⁷ Gustav Bauer.

¹⁰⁸ Johann Giesberts.

¹⁰⁹ Das Reichsernährungsministerium wurde dem Sozialdemokraten Robert Schmidt übertragen; vgl. die nachfolgende Darstellung Koch-Wesers.

¹¹⁰ Im Manuskript: „die Bildung dieses Kabinetts“.

¹¹¹ Das Reichskolonialamt erhielt der Zentrumsabgeordnete Johannes Bell.

übernimmt. Glauben unsere Führer, das nicht verhindern zu können, so soll wenigstens der Reichstagspräsident von unserer Fraktion besetzt werden. Denn es ist eine Hauptkunst unserer Führer gewesen, unter den drei großen Aemtern (Reichspräsident, Reichstagspräsident und Ministerpräsident) wenigstens dieses für das Bürgertum zu retten und dem Zentrum zuzuschancen¹¹², wovon wir in der Fraktion wenig erbaut waren. Wie das auslaufen wird, steht jetzt, zwei Stunden vor Beginn der Sitzung, wo sich das neue Ministerium dem Reichstage [!] vorstellen will, noch nicht fest. Denn es ist auch hier wieder der Unsinn begangen worden, die Sitzung anzusetzen, ehe eine völlige Einigung zwischen den Parteien erzielt worden wäre.

Die Notverfassung⁶ ist nach schweren Erörterungen glücklich zustande gekommen. Es hat sich dabei von vornherein gezeigt, wie stark der Föderalismus, wie jetzt das freundlichere Wort für Partikularismus lautet, ist¹¹³. Die Sozialdemokratie hat eben mit der Einberufung der Nationalversammlung zu lange gewartet. Inzwischen haben sich die Parlamente in Süddeutschland bereits gebildet¹¹⁴, und die süddeutschen Staaten haben sich konsolidiert. Nun verlangen sie mitzureden, und man hat ihnen das in einem provisorischen Staatenausschuß zugestanden¹¹⁵. Sie verlangen aber nicht nur bei der allgemeinen Gesetzgebung, sondern auch bei der Verfassung mitzuwirken. Liesching¹¹⁶ hat einen Satz in die Notverfassung hineingebracht, wonach zwar die Nationalversammlung das Recht der Verfassungsänderung behält, aber Gebietsveränderungen nur mit Zustimmung des beteiligten Staates zulässig sind¹¹⁷. Gegen diese Bestimmung haben alle diejenigen, die für die Souveränität des Reiches sind, heftigen Widerspruch erhoben, am heftigsten diejenigen, die unterhalb des Reiches nicht die alten Staaten beibehalten wollen, sondern nur die nach Volksstämmen gegliederten Provinzen. Er wäre, wie mir scheint, zu Fall zu bringen gewesen, wenn nicht Payer⁷⁷ selbst ein strammer Föderalist wäre. So wurde nach langem Hin und Her die Bestimmung aufrecht erhalten, um eine Verwahrung der süddeutschen Bundesstaaten zu verhindern. Es zeigte sich aber nachher, daß die süddeutschen Staaten eine Verwahrung doch abzugeben hatten, die sich dagegen richtete, daß ihre Reservatrechte¹¹⁸ ohne ihre Zustimmung aufgehoben werden könnten. Es scheint also, als ob das Payer'sche Kompromiß in die leere Luft geschlossen worden ist. Eine Zeit lang schien es, als wenn eine Einigung dahin möglich wäre, daß auf das Recht der Nationalversammlung, die Verfassung ohne Hinzuziehung des Staatenausschusses zu beschließen, überhaupt verzichtet worden wäre. Die Lösung wäre dann gewesen, daß die Verfassung sowie alle Gebietsabänderungen genau wie alle anderen Gesetze bis zur Verabschiedung der

¹¹² Constantin Fehrenbach (seit 14. Februar), nachdem kurz zuvor (am 7. Februar) der Sozialdemokrat Eduard David zum Reichstagspräsidenten gewählt worden war. David wurde, als dieses Amt für das Zentrum freigemacht werden sollte, am 13. Februar Minister ohne Portefeuille. Fehrenbach war bis zur Novemberrevolution Präsident des kaiserlichen Reichstags gewesen.

¹¹³ Zum Problem des Föderalismus in der Weimarer Zeit ausführlich Gerhard Schulz, *Zwischen Demokratie und Diktatur*, Bd. 1, Berlin 1963, insbes. S. 101–449.

¹¹⁴ In Baden wurde der Landtag am 5. Januar 1919 gewählt, der am 15. Januar zusammentrat; in Württemberg: Wahlen am 12. Januar, Zusammentritt am 23. Januar; in Hessen: Wahlen am 26. Januar, Zusammentritt am 13. Februar. Für Bayern vgl. Anm. 74.

¹¹⁵ § 2 Notverfassung (Anm. 5).

¹¹⁶ Theodor Liesching, DDP, seit 11. November 1918 württembergischer Finanzminister.

¹¹⁷ § 4 Notverfassung (Anm. 5).

¹¹⁸ Die Reservatrechte, die einzelnen Ländern im Deutschen Reich bis 1918 zugestanden waren (vgl. die Zusammenstellung bei E. R. Huber, *Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789*, Bd. 3, Stuttgart 1963, S. 807), wurden vom Text der Weimarer Reichsverfassung stillschweigend eliminiert.

Verfassung von Nationalversammlung und Staatenausschuß zu beschließen gewesen wären. Das wäre mir viel lieber gewesen, weil nach dieser Bestimmung die Zustimmung des Staatenausschusses durch die Volksabstimmung ergänzt werden kann. Da die Volksabstimmung aber dem unitarischen Staate zugeneigt gewesen wäre, würde die Volksabstimmung als beständige Hemmung über den Beschlüssen des Staatenausschusses gelegen haben.¹¹⁹ Aber nachher ist dann auch dieser Ausweg wieder fallen gelassen, und es bleibt dabei, daß der einzelne Bundesstaat sich jeder Gebietsveränderung widersetzen kann. Damit ist aus der Krone der Souveränität, die sich die Nationalversammlung aufs Haupt gesetzt hat¹²⁰, eine der schönsten Perlen herausgebrochen worden. Es scheint überhaupt heute schon klar, daß bei dem Partikularismus, der im Süden herrscht, an eine Erweiterung der Reichseinheit schwerlich gedacht werden kann. Wenn dem aber so ist, scheint mir die Aufteilung Preußens¹²⁰ unmöglich. Denn auch im Norden Bundesstaaten mit derselben Selbständigkeit zu schaffen, wie sie die süddeutschen Bundesstaaten sich behaupten, wäre ein schwerer Fehler. Gelingt es aber, in der endgültigen Verfassung die Souveränität der Nationalversammlung möglichst unbeschränkt aufzurichten und namentlich auch den Satz, daß Reichsrecht Landesrecht bricht¹²¹, aufrecht zu erhalten, so wird auf die Dauer doch die wirtschaftliche und finanzielle Entwicklung zu einer Stärkung des Unitarismus führen. Ich habe für eine Korrespondenz, die auch Casseler Zeitungen bedient, einen Artikel über die Notverfassung geschrieben¹²², den ich anlege¹²³, und der mich weiterer Erörterung an dieser Stelle enthebt.

¹¹⁹ Am Rande handschriftlich: „zu komprimiert“.

¹²⁰ Vgl. S. 109f. und Anm. 83.

¹²¹ § 5 des Preußischen Verfassungsentwurfs (Anm. 100) = Art. 13 Abs. 1 Weimarer Reichsverfassung.

¹²² Hessische Post Nr. 47 vom 16. 2. 1919 („Die Notverfassung“).

¹²³ Handschriftlich am Rande: „wo ist der Artikel?“. Eine Anlage zu den Aufzeichnungen ist nicht vorhanden.

Notizen:

SYMPOSIUM 1969 - EUROPA-KOLLEG BRÜGGE

Das Europa-Kolleg Brügge — ein post-universitäres Institut für europäische Studien — veranstaltet vom 27. bis 29. März 1969 ein Symposium mit dem Thema: Die Volksdemokratien nach Prag: Sowjet-Hegemonie, Nationalismus, regionale Integration?

Dieses Symposium hat es sich als erstes dieser Art in Westeuropa zur Aufgabe gestellt, die heutige Lage und künftige Entwicklung Zentral- und Osteuropas im Hinblick auf die jüngsten Ereignisse in der Tschechoslowakei zu analysieren. In zehn bis zwölf Referaten sollen die einzelnen Fragestellungen dieses Themenbereichs behandelt werden, um damit Grundlagen für eine eingehende Diskussion zu geben.

Derzeit haben folgende Persönlichkeiten ihre Teilnahme als Referenten zugesagt:

Z. Brzezinski (Professor an der Columbia University), W. Feld (Professor an der Louisiana State University), C. Gasteyer (Stellvertretender Direktor des

Atlantischen Instituts), G. Ionescu (Professor an der London School of Economics und der University of Manchester), H. Kuby (Abteilungsleiter, Europäisches Parlament), J. Montias (Professor an der Yale University), J. Pinder (Direktor des Political and Economic Planning), R. Sannwald (Abteilungsleiter, Kommission der Europäischen Gemeinschaften), P. Wandycz (Professor an der Yale University). Den Vorsitz der Arbeitsgruppen führen Universitätsprofessoren und Persönlichkeiten, die sowohl am „anderen“ Europa als auch an den Ost-West-Beziehungen interessiert sind.

Direktor des Symposiums: Prof. Dr. J. Lukaszewski, Direktor der Abteilung für politische Wissenschaft am Europa-Kolleg.

Arbeitssprachen: Englisch, Französisch.

Informationen: Dr. H. Pilz, Generalsekretariat des Symposiums, Europa-Kolleg, Dyver 11, Brugge (Belgien).

Für die Redaktion: H.A.

MITARBEITER DIESES HEFTES

Günter Arns, 74 Tübingen, Kappelstraße 1.

Dr. Volker Berghahn, wiss. Assistent am Lehrstuhl für politische Wissenschaft und Zeitgeschichte der Universität Mannheim, 6806 Viernheim, Klosterstraße 8.

Dr. Frantisek Graus, Professor für mittelalterl. Geschichte an der Karls-Universität Prag und Leiter der Abtlg. Mittelalterl. Geschichte des Historischen Instituts der Tsche-

choslowakischen Akademie der Wissenschaften, Praha-Hrad, Jirska 5, CSSR.

Dr. Louis de Jong, Professor für Zeitgeschichte an der Niederl. Wirtschaftshochschule in Rotterdam und Direktor des Rijksinstituut voor Oorlogsdocumentatie in Amsterdam, Herengracht 474, Amsterdam-C, Niederlande.

Dr. Werner Röder, 8 München 80, Einsteinstraße 54.